

AT HOME IN  
**EUROPE**



# Zusammen- leben



Projekte zur Förderung  
der Inklusion  
in 11 Städten der EU



OPEN SOCIETY  
FOUNDATIONS


# Zusammenleben

Projekte zur Förderung der  
Inklusion in 11 Städten der EU

At Home in Europe Project



New York – London – Budapest



© 2011 Open Society Foundations

Diese Veröffentlichung ist auf der Internetseite der Open Society Foundations im Rahmen einer Creative-Commons-Lizenz im PDF-Format erhältlich. Diese Lizenz erlaubt Kopie und Verbreitung dieser Veröffentlichung nur als Gesamtdokument. Die Urheberschaft von Open Society Foundations muss erwähnt werden. Kopie und Verbreitung sind ausschließlich zu nicht-gewerblichen Zwecken gestattet.

ISBN: 978-1-936133-52-9

Veröffentlichung von:

OPEN SOCIETY FOUNDATIONS  
400 West 59th Street  
New York, NY 10019  
USA

Weitere Informationen unter:

AT HOME IN EUROPE PROJECT  
OPEN SOCIETY FOUNDATION  
100 Cambridge Grove  
W6 0LE London  
Vereinigtes Königreich

Website

[www.soros.org/initiatives/home](http://www.soros.org/initiatives/home)

Alle Fotografien von Panos Pictures im Auftrag der Open Society Foundations: (Titelbild) Berlin ©Malte Jäger; (Rückumschlag) Berlin: © Malte Jäger; Kopenhagen: © Mikkel Østergaard; Hamburg: © Andrea Diefenbach; Leicester: © Karen Robinson; Marseille und Paris: © William Daniels; Rotterdam: © Chris de Bode. Umschlaggestaltung von Ahlgrim Design Group, Layout von Q.E.D. Publishing, Druck in Ungarn.

# Inhaltsverzeichnis

Danksagung .....	7
Einführung .....	9
Identität, Zugehörigkeit und Interaktion .....	11
Community-Initiativen und -Aktivitäten .....	13
Organisationen und Initiativen für positive Community-Beziehungen .....	15
Organisationen und Initiativen für die Entwicklung positiver Identitäten und eines Zugehörigkeitsgefühls .....	21
Verbesserung der Partizipation und Interaktion von Frauen .....	25
Interaktion durch Kultur und Sport .....	29
Bildung .....	32
Erhebung von Daten und Statistiken .....	32
Beratung und Unterstützung in der Bildung .....	33
Antidiskriminierungsmaßnahmen .....	39
Glaube in der Schule .....	41
Sprachkompetenz .....	43
Kommunale und regionale Initiativen .....	45
Leitfaden für Lehrkräfte .....	51
Beschäftigung und Ausbildung .....	53
Datenerhebung und Statistiken .....	54

Beratung und Unterstützung zu Karriere, Ausbildung und Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt .....	58
Angebote bei Ausbildung und Beschäftigung .....	63
Unternehmerförderung .....	73
Unterstützung von Frauen in Bezug auf Beschäftigung .....	76
Wohnen .....	79
Stadterneuerungsprojekte .....	81
Segregation und Diskriminierung im Wohnungswesen .....	82
Lokale Wohnungsinitiativen und Stadtteilprojekte .....	83
Gesundheit .....	88
Datenerhebung und Statistiken .....	89
Einrichtungen im Gesundheitswesen .....	90
Lokale Initiativen zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung .....	93
Polizei und Sicherheit .....	109
Datenerhebung und Statistiken .....	110
Bekämpfung der negativen Folgen der Anti-Terrorismus-Politik .....	116
Communities aufsuchende Sozialarbeit .....	119
Hassverbrechen .....	122
Jugendkriminalität .....	127
Rolle der Moscheen .....	131
Repräsentation von Minderheiten in der Polizei .....	133
Initiativen polizeilicher Weiterbildung .....	138
Partizipation und bürgerschaftliches Engagement .....	146
Förderung der Teilhabe an der Zivilgesellschaft .....	148
Förderung politischer Partizipation .....	152
Beispiele zivilgesellschaftlicher Organisationen und Kampagnen .....	154

Initiativen der Zusammenarbeit zwischen Communities und lokalen Behörden .....	158
Rolle der Moscheen .....	161
Rolle der Medien .....	165
Verbesserung der Medienberichterstattung und der Community-Kohäsion .....	166
Medien für Minderheiten .....	168
Medien von Minderheiten: Verbesserung der Inklusion und Partizipation .....	170
Stichwortverzeichnis .....	178
Anmerkungen .....	184

## Leitbild der Open Society Foundations

Die Open Society Foundations möchten einen Beitrag zum Aufbau lebendiger und toleranter Demokratien leisten, deren Regierungen gegenüber ihren Bürgern Rechenschaft ablegen. Die Open Society Foundations arbeiten mit lokalen Gemeinschaften in über 70 Ländern und unterstützen Gerechtigkeit und Achtung der Menschenrechte, Meinungsfreiheit und den Zugang zum Gesundheitswesen und zur Bildung.

## Danksagung

*Zusammenleben: Projekte zur Förderung der Inklusion in 11 Städten* der EU ist eine Zusammenstellung von bewährten Verfahren zur sozialen Inklusion und Nichtdiskriminierung. Die vorgestellten Projekte und Initiativen wurden im Rahmen der Berichtsreihe „Muslime in EU-Städten“ der Open Society Foundations in folgenden Städten erfasst: Amsterdam, Antwerpen, Berlin, Hamburg, Kopenhagen, Leicester, London, Marseille, Paris, Rotterdam und Stockholm.

Dieser Bericht ist eine Veröffentlichung des Projekts „At Home in Europe“ der Open Society Foundations. Wir danken Dr. Gavin Moorhead, zuständig für den Entwurf dieser Studie. Unser aufrichtiger Dank gilt außerdem den Wissenschaftlern der einzelnen Städteberichte: Valerie Amiraux, Myriam Cherti, Tufyal Choudhury, Noel Clycq, Vincent Geisser, Andreas Hieronymus, Dilwar Hussain und dem Policy Research Centre Team, Mustafa Hussain, Kim Jansen, Mayke Kaag, Françoise Lorcerie und Nina Mühe.

Wir danken außerdem unseren Kollegen im Büro für Öffentlichkeitsarbeit in New York für ihre großartige Unterstützung bei Redaktion und Kommunikationskompetenz.

Das Projekt „At Home in Europe“ ist für die Inhalte dieses Berichts verantwortlich, einschließlich etwaiger Fehler oder eventueller Missinterpretationen.



## Team „At Home in Europe“ der Open Society Foundations

Nazia Hussain

*Leitung*

Tufyal Choudhury

*Politische Beratung*

Klaus Dik Nielsen

*Öffentlichkeitsarbeit*

Hélène Irving

*Programmkoordination*

Andrea Gurubi Watterson

*Programmleitung*

Csilla Tóth

*Programmassistenz*

## Einführung

*Zusammenleben: Projekte zur Förderung der Inklusion in 11 Städten der EU* präsentiert bewährte Verfahren über gesellschaftliche Kohäsion und Nichtdiskriminierung. Diese wurden im Rahmen der Berichtsreihe *Muslime in EU-Städten* der Open Society Foundations ermittelt.<sup>1</sup> In diesem Bericht werden vergangene oder laufende städtische und lokale Initiativen beschrieben, die auf die Bekämpfung von Ungleichheit, Diskriminierung und Marginalisierung abzielen, worauf Erfahrungen von einigen Teilnehmern der Studien basieren. Obwohl sich diese Studien hauptsächlich auf Erfahrungen von Muslimen konzentrieren, bezieht sich eine Mehrheit der hier genannten bewährten Verfahren auf Initiativen, Ansätze und Projekte, die sozial ausgegrenzte Bevölkerungsgruppen unterstützen möchten oder ähnliche Probleme von anderen Gruppen behandeln.

Die bewährten Verfahren stammen aus 11 Städten der EU: Amsterdam, Antwerpen, Berlin, Hamburg, Kopenhagen, Leicester, London, Marseille, Paris, Rotterdam und Stockholm. In allen Städten bestehen relativ junge Migrationsmuster (seit den 1960er Jahren), die zu großen Migrant\*innenpopulationen der zweiten und dritten Generation führten sowie signifikanten muslimischen Bevölkerungen und zahlreichen Herausforderungen in Bezug auf den demografischen Wandel und Gemeinschaften. Die Berichte, und damit die bewährten Verfahren, konzentrieren sich jeweils auf ausgewählte Stadtteile. Ein Fokus auf das Geschehen auf lokaler Ebene ermöglicht einen genaueren Blick auf die

Interaktion zwischen Bewohnern, Entscheidungsträgern und Politikern in Bereichen, in denen Muslime einen höheren Bevölkerungsanteil ausmachen, als in Stadt oder Land insgesamt.

Ziel der Berichtsreihe war es, die Alltagserfahrungen von gewöhnlichen Muslimen und Nicht-Muslimen zu verstehen. Dazu wurden mehr als 3000 Personen in umfassenden Interviews und Fokusgruppen befragt. Die jeweiligen Städteberichte dokumentieren die Interaktion der Bewohner mit Stadt, Stadtteilen, Bezirksverwaltung und anderen. Sie untersuchen außerdem den Umgang der Stadt mit ihren Bürgern und deren Konsultation in Bezug unterschiedliche Bereiche, Anstrengungen zum besseren Verständnis der zahlreichen Gemeinschaften und Prozesse zur Identifikation gemeinsamer Erfahrungen und Anliegen von Bewohnern, unabhängig von deren ethnischem oder religiösem Hintergrund.

Der hier entwickelte Überblick ist als Informationsmaterial und Leitfaden für Regierungen, lokale Verwaltungen, Entscheidungsträger, Nicht-Regierungsorganisationen (NROs) und Wohlfahrtsverbände gedacht, in der Hoffnung, dass sich alle Leser über die vorgestellten bewährten Verfahren sowohl informiert als auch dadurch inspiriert fühlen. In Anlehnung an die einzelnen Städteberichte ist dieser Leitfaden in Kapitel zu Identität, Zugehörigkeit und Interaktion, Arbeitsmarkt und Ausbildung, Wohnen, Gesundheit, Polizei und Sicherheit, Partizipation und bürgerschaftliches Engagement sowie die Rolle der Medien unterteilt. Wenn zusätzliche, positive und innovative Anstrengungen ermittelt werden, wird dieser Leitfaden regelmäßig aktualisiert werden.

# Identität, Zugehörigkeit und Interaktion

Wie die Städteberichte der Open Society Foundations verdeutlichen, sind Identitäten komplex, fließend und mannigfaltig. Identität ergibt sich aus einer Kombination von Eigenschaften wie Geschlecht, Alter, Ethnizität, Glaube und sozialer Klasse. Sie wird weiterhin durch Einflüsse wie Familie, Freunde, Medien, Bildung, Regierung und heilige Schriften geprägt.

Das Zugehörigkeitsgefühl und die Fähigkeit zu Interaktion mit anderen sind von vielen Faktoren abhängig, darunter Sprache und Akzent, dem Grad der gesellschaftliche Distanz und Wohnsegregation,<sup>2</sup> Dauer des Aufenthalts an jenem Ort (sowie der Migrantengeneration), Einstellungen und Wahrnehmung von Anderen (darunter Ausmaß der Diskriminierung),<sup>3</sup> nationale und lokale Gesetzgebung und Initiativen der jeweiligen Regierungen, einheimische lokale, städtische und nationale Kultur (homogen oder multikulturell bzw. multi-religiös, Ausmaß an Religiosität, gesellschaftliche Bräuche, Werte und Normen), Verbindung zum Heimatland, lokale und nationale Medien, Ausmaß an sinnstiftendem Kontakt zu anderen,<sup>4</sup> Aussehen (wie Hautfarbe, Kleidung) und externe Faktoren wie wichtige Geschehnisse auf internationaler Ebene.

Orte sozialer Interaktion wie das Zuhause, der Arbeitsplatz, gesellschaftliche Orte wie Cafés, Kneipen und Jugendklubs, gemeinschaftliche Räume wie Märkte und Einkaufspassagen, Elterngruppen, Abendunterricht sowie Sport- und Freizeitzentren wirken sich ebenfalls auf Identität und Zugehörigkeitsgefühl aus. Menschen betreiben Interaktion an Orten des Lernens miteinander, beispielsweise in Schulen, Hochschulen und

Universitäten, oder an Orten des Glaubens und des Gebets. In öffentlichen Verkehrsmitteln findet Interaktion statt ebenso wie in virtuellen sozialen Netzwerken im Internet. Menschen werden durch kulturelle Veranstaltungen zusammengebracht, wie ein gemeinsames Interesse an Musik, Theater, Film oder Kunst.

Dieses Kapitel behandelt Initiativen, die auf die Entwicklung einer gemeinsamen Identität auf lokaler oder kommunaler Ebene abzielen. Dazu gehören Strategien zur Entwicklung eines gleichberechtigten und universellen Zugehörigkeitsgefühls sowie Initiativen, die sinnstiftende soziale Interaktion zwischen Bürgerinnen und Bürgern ermutigen und fördern.

# Community-Initiativen und -Aktivitäten

## OPZOOMER MEE, Rotterdam, Niederlande

Der Name *Opzoomer Mee* leitet sich von Opzoomerstraat ab, einer Straße, die nach dem niederländischen Rechtsanwalt und Philosophen C.W. Opzoomer benannt ist. Sie befindet sich in einer der ärmsten Gegenden im Westen von Rotterdam.<sup>5</sup> Im Jahr 1989 beschlossen einige Anwohner, ihr Viertel aufzuwerten und starteten mehrere Initiativen zur Verbesserung von Sicherheit, Atmosphäre und Sauberkeit. Das Projekt ist also Ergebnis von Initiativen von Anwohnern des Stadtteils auf Straßenebene. Die meisten Initiativen zielen auf das Treffen von Nachbarn ab und das gegenseitige bessere Kennenlernen. Sie werden jedoch mit den praktischen Aktivitäten für Sicherheit und saubereren Straßen kombiniert. Das Projekt erhielt viel mediale Aufmerksamkeit und inzwischen wird es von der Kommune gefördert und wurde in zahlreichen anderen Stadtteilen reproduziert.<sup>6</sup>

## TAG DES DIALOGS, Rotterdam, Niederlande

Seit 2001 organisiert Rotterdam den jährlichen Tag des Dialogs (*Dag van de Dialoog*).<sup>7</sup> Er wird teilweise von der Stadt finanziert und wurde als Reaktion auf die Terroranschläge am 11. September 2001 in den USA von mehreren Organisationen in Rotterdam gemeinsam initiiert, darunter der Antidiskriminierungsorganisation Art.1.<sup>8</sup> Der Tag des Dialogs soll den

gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern. Menschen mit unterschiedlichem Hintergrund, unterschiedlicher Kultur und Religion in der Stadt erhalten die Gelegenheit, an runden Tischen ihre Gedanken und Anliegen mit anderen diskutieren. Es werden auch Arbeitsgruppen und Netzwerktreffen angeboten. Diese Initiative hat sich als sehr erfolgreich bei der Förderung des Kontakts zwischen unterschiedlichen Menschen erwiesen. Inzwischen findet sie in 50 niederländischen Kommunen statt.

### KOPENHAGENER WERDEN, KOPENHAGENER STADTMUSEUM, Kopenhagen, Dänemark

Am 19. November 2010 wurde die neue Ausstellung „Kopenhagener werden“ zur Einwanderungsgeschichte Kopenhagens (*At blive københavner*) im Kopenhagener Stadtmuseum (*Københavns Bymuseum*)<sup>9</sup> eröffnet. Die Sonderausstellung zeigt, welche wichtige Rolle Einwanderung bei der Entwicklung der Stadt spielte, ebenso wie für das Wachstum und die Identität. Besucher erhalten die Gelegenheit, die Spuren nachzuverfolgen, die Einwanderung in der Stadt hinterlassen hat.

### EID IN DER STADT, UNION MUSLIMISCHER FAMILIEN IM DÉPARTEMENT BOUCHES-DU-RHÔNE – ACSE, Marseille, France

Eid in der Stadt<sup>10</sup> (*L'Aïd dans la cité*) wird von der Union muslimischer Familien im Département Bouches-du-Rhône (*l'Union des Familles Musulmanes des Bouches-du-Rhône*) gefördert und wird von der Behörde für Soziale Kohäsion und Chancengleichheit gefördert wird (*Agence pour la cohésion sociale et pour l'égalité des chances, ACSE*)<sup>11</sup> finanziell unterstützt. Während des muslimischen Feiertages Eid organisiert der Verein eine Reihe von Aktivitäten, so dass eine breite Community und Familien die festliche Atmosphäre des Tages teilen können. Mit Filmvorführungen,

Debatten, Ausstellungen und Arabisch-Workshops wird die Gelegenheit geboten, mehr über muslimische Kultur und Traditionen zu erfahren.

Eid wird in der Stadt als geschätzte Gelegenheit betrachtet, andere Mitglieder der lokalen Gemeinschaft in einem festlichen Kontext kennenzulernen und hilft, den vorherrschenden und am häufigsten beachteten, eher negativen Bildern von Muslimen entgegenzuwirken.

## Organisationen und Initiativen für positive Community-Beziehungen

### ROTTERDAMER RAT FÜR WELTANSCHAUUNG UND RELIGION, Rotterdam, Niederlande

Der Rotterdamer Rat für Weltanschauung und Religion (*Rotterdamse Raad voor Levensbeschouwing en Religie*, RORAVOLERE)<sup>12</sup> und die Stiftung für Islam und Dialog füllen eine Lücke im interreligiösen Dialog in Rotterdam.

RORAVOLERE betont die Rolle von Religion und Weltanschauung in einer multikulturellen Gesellschaft und organisiert interreligiöse Diskussionen, Gespräche und Vorlesungen. Er unterhält Kontakte mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, NROs und Organen in der Kommunalverwaltung und berät diese. Als Dachverband repräsentiert RORAVOLERE zahlreiche religiöse Organisationen wie *Stichting Platform Islamitische Organisaties Rijnmond*, SPIOR und die Stiftung für Islam und Dialog.<sup>13</sup> Ebenso einbezogen sind Gemeinden von Sufisten, Christen, Juden, Hindus, Buddhisten, Bahai sowie humanistische und esoterische (theosophische und anthroposophische) Organisationen.



## STIFTUNG FÜR ISLAM UND DIALOG, Rotterdam, Niederlande

Die Stiftung für Islam und Dialog konzentriert sich auf die Bedeutung von Religion und Weltanschauung in der Stadt Rotterdam. Sie lädt alle Bürgerinnen und Bürger zur Teilnahme an interkulturellem und interreligiösem Dialog ein und dazu, zur sozialen Kohäsion beizutragen. Sie hat folgende Ziele:

- Die Förderung von gegenseitigem Verständnis und Respekt zwischen Akademikern und Repräsentanten unterschiedlicher Religionen und Weltanschauungen
- Die Etablierung einer wirklichen, positiven Einbindung von Muslimen in relevante gesellschaftliche Entwicklungen
- Die Ermutigung zur Reflexion über Muslime und deren Bedeutung und Funktion in einer pluralistischen Gesellschaft, aus Perspektive eines gemäßigten Islams
- Informationen und Beratung von Einzelpersonen und Organisationen über den Islam und sein Verhältnis zu anderen Religionen
- Die Sensibilisierung für universelle ethische Werte und Prinzipien<sup>14</sup>

## VEREIN ZUR ENTWICKLUNG UND EMANZIPATION VON MUSLIMEN, Belgien

Der Verein zur Entwicklung und Emanzipation von Muslimen (*Vereniging voor Ontwikkeling en Emancipatie van Moslims, VOEM*)<sup>15</sup> ist ein Dachverband, der Muslime mit verschiedenen ethnischen, kulturellen und politischen Hintergründen in Flandern und in ganz Belgien repräsentiert. Gemeinsam mit seinen Mitgliedsvereinen organisiert VOEM zahlreiche Bildungs-, Kultur- und Freizeitaktivitäten in Flandern, die den Dialog zwischen Menschen unterschiedlicher Hintergründe, Kulturen und

Religionen fördern sollen. Ziel ist ein klares und ausgewogenes Bild von Muslimen und Einwanderern in Belgien und Flandern. VOEM spricht sich für eine tolerante und pluralistische Gesellschaft aus, in der alle Religionsgemeinschaften harmonisch miteinander leben. Zu dieser Vision trägt VOEM durch Vorlesungen, Diskussionsveranstaltungen, Ausstellungen, Seminare und Workshops bei.

## FORUM RELIGIÖSER FÜHRER, Leicester, Vereinigtes Königreich

Das Forum Religiöser Führer (*Faith Leaders Forum*) in Leicester wurde vom Bischof von Leicester, Tim Stevens, einberufen. Es ist eine Diskussionsplattform, im Rahmen derer sensible und kontroverse Angelegenheiten unterschiedlicher Glaubensgemeinschaften thematisiert werden können. Alle in Leicester ansässigen Religionsgemeinschaften sind vertreten. Es besteht seit den terroristischen Anschlägen vom 11. September 2001 in den USA. Vertreter des Stadtrats, der Polizei und anderer Einrichtungen nehmen ebenfalls teil.

Politische Themen werden im Forum genauso diskutiert wie Themen potenzieller Spannungen zwischen Communities. Auch zukunftsorientierte Tagesordnungspunkte wie die Erneuerung von Leicester und deren Auswirkungen auf die religiösen Gemeinschaften. In einer gemeinsam verfassten Erklärung verurteilte das Forum anti-religiöse Gruppen und Aktionen. Als muslimische Grabstätten kurz nach den Anschlägen vom 11. September geschändet wurden, wodurch sich die Muslime der Stadt verletztlich fühlten, rief das Forum Religiöser Führer zur Unterstützung der muslimischen Gemeinschaft auf. Vor kurzem verfasste Tim Stevens eine Erklärung gegen die Pläne der English Defence League (EDL) und deren Kampagne gegen islamistischen Extremismus, als sie im Oktober 2010 eine Demonstration in Leicester planten.<sup>16</sup>

## RAT DER RELIGIONEN IN LEICESTER, Leicester, Vereinigtes Königreich

Der Rat der Religionen in Leicester (*Leicester Council of Faiths*), gegründet 1986 und vom Stadtrat unterstützt, genießt in der Gemeinschaft hohes Ansehen für seinen Beitrag zu den interreligiösen Beziehungen. Der Rat fördert Vertrauen, Verständnis und Kooperation unter den verschiedenen religiösen Gruppen in Leicester, vertritt ihre Positionen zu wichtigen Angelegenheiten und bietet verlässliche Informationen für städtische Institutionen, Dienstleister, Bildungseinrichtungen und die Lokalpresse.<sup>17</sup>

Er wurde nach einem Besuch des Erzbischofs von Canterbury in Leicester und einem Treffen mit Führern anderer Glaubensgemeinschaften gegründet. Mitglieder sind Bahai, Buddhisten, Christen, Hindus, Jainas, Juden, Muslime und Sikhs.<sup>18</sup>

## ISLAMISCHE STIFTUNG, Leicester, Vereinigtes Königreich

Seit ihrer Gründung in Leicester im Jahr 1973 bemüht sich die Islamische Stiftung (*Islamic Foundation*) durch Forschung, Bildung und Veröffentlichungen um den Aufbau von Beziehungen zwischen muslimischen Communities und dem Rest der Gesellschaft, womit gegenseitiges Verständnis und die Sensibilisierung gefördert werden sollen. Zu den Forschungsbereichen der Stiftung gehören islamische Ökonomie, Bankwesen und Finanzen, muslimisch-christliche Beziehungen, interreligiöser Dialog, Islam in Europa und Großbritannien, sowie politische Forschung. Im Jahr 2000 gründete sie das Markfield Institute of Higher Education, das Fortbildung in islambezogenen Bereichen anbietet. Außerdem wird beabsichtigt, mit Fortbildungen, Ausbildungen und neuen Weiterbildungskursen muslimische Communities vor Ort zu unterstützen.

Im Jahr 2008 wurde das Policy Research Centre gegründet zur Teilnahme an politischen Diskussionen verbessern beteiligen und zum Aufbau von Kapazitäten auf politischer Ebene im ehrenamtlichen Bereich.<sup>19</sup>

## MASLAHA, London, Vereinigtes Königreich

Aus dem Arabischen übersetzt bedeutet Maslaha „für das Allgemeinwohl“ und diese Idee ist handlungsleitend bei der gesamten Arbeit der Organisation. Beflügelt von einem leidenschaftlichen Engagement für soziale Gerechtigkeit arbeiten sie mit muslimischen wie nicht-muslimischen Communities, um Ungleichheit anzugehen und den Zugang zu Wissen zu verbessern.

Maslaha begann als ein Projekt der Young Foundation<sup>20</sup> und folgt der Tradition gesellschaftlicher Innovation durch die Identifikation gesellschaftlicher Bedürfnisse und die Entwicklung kreativer Lösungen zur Befriedigung dieser Bedürfnisse. Maslahas Projekte vereinen zahlreiche Akteure unterschiedlicher Generationen, Sektoren, Berufe und Kulturen zusammen und werden von einem Netzwerk von Beratern, Unterstützern und Partnern unterstützt, die ihre jeweiligen intellektuellen Stärken und Expertisen einbringen. Maslahas einzigartiger Ansatz besteht darin, die Lebensrealität von Gemeinschaften in jeder Phase miteinzubeziehen, um dadurch dynamische Ressourcen zu schaffen, die Bedürfnisse in Bezug auf Bildung, Gesundheit und andere zu befriedigen.

Von Beginn an erhielt Maslaha sowohl Projektförderung als auch eine Grundfinanzierung. Ihre Arbeit zur Verbesserung der Gesundheit zur Schaffung von Gesundheitsinformationen und Kampagnen für die Community wurden modular von NHS Primary Care Trusts, der staatlichen Stiftung für medizinische Grundversorgung, finanziert. Die Calouste Gulbenkian Foundation<sup>21</sup> und der British Council<sup>22</sup> finanzieren

Bildungsprojekte der Organisation, die Open Society Foundations<sup>23</sup> die Frauenprogramme. Sie erhielten zuvor außerdem Grundfinanzierung von der Pears Foundation<sup>24</sup> und UnLtd.<sup>25</sup> Maslaha beschäftigt eine Vollzeitkraft und drei Teilzeitkräfte.

Einige herausstechende Projekte:

- Die enge Zusammenarbeit mit Lehrkräften und Schulen zur Entwicklung von Lehrmaterialien, die den Beitrag von Islam und Muslimen in vielen Bereichen verdeutlichen. Gemeinsam mit der Prince's School of Traditional Arts<sup>26</sup> und der Stiftung HRH Prince Khalid Al-Faisal bin Abdul Aziz Al-Saud's Painting & Patronage Foundation<sup>27</sup> arbeitet Maslaha derzeit am Aufbau eines interaktiven Bildteppich für die Mulberry School for Girls im Londoner Stadtteil Tower Hamlets. Die Schülerinnen wirken an diesem Bildteppich mit. Er wird zudem eine Dauerleihgabe an die Schule sein und wird als Stundenplan mit integrierten mathematischen Prinzipien fungieren.
- Interessante Internetausstellungen in Zusammenarbeit mit dem British Council als Teil des Programms „Our Shared Europe“.<sup>28</sup> Diese Ausstellungen umfassen zahlreiche Länder und zeichnen den stetigen wechselseitigen Einfluss und Ideenaustausch zwischen Muslimen, europäischen Gesellschaften und Einzelnen nach. Sie illustrieren, warum das heutige Europa ohne den Islam von gestern nicht das selbe wäre. Ihre neueste Ausstellung „Evliya Celebi: Book of Travels“, vom türkischen Präsidenten in London eröffnet, wird auf internationale Tournee gehen.<sup>29</sup>
- Dynamische Materialien zum Thema Gesundheit, die auf die gesundheitlichen Ungleichheiten innerhalb muslimischer Communities aufmerksam machen. Die Aufbereitung der Informationen reflektiert Alltagsleben und Denkweisen und verbindet medizinischen sowie islamischen Rat.<sup>30</sup> Diese Materialien

dienen im Gesundheitsbereich tätigen Fachleuten. Außerdem werden sie in den Communities verteilt, um dort über unterschiedliche Themen aufzuklären, z. B. über einen gesunden Lebensstil bei einer Diabeteserkrankung. Maslaha wurde von der London Health Commission und Diabetes UK<sup>31</sup> dafür ausgezeichnet.

- Das Pilotprojekt „I Can Be She“ betrachtet die Rolle muslimischer Frauen im Laufe der Geschichte parallel zu einflussreichen Errungenschaften weiblicher muslimischer Vorbilder heute.<sup>32</sup>

## Organisationen und Initiativen für die Entwicklung positiver Identitäten und eines Zugehörigkeitsgefühls

### WELTKULTURZENTRUM, Kopenhagen, Dänemark

Das Weltkulturzentrum (Verdenskulturcentret) ist ein „Kulturhaus“ im Stadtteil Nørrebro. Es bietet eine kreative Plattform für etwa 250 ethnische Vereine, Klubs und Organisationen, die auf vielfältige Art und Weise Raum und Gespräche schaffen für die Förderung von Weltkultur. Es ermutigt ethnische Gruppen und Organisationen, das Zentrum als Veranstaltungsort für Kulturtreffen als dynamisches Instrument für die Lösung gesellschaftlicher Probleme in Bezug auf Multikulturalismus zu nutzen.

Das Zentrum steht allen Einwohnern Kopenhagens und der Vororte offen. Durch die Förderung der Zusammenarbeit unterschiedlicher Nutzer entstand ein weitreichendes Netzwerk, das neue und interessante Ideen und innovative Projekte unterstützt. Zur Unterstützung solcher Kooperationen

werden alle nutzenden Vereine der Zentrums angeregt, eine Arbeit für das Café oder eine Aktivität für die Kulturbühne des Zentrums zu schaffen und sich somit anderen Nutzern zu präsentieren.

Das Zentrum beherbergt einen Konzert- und Konferenzsaal, ein Café, Versammlungsräume, Büros, Fernsehzimmer und Keramikräume. Zu den Aktivitäten zählen öffentliche politische Diskussionen, Kunstausstellungen, Filmvorführungen und Musikkonzerte aus aller Welt. Das Café bietet internationales Essen an. Das Zentrum organisiert Vorträge und Festivals. Im Jahr 2010 wurde eine große Veranstaltung organisiert, um gemeinsam das muslimische Fest Eid auf dem Platz vor dem dänischen Parlament im Stadtzentrum zu feiern.<sup>33</sup>

## STIFTUNG PLATTFORM ISLAMISCHER ORGANISATIONEN IN RIJNMOND, Rotterdam, Niederlande

Die Plattform Islamischer Organisationen in Rijnmond (*Stichting Platform Islamitische Organisaties Rijnmond*, SPIOR)<sup>34</sup> ist ein Dachverband, der 1988 gegründet wurde. Er unterstützt aktives bürgerschaftliches Engagement und Teilhabe und vertritt die Position, dass sich das Muslimsein und die niederländische Staatsangehörigkeit oder Rotterdamer zu sein nicht gegenseitig ausschließen.

Die Plattform stellt mit ihren über 20 Jahren Erfahrung und Verbindungen zu 60 muslimischen Organisationen einen wichtigen Vermittlungs- und Diskussionspartner für die Rotterdamer Kommunalverwaltung sowie die Räte der Stadtteile dar. SPIOR spielt eine wichtige Rolle beim Aufbau und Führen des Dialogs zwischen unterschiedlichen Religionsgemeinschaften in Rotterdam. Außerdem unterstützt sie muslimische Communities vor Ort mit Beratung, Fortbildungen und praktischer Hilfe.

## RADIKALER MITTELWEG, Vereinigtes Königreich

Gegründet als Reaktion auf die Bombenanschläge in London am 7. Juli 2005 möchte die Organisation Radikaler Mittelweg (*Radical Middle Way*)<sup>35</sup> zu mehr Offenheit, Engagement und Zusammenhalt der Communities beitragen.<sup>36</sup> Sie wirbt für einen gemäßigten Islam der Mitte, den Jugendliche nachvollziehen können, und bietet einen sicheren Ort, an dem schwierige Fragen gestellt und anspruchsvolle Themen behandelt werden können.

Die Organisation bietet ein Online-Forum, in dem junge Muslime in Großbritannien und in der ganzen Welt miteinander über ihren Glauben in Kontakt treten und darüber diskutieren können, was es heißt, gläubiger Muslim im 21. Jahrhundert zu sein. Radikaler Mittelweg arbeitet mit Graswurzel-Partnerorganisationen zusammen und schafft Plattformen für offene Diskussionen, kritisches Denken und spirituelle Reflexion. Sie bietet vom Glauben inspirierte Unterstützung im Kampf gegen Ausgrenzung und Gewalt und spricht sich für positives bürgerliches Handeln aus.

## NOOR UL ISLAM TRUST, Waltham Forest, London, Vereinigtes Königreich

Der Noor Ul Islam Trust<sup>37</sup> wurde 1990 in Leyton im Londoner Bezirk Waltham Forest gegründet. Er ist ein eingetragener Wohltätigkeitsverein und Gründungsmitglied des örtlichen *Faith Communities Forum*. Der Trust arbeitet sehr eng mit dem Waltham Forest Bezirksrat zusammen und gilt als ausgezeichnete beitragender Akteur für die gesamte Community und die gesellschaftliche Kohäsion, das lokale Bildungswesen, und die Förderung von Sport- und Kulturveranstaltungen.

Der Trust unterstützt Anliegen, die auf die Verbesserung der Lebensqualität in Stadtteilen ausgelegt sind, und arbeitet aktiv daran, Hindernisse



zwischen Communities zu überwinden. Auf der Internetseite der Organisation heißt es: „Wir glauben, dass die muslimische Gemeinde vor Ort ein Rolle bei der Verbesserung der Lebensqualität aller Anwohner im Stadtteil spielt und wir unterstützen dies mit unseren Projekten und Veranstaltungen. Wir wissen, dass dies nur durch die Zusammenarbeit mit anderen, durch gegenseitigen Respekt und Kooperation möglich ist.“<sup>38</sup> Vertreter der Trusts sind Mitglieder in beratenden Gremien der örtlichen Verwaltung und helfen dabei, Anliegen von Muslimen zu erkennen. Noor Ul Islam unterstützt die Community lokal, national und international durch Werbung von finanziellen Mitteln für NSPCC, einer britischen Organisation, die sich gegen Gewalt an Kindern einsetzt, sowie für die Initiative Kinder mit Leukämie und das Krankenhaus im Stadtteil, Whipps Cross University Hospital.

Der Trust dient der Community im weitesten Sinne durch die Bereitstellung eines Gemeindezentrums, einer Moschee, Jugendklubs für Jungen und Mädchen und bietet zahlreiche andere Aktivitäten wie Boxen, Karate und nach Geschlechtern getrennten Schwimmunterricht. Der Seniorenklub steht Rentnern aller Religionen und Ethnizitäten offen. Außerdem gibt es einen Beratungs- und Informationsdienst sowie Angebote im Gesundheitsbereich.

Auch im lokalen Bildungsbereich ist die Stiftung aktiv. Die stiftungseigene Vor- und Grundschule wurde mit dem Preis der Vereinigung muslimischer Schulen ASM-UK (*Association of Muslim Schools*) als Schule des Jahres 2010 ausgezeichnet. An Wochentagen und Samstagen finden Madrasa, Arabisch-, Aalimah-, Hafiz-, Tafsir- und Koranunterricht sowie Tutorenprogramme und regelmäßige Vorlesungen und Seminare statt.<sup>39</sup>

## MUSLIMISCHE JUGEND IN DEUTSCHLAND, Berlin, Deutschland

Die Muslimische Jugend in Deutschland (MJD)<sup>40</sup> ist eine unabhängige Organisation junger Muslime, die jugendliche Muslime vertritt. Sie legt besonderen Wert auf die Bedeutung von Vorbildern bei der Richtungsbestimmung für junge Menschen und ermutigt junge Muslime zu zivilgesellschaftlicher Teilhabe. Junge Mitglieder werden außerdem bei der Herausbildung ihrer deutsch-muslimischen Identität unterstützt, was das Bedürfnis beseitigt, zwischen deutsch oder muslimisch wählen zu müssen. Zudem werden junge Muslime zur Ausübung und Vertiefung ihres Wissen über ihren Glauben angeregt. Die Organisation bemüht sich, ihnen dabei zu helfen, sich als Teil der deutschen Gesellschaft zu fühlen und sich zu geschätzten Bürgern zu entwickeln. Die Organisation unterstützt außerdem bei der Auseinandersetzung mit Diskriminierung. MJD möchte zudem den positiven Dialog mit anderen Glaubensgemeinschaften entwickeln.

### Verbesserung der Partizipation und Interaktion von Frauen

Die Studien der Open Society Foundations beobachten, dass Frauen aus Minderheitengruppen in lokalen Communities oft besonders isoliert und marginalisiert sind. Häufig ist dies die Folge ihrer Rollen als Mütter und Betreuer. Folglich haben sie häufig nicht die Gelegenheit, die erforderlichen Sprachkenntnisse für die Kommunikation und Interaktion mit anderen zu entwickeln, was wiederum ihre Isolation und soziale Ausgrenzung verstärkt.

Es gibt einige Initiativen und Organisationen, die Musliminnen und andere Einwanderinnen der ersten Generation aktiv bei der Emanzipation

und dem bürgerschaftlichen Engagement unterstützen. SPIOR organisiert beispielsweise regelmäßig Aktivitäten, Vorträge und Kurse.

In Rotterdam ist die Emanzipation eingewanderter Frauen seit 2002 wichtiges politisches Thema.<sup>41</sup>

## KOMMISSION FÜR DIE PARTIZIPATION VON FRAUEN AUS ETHNISCHEN MINDERHEITEN, Rotterdam, Niederlande

Im Jahr 2003 wurde die Kommission für die Partizipation von Frauen aus ethnischen Minderheiten (*Participatie Vrouwen Etnische Minderheden*, PAVEM)<sup>42</sup> als beratendes Gremium gegründet, mit starker Einbindung der in Argentinien geborenen niederländischen Kronprinzessin Maxima. Die Kommission beschäftigte sich mit der Teilhabe nicht-einheimischer Frauen in zahlreichen gesellschaftlichen Bereichen, um so ihre Selbstständigkeit zu stärken und ihre Möglichkeiten, wirtschaftlich unabhängig zu werden und die Isolation zu beenden. Zudem sollte ihnen der Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtert werden. Diese Kommission wurde 2005 aufgelöst.

## 1001 STÄRKE, Rotterdam, Niederlande

1001 Stärke (*1001 Kracht*)<sup>43</sup> ist eine Initiative zur Förderung der zivilgesellschaftlichen Partizipation von Einwandererfrauen in Rotterdam und fünf weiteren Kommunen und wurde im März 2007 gegründet. Kirchen, Freiwilligenorganisationen und -zentren, Frauenverbände sowie Migrantinnenorganisationen arbeiten eng zusammen, um innerhalb von drei Jahren ihr Ziel zu erreichen, 50 000 Frauen nicht-niederländischer Herkunft in die Lage zu versetzen, vollständig an der niederländischen Gesellschaft teilhaben zu können.

Im Rahmen des Programms werden Frauen angeregt, sich an ehrenamtlichen Aktivitäten in Schulen oder Gemeindezentren zu beteiligen. Durch Bildung, Beratung und Mediation soll im Rahmen der Initiative ein starkes Frauennetzwerk entstehen, das Schritt für Schritt ihre Stärken erkennt und festigt und neue Herausforderungen annimmt. Unter Begleitung können sie zudem in eine bezahlte Beschäftigung finden. Auf der Website der Initiative finden sich nützliche Werkzeuge, Hintergrundinformationen, Fallstudien und eine Liste von weiteren Organisationen, die sich für Einwandererfrauen und das Ehrenamt einsetzen.

### LERN- UND TREFFPROJEKT FÜR FRAUEN, Rotterdam, Niederlande

Die zivilgesellschaftliche Initiative Lern- und Treffprojekt für Frauen (*Leeren Ontmoetingsproject voor Vrouwen*, LOV)<sup>44</sup> organisiert private Sprachkurse zu Hause und fördert die Interaktion zwischen einheimischen und eingewanderten Frauen. Das Projekt startete 1991 als ehrenamtliche Initiative, bei der einheimische, niederländische Frauen begannen, ein Jahr lang einmal wöchentlich bei Einwandererfrauen zu Hause Unterricht auf Niederländisch zu erteilen. Dieser individuelle Ansatz, bei dem Einwandererfrauen nicht nur die Sprache erlernten, sondern auch beide Seiten mehr über ihre jeweilige Kultur und Geschichte erfuhren, hat sich inzwischen zu einer professionellen Organisation entwickelt, die von den Stadtteilen und den kommunalen Jugend-, Bildungs- und Gesellschaftsdienst (*Jeugd, Onderwijs and Samenleving*, JOS) finanziert wird. Mehr als 130 Ehrenamtliche und Migrantinnen nehmen an den wöchentlichen Treffen in Rotterdam teil.<sup>45</sup>

## NISA FÜR NISA, SLOTERVAART, Amsterdam, Niederlande

Die Frauenorganisation Frauen für Frauen (*Nisa voor Nisa*)<sup>46</sup> wurde im Jahr 2000 gegründet und ist eine von ehrenamtlich tätigen Frauen geführte unabhängige Frauenorganisation im Stadtteil Slotervaart von Amsterdam. Sie organisieren Aktivitäten für Migrantinnen und nicht-westliche Frauen, welche sie darin bestärken sollen, ihr Leben selbst zu gestalten, sich zu integrieren und an der breiten Gesellschaft teilzuhaben. Sie bieten zwei, ihrer Ansicht nach miteinander verbundene Arten von Aktivitäten an:

- Sprachkurse, Themennachmittage, nützliche Informationen (darunter Informationen zu den Themen Gesundheit und Kinderbetreuung), Bildungsausflüge sowie Sport- und Freizeitaktivitäten
- Soziale Unterstützung durch Bereitstellung eines sicheren Hafens und einem offenen Ohr

## EL NOER STIFTUNG, Amsterdam, Niederlande

Die El Noer Stiftung<sup>47</sup> ist eine Einrichtung für Frauen und Kinder jeglicher Herkunft, obwohl sie vorwiegend von türkischen Frauen frequentiert und geleitet wird. Die Aktivitäten der Stiftung reichen von Sport und Sprachkursen über Nähunterricht bis hin zu Hausaufgabenbetreuung für Kinder.

## SPRACHCAFÉ, Kopenhagen, Dänemark

Zu den vom Stadtrat Kopenhagen unterstützten Initiativen für isolierte muslimische Frauen gehört auch das Sprachcafé (*Sprog Café*) im Weltkulturzentrum. Dort können Frauen ethnischer Minderheiten sowohl ihre Sprachkenntnisse verbessern, als auch mit anderen Frauen in Kontakt

kommen.<sup>48</sup> Die Kurse sind vor allem für Frauen ethnischer Minderheiten wichtig, die bereits viele Jahre in Dänemark leben und keinen Zugang zu den inzwischen neuen Zuwanderern angebotenen Sprachkursen hatten. Diese sehr beliebte Initiative wurde von ehrenamtlichen Mitarbeitern der Dänischen Flüchtlingshilfe (*Dansk Flygtningehjælp*)<sup>49</sup> initiiert und zeigt das Potenzial in Bezug auf die Schaffung von Angeboten, die eine entspannte Atmosphäre in Verbindung mit Spracherwerb und sozialer Interaktion kombinieren.

### SHAHRAZAD, Kopenhagen, Dänemark

Der Verein Sharazad<sup>50</sup> bietet, ebenfalls im Weltkulturzentrum, Angebote für benachteiligte muslimische Frauen zwischen 40 und 65 Jahren. Zu den Kursen, an denen bis zu 24 Frauen teilnehmen können, umfassen körperliche Bewegung wie traditionellen Tanz und Gymnastik, Informationsangebote über die dänische Gesellschaft, Möglichkeiten zur Übung des Dänischsprechens und informellen Erfahrungsaustausch mit anderen Frauen ethnischer Minderheiten. Öffentliche Programme richten sich selten an diese Frauengruppe, da sie nicht in der Lage sind, in den Arbeitsmarkt einzutreten. Diese Kurse erfreuen sich großer Beliebtheit und erhalten oft mehr Anmeldungen als Plätze verfügbar sind, da Frauen von anderen Teilnehmerinnen vom Kursangebot in Nørrebro erfahren haben.

## Interaktion durch Kultur und Sport

### HAMBURGER KULTURSCHLÜSSEL, LEBEN MIT BEHINDERUNG HAMBURG, Hamburg, Deutschland

Der Hamburger Kulturschlüssel<sup>51</sup> ist ein Projekt der NRO Leben mit Behinderung Hamburg,<sup>52</sup> die Kultur allen in Hamburg zugänglich macht,

ungeachtet finanzieller Situation, physischer oder psychischer Behinderung, Alter oder Sprachbarrieren. Das Projekt verhilft Migranten und anderen benachteiligten Mitgliedern der Gesellschaft zu Eintrittskarten für Kinos, Konzerte, Museen und Sportveranstaltungen. Das Herzstück der Arbeit des Hamburger Kulturschlüssels sind allerdings die sogenannten ehrenamtlichen Kulturbegleiter zu diesen Veranstaltungen. Engagierte Bürger jeden Alters und Hintergrunds können sich am Projekt beteiligen.

## CROSSOVER, Deutschland

Sport kann ein effektives Medium gesellschaftlicher Interaktion und Integration sein. Crossover e.V.<sup>53</sup> ist beispielsweise ein Verein, der Sportprogramme und diverse thematische Workshops für Kinder mit unterschiedlichem gesellschaftlichen und kulturellen Hintergrund anbietet. Dort können Kinder von klein auf lernen, sich miteinander auseinander zu setzen und zu kommunizieren. Die Teilnahme an den Aktivitäten des Vereins hilft ihnen, ihre Unterschiede und Ähnlichkeiten zu entdecken. Sie lernen den positiven Umgang mit ihrer Vielfalt und verlieren die Angst vor dem Anderssein.

## TRAINERLIZENZ B IM MIGRANTENSORT, HAMBURGER SPORTBUND, Hamburg, Deutschland

Der Hamburger Sportbund bietet die Ausbildung zum Trainer mit B-Lizenz<sup>54</sup> im Migrantensport an. Sie berechtigt zum Trainingseinsatz auf zweiter sportlicher Ebene. Mit dieser Ausbildung und dem Ausbildungsprogramm „Integration durch Sport“ möchte der Sportbund Trainer qualifizieren, die mit kultureller Vielfalt und Unterschieden umgehen können, und um für die Auswirkungen des interkulturellen, organisierten Sports zu sensibilisieren.

## AB INS WASSER – ABER SICHER!, Hamburg, Deutschland

Die Hamburger Initiative „Ab ins Wasser – aber sicher!“<sup>55</sup> bietet Informationen zum Thema Schwimmen und Sicherheit im Wasser auf deutsch, türkisch und russisch an. Sie richtet sich an Kinder zwischen vier und sechs Jahren. Der Schwimmunterricht auf hohem Niveau soll die Sicherheit im Wasser und die Schwimmkenntnisse aller Kinder in Hamburg verbessern.

## SHEMOVES, Hamburg, Deutschland

Die Website Shemoves<sup>56</sup> bietet eine Suchmaschine Mädchen und jungen Frauen, die in Hamburg nach Sportkursen, Klubs und Fitnessstudios, Tanz- und Kampfsportschulen sowie kulturellen Stadtteilzentren suchen.



## Bildung

Bildung, insbesondere in Schulen, stellt einen der wichtigsten Grundpfeiler in der Integration dar. In Schulen bieten zahlreiche Möglichkeiten der Interaktion zwischen Schülern und Eltern unterschiedlicher ethnischer und religiöser Hintergründe und tragen so zur Integration bei. Die Erfahrung ethnisch und kulturell gemischter Umfelder von klein auf kann die Ausbildung guter Beziehungen positiv beeinflussen, gegenseitiges Verständnis fördern und die Entwicklung von Vorurteilen verhindern. Das Bildungssystem liefert für die effektive Teilhabe am Arbeitsmarkt unerlässliche Werkzeuge, Qualifikationen und zwischenmenschliche Fähigkeiten. Es spielt auch eine prägende Rolle bei der Sozialisierung junger Menschen bezüglich ungeschriebener Regeln und Werte der Gesellschaft.<sup>57</sup> Trotz dieser Beobachtungen bleiben Schüler ethnischer Minderheiten häufig in unterprivilegierten Positionen in Europas Bildungssystemen und sind folglich weniger gut in der Lage, auf den Arbeitsmarkt oder in das Hochschulwesen zu wechseln. Es ist umso wichtiger, dass alle Kinder eine wertvolle, angenehme und gleichberechtigte Schulbildung erleben. Dieses Kapitel beschreibt mehrere positive Beispiele, die diese Ziele verfolgen.

## Erhebung von Daten und Statistiken

Wie in anderen Kapiteln dieses Leitfadens angegeben, besteht trotz der umfassenden wissenschaftlichen Forschung eine erhebliche Schwierigkeit bei der Untersuchung von geäußerten und beobachteten Ungleichheiten

und Diskriminierung von Muslimen ein Mangel an statistischen Daten in Bezug auf den Glauben. Statistische Daten zu Ethnizität, die häufig verwendet werden, wenn sie vorhanden sind (oft genug sind sie es nicht), sind für den Zweck, Probleme zu erfassen, mit denen sich speziell Muslime konfrontiert sehen, eher nicht geeignet.

## DATANET, STADTRAT LEICESTER, Leicester, Vereinigtes Königreich

Datanet<sup>58</sup> ist eine zentrale Datenbank, die detailliert Aufschluss über die Bildungsleistung von Schülern nach ethnischer Zugehörigkeit bietet. Sie ist Teil des Extranet<sup>59</sup> der Schulen in Leicester, das zur Verbesserung der elektronischen Kommunikation zwischen lokaler Behörde und Schulen eingerichtet wurde. Das Extranet ermöglicht den Onlinezugang zu regelmäßigen Aktualisierungen und Gruppenberichten der lokalen Behörde und von Schulen. E-Bulletins der lokalen Behörde werden zweimal wöchentlich an die Schulen geschickt und danach archiviert und im Extranet veröffentlicht.

## Beratung und Unterstützung in der Bildung

Die Forschungsberichte der Open Society Foundations deuten auf Diskriminierung bei der Beratung von Schülern und Eltern hin, bezüglich Schulaufnahme, weiterführender Schulen und Entscheidungen zur beruflichen Laufbahn. Lehrkräfte benötigen ebenfalls mehr Unterstützung und Führung dabei, erfolgreich mit unterschiedlichen ethnischen, kulturellen und religiösen Bedürfnissen ihrer Schülerinnen und Schüler umzugehen.

## UNTERSTÜTZERTEAMS IN DER VORSCHULE, Leicester, Vereinigtes Königreich

Das Bildungsgefälle zwischen muslimischen und anderen Kindern zeigt sich bereits im Vorschulalter. Während Grund- und Sekundarschulen und in der Hochschulausbildung steigt dieses weiter.<sup>60</sup> Die Verbesserung der Vorschulbildung wird daher als entscheidend bei der Förderung der schulischen Entwicklung von Kindern mit benachteiligtem Hintergrund gesehen.

In dieser Hinsicht hat der Stadtrat Leicester mehr Mittel bereitgestellt, beispielsweise im Rahmen der sogenannten Unterstützerteams (*Early Years Support Teams*) für Sprachunterricht, Unterstützung für Erwachsene, Kindern zu helfen, Unterstützung für Vorschulaktivitäten wie Mütter- und Kleinkindgruppen und ähnliche Initiativen.<sup>61</sup> Die Teams arbeiten mit den örtlichen Gesundheitsdiensten zusammen. Dadurch können Kinder mit besonderen Förderbedürfnissen möglichst früh erkannt und unterstützt werden, von Anfang an ihr volles Potenzial zu entwickeln. Zur Sicherstellung, dass sie diese Unterstützung während der Vorschulentwicklung erhalten, bieten die Teams Aktivitäten sowohl für Kinder als auch für Eltern und Betreuer, um die und bieten Unterstützung für Umfeldler und grundlegenden Unterricht in Schulen. Das Umfeld umfasst sämtliche vorschulischen Vorkehrungen wie Kindertagesstätten, Vorschulen, außerschulische Vereine, Krippen, bei Tagesmüttern und in Kinderzentren. Bevor Kinder in die Grundschule eintreten können, müssen sie zahlreiche Standards vom Kind erreicht werden. Dieses Umfeld ist für die Überwachung und das Angebot von Möglichkeiten für Kinder verantwortlich, um diese zu erreichen.<sup>62</sup>

## AQOON COMMUNITY BILDUNGS- UND FORTBILDUNGSSERVICE, Leicester, Vereinigtes Königreich

Der Aqoon Community Bildungs- und Fortbildungsservice (*Aquoon Community Education and Training Services, ACETS*) wurde 2003 von einer Gruppe somalischer Fachleute gegründet. Sie untersuchen und behandeln spezielle Bedürfnisse der neuen Somali-Gemeinschaft in Leicester im Bereich Bildung.<sup>63</sup> ACETS bietet Hausaufgabenbetreuung für Kinder, Familienbildungsprojekte, bei denen Eltern lernen, die Lernentwicklung ihrer Kinder zu unterstützen und Sprachkurse für Erwachsene auf unterschiedlichen Niveaus. Außerdem bietet ACETS Schulen, Colleges und der Bildungsbehörde der Stadt dringend benötigte spezielle Dolmetsch- und Übersetzungsdienste an.

Weiterhin gibt es das Aqoon Förderangebot für die Schule und zu Hause (*Aqoon School Home Support Service*),<sup>64</sup> das die Kommunikation zwischen Schulen, Bildungsförderungseinrichtungen und schwarzen Familien sowie Eltern und Kindern, die ethnischen Minderheiten angehören, unterstützt. In diesem Sinne bieten sie Mediation, Lobbyarbeit, Bildung und Fortbildungen. Schwarze und ethnischen Minderheiten angehörende Eltern werden über die unterschiedlichen Möglichkeiten der Bildungsförderung für ihre Kinder in den Schulen informiert. ACETS regt insbesondere Eltern von Kindern mit Lernschwierigkeiten und Behinderungen an, diese zur Verfügung stehende Unterstützung zu nutzen.

## STÄNDIGES BERATUNGSGREMIUM FÜR RELIGIONSUNTERRICHT, Vereinigtes Königreich

Jede kommunale Bildungsverwaltung (*Local Education Authority, LEA*) im Vereinigten Königreich ist gesetzlich verpflichtet, ein ständiges Beratungsgremium für Religionsunterricht einzusetzen (*Standing Advisory Council for Religious Education, SACRE*), in dem Repräsentanten der verschiedenen

Glaubensgemeinschaften der Stadt, Lehrgewerkschaften und Stadträte vertreten sind. Das Gremium hat folgende Aufgaben:

- Beratung von LEA zu sämtlichen Aspekten zum Angebot von Religionsunterricht in der Schule
- Entscheidung, ob die von LEA verabschiedeten Lehrpläne für Religionsunterricht eine Revision erfordert und Sicherstellung, dass LEA dies beachtet
- Beratung von LEA zu gemeinsamen Gottesdiensten (ausgenommen sind ehrenamtlich unterstützte und ehrenamtlich gesteuerte Schulen)
- Abwägung etwaiger Anfragen von Schulleitern zur Durchführung von gemeinsamen Gottesdiensten, die nicht weitgehend christlichen Charakters sind
- Beratung zur Fortbildung von Lehrkräften in Bezug auf den Religionsunterricht und gemeinsame Gottesdienste
- Unterstützung von LEA im Umgang mit etwaigen Beschwerden über Religionsunterricht oder gemeinsame Gottesdienste in der Schule, im Rahmen von LEAs Beschwerderegulierung gemäß Absatz 23 des britischen Bildungsreformgesetzes von 1988
- Veröffentlichung eines ausführlichen Jahresberichts über alle Aktivitäten und Beratungen von und durch SACRE<sup>65</sup> für LEA

Sowohl Leicester als auch der Bezirk Waltham Forest in London verfügen über gut funktionierende SACREs. Schulen in Leicester werden beispielsweise vom Multicultural and Religious Education Center unterstützt, finanziert von SACRE, das den Erwerb hochwertiger Artefakte, Zeitschriften, CDs, Poster, DVDs und Bücher über unterschiedliche Religionen unterstützt. Berater von SACRE unterstützen außerdem Lehrkräfte bei der Unterrichtung eines Glaubens, der ihnen eventuell weniger vertraut ist.

In Waltham Forest wurden Punkte des Lehrplans geändert, um das Thema Beitrag des Islams zu Wissenschaft und Kunst stärker zu betonen. In diesem Zusammenhang unterstützte SACRE Schulen durch die Entwicklung eines religiösen Leitfadens über Kulturen, Traditionen, Werten, einschließlich religiöser Feiertage.

### 8-BIS-8-COACHES, SLOTERVAART, Amsterdam, Niederlande

2008 wurde das Pilotprojekt 8-bis-8-Coaches (*8-tot-8-coaches*) ins Leben gerufen, bei dem Mentoren 144 potenziell gefährdete Jugendliche bei ihrer täglichen Disziplin unterstützten. Sie betreuen und beaufsichtigen die Jugendlichen von 8 Uhr bis 20 Uhr. Unter den 144 ersten Teilnehmern des Pilotprojekts waren 100 Jugendliche mit marokkanischem Hintergrund und sieben einheimische, niederländische Teenager. Die Kosten belaufen sich auf etwa 8000 Euro pro Schüler pro Jahr. Erste Ergebnisse sind vielversprechend: Die Jugendlichen berichten, dass sie das Gefühl haben, ihr Leben und ihre Zukunft stärker unter Kontrolle zu haben. Alle Eltern, außer zwei, unterstützen das Projekt.

### WOCHENENDAKADEMIE, SLOTERVAART, Amsterdam, Niederlande

Die Wochenendakademie in Slotervaart (*Weekend Academie*) organisiert Hausaufgabenbetreuung, Kurse in sozialer Kompetenz und Freizeitangebote für 9-bis 16-jährige Schüler aus benachteiligten Stadtteilen. Entscheidend ist, dass die Eltern ebenfalls involviert sind. Sie werden angeregt, an den Veranstaltungen teilzunehmen. Ihnen werden Informationen über Hilfsangebote in ihrer Erstsprache angeboten. Die Organisation unterstützt Eltern zudem bei Kommunikationsproblemen mit Lehrkräften. Zudem hilft sie Eltern, voneinander zu lernen und

gemeinsame Strategien zur Förderung ihrer Kinder zu entwickeln.<sup>66</sup> In Anerkennung der wichtigen Rolle, die Lehrkräfte und Eltern bei der Ausbildung der Kinder spielen, wurde empfohlen, dass die Stadt Amsterdam die Unterstützung für Projekte dieser Art ausweitet.<sup>67</sup>

## DAS ZENTRUM, Rotterdam, Niederlande

Das Zentrum (*Het Centrum*) in Rotterdam ist eine Initiative zur Verbesserung der schulischen Leistungen durch Hausaufgabenbetreuung und ein Mentorenprogramm.<sup>68</sup> Obwohl die Organisation nicht auf bestimmte ethnische oder religiöse Gruppen ausgerichtet ist, sind 90 Prozent der teilnehmenden Kinder türkeistämmig. In Kleingruppen wird ihnen bei den Hausaufgaben geholfen, sie bekommen Niederländisch-Nachhilfe und werden bei der Entwicklung allgemeiner kognitiver Fähigkeiten unterstützt. Ihnen werden ausgebildete, ältere Schüler vorgestellt, die als positive Vorbilder fungieren können. Auch Eltern werden in die Initiative eingebunden. Sie werden angeregt, die Projektmitarbeiter während der informellen Elternfrühstücke im Zentrum kennenzulernen. Die Ergebnisse des Projekts zeigen, dass Kinder, die am Programm teilnehmen, insgesamt besser beim CITO-Test abschneiden, dem Abschlusstest der Grundschule. In den meisten Fällen werden auch die Eltern engagierter.

## ELTERNCAFÉ, Berlin, Deutschland

In vielen Berliner Schulen bieten Elterncafés<sup>69</sup> Lehrkräfte und Eltern ein entspanntes und informelles Umfeld, um sich zu treffen und um zu diskutieren, was das Beste für Schüler ist, und um Anliegen zu besprechen.

## ELTERN UND SCHULE, Antwerpen, Belgien

Das Projekt Eltern und Schule (*School en Ouders*, KAAP)<sup>70</sup> hat zum Ziel, nicht-niederländisch-sprechende Eltern, die Möglichkeit zu geben, Niederländisch in der Schule ihrer Kinder zu erlernen.<sup>71</sup> So können Eltern ihre Sprachkenntnisse im Niederländischen verbessern und wiederum ihre Kindern beim Erlernen der Sprache unterstützen. Außerdem erhalten Sie die Möglichkeit, stärker in die Ausbildung ihrer Kinder involviert zu werden und erhalten mehr Informationen über die genossene Bildung. Lehrkräfte haben die Möglichkeit, Eltern kennenzulernen, was in ihrer Lehrtätigkeit hilfreich ist.

## STIFTUNG WEIßE TULPE, Amsterdam, Niederlande

Die Stiftung Weiße Tulpe (*Stichting Witte Tulp*),<sup>72</sup> ist eine private Initiative und wurde 1997 von einer Gruppe Studenten ethnischer Minderheiten gegründet. Die Stiftung fördert und unterstützt Schüler aus schwierigen sozial-ökonomischen Verhältnissen, sowie deren Familien und Lehrkräfte, durch pädagogische Beratung mit dem Ziel, ihre Problemlösungskompetenz zu entwickeln. Die ehrenamtlichen Mitarbeiter sind vorwiegend aus denselben ethnischen Gruppen, wodurch sie die Probleme verstehen und als positive Vorbilder für die Schüler fungieren können.<sup>73</sup>

## Antidiskriminierungsmaßnahmen

Erste wichtige Schritte im Kampf gegen Diskriminierung ethnischer oder religiöser Minderheiten in Schulen sind die Dokumentation von Diskriminierung und Aufklärung darüber, wie und wo diese gemeldet werden kann. Selbstverständlich ist es wichtig, dass auf erkannte und



gemeldete Vorfälle von Diskriminierung auch eine effektive Reaktion folgen muss, und dass Lehrkräfte wie Schüler über Diskriminierung und Gleichbehandlung aufgeklärt werden sollten. Ein weiterer wichtiger Schritt ist daher die Entwicklung bildungspolitischer Ansätze, die es Lehrkräften und Schulen ermöglichen, Wissen zum Thema Diskriminierung und über Rechte in Bezug auf Sprache und Religion in den Lehrplan zu integrieren.

## ANTIDISKRIMINIERUNGSMABNAHMEN UND ACHTUNG DER RELIGION IN DER BILDUNG, Kopenhagen, Dänemark

Im Integrationsplan der Stadt Kopenhagen 2007–2010<sup>74</sup> finden sich keine spezifischen Maßnahmen in Bezug auf Achtung der Religion im Bildungswesen. Eine vor kurzem durchgeführte Umfrage in 592 der insgesamt 1500 öffentlichen Schulen in Dänemark zeigt, dass ein Drittel der befragten Schulen religiöse Vielfalt ernst nehmen und ihren Schülern an religiösen Feiertagen wie Ramadan frei geben.<sup>75</sup> Solche Entscheidungen liegen derzeit bei den einzelnen Schulleitungen. Wie jedoch von einigen teilnehmenden Eltern an Fokusgruppen der Open Society Foundationsangaben, besteht Unterstützung, solche religiösen Erwägungen in den Kopenhagener Integrationsplan und in den landesweiten Lehrplan aufzunehmen.

Der Stadtrat Kopenhagen hat die Empfehlung zur Kenntnis genommen, Schulen, Schüler und Eltern mehr zum Thema Erkennung und Meldung von Diskriminierung zu informieren. Der Stadtrat hat zudem Pläne angekündigt, zusätzliche Fragen, die sich direkt auf Diskriminierungserfahrungen in der Schule beziehen, in die jährliche Befragung der Schüler aufzunehmen.<sup>76</sup>

## KULTURTAUSCH,

### Waltham Forest, London, Vereinigtes Königreich

Der Bezirksrat von Waltham Forest hat viel Augenmerk auf die Bekämpfung religiöser Belästigung in Schulen gelegt<sup>77</sup> und mehrere Initiativen zur Verbesserung der gesellschaftlichen Kohäsion in Schulen entwickelt. Ein Vorzeigeprojekt ist Kulturtausch (*Swapping Cultures*),<sup>78</sup> eine Reihe strukturierter Lernaktivitäten, gefördert von der Bildungsorganisation *Minorities of Europe (MoE)*. Ziel ist die Erkundung unterschiedlicher kultureller und gesellschaftlicher Themen sowie der Austausch eigener Ansichten und Informationen unter den Teilnehmern bei sorgfältiger Begleitung.

## Glaube in der Schule

In Bezug auf Glaube organisierte und getrennte Bildung ist ein kontinuierlich politisch und öffentlich diskutiertes Thema in Europa. Insbesondere besteht einige Diskussion über die Rolle konfessioneller Schulen in der Gesellschaft und deren möglicher Beitrag zu Segregation. In solchen Diskussionen sind islamische Schulen in den Mittelpunkt gerückt, obwohl es im Vergleich zu anderen konfessionellen Schulen nur relativ wenige davon gibt.

Obwohl viele muslimische Eltern islamische Schulen nicht als Notwendigkeit erachten, hat das Versagen der staatlichen Schulen, das Bildungsgefälle zwischen muslimischen und anderen Schülern zu schließen, zu einem wachsenden Glauben daran geführt, dass muslimische Schulen, mit ihrer besonderen Aufmerksamkeit für sprachlichen, religiösen und kulturellen Hintergrund der Schüler, eine bessere Ausbildung für ihre Kinder erreichen. Zudem führen Diskriminierungserfahrungen Eltern dazu, ihre Kinder auf muslimische Schulen zu schicken.

Lässt man diese kontinuierliche Diskussion außer Betracht, wird die Integration von Religion in den Lehrplan im Allgemeinen als effektive Integrationsmaßnahme betrachtet, da dieser zu mehr interkulturellem und interreligiösem Verständnis und Interaktion führe; zudem verringert dies das Bedürfnis nach einzel-konfessionellen Schulen, wobei viele behaupten, dass sie zu verstärkter Segregation der Gemeinschaften im jungen Alter führen. Solche Ausbildung und Interaktion spielen zudem eine entscheidende Rolle bei der Prävention und Bekämpfung von Vorurteilen im jungen Alter.

## PLATTFORM RELIGIONSUNTERRICHT, Niederlande

In Rotterdam arbeiten SPIOR, die Stiftung für interkonfessionelle Beratung in Schulangelegenheiten (*Interkerkelijk Overleg in Schoolzaken*, IKOS) und die Organisation Humanistische Bildung (*Humanistisch Vormingsonderwijs*, HVO) gemeinsam am Thema Religionsunterricht in öffentlichen Schulen. Im Jahr 2004 riefen sie das Pilotprojekt Plattform Religionsunterricht ins Leben, die das Verständnis und Wissen von Kindern über unterschiedliche Kulturen und Religionszugehörigkeiten verbessert. Muslimische Schüler erhalten christlichen Religionsunterricht und andersherum.<sup>79</sup> Andere Städte wie Amsterdam, Almere, Dordrecht, Lelystad und Utrecht folgen diesem Beispiel.

# Sprachkompetenz

## FOYER, Brüssel, Belgien

Das Erlernen der Herkunftssprache wird als entscheidende Verbindung eines Kindes mit der kulturellen Kontinuität im familiären Kontext betrachtet.<sup>80</sup> Weiterhin wird angenommen, dass dies Kindern helfen wird, Sprachkompetenzen zu entwickeln, die es ihnen erleichtern werden, weitere Sprachen zu erlernen.<sup>81</sup> Daher entwickelt und fördert die NRO Foyer<sup>82</sup> bi-kulturelle Kurse für Spanisch, Italienisch und Türkisch. Diese Initiativen bleiben sehr lokal und fallen nicht unter die offizielle Politik der flämischen Regierung.

Das 1969 gegründete Foyer mit Sitz in Brüssel hat sich die Förderung von Vielfalt und die Integration ethnischer Minderheiten in der Stadt wie auch auf nationaler und internationaler Ebene zur Aufgabe gemacht. Alle zwei Monate veröffentlicht Foyer einen internationalen Newsletter, um über die Aktivitäten und Projekte zu berichten und die Kommunikation mit internationalen Partnern zu fördern.<sup>83</sup>

## FÖRMIG, SPRACHFÖRDERUNG ALS GEMEINSAME AUFGABE VON KITA, SCHULE, ELTERN UND AUßERSCHULISCHEN KOOPERATIONSPARTNERN, Berlin, Deutschland

Ein wichtiges nationales Integrationsprojekt in Deutschland im Bildungsbereich ist FÖRMIG,<sup>84</sup> ein Förderprogramm für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund, welches spezielles Augenmerk auf die Entwicklung von Sprachkompetenz legt. Finanziert wird es vom Bundesministerium für Bildung und Forschung in Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Bundesländern, darunter Berlin. Das örtliche Pilotprojekt in Berlin hieß „Sprachförderung als gemeinsame Aufgabe von Kita, Schule,

Eltern und außerschulischen Kooperationspartnern“.<sup>85</sup> Umgesetzt wurde es von September 2004 bis August 2009 vom lokalen Netzwerk „Werkstatt Integration durch Bildung“ in Kreuzberg und wurde nun bis 2013 als FÖRMIG-Transferprogramm verlängert.<sup>86</sup>

## WERKSTATT INTEGRATION DURCH BILDUNG UND RUCKSACKPROJEKT, Deutschland

Die Werkstatt Integration durch Bildung (WIB) wurde gegründet, um Lehrkräfte in den Bereichen Integration und Sprachförderung fortzubilden und ist ein Kooperationsprojekt der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft, dem Jugendamt Kreuzberg-Friedrichshain und den unabhängigen Regionalen Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien (RAA).<sup>87</sup> Ein Erfolgsprojekt der WIB ist das Rucksackprojekt, durchgeführt in Kindertagesstätten und Grundschulen. Eltern mit nicht-deutscher Muttersprache erhalten Informationen zu Hause, was ihnen ermöglicht, ihre Kinder in ihrer eigenen Sprache auf die nächsten Unterrichtsstunden in der Schule vorzubereiten. Der Unterricht findet auf Deutsch statt. Manche Eltern wurden im Rahmen des Projekts zu Elternbegleitern ausgebildet. Sie lernen, wie sie Kinder (und andere Eltern) unterstützen können und erleichtern Lehrkräften den Kontakt zu Eltern mit Migrationshintergrund.

## STADTRAT KOPENHAGEN, Kopenhagen, Dänemark

Kopenhagen ist eine der wenigen Kommunen Dänemarks, die weiterhin allen zweisprachigen Schülern bis zur sechsten Klasse kostenlosen Unterricht in der Herkunftssprache anbietet. Das Angebot von Unterricht in der Muttersprache ist eine der Maßnahmen im Rahmen des

Integrationsplans 2007–2010, um das Leistungsgefälle zwischen Kindern ethnischer Minderheiten und der Mehrheitsgesellschaft zu verringern.

Allerdings sieht die städtische Richtlinie vor, dass mindestens 16 Schüler für das Zustandekommen eines spezifischen Unterrichts in der Minderheitssprache erforderlich sind. Aus diesem Grunde werden in mehreren Schulen der Stadt Unterrichtsstunden für Türkisch, Urdu, Arabisch oder Somalisch zusammengefasst.

Etwa 2800 Schülerinnen und Schüler in Kopenhagen nahmen im Jahr 2008 an außerlehrplanmäßigen muttersprachlichem Unterricht teil.<sup>88</sup> Einige befragte Arabisch-sprechende Eltern sprachen sich jedoch für Arabisch als ordentliches Unterrichtsfach, von Nutzen für die Ausbildung ihrer Kinder, statt als außerschulisches Angebot aus. Zudem empfanden sie es als diskriminierend, dass der Unterricht auf Arabisch nach der sechsten Klasse kostenpflichtig ist, wohingegen andere Sprachen, wie Spanisch, kostenlos angeboten wird.<sup>89</sup>

## Kommunale und regionale Initiativen

### NETZWERK VERBUNDENER SCHULEN, Vereinigtes Königreich

Das Netzwerk verbundener Schulen (*School Linking Network, SLN*)<sup>90</sup> fördert den sozialen Kohäsion von Communities durch Projekte in Schulen und Bezirksverwaltungen in den Bereichen Identität, Vielfalt, Gleichberechtigung und andern Themen. Es erleichtert Kontakte zwischen Schulen in England und möchte Kinder und Jugendliche bei der Entdeckung ihrer Identität unterstützen, Vielfalt zelebrieren und einen Dialog entwickeln. Im Zeitraum 2009–2010 arbeiteten 40 Bezirksverwaltungen sowie eine Reihe

anderer Organisationen mit SLN zusammen, um bezirksweite Kontaktprojekte zu schaffen.

SLN wurde im Jahr 2007 vom Bildungsministerium in Zusammenarbeit mit der Pears Foundation<sup>91</sup> gegründet. Es baut auf der Erfahrung mit vorherigen Schulvernetzungsprojekten und ähnlicher Kohäsionsarbeit in Bradford und Tower Hamlets auf.

### JINC (ZUVOR: CAMPUS NIEUW WEST), Slotervaart und Westelijke Tuinsteden, Niederlande

JINC ist ein in Amsterdam, Utrecht, Haarlem und Rotterdam tätiger Verein.<sup>92</sup> JINC betreut den Amsterdamer Bezirk Nieuw West und dem aus Teilgemeinden gebildeten westlichen Vorort Westelijke Tuinsteden. In Rahmen dieses Projekts werden 8-bis 16-jährige Kinder und Jugendliche mit der Wirtschaft in Kontakt gebracht. Ziel ist es, ihnen die Vielzahl der möglichen Berufe und die dafür benötigten Qualifikationen nahezubringen. Dies soll ihnen dabei helfen, fundierte Entscheidungen über ihren Bildungsweg zu treffen, damit sie mehr Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Mehr als 200 Unternehmen sind an diesem Projekt beteiligt und bieten beispielsweise eintägige Praktika, praktischen Arbeitseinsatz, Mentoren und Trainer an.

### YOUNG URBAN MOVEMENT PROJECT, Schweden

Das Young Urban Movement Project (YUMP) ist ein selektives Bildungsprogramm für Unternehmer, welches sich an Jugendliche zwischen 20 und 30 Jahren aus Gegenden des Miljonprogrammet<sup>93</sup> wendet, und erlaubt Studienfinanzierung (CSN).<sup>94</sup>

## KOPENHAGEN-MODELL, STADTRAT KOPENHAGEN, Kopenhagen, Dänemark

In Dänemark wohnen die meisten Einwanderer und ihre Nachkommen in der Kommune Kopenhagen, was sich in der ethnischen Zusammensetzung der Schulen widerspiegelt. Dementsprechend hat die Stadt einen interkulturelleren Ansatz hinsichtlich der Vielfalt bei Sprache, Kultur und Religion in Schulen und Bildungseinrichtungen gewählt als in der nationalen Gesetzgebung verankert. Während sich nationale Gesetzgebung auf Schwächen bei der dänischen Sprache und Kultur von zweisprachigen Schülern richtet, betont der Kopenhagener Stadtrat zudem den Bedarf an einem institutionellen Wandel, um unterschiedlichste Schülergruppen zu integrieren. Während die nationale Gesetzgebung die staatliche Förderung für Unterricht in der Muttersprache für Schüler nicht-europäischen Hintergrunds gestrichen hat, bietet die Stadt Kopenhagen weiterhin muttersprachlichen Unterricht auf nahezu gleichberechtigter Basis für alle zweisprachigen Schüler an.

Bildung war eine der sechs Säulen in Kopenhagens Integrationsplan 2007–2010 des Kopenhagener Stadtrats.<sup>95</sup> Der Integrationsplan nennt drei wichtige Herausforderungen im Bereich Bildung:<sup>96</sup>

- Schüler ethnischer Minderheiten schneiden schlechter ab als einsprachige Kinder. Zweisprachige Schüler sind überdurchschnittlich in der schwächsten Gruppe bei Schulabschlussarbeiten vertreten.
- Eltern betrachten Schulen mit einem hohen Anteil an zweisprachigen Schülern häufig als schlechter, befürchten, geringe gesellschaftliche Chancen und einen niedrigen akademischen Standard. Dementsprechend entscheiden sich viele Eltern, sowohl aus Mehrheitsgesellschaft wie aus ethnischen Minderheiten, für Privatschulen. Dies trifft besonders im nordwestlichen Stadtteil



Nørrebro zu. In diesem Stadtteil haben viele Schulen folglich nahezu ausschließlich zweisprachige Schüler.

- Schlechte Ergebnisse in Grund- und Mittelschulen führen bei Jugendlichen ethnischer Minderheiten zu hohen Abbrecherquoten aus Jugendausbildungsprogrammen.

Der Stadtrat erkennt das Problem, dass sich viele einheimische Dänen der Stadt, einschließlich des Stadtteils Nørrebro, entscheiden, ihre Kinder auf Privatschulen zu schicken, um staatliche Schulen mit zu vielen zweisprachigen Schülern zu vermeiden.<sup>97</sup> Viele muslimische Eltern, die es sich leisten können, melden ihre Kinder in Schulen außerhalb Nørrebros an.<sup>98</sup> Sie wählen entweder Schulen mit mehrheitlich ethnisch dänischer Schülerschaft, private islamische Schulen (wie die arabische Isra Schule in Nørrebro und die Jinnah International School für Urdu-Muttersprachler) oder internationale Schulen, in denen auf Englisch unterrichtet wird. Infolgedessen werden viele öffentliche Schulen im Stadtteil Nørrebro und Umgebung dominiert von Schülern aus Familien mit geringem Einkommen, mit begrenztem sozialen und kulturellen Kapital, von denen die meisten muslimische Familien sind.

Teil des Kopenhagen-Modells ist die verbesserte Initiative „Lernen für alle“ (*Faglighed for alle*), die Schüler aus ethnischen Minderheiten auf Schulen mit mehrheitlich ethnisch dänischer Schülerschaft verteilen will und andersherum. Dabei wird sich auf die freie Schulwahl vonseiten der Eltern verlassen. Um dieses Ziel zu erreichen, sieht das Programm Maßnahmen zur Unterstützung von Schulen vor beim Zugang zu neuesten elektronischen Lernhilfen, der Verbesserung von akademischen Standards in Schulen durch Umsetzung des staatlichen Plans, mehr Augenmerk auf Evaluation die Verbesserung der Bildung von Schülern mit besonderen Bedürfnissen und die Förderung von Unterricht in der Zweitsprache und Coaching-Aktivitäten zu legen.<sup>99</sup> Alle an dem Programm teilnehmende

Schulen haben bereits Sprachlernzentren aufgebaut. Sprachlehrer haben an Seminaren und Netzwerktreffen in den Schulen teilgenommen. Eltern, die am Programm teilnehmen, bekamen zudem das Angebot der Erstattung zusätzlicher Fahrtkosten.

Als diese Initiativen ins Leben gerufen wurden, war die Kommune bereits dabei, mehr als 1000 Lehrkräfte in der Unterrichtung von Dänisch als Fremdsprache und interkultureller Bildung als fester Bestandteil aller Fächer fortzubilden. Außerdem wurden weiteren Lehrkräften Kurse über Mehrsprachigkeit und Interkulturalität angeboten. Alle an dem Projekt teilnehmenden Schulen haben einen zweisprachigen Berater hinzugezogen, um die Umsetzung vor Ort zu begleiten.

Sowohl ein 2010 erstellter Qualitätsbericht zu schulischen Leistungen,<sup>100</sup> die Evaluation des Programmes als Teil eines Forschungsprojekts zur gesellschaftlichen Integration zwischen Schülern aus ethnischen Minderheiten und der Mehrheitsgesellschaft<sup>101</sup> sowie Interviews, die im Rahmen der Studien von Open Society Foundations durchgeführt wurden,<sup>102</sup> deuten einige positive Ergebnisse des Kopenhagen-Modells an.<sup>103</sup>

Einige aus ethnischen Minderheiten stammende Schüler haben Schulen mit mehrheitlich ethnisch dänischer Schülerschaft gewählt. Andersrum ist dies jedoch nicht der Fall. Einige Schulen im Stadtteil Nørrebro verzeichneten einen prozentualen Zuwachs an Schülern ethnischer Minderheiten und andere eine leichte Absenkung. Die Auswertung zeigte zudem, dass Schüler zwar innerhalb der Schule zu einem gewissen Grad wirklich miteinander interagieren, dies außerhalb der Schulzeit jedoch selten der Fall ist. Gründe dafür sind unter anderem ein Bewusstsein unter Schülern wie Erwachsenen in Bezug auf Ethnizität, Volksgruppe und Staatsangehörigkeit. Auch die geografische Trennung von Schule und Wohnort der Schüler ethnischer Minderheiten, die an dem Transfer im Rahmen des Kopenhagen-Modells teilgenommen haben, räumt weniger

Möglichkeiten der Interaktion zwischen Eltern und Eltern sowie Schule und Eltern ein. Die Auswertung empfiehlt, die Erfahrungen der Schüler in zukünftige Entscheidungen über kommunale Programme zur Förderung der Verteilung und gesellschaftlichen Integration einfließen zu lassen.<sup>104</sup>

## WEITERE BILDUNGSINTEGRATIONSPOLITISCHE INITIATIVEN IN KOPENHAGEN

Zur Unterstützung des Kopenhagener Integrationsplans wurde eine Reihe weiterer Initiativen ins Leben gerufen. Dazu gehört die Sprachförderung in Kindergärten und Vorschulen, Unterricht in Dänisch als Fremdsprache, muttersprachlicher Unterricht für zweisprachige Schüler und Antidiskriminierungsmaßnahmen.

Der integrationspolitische Ansatz verweist auch auf das konsistente Leistungsgefälle zwischen einsprachigen (mit Dänisch als Muttersprache) und zweisprachigen Schülern. In den Schulabschlussstests schneiden zweisprachige Schüler im Schnitt eine Note schlechter ab.<sup>105</sup> Dieses Leistungsgefälle soll mithilfe des Integrationsplans bis zum Jahr 2014 beseitigt werden.<sup>106</sup>

Weitere integrationspolitische Ziele sind, dass staatliche Schulen in Kopenhagen für die Eltern zu ersten Wahl werden<sup>107</sup> und dass der Anteil junger Menschen mit abgeschlossener Schulausbildung auf 95 Prozent ansteigt.<sup>108</sup>

## Leitfaden für Lehrkräfte

### GLAUBE UND BILDUNG – ANTWORTEN AUF SCHULISCHE THEMEN – ISLAM, Leicester, Vereinigtes Königreich

Als Antwort auf die steigende Zahl muslimischer Schüler in Schulen veröffentlichte das Netzwerk Islam und Bildung (Islam and Education Network), eine Gruppe muslimischer und nicht-muslimischer Bildungsexperten in Leicester,<sup>109</sup> eine Broschüre mit dem Titel Glaube und Bildung – Antworten auf schulische Themen – Islam (Faith and Education – Responding to school-based issues – Islam).<sup>110</sup> In der Broschüre bietet Rat und Leitsätze für Schulen und Colleges im Umgang mit muslimischen Communities sowie die Lösungen für mögliche strittige Bereiche in Schulen.<sup>111</sup> Behandelt werden Themen wie lokale Probleme, mit Abschnitten zu Sport, Musik, Theater und Kunst, religiöse Feiertage, Kleidung und der Besuch religiöser Orte.

### STADTRAT LEICESTER, PARTNERSCHAFT MIT DER STELLE ZUR UNTERSTÜTZUNG DER SCHULENTWICKLUNG UND DER LEHRPLAN ZUR BERÜCKSICHTIGUNG VON ERFAHRUNGEN KARIBISCHER UND MUSLIMISCHER SCHÜLER, Leicester, Vereinigtes Königreich

Der Stadtrat Leicester hat Partnerschaften geschlossen, um Unterrichtsmaterialien zu erstellen, welche Erfahrungen von Muslimen einschließen. Die Stelle zur Unterstützung der Schulentwicklung (*School Development Support Agency, SDSA*) unterstützte beispielsweise das Projekt des Lehrplans zur Berücksichtigung von Erfahrungen karibischer und musli-

mischer Schüler (*Curriculum Reflecting Experiences of African Caribbean and Muslim Pupils*, CREAM) in Leicester.<sup>112</sup> Dieses Forschungsprojekt untersuchte Lehrmaterialien auf Ausmaß und Qualität der Darstellung von Erfahrungen muslimischer und karibischer Schüler, die in staatlichen Schulen im Rahmen des landesweiten Lehrplans (*National Curriculum*) genutzt werden können.<sup>113</sup>

## HANDREICHUNG FÜR LEHRERINNEN UND LEHRER, ARBEITSKREIS ISLAM UND SCHULE, Berlin, Deutschland

Ein Mangel an Unterstützung von Lehrkräften im Umgang mit muslimischen Communities und dem Islam führte zur Formulierung einer Handreichung für Lehrerinnen und Lehrer durch den Arbeitskreis Islam und Schule der Berliner Senatsverwaltung.<sup>114</sup> Die Handreichung bietet sowohl umfassende Informationen über die unterschiedlichen in Berlin ansässigen muslimischen Communities als auch Informationen aus Interviews mit Mitgliedern der muslimischen Community in Berlin.

## Beschäftigung und Ausbildung

Schlechte Aussichten auf einen Arbeitsplatz sind das vielleicht sichtbarste Symptom gesellschaftlicher Benachteiligung. Die für diese Handreichung untersuchten Stadtteile gehören zu den am stärksten benachteiligten Bezirken Europas. Die höheren Arbeitslosenquoten in diesen Gegenden zeigen ihre Korrelation mit Orten, an denen Muslime einen hohen Bevölkerungsanteil ausmachen. Es besteht ein Kreislauf an Benachteiligung, der durchbrochen werden muss, da Muslime und andere marginalisierte Gruppen häufig in Gegenden mit geringen Wohn-, Arbeits- und (Aus-)Bildungsmöglichkeiten wohnen, wobei sich jeder dieser Faktoren gegenseitig verstärkt und verschärft und es diesen Gruppen die Integration und den Fortschritt in der Gesellschaft erschwert.

Die Studien zur Bildung der Open Society Foundations bestätigen, dass schlechte Leistungen im Bildungsbereich Auswirkungen auf die Partizipation am Arbeitsmarkt haben. Beschäftigungsmuster sind ein Gradmesser für die relative Positionierung unterschiedlicher Gruppen in der Gesellschaft. Zugang zu Ausbildungsplätzen und Teilhabe am Arbeitsmarkt bilden weiterhin die Grundlage wirtschaftlicher Integration, was nicht nur Beschäftigungsmöglichkeiten erfordert, sondern auch Beschäftigung im Arbeitsmarkt der Mitte und Arbeitsplätze, die den Fähigkeiten und Qualifikationen des Einzelnen entsprechen.

In diesem Abschnitt werden ergriffene Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungssituation marginalisierter Gruppen behandelt, zur Überwindung verschiedener Barrieren beim Zugang zum und zur vollständigen

Teilhabe am Arbeitsmarkt. Die Berichte der Open Society Foundations zeigen auf, dass manche dieser Barrieren mit der Position von Menschen wie Migranten im Zusammenhang stehen, während andere mit der Zugehörigkeit zu ethnischen oder religiösen Gruppen in Verbindung stehen.

## Datenerhebung und Statistiken

Erfahrungen von Chancenungleichheit und Diskriminierung unterstreichen den Bedarf an zu erhebenden präzisen und umfassenden Daten über ethnische und religiöse Gruppen. Daten zu Beschäftigung und Arbeitslosigkeit, die die Kategorien Ethnizität und Religion umfassen, sind für die Erfassung des Ausmaßes an Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt wichtig sowie für die Erkennung von Ungleichheit in unterschiedlichen Sektoren, damit sie effektiv angegangen werden können.

Solche Daten sind allerdings in Europa rar, insbesondere in Bezug auf die Konfession, uns insbesondere auf lokaler Ebene. Regierungen und lokale Behörden räumen zwar die Zusammenhänge zwischen gesellschaftlicher Klasse, Ethnizität, Geschlecht, Behinderung und unzureichenden Leistungen am Arbeitsmarkt ein. Religion und Glaube hingegen werden erst allmählich als signifikante Faktoren aktiv einbezogen.

Teil des Problems ist, dass wie in anderen politischen Bereichen auch, die Auswirkungen von Konfession häufig schwer von anderen Kategorien abzugrenzen sind. So sind viele Barrieren, die Muslime betreffen, die gleichen wie für viele andere ethnische Gruppen: geografische Isolation, begrenzte Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten, Diskriminierung und beschränkte Wahlmöglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt. Da Daten zu Glaubensgemeinschaften in den meisten europäischen Ländern fehlen, wird für Untersuchungen dieser Kategorie häufig auf Angaben zur Ethnizität zurückgegriffen. Die Ableitung vom ethnischen Hintergrund

kann in höchstem Maße unzuverlässige und irreführende Ergebnisse schaffen.

## RELIGION UND GLAUBE IM FOKUS,

### Waltham Forest, London, Vereinigtes Königreich

Im Jahr 2004 führte der Stadtteil Waltham Forest eine Umfrage über Religion und Glaube im Fokus (*Religion and Faith in Focus*)<sup>115</sup> durch, um Angaben über Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Qualifikationen unterschiedlicher Glaubensgemeinschaften in Waltham Forest zu erhalten.

Innerhalb jeder Glaubensgemeinschaft gibt es wichtige Abgrenzungen. Unterscheidet man beispielsweise muslimische Communities nach Geschlecht zeigt sich, dass muslimische Frauen weitaus seltener erwerbstätig sind als Frauen anderer Gruppen und muslimische Männer. Die Statistik gibt keine Auskunft darüber, inwiefern dies ihrem eigenen Wunsch entspringt oder ihrem marginalisierten Zugang zum Arbeitsmarkt. Zur Beurteilung Hintergründe dieser hohen Erwerbslosigkeit wäre mehr qualitative Forschung nötig. Einige Einsichten bietet die britische Volksbefragung 2001. Dort gaben 52 Prozent der erwerbslosen muslimischen Frauen als Grund die Versorgung des Haushalts und die Betreuung von Familienmitgliedern an.

Auf lokaler Ebene erhebt der Bezirk Waltham Forest Statistiken, die einen sehr deutlichen Unterschied bei der Erwerbsquote männlicher und weiblicher Muslime zeigen. Während die Erwerbsquote von Männern aus Pakistan und Bangladesch positiv mit anderen ethnischen Minderheiten wie Indern und Schwarzen zu vergleichen sind, war die Erwerbsquote muslimischer Frauen von etwa 20 Prozent geringer als ein Drittel davon, weit unter dem Durchschnitt von 56,9 Prozent der Frauen im Bezirk insgesamt.<sup>116</sup> Dieses Ungleichgewicht ist vorrangig für die geringe Erwerbsquote unter Menschen mit Wurzeln in Pakistan und Bangladesch



im Bezirk verantwortlich. Dieser Trend spiegelt sich in landesweit wieder, wobei 68 Prozent der muslimischen Frauen als erwerbslos gelten, im Vergleich zu weniger als 30 Prozent der weißen Frauen und 35 Prozent hinduistischer bzw. Sikh-Frauen.<sup>117</sup>

## FORSCHUNGSPROGRAMM GESCHLECHT UND BESCHÄFTIGUNG AUF DEN LOKALEN ARBEITSMÄRKTEN, Vereinigtes Königreich

Das Forschungsprogramm Geschlecht und Beschäftigung auf den lokalen Arbeitsmärkten (*Gender and Employment in Local Labour Markets*, GELLM) stellte fest, dass Frauen ethnischer Minderheiten in hohem Maße von Arbeitslosigkeit betroffen sind oder in schlecht bezahlten Arbeitsmarktsektoren beschäftigt sind.<sup>118</sup> Das Forschungsprogramm wurde in neun englischen Regionen durchgeführt. Es wurde betont, dass in Leicester indische Frauen stark in am schlechtesten bezahlten Tätigkeiten konzentriert waren und im verarbeitenden Gewerbe überdurchschnittlich vertreten sind. Zudem wurde festgestellt, dass Frauen ethnischer Minderheiten häufig für auf ethnische Minderheiten fokussierte Tätigkeiten angeworben wurden.<sup>119</sup>

Das Forschungsprogramm ermittelte drei Herausforderungen: der traditionelle Aufbau von Arbeitsplätzen, Einstellungen von Führungskräften sowie die Notwendigkeit vonseiten der Arbeitgeber in Bezug auf das Verständnis des Wertes von Teilzeitarbeit in allen Berufszweigen. Zudem wurde erfasst, dass manche Arbeitgeber negative und überholte Stereotypen von muslimischen Frauen haben. Dazu gehört beispielsweise das Vorurteil, dass sie nur in einem gleichgeschlechtlichen Umfeld arbeiten möchten.

## DIE KOPFTUCHDEBATTE, ANTIDISKRIMINIERUNGSNETZWERK DES TÜRKISCHEN BUNDES IN BERLIN-BRANDENBURG, Berlin, Deutschland

Die Kopftuchdebatte in Europa umspannt unterschiedliche Aspekte wie Geschlechterrollen oder ethnische und religiöse Diskriminierung. Der Antidiskriminierungsreport des Antidiskriminierungsnetzwerks des Türkischen Bundes in Berlin-Brandenburg (ADNB des TBB)<sup>120</sup> zeigt, dass das Kopftuchverbot eine entscheidendes Hindernis für junge muslimische Frauen ist, die eine Beschäftigung im öffentlichen Dienst in Deutschland anstreben. Der Antidiskriminierungsreport Berlin 2006–2008 stellt multiple Gründe für Diskriminierung fest (beispielsweise aufgrund des Geschlechts und der Religion); kopftuchtragende Muslimas sind besonders auf dem Arbeitsmarkt besonders benachteiligt, auch wenn sie gut ausgebildet sind.<sup>121</sup>

Das ADNB des TBB ist eine vom Berliner Senat und Türkischen Bund in Berlin-Brandenburg geförderte Nichtregierungsorganisation, die Diskriminierung durch Forschung und Information aufdecken und bekämpfen will. Es berichtet von zahlreichen Diskriminierungsfällen auf dem Arbeitsmarkt, einschließlich der Anwerbung von Auszubildenden sowie Stellenausschreibungen, wie das Erfordernis von Deutsch als Muttersprache.<sup>122</sup>

Das ADNB des TBB berät Opfer religiöser Diskriminierung, um nicht in der Situation zu resignieren, und im Umgang mit dem Perspektivverlust, der von solchen Diskriminierungserfahrungen und Machtlosigkeit ausgelöst wird. Das Netzwerk schlägt die Schaffung von Orten und Programmen vor, mit denen junge Menschen, die Diskriminierung ausgesetzt sind, unterstützt werden können. Ein Beispiel ist die Schaffung eines Forums, in dem sie gemeinsame Erfahrungen austauschen und gemeinsam Strategien im Kampf gegen Diskriminierung entwickeln können.<sup>123</sup>

## Beratung und Unterstützung zu Karriere, Ausbildung und Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt

Die Studien der Open Society Foundations bestätigen, dass ein Mangel an Verständnis und Informationen über Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten weiterhin ein signifikantes Hindernis bei der besseren Partizipation von Muslimen am Arbeitsmarkt ist. Dementsprechend schlagen sie mehr Begleitung und Informationen über unterschiedliche Beschäftigungs- und Karrieremöglichkeiten vor.

Dieser Abschnitt behandelt Initiativen, welche die Muslime bei der Suche nach Beschäftigungs- und Ausbildungsmöglichkeiten unterstützen und begleiten. Einige dieser Initiativen sind speziell auf Muslime zugeschnitten, andere richten sich an Migranten und die nachfolgenden Generationen, zu denen die meisten Muslime in Westeuropa gehören.

### ARBEIT UND BILDUNG UND KUMULUS, Berlin, Deutschland

KUMULUS ist eines der ältesten und bekanntesten Bildungsberatungsprojekte von Arbeit und Bildung e.V.<sup>124</sup> Seit 1986 fördert der Verein die berufliche Integration benachteiligter Jugendlicher und Erwachsener durch Beratung und Koordination in Bezug auf die Ausbildung.

KUMULUS<sup>125</sup> wurde 1993 von der ehemaligen Berliner Integrationsbeauftragten, Barbara John, ins Leben gerufen und arbeitet nun unter Federführung des Beauftragten für Integration und Migration des Berliner Senats und der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft. Finanziert wird KUMULUS vom Europäischen Sozialfonds. Dieser hilft

benachteiligten Jugendlichen bei der Integration auf dem Arbeitsmarkt durch Unterstützung beim Zugang zu und Erlangung einer qualifizierten Ausbildung. Er bietet Beratung und Information über Ausbildungsmöglichkeiten, hilft beim Bewerbungsverfahren und bietet sozial-pädagogische Begleitung.

Eine der großen Herausforderungen, mit denen KUMULUS sich konfrontiert sieht, ist der Mangel an Bewusstsein bei Eltern, Jugendlichen und selbst Lehrkräften bezüglich der Vielzahl an verfügbaren Berufsmöglichkeiten sowie Ausbildungen und der wertvollen Qualifikationen, die sie mit sich bringen. Viele Eltern und Jugendliche wissen beispielsweise nicht, dass der Facharbeiterbrief in den entsprechenden Berufsgruppen höhere Anerkennung genießt als ein durchschnittliches Hochschulzeugnis. Auch sind sich viele Migranten nicht darüber bewusst, dass sie ohne deutsche Staatsangehörigkeit mit Duldungsstatus eine Ausbildung absolvieren können.

KUMULUS beteiligt sich auch an Projekten wie Fortbildungen für Imame über Karrieremöglichkeiten für Jugendliche sowie unterschiedliche Einrichtungen und Agenturen für deren Beratung und Unterstützung in Berlin. In Anerkennung der Tatsache, dass religiöse Führungskräfte eine wichtige Rolle bei der Verbreitung von Informationen in ihrer Gemeinde spielen, wird diese Initiative von der Muslimischen Akademie und dem Berliner Senat durchgeführt.

## NORDDEUTSCHES NETZWERK ZUR BERUFLICHEN INTEGRATION VON MIGRANTINNEN UND MIGRANTEN UND INTEGRATION DURCH QUALIFIZIERUNG, Deutschland

Das Norddeutsche Netzwerk zur beruflichen Integration von Migrantinnen und Migranten (NOBI)<sup>126</sup> bietet Informationen und ein Beratungsnetzwerk,

das die Integration ethnischer Minderheiten durch Förderung des Zugangs zu und die Erlangung von beruflichen Qualifikationen unterstützt. Das Netzwerk besteht aus 12 Partnerorganisationen und zahlreichen strategischen Partnern in den vier norddeutschen Bundesländern Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern. Es bringt erfahrene Wohlfahrtsverbände, Bildungseinrichtungen und Migrantenselbsthilfeorganisationen (MSO) zusammen und richtet sich an erwachsene Einwanderinnen und Einwanderer, Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen, auf den Arbeitsmarkt, Start-ups und Erwachsenenbildung spezialisierte Organisationen. Es ist Teil der grenzüberschreitenden Partnerschaft *Cultural and Ethnic Equality and Diversity* (Kulturelle und ethnische Gleichberechtigung und Vielfalt – CEED).

NOBI ist der norddeutsche Partner im bundesweiten Netzwerk Integration durch Qualifizierung<sup>127</sup> des Bundes, das nachfolgend vorgestellt wird.

## NETZWERK INTEGRATION DURCH QUALIFIZIERUNG (IQ), Deutschland

Das Netzwerk IQ ist ein Informations- und Beratungsnetzwerk, das die Beschäftigungschancen von Einwanderern durch Beratung, Qualifizierung, Kompetenzfeststellung, berufsbezogenes Deutsch und Existenzgründung verbessern möchte. Dabei wird die fachliche Expertise eines bundesweit tätigen Netzwerks von Organisationen genutzt, beispielsweise InBeZ (Mainz),<sup>128</sup> Integra.net (Frankfurt a. M.),<sup>129</sup> KUMULUS-PLUS (Berlin),<sup>130</sup> MigraNet (Augsburg),<sup>131</sup> NOBI (Hamburg) und Pro Qualifizierung (Düsseldorf).<sup>132</sup> IQ wurde im Juni 2005 ins Leben gerufen und wird vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) und der Bundesagentur für Arbeit unterstützt. Es wird finanziell mit Bundesmitteln sowie durch die Initiative der europäischen Gemeinschaft EQUAL<sup>133</sup> unterstützt, die vom Europäischen Sozialfonds (ESF) mitfinanziert wird.

## Q.NET UND ARBEITERWOHLFAHRT, Bremen, Deutschland

Von Juli 2005 bis Dezember 2007 bestand in Bremen das Projekt Q.Net, durchgeführt von NOBI, dem Norddeutschen Netzwerk zur beruflichen Integration von Migrantinnen und Migranten.<sup>134</sup> Das Projekt war Teil des bundesweiten IQ-Netzwerks und wurde von einer Partnerorganisation des NOBI, der Arbeiterwohlfahrt (AWO) koordiniert.<sup>135</sup> Die AWO ist ein Verband der Freien Wohlfahrtspflege mit einer breit gefächerten Angebotspalette für Einwanderer, Kinder und Jugendliche, Ältere, Frauen sowie Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen. Das Projekt wurde von der EU Community Initiative EQUAL<sup>136</sup> und vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales finanziert.

Ziel von Q.Net war die Verbesserung der Chancen erwachsener Einwanderinnen und Einwanderer auf dem Arbeitsmarkt und bei der Selbstständigkeit durch Ausbau, Diversifizierung und Verbesserung bestehender Fortbildungsprogramme, Beratung und Qualifikationssysteme anhand der besonderen Bedürfnisse von Migrantinnen und Migranten sowie von Angehörigen ethnischer Minderheiten.<sup>137</sup> Q.Net versuchte auch, die Teilnahme an solchen Programmen und Systemen anzuregen. Zielgruppe waren Einwanderer im Alter ab 27 Jahren mit Wohnsitz in Bremen, mit Schwerpunkt auf Migranten mit türkischem und russischem Hintergrund. Das Programm stand sowohl beginnenden als auch bestehenden Unternehmern offen.

## INTEGRATIONSKURSE FÜR EINWANDERER, Hamburg, Deutschland

Integrationskurse für Migranten vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)<sup>138</sup> werden von der Stadt Hamburg erweiternd unterstützt. Lokale Dienste wie Sprachförderung und Hilfsangeboten zur

beruflichen Qualifikation, Beratung und Unterstützung werden von beauftragten Organisation durchgeführt. Verantwortlicher Träger ist die Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz, die eine Liste der vonseiten des BAMF-Regionalbüros im Stadtteil Hamburg-Mitte anerkannten Anbieter von Integrationskursen erstellt hat.<sup>139</sup> Seit 2011 wurde die Förderung dieser Kurse gekürzt.

## **BASIS & WOGGE, Hamburg, Deutschland**

Der Ende 2005 gegründete Verein Basis und Woge e.V.<sup>140</sup> ist eine säkulare und staatlich anerkannter Träger sozialer Dienstleistungen. Er leistet pädagogische Arbeit für Kinder und Jugendliche in Krisensituationen, Unterstützung von Jugendlichen und Familien, Beratung und Hilfe für Frauen, die Schutz und Unterstützung bei Zwangsverheiratung oder anderer familiärer Gewalt benötigen, und bietet allgemeine Beratung im Rahmen des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG). Migrantinnen und Migranten sind ein Hauptaugenmerk bei der Vereinsarbeit. Er ist einer der wenigen Verbände, die bei Diskriminierung am Arbeitsplatz Migranten beraten und Rechtsbeistand leisten. Die Mitarbeiter verfügen über langjährige Erfahrung im pädagogischen und Beratungsbereich. Dazu gehören erfahrene Sozialarbeiter und Streetworker, die in der HIV-Prävention tätig sind, männliche Prostituierte betreuen und sich um Unterkünfte für Straßenkinder oder Flüchtlingsaktivisten, die sich auf die Unterstützung von allein stehenden minderjährigen Flüchtlingen aus Afrika und dem mittleren Osten spezialisiert haben. Zweimal im Monat finden öffentliche Sprechstunden statt, bei denen ein auf Arbeitsrecht und Antidiskriminierungsgesetzgebung spezialisierter Anwalt zugegen ist. Die Beratung findet auf Deutsch oder Englisch statt. Bei Bedarf wird in andere Sprachen gedolmetscht.

## BERATUNGSPROJEKT FÜR FLÜCHTLINGE UND ASYLBEWERBER, Leicester, Vereinigtes Königreich

Das Beratungsprojekt für Flüchtlinge und Asylbewerber (*Refugee and Asylum Seeker Advice Project, RASAP*)<sup>141</sup> wird mit Mitteln des Europäischen Flüchtlingsfonds finanziert. Mit diesem Projekt soll der Mangel an Unterstützung für Flüchtlinge und Asylbewerber angegangen werden, die vor allem zu Beginn ihrer Umsiedlung in die Stadt Hilfe in den Bereichen Sprache, Wohnraum, Bildung und Beschäftigung benötigen. Das Projekt besitzt zwei Wohlfahrtsbedienstete, die über Leistungsansprüche und beim Ausfüllen von Bewerbungen beraten. Ein Angestellter für Flüchtlingsumsiedlung ist verantwortlich für den Aufbau von Hilfsangeboten, die Flüchtlingen bei der erfolgreichen Integration in die Gemeinschaft helfen sollen. Er bietet zudem Beratung und Unterstützung bei Flüchtlingen, die benachrichtigt wurden, dass sie innerhalb von 14 Tagen die Flüchtlingsheime der staatlichen Asylbewerberhilfe (*National Asylum Support Services, NASS*) zu verlassen haben.

## Angebote bei Ausbildung und Beschäftigung

### BESCHÄFTIGUNGSPOLITIK UND INTEGRATION, STADTRAT KOPENHAGEN, Kopenhagen, Dänemark

Beschäftigung war eine der sechs Säulen des Integrationsplans 2007–2010<sup>142</sup> des Kopenhagener Stadtrats, mit dem Ziel, das ermittelte Gefälle bei der Erwerbsquote zwischen ethnischen Dänen und Einwanderern zu beseitigen. Nachfolgend werden Initiativen des Stadtrats von Kopenhagen zur Unterstützung dieser Ziele ausgeführt.



## MATCHINGPROJEKT INTEGRATION UND JOB-PFAD, STADTRAT KOPENHAGEN Kopenhagen, Dänemark

Das *Matchingprojekt Integration* hat zum Ziel, arbeitslose Migrantinnen und Migranten bei Unternehmen unterzubringen. Dazu gehören die Bildung von Partnerschaften, individuelle fachliche oder sprachliche Unterstützung (über einen Zeitraum von drei bis sieben Wochen), Unterstützung durch Mentorenprogramme, sowie die Teilsubvention von Gehältern in der Einarbeitungsphase, verbunden mit einer Arbeitsplatzgarantie, wenn der Arbeitnehmer an der vereinbarten Schulung teilnimmt.

Das Programm wurde 2009 entwickelt und getestet. Inzwischen wurde in das Gesamtprogramm Job-Pfad (*Jobvejen*) integriert. Die Teilnahme an diesem Programm erstreckt sich momentan über einen Zeitraum von 12 Wochen. In dieser Zeit werden Arbeitssuchende bei Bewerbungen unterstützt und beraten, sie treffen sich mit Unternehmensnetzwerken und bekommen die Möglichkeit, als Auszubildende oder Angestellte an von der Kommune teilfinanzierten Arbeitsplätzen anzufangen. Nach Abschluss des Programms erhalten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ein Zertifikat, welches für zukünftige Bewerbungen verwendet werden kann.

Im Jahr 2010 nahmen insgesamt 480 Personen an dem Programm teil. Davon mussten 25-30 Prozent drei Monate nach Beendigung des Programms keine staatliche Leistungen mehr in Anspruch nehmen. Das Programm ging davon aus, dass im Jahr 2010 mehr als 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmer entweder eine teilsubventionierte Stelle, einen Ausbildungsplatz oder sogar eine reguläre Arbeitsstelle finden würden. Bisher haben 120 Teilnehmer einen Ausbildungsplatz oder eine teilsubventionierten Arbeitsstelle angetreten. Ein Auswertungsbericht betont, dass das Programm erfolgreicher war, Einwanderern, einschließlich Muslimen, zu einem Arbeitsplatz zu verhelfen als ethnischen Dänen.<sup>143</sup>

## VOM MIGRANTEN ZWEITER GENERATION ZUM HANDWERKER ERSTER GENERATION, STADTRAT KOPENHAGEN, Kopenhagen, Dänemark

Das Projekt „Vom Migranten zweiter Generation zum Handwerker erster Generation“ (*Fra anden generations indvandrere til første generations håndværker*) ist ein Netzwerk, das mehr als 100 Auszubildende im Bau- und Ingenieurwesen an der technischen Berufsschule Kopenhagen (*Københavns Tekniske Skole*) unterstützt. Es bietet Vernetzungsmöglichkeiten zum Austausch individueller Erfahrungen und zur Entwicklung von Strategien, um dem vorzeitigen Abbruch von Ausbildungen vorzubeugen und vermittelt bei Vorurteilen und Konflikten zwischen Arbeitgebern, Kollegen und Auszubildenden.

Mithilfe der Netzwerkaktivitäten konnten eine Reihe entscheidender struktureller Hürden ermittelt werden. Eine ist das grundlegende Konzept, dass Schülerinnen und Schüler sich selbstverantwortlich um einen Ausbildungsplatz kümmern müssen. Da es in Dänemark üblich ist, das eigene Netzwerk in diesem Bereich zu nutzen, um solch einen Ausbildungsplatz zu bekommen, kann dies Jugendliche ethnischer Minderheiten ausschließen. Ein weiteres entscheidendes Problem stellt die Erfahrung von Auszubildenden in Bezug auf Rassismus und Mobbing am Arbeitsplatz dar. Wie eine 2010 durchgeführte Untersuchung des Netzwerks herausfand, sind Muslime am Ausbildungsplatz häufig mit Kommentaren über ihre Religion oder ethnische Zugehörigkeit konfrontiert, oder werden persönlich für Ereignisse in der arabischen Welt verantwortlich gemacht. Die Untersuchung umfasst Strategien zur Überwindung solcher Barrieren.<sup>144</sup>

## DAS BIBLIOTHEKSPROJEKT, STADTRAT KOPENHAGEN, Kopenhagen, Dänemark

Vier Menschen ethnischer Minderheiten haben an öffentlichen Bibliotheken in vier Kopenhagener Bezirken im Rahmen eines Projekts des Stadtrats eine dauerhafte Anstellung erhalten. Zudem werden weitere Bewerbungen von Menschen ethnischer Minderheiten unterstützt.

Das Projekt zielt auf die Anwerbung von mehr Bibliotheksangestellten aus ethnischen Minderheiten ab. Damit sollen innovative Lernzentren und Angebote ethnische Minderheiten aufgebaut werden. Das Projekt wird vom Stadtrat Kopenhagen begleitet und ist ein voller Erfolg. Allein im Jahr 2009 nahmen mehr als 12.000 Personen an Aktivitäten teil, die im Rahmen dieses Projekts organisiert wurden – drei Mal mehr als erwartet.<sup>145</sup>

## AKADEMIKEROFFENSIVE IM STADTRAT KOPENHAGEN, Kopenhagen, Dänemark

Der Stadtrat Kopenhagen betont in seinem Integrationsplan 2007–2010, dass die Kommune durch die eigene Einstellungspolitik selbst eine Möglichkeit hat, die Integration in den Arbeitsmarkt zu beeinflussen. Sie umfasst das erklärte Ziel ist, dass die Mitarbeiter in den unterschiedlichen Sektoren die Zusammensetzung der Stadtbevölkerung widerspiegeln.<sup>146</sup> Es wird erwähnt, dass im Jahr 2007 Migrantinnen und Migranten nur 2,6 Prozent der im Stadtrat angestellten Akademiker ausmachten, während der Anteil der städtischen Migranten mit Hochschulabschluss etwa doppelt so hoch war.

Um die Zahl der Akademikerinnen und Akademiker ethnischer Minderheiten in der Verwaltung zu erhöhen, bietet der Stadtrat nun jedes Jahr 30 „Integrations- und Ausbildungsstellen“ für Menschen mit Migrationshintergrund. Eine 2010 durchgeführte Auswertung der Integrationspolitik des Stadtrats zeigte, dass über einen Zeitraum von drei

Jahren insgesamt 90 Personen in akademischen und anderen Positionen eingestellt wurden. Außerdem wurden 50 Ausbildungsplätze in den unterschiedlichen Abteilungen des Stadtrats für Jugendliche ethnischer Minderheiten geschaffen.<sup>147</sup>

Obwohl sich die Zahl der Angestellten der Stadt Kopenhagen mit nicht-westlichem Hintergrund von 9,5 Prozent im Jahr 2007 auf 12,8 Prozent in 2012 erhöht hat, sind diese immer noch hauptsächlich in ungelernten Jobs oder in Dienstleistungsberufen mit niedrigen Bildungsanforderungen anzutreffen. Der Evaluationsbericht des Stadtrats 2010 bezweifelt, dass 30 Integrations- und Ausbildungsstellen pro Jahr ausreichen, um das Gefälle bei akademischen Stellen zu verringern und sich so die Zusammensetzung des Mitarbeiterbestandes signifikant an die Vielfalt der Kopenhagener Bevölkerung annähern wird.<sup>148</sup>

## FINANZIERTER ARBEIT, STADTRAT ROTTERDAM, Rotterdam, Niederlande

Im März 2008 kündigte der Stadtrat Rotterdam ein neues Projekt der finanzierten Arbeit für Menschen ab 45 Jahren an.<sup>149</sup> Es war speziell auf Menschen mit mangelnden Sprachkenntnissen, sozialen Fähigkeiten oder modernem Fachwissen bezüglich Arbeitssuche zugeschnitten. Im Unterschied zu früheren Arten der subventionierten Arbeit, wobei der Arbeitsplatz selbst subventioniert wurde (welche inzwischen nicht länger politisch und finanziell unterstützt werden), übernimmt die Stadt nun die Kosten, die Arbeitgeber durch Weiterbildungsmaßnahmen und Unterstützung dieser Arbeitnehmer entstehen.

## TATKRAFT, Rotterdam, Niederlande

Tatkraft (*Daadkracht*)<sup>150</sup> bietet Einwanderern eine Möglichkeit, zu lernen, um einen Ausbildungsabschluss zu erreichen; Einwanderer, denen aus Mangel an finanziellen Mitteln, Bildung, niederländischen Sprachkenntnissen, Kinderbetreuung oder deren ausländischen Abschlüsse in den Niederlanden nicht anerkannt werden. Das Projekt umfasst Ausbildungen und, laut Pakt für Süd (*Pact op Zuid*), ein komplexes Investitionsprojekt für die Verbesserung der Lebensbedingungen und Berufsaussichten; es führt hohen Chancen, einen Arbeitsplatz zu finden. Zwischen April und September 2008 nahmen beispielsweise 60 Personen am Programm teil, wobei sie sich auf die Bereiche Einzelhandel und Gastronomie vorbereiteten. Eine Mehrheit fand nach Abschluss des Kurses eine bezahlte Anstellung.

Es werden auch Kurse zur Kinderbetreuung angeboten, die anderthalb Jahre dauern, wobei die Auszubildenden jedoch nach sechs Monaten in entsprechenden Einrichtungen zu arbeiten beginnen.<sup>151</sup> Diese Art der individuellen Ausbildung und Kooperation mit Arbeitgebern könnte auch in anderen Städten der Niederlande und Europas funktionieren.

## WIR SIND HAMBURG! BIST DU DABEI?, Hamburg, Deutschland

Die Stadt Hamburg ist selbst eine der größten Ausbildungseinrichtungen der Stadt. Sie bietet viele Ausbildungsberufe und Studiengänge in mehr als 40 Bereichen. Die deutsche Staatsangehörigkeit ist nicht Voraussetzung für eine Laufbahn im öffentlichen Dienst oder für einen Arbeitsplatz innerhalb der Hamburger Verwaltung. Dennoch sind Jugendliche mit Migrationshintergrund in der Hamburger Verwaltung unterrepräsentiert. Deswegen beschloss der Hamburger Senat 2006, den Anteil der Bewerbungen und

Auszubildenden mit Migrationshintergrund in der Stadtverwaltung bis 2011 stufenweise auf 20 Prozent der Neuzugänge zu erhöhen. Zielgruppe sollten besonders Schulabgänger mit Berufsschul- oder Gymnasialabschluss ermutigt werden. Jugendliche mit Sekundarschulabschluss hatten die Möglichkeit, sich auf einen Ausbildungsplatz zu bewerben.

Um das 20 Prozent-Ziel zu erreichen, riefen das Personalamt, das Zentrum für Aus- und Weiterbildung (ZAF), die Behörde für Inneres und die Finanzbehörde gemeinsam die Kampagne „Wir sind Hamburg! Bist Du dabei?“<sup>152</sup> ins Leben. Im Jahr 2009 hatten 85 der 577 (14,7 Prozent) der neuen Auszubildenden einen Migrationshintergrund, womit der positive Trend fortgesetzt werden konnte (2008: 12,4 Prozent; 2007: 10,9 Prozent; 2006: 5,2 Prozent). Unter den Auszubildenden waren die Herkunftsländer Türkei, Polen, Russland und Kasachstan am häufigsten vertreten. Der Hamburger Senat geht davon aus, das gesteckte Ziel im Jahr 2011 auf unterer und mittlerer Ebene der städtischen Verwaltung zu erreichen, sowie in vergleichbaren Behörden (z. B. als Justiz- oder Verwaltungsangestellte).<sup>153</sup> Mitglieder der Hamburger Verwaltung betrachten diese Initiative und Kampagne als sehr erfolgreich.

Im März 2010 schickten sowohl Hamburg als auch Berlin eine Empfehlung an den Integrationsgipfel über die Entwicklung einer zulässigen und rechtlich gesicherten Datenerhebung für Mitarbeiter mit Migrationshintergrund.

## BERATUNGS- UND KOORDINIERUNGSSTELLE ZUR BERUFLICHEN QUALIFIZIERUNG VON JUNGEN MIGRANTINNEN UND MIGRANTEN, Hamburg, Deutschland

Im Mai 2002 traf sich der damalige Hamburger Bürgermeister Ole Beust (2001–2010, CDU) mit Unternehmen, Industrie- und Handelskammern, Vereinen und Gewerkschaften, um mit ihnen und dem Hamburger Senat

einen Aktionsplan für die Integration junger Migrantinnen und Migranten ins Ausbildungs- und Berufsleben zu vereinbaren. Finanziert vom Europäischen Sozialfonds und der Stadt Hamburg wurde im selben Jahr die Beratungs- und Koordinierungsstelle zur beruflichen Qualifizierung von jungen Migrantinnen und Migranten (BQM)<sup>154</sup> unter Schirmherrschaft der Koordinierungsstelle Weiterbildung und Beschäftigung (KWB) gegründet, um die Umsetzung zu unterstützen.

Im Mai 2006 wurde ein Aktionsplan für die Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund verabschiedet. Darin ist das Ziel formuliert, innerhalb von zwei Jahren 2000 zusätzliche Ausbildungsplätze für Jugendliche mit Migrationshintergrund zu erschaffen. Die BQM wurde zur Koordinierungsstelle für Unternehmen und andere Partner designiert. Die angestrebte Zahl von 2000 Ausbildungsplätzen wurde weit überschritten. Auf diesem Erfolg aufbauend wurde im Mai 2008 dem Aktionsplan ein Schwerpunkt Kompetenzentwicklung hinzugefügt.

Die BQM hat eine Reihe von Aktivitäten entwickelt, um Auswahlkriterien für Ausbildung und berufliche Laufbahnen gerechter und für Jugendliche mit Migrationshintergrund zugänglicher zu gestalten. Dazu gehören interkulturelle Bewertungen sowie ein Handbuch für die interkulturelle Elternarbeit. Die BQM hat zudem eine Agentur zur Vermittlung von Arbeitsplätzen für jugendliche Migrantinnen und Migranten aufgebaut. Dazu kommt eine an Arbeitgeber gerichtete Initiative, bei der jedes Jahr Unternehmen ausgezeichnet werden, die bewährte Verfahren bei der Beschäftigung von Auszubildenden mit Migrationshintergrund zeigen. Dabei trifft die BQM operative Entscheidungen und koordiniert das Auswahlverfahren.<sup>155</sup> Es gibt 15 Kriterien zur Ermittlung des Preisträgers.

## HANDWERKSKAMMER, Hamburg, Deutschland

Die Hamburger Handwerkskammer<sup>156</sup> ist ein im Jahr 1873 gegründetes Selbstverwaltungsorgan für den handwerklichen Berufsstand. Sie vertritt 15 000 kleine und mittlere Handwerksbetriebe und 129.000 in diesen Unternehmen Beschäftigten in der Stadt Hamburg. Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts, die eine Reihe von Dienstleistungen zur Förderung eines starken und wettbewerbsfähigen Handwerks in Hamburg anbietet. Den Mangel an qualifizierten Arbeitskräften sucht sie durch gezielte Maßnahmen auszugleichen, die auf die Integration von Migranten in Hamburger Handwerksbetriebe abzielen, was dadurch erreicht wird, dass von Migranten geführte Unternehmen mehr Sichtbarkeit erhalten und ihre Nachhaltigkeit unterstützt wird und durch die Unterstützung von im Handwerk tätigen Migranten. Die Kammer ermutigt Unternehmensnetzwerke, von Migranten betriebene Firmen aufzunehmen. Alle Handwerksinstitutionen werden aufgerufen, sich der Teilhabe von Migranten gegenüber zu öffnen.<sup>157</sup>

## BEWERBUNGSFOREN, Paris, Frankreich

Die Stadtverwaltung Paris organisiert Bewerbungsforen, auf denen Arbeitgeber und junge Arbeitsuchende ausländischer Abstammung und aus armen Vororten zusammentreffen. Die Stadt arbeitet mit Organisationen wie *IMS-Entreprendre pour la Cité* zusammen.<sup>158</sup> Die gemeinnützige Organisation wurde im Jahr 1986 auf Initiative von französischen Unternehmern gegründet. Ein Netzwerk von mehr als 200 Mitgliedsunternehmen wirbt für mehr unternehmerische Verantwortung für die Gesellschaft insgesamt. Es ermutigt und unterstützt Unternehmen bei der Implementierung von gesellschaftlichen Maßnahmen, die für die Communities, in denen sie tätig sind, einen Mehrwert schaffen und zu mehr sozialem



Ausgleich beitragen, als Teil der sozialen Verantwortung (gesellschaftliches Engagement von Unternehmen, Vielfalt und Inklusion am Arbeitsplatz, Beitrag von Unternehmen zur lokalen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung benachteiligter Stadtteile, gesellschaftliche Innovation).<sup>159</sup> Es arbeitet mit französischen Unternehmen an der Prävention von Diskriminierung und Förderung von Vielfalt am Arbeitsplatz und bei der Anwerbungsstrategie.

## FLÜCHTLINGSRAT, Schleswig-Holstein, Deutschland

Der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein entwickelte einen Leitfaden für die Anerkennung von im Ausland erworbenen Schulabschlüssen, Berufsabschlüssen und Hochschulabschlüssen. Dieser könnte auch an die Gegebenheiten in anderen Bundesländern angepasst und dort genutzt werden.<sup>160</sup> Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat einen Gesetzesentwurf zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse vorgelegt.<sup>161</sup>

Der 1989 gegründete Flüchtlingsrat ist ein Dachverband für Flüchtlingshilfe und Solidarität in Schleswig-Holstein. Er betreibt Öffentlichkeitsarbeit und unterstützt die Anliegen von Flüchtlingen und Migranten vor staatlichen Behörden und der Landesregierung. Er ist Mitglied der bundesweit tätigen Arbeitsgruppe für Flüchtlinge PRO ASYL,<sup>162</sup> einem Zusammenschluss deutscher Organisationen, Kirchen, Gewerkschaften, Wohlfahrts- und Menschenrechtsorganisationen, welche sich für die Rechte von Flüchtlingen einsetzen.

# Unternehmerförderung

## MIGRANTENSELBSTORGANISATIONEN, Hamburg, Deutschland

Eine Migrantenselbstorganisation (MSO) wird von Migranten für Migranten betrieben. So gründeten Unternehmer mit Migrationshintergrund in Hamburg die Organisationen Unternehmer ohne Grenzen (UoG)<sup>163</sup> sowie die Arbeitsgemeinschaft türkischer Unternehmer und Existenzgründer (ATU),<sup>164</sup> um andere oder potenzielle migrantische Unternehmer zu ermutigen und zu unterstützen. Sie informieren Migranten über Fortbildungen, Selbstständigkeit und Unternehmensgründung oder wie man Banken, Industrie- und Handelskammern oder andere Finanzorganisationen kontaktiert. Weiterhin leisten sie Unterstützung bei der Beantragung von Mikrokrediten und informieren Selbstständige über die Anwerbung von Auszubildenden und die Erstellung eines Finanzplans.<sup>165</sup>

## IFS-BERATUNGSZENTRUM, Schweden

Das IFS-Beratungszentrum (*Insamlingsstiftelsen IFS rådgivningscentrum*)<sup>166</sup> ist ein unabhängiger gemeinnütziger Verein, der mit und für Unternehmen ethnischer Minderheiten in Schweden arbeitet. Gegründet wurde es im Jahr 1996 als Internationaler Unternehmerverband in Schweden (*Internationella Företagarföreningen i Sverige*), um Menschen mit Migrationshintergrund zu unterstützen, die in Schweden ein Unternehmen gründen oder betreiben möchten. Das IFS setzt sich für die Anregung und Steigerung von Unternehmertum bei Migrantengruppen ein und für den Schutz und die Förderung dieser durch Fortbildungen und Sensibilisierung der Öffentlichkeit. Das IFS setzt sich für die Vernetzung

von Migrantenunternehmen und anderen Organisationen im privaten und öffentlichen Sektor ein.

Um Erfolge und den Beitrag von Unternehmern mit Migrationshintergrund in der Öffentlichkeit hervorzuheben initiierte das IFS 1999 unter der Schirmherrschaft des Schwedischen Königs Karl Gustav XVI eine Auszeichnung für den „Neuunternehmer des Jahres“ (*Årets Nybyggare*). Diese Auszeichnung wird an Migranten vergeben, die in Schweden innerhalb kurzer Zeit mit begrenzten Mitteln ein Unternehmen gegründet haben (Start-Ups) sowie für schon länger in Schweden lebende Migranten, deren Unternehmen wachsen und in deren Branche innovativ sind (Pioniere).

Das IFS bietet Unternehmensgründern sowie etablierten Unternehmern in mehreren Sprachen spezielle Unterstützung in ganz Schweden. Dieses Angebot wird von ALMI<sup>67</sup> verwaltet, einer öffentlichen Finanzeinrichtung, die Unternehmertum und KMUs über ihre Regionalbüros fördert und unterstützt.

## UNTERNEHMER OHNE GRENZEN, Hamburg, Deutschland

Unternehmer ohne Grenzen, 2000 gegründet, verleiht Migranten in Unternehmensgründung, Ausbildung oder Bildung eine Stimme. Die Organisation hilft Migranten bei der Teilnahme am ökonomischen und gesellschaftlichen Leben und nimmt eine Brückenfunktion zwischen Migranten und öffentlichen Institutionen, Handwerks- und Handelskammern sowie Verwaltungen ein.

## ARBEITSGEMEINSCHAFT TÜRKISCHER UNTERNEHMER UND EXISTENZGRÜNDER, Hamburg, Deutschland

Die Arbeitsgemeinschaft türkischer Unternehmer und Existenzgründer ist eine 1998 gegründete Nichtregierungsorganisation, die Unternehmer mit Migrationshintergrund in Fragen zu Ausbildung und Existenzgründung berät und unterstützt. Sie begleitet ausländische Unternehmer bei ihren ersten Schritten in die wirtschaftliche Unabhängigkeit, bietet Beratung und versucht, sie als Ausbilder im dualen Ausbildungssystem des Landes unterzubringen. Die Anregung für diese Organisation kam von der Hamburger Handelskammer, mit ihrer Überzeugung, dass ausländische Selbstständige dabei unterstützt werden sollen, an den Start-up-Programmen verschiedener Institutionen teilzunehmen.

2006 gründete die ATU die Firma Hamburg GmbH Plus,<sup>168</sup> um an das große Potenzial von Firmen in der Hand von Migranten anzuknüpfen. Im Jahr 2007 entwickelte sich die Arbeitsgemeinschaft selbstständiger Migranten e.V. (ASM)<sup>169</sup> aus der ATU, um Menschen jeder Staatsangehörigkeit Beratung, Information, Fortbildungsmöglichkeiten und Existenzgründungsentwürfe zu bieten. Gemeinsam mit Hamburg Plus, ASM und der Hamburger Stiftung für Migranten<sup>170</sup> bilden sie das Kompetenzzentrum für Migranten in der Hamburger City.

## RETRA, Berlin, Deutschland

Das Bezirksamt Kreuzberg-Friedrichshain initiierte ein Projekt namens ReTra, die Regionale Transferstelle zur Förderung und Integration ausländischer Unternehmer.<sup>171</sup> Ziel war die Förderung und Integration ausländischer, insbesondere türkischer, Unternehmer im Bezirk durch

Vermittlung interkultureller Kompetenzen durch Kontakte zwischen ausländischen Unternehmen, Beratungsstellen und deutschen Behörden.

## Unterstützung von Frauen in Bezug auf Beschäftigung

Offizielle Statistiken zur Beschäftigung und Studien belegen, dass Frauen aus marginalisierten Gruppen auf Europas Arbeitsmarkt stärker benachteiligt sind als Männer. Die nachfolgend beschriebenen Initiativen wurden speziell zur Unterstützung von Frauen in Bezug auf Aus- und Fortbildung sowie Beschäftigung entwickelt.

### STADTTEILMÜTTERPROJEKT, STADTRAT KOPENHAGEN

#### Kopenhagen, Dänemark

Zur Umsetzung des Kopenhagener Integrationsplans 2007–2010 wurde das Projekt Stadtteilmütter (*Bydelismødre*) vom Kopenhagener Stadtrat entwickelt. Dieses erfolgreiche Projekt kombinierte Aus- und Fortbildung mit Teilzeitbeschäftigung von bis zu sieben Stunden die Woche für 42 Frauen aus benachteiligten und marginalisierten Gruppen in fünf verschiedenen Stadtteilen Kopenhagens. Die Teilnehmerinnen sollten dann ihrerseits andere gesellschaftlich isolierte Frauen aus ihren Wohnungsgesellschaften aufsuchen und sie in die lokale Gemeinschaft oder Schulaktivitäten einbeziehen.<sup>172</sup> Nach Nominierung durch das Integrationsministerium gewann das Projekt im Jahr 2010 den Integrationspreis.

Das Projekt als sehr erfolgreich bewertet. Im Rahmen des Projekts gewonnene Erfahrungen wurden ausgetauscht und auf einer Konferenz vorgestellt.<sup>173</sup> Trotz des Erfolgs erhielt die Initiative im Etat 2011–2012 des Kopenhagener Stadtrats und des Integrationsministeriums keine Priorität,

sondern Projekte zur Förderung der Integration an 10 ausgewählten staatlichen Schulen und Projekte gegen Diskriminierung. Im Dezember 2010 konnte die Arbeits- und Integrationsbehörde Mittel akquirieren, um das Überleben des Projekts 2011 zu sichern, wobei ein Modell mit stärker Freiwilligenbasis genutzt wird. Ab 2012 wird das Projekt allerdings ohne städtische Mittel auskommen müssen und läuft derzeit Gefahr, geschlossen zu werden.<sup>174</sup>

## VLAM, Slotervaart, Amsterdam, Niederlande

Vlam (Flamme)<sup>175</sup> ist ein Zentrum für Arbeit und Fortbildung für Frauen im Amsterdamer Stadtteil Slotervaart, das 2008 eröffnet wurde. Es bietet Frauen erforderliche Unterstützung, Aus- und Fortbildung beim Zugang zum Arbeitsmarkt. Es bietet Informationen, individuelle Karriereberatung und Bewerbungskurse mit Informationen zum Schreiben von Lebensläufen und Vermittlung von Computerkenntnissen.

## NISA FÜR NISA, Slotervaart, Amsterdam, Niederlande

Im Jahr 2008 organisierte die Bezirksverwaltung Slotervaart in Amsterdam gemeinsam mit der lokalen Frauenorganisation Nisa für Nisa (*Nisa voor Nisa*) eine Stellenbörse.<sup>176</sup> Diese Stellenbörse fand in den Räumlichkeiten von Nisa für Nisa statt, mit potenziellen Arbeitgebern wie der Polizei oder den kommunalen Verkehrsbetrieben. Im Lauf der Jahre ist Nisa für Nisa aufgrund ihrer Kontakte zu marokkanischen (und in geringerem Maße türkischen) Frauen im Slotervaart zu einem wichtigen Ansprechpartner für die Bezirksverwaltung avanciert.

Nisa für Nisa wurde bereits im Kapitel über Identität, Zugehörigkeit und Interaktion bezüglich der Arbeit gegen Isolation und Marginalisierung von Frauen in lokalen Communities vorgestellt.

## Wohnen

Ethnische Minderheiten und Glaubensgemeinschaften gehören unverhältnismäßig oft zu den ärmsten und am stärksten benachteiligten Bewohnern der 11 Städte, die im Rahmen der Open Society Foundations untersucht wurden. Die Studie zeigt den mangelnden Zugang dieser benachteiligten Bewohner zu langfristigen Sozialwohnungen und häufig schlechten Wohnbedingungen auf. Sie wohnen häufig in überfüllten Unterkünften in schmutzigen, unsicheren und unangenehmen Umgebungen mit begrenztem Zugang zu guten Schulen, Arbeitsplätzen, Gemeindezentren und Dienstleistungen sowie Freizeitangeboten oder Spielplätzen. Solche Faktoren unterminieren die Möglichkeit der sozialen Aufwärtsmobilität und Integration in die Mehrheitsgesellschaft aus.

Diese Probleme sind allen armen Bewohnern benachteiligter Stadtteile bekannt. Daher gibt es nur wenige Wohnungsinitiativen, die sich speziell an ethnische oder konfessionelle Gruppen richten. Wohnraumpolitische Strategien in Europa konzentrieren sich im Allgemeinen auf den sozio-ökonomischen Status der Bewohner. Dabei ist eine Berücksichtigung von Ethnizität und Glaube wichtig. Wie zuvor erwähnt, zeigen Statistiken, dass Muslime sowie die Mehrheit anderer ethnischer Minderheiten und Glaubensgemeinschaften in den ärmsten Stadtteilen und Sozialwohnungen Europas überrepräsentiert sind. Die Studien der Open Society Foundations stellen außerdem fest, dass sich viele Bewohner beim Wohnungsangebot und der -leistung aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit oder Religion diskriminiert fühlen. Bestimmte ethnische und konfessionelle Gruppen



sind zudem besonders häufig mit bestimmten Wohnungsproblemen konfrontiert. Beispielsweise kann die Enge in der Wohnung überproportional häufig Muslime betreffen, da sie zu größeren Familien tendieren und die Kinder dazu tendieren, länger zu Hause zu wohnen, bis sie heiraten. Es bestehen zudem Probleme beim Immobilienkauf für manche Muslime, da das islamische Recht konventionelle Hypotheken verbietet. Bei vielen Konfessionen besteht zudem der Bedarf, in der Nähe von religiösen Einrichtungen zu leben.<sup>177</sup>

In diesem Kapitel werden bewährte Verfahren und Projekte vorgestellt, die erfahrene Probleme im Wohnungswesen von benachteiligten und marginalisierten Angehörigen ethnischer oder konfessioneller Gruppen verhindern oder beheben. Es gibt zudem Initiativen, die sich speziell auf Bedürfnisse von Migranten richten, da diese laut Studien zu den am stärksten benachteiligten Bewohner dieser Kategorie gehören; es enthält aber auch umfassendere Initiativen, die sich sowohl um den verbesserten Zugang als auch um die Qualität der Wohnungen bemühen. Beide Aspekte sind miteinander verbunden, mit einer gemeinsamen Identität und einem Zugehörigkeitsgefühl. Die Studien der Open Society Foundations illustrieren, wie Wohnungsmarkt und Wohnungsrenovierungsprogramme zur Segregation der Anwohnerschaft führen können, wobei ärmere Bewohner von einer zuziehenden Mittelschicht verdrängt werden. Diese verdrängten Bewohner ziehen schlussendlich in einen anderen benachteiligten Stadtteil, in dem die Mieten niedriger sind. Aus Sicht der Befragten entwickeln sich solche Stadtteile zum Vorteil der Wohlhabenderen, während bestehende Communities und ihr von Vielfalt und Toleranz geprägtes Lebensgefühl zerstört werden.

# Stadterneuerungsprojekte

## WOHNUNGS- UND INTEGRATIONSPOLITISCHE INITIATIVEN, STADTRAT KOPENHAGEN, Kopenhagen, Dänemark

In Dänemark existieren 29 als solche bezeichnete „Ghettos“. Davon befinden sich zehn in Kopenhagen, drei davon im Stadtteil Nørrebro (Mjølnerparken, Aldersrogade und Lundtoftegade).<sup>178</sup> Die Kopenhagener Regierung definiert Ghetto als eine Gegend, in der mindestens 50% der Bewohner Migranten sind, die Arbeitslosenquote bei über 40% liegt, und mindestens 2,7% der Anwohner vorbestraft sind.<sup>179</sup>

Die Strategie der dänischen Regierung gegen Ghettoisierung konzentriert sich auf die Zerstreuung und Verhinderung solcher Ghettos und der sogenannten Parallelgesellschaften.<sup>180</sup> Dies soll durch Maßnahmen geschehen, mit denen die gesellschaftliche Zusammenstellung der Bevölkerung in Sozialwohnungen geändert wird. Die Wohnungspolitik der Kommune Kopenhagen ist eng an die nationale Strategie angelehnt. Der Polizeipräsident von Kopenhagen, Johan Reiman, sowie Wissenschaftler und Sozialarbeiter im Wohnungswesen haben jedoch argumentiert, dass Lösungen in Strategien gefunden werden sollten, die auf die Überwindung von Armut in den sogenannten Ghettos abzielen. Diese Strategien sollten zudem den hohen Anteil Jugendlicher in diesen Ghettos berücksichtigen, von denen viele schlecht ausgebildet sind und nicht im gleichen Maße wie andere Jugendliche in Dänemark Zugang zu Sport- und Freizeiteinrichtungen haben.<sup>181</sup> In Mjølnerparken im Stadtteil Nørrebro sind beispielsweise über die Hälfte der Bewohner unter 18 Jahre alt.

Der Stadtrat Kopenhagen hat außerdem eine Reihe lokaler Erneuerungsprojekte im sozialen Wohnungsbereich ins Leben gerufen, womit Entwicklung und Investitionen in Communities vor Ort gestärkt werden

sollen. Im Jahr 2010 wurden insgesamt 231 abgeschlossene und 53 laufende Projekte erfasst. Zudem gab es 60 vom Integrationsministerium finanzierte Integrationsprojekte (beendet oder laufend).<sup>182</sup> Dazu gehörten Projekte, die der Förderung gesellschaftlicher, kultureller und sportbezogener Aktivitäten gewidmet sind, den Zugang zum Arbeitsmarkt für migrantische Frauen verbessern sowie Klubs für Kinder, Jugendliche, Frauen und Alte fördern.

Beispielsweise verfolgte ein Projekt im Stadtteil Nørrebro die Einrichtung eines Klubs für arabisch sprechende ältere Männer. Angesichts des erkannten Bedürfnisses an Aktivitäten für Kinder und Jugendliche boten lokale Projekte zudem ein Netzwerk, das sich um Nachhilfeunterricht kümmert und Ausflüge in Museen und Jugendclubs für 13-bis 18-jährige Jugendliche organisiert. Um mehr formellere Jugendaktivitäten in bestehenden Jugend- und Sportklubs einzuführen, boten in den Jahren 2009-2010 insgesamt 18 Straßenteams Aktivitäten wie Musik, Breakdance, Street-Basketball und Straßenfußball für nahezu 350 Kinder und Jugendliche an.

## Segregation und Diskriminierung im Wohnungswesen

### KAMPAGNE GEGEN DISKRIMINIERUNG, HALDE, Frankreich

Die Hohe Behörde zum Kampf gegen Diskriminierung und für Gleichheit Frankreichs (*La haute autorité de lutte contre les discriminations et pour l'égalité*, HALDE)<sup>183</sup> reagierte auf die wachsende Besorgnis über Diskriminierung im privaten und öffentlichen Wohnungssektor mit einer Informationskampagne. Sie erstellte Informationsbroschüren für Vermieter

und Maklerbüros, die über Antidiskriminierungsgesetzgebung aufklären und ihnen helfen, das Prinzip der Nichtdiskriminierung einzuhalten.<sup>184</sup> Im Dezember 2005 unterzeichnete HALDE eine Übereinkunft mit der Nationalen Immobilienvereinigung, eine der einflussreichsten Gewerkschaften Frankreichs in diesem Sektor, um bewährte Verfahren beim Kampf gegen Diskriminierung im Wohnungssektor umzusetzen. Am 1. Mai 2011 löste der Verteidiger des Rechts (*Defendeur des droits*) den Ombudsmann der Republik, HALDE, die Nationale Kommission für Sicherheitsethik und einige andere Stellen für die Wahrung von Rechten ab.

## Lokale Wohnungsinitiativen und Stadtteilprojekte

### SOMALISCHE ENTWICKLUNGSMITARBEITER, STADTRAT LEICESTER, Leicester, Vereinigtes Königreich

Die Wohnraumstrategie für Schwarze und ethnische Minderheiten des Stadtrats Leicester aus dem Jahr 2004<sup>185</sup> hält fest, dass für die somalische Community der vorrangige Bedarf große Familienunterkünfte sind. Außerdem besteht ein Bedarf, sie über Wohnungsangebote zu informieren, da festgestellt wurde, dass sie größtenteils nicht über die Angebote der Wohnungsbehörde informiert waren.<sup>186</sup> Daraufhin stellte die Abteilung Wohnungsmanagement der Wohnungsbehörde der Stadt Leicester somalische Entwicklungsmitarbeiter in St. Matthews ein. Diese Maßnahme wurde von der somalischen Community als ausgezeichnetes Vorbild bezüglich der Befriedigung ihrer Bedürfnissen im Wohnungswesen begrüßt.<sup>187</sup>

## STIFTUNG WOHNUNGSBAU, Leicester, Vereinigtes Königreich

Die Stiftung Wohnungsbau (*Foundation Housing Association, FHA*)<sup>188</sup> wurde im Jahr 2007 mit einem landesweit vergebenen Preis der *Federation of Black Housing Organisations (FBHO)* als flexibles Unterstützungsprojekt ausgezeichnet.<sup>189</sup> Es unterstützt benachteiligte Mieter im innerstädtischen Leicester bei erkannten Problemen. Viele dieser Mieter haben komplexe Probleme, die Unterstützung erfordern, wie gesellschaftliche Isolation, psychische Gesundheit oder Drogen- und Alkoholmissbrauch.

Die FHA wurde 1990 als Wohnraumfachstelle für Schwarze und ethnische Minderheiten gegründet. Das Hauptziel der Organisation ist das Angebot und die Unterstützung der afrikanisch-karibischen Menschen in Leicester, wobei es auch auf diverse Bedürfnisse von Menschen aller Kulturen der lokalen Community eingeht.

## MÜTTER OHNE GRENZEN, Berlin, Deutschland

Eine große Sorge, besonders von Eltern, ist die wachsende Präsenz von Drogen in den Stadtteilen, und die damit verbundenen Gefahren für Kinder und Jugendliche. Im Jahr 2005 schlossen sich einige türkische Mütter zusammen und begannen, nachts auf den Straßen zu patrouillieren. Sie nannten ihre Initiative Mütter ohne Grenzen.<sup>190</sup> Die Polizei hatte sie wiederholt informiert, dass aufgrund mangelnder Ressourcen nichts gegen Kleindealer im Bezirk unternommen werden könne.<sup>191</sup> Die Initiative betont daher das Potenzial günstiger Maßnahmen der Community, die von motivierten Anwohner im Stadtteil organisiert werden.

## STADTTEILMÜTTER, Berlin, Deutschland

Eine erfolgreiche und bekannte Berliner Initiative sind die Stadtteilmütter,<sup>192</sup> die zunächst in Neukölln gegründet und dann auf Kreuzberg ausgeweitet wurde. Das Projekt richtet sich mit Bildungs- und Fortbildungsprogrammen an Frauen ethnischer Minderheiten und diese sollen in die Lage versetzt werden, anderen Bewohnern bei wichtigen Aspekten des alltäglichen Lebens im Bezirk zu helfen, wie die Erläuterung von komplexen behördlichen und institutionellen Abläufen sowie ihnen dabei zu helfen, einen geeigneten Sprachkurs zu finden. Das Projekt zielt auf die Frauenförderung ab, sie sollen eine Beschäftigung und Möglichkeiten finden, um sich an der Gemeinschaft beteiligen können. Zudem sollen andere Frauen dazu motiviert werden, sich im Stadtteil zu engagieren.

Solche Graswurzel-Initiativen profitieren von dem ausgeprägten kulturellen und gesellschaftlichen Wissen, über das die Teilnehmerinnen bereits über die Communities und die Stadtteile verfügen sowie von deren nützlichen Kontakten für den Aufbau starker Beziehungen. Indem sie Menschen vor Ort zusammenbringen, um gemeinsam gegen Probleme vorzugehen, spielen sie eine wichtige Rolle bei der Verhinderung von Segregation und der Entwicklung eines Gemeinschaftssinns.

## MIETER HELFEN MIETERN, Hamburg, Deutschland

Mieter helfen Mietern<sup>193</sup> hilft der Zielgruppe bei Beschwerden über deren Wohnsituation. Die Initiative hat einen Beratungsservice zur Konfliktlösung eingerichtet und verfolgt Diskriminierungsbeschwerden im Wohnungssektor.

## STADTZENTRUM FÜR ALLE, Marseille, Frankreich

Die zivilgesellschaftliche Organisation Stadtzentrum für Alle (*Un centre-ville pour tous*) wurde im Jahr 2000 als Reaktion auf die damaligen städtebaulichen Sanierungspläne der Stadtverwaltung gegründet.<sup>194</sup> Die Organisation ergreift rechtliche Maßnahmen und Schritte. Zu ihren Mitgliedern gehören bekannte und sehr angesehene ehemalige und aktive Beamte aus Marseille. Zu ihren Zielen gehören:

- Sicherstellung der Einhaltung vonseiten des Staates, wie das Recht, im Zentrum von Marseille zu wohnen
- Durchsetzung des Rechts auf angemessene Unterkunft, Angebote und gute öffentliche Anlagen, sowie im Allgemeinen das Rechts auf eine gute Lebensqualität in der Innenstadt
- Gemeinsame Aktionen, einschließlich Rechtshilfe und Beratung von Anwohnern, im Umgang mit Behörden bei Wohnangelegenheiten

Der Verein ist stolz darauf, welche positive Auswirkung er auf das Machtungleichgewicht im Stadtzentrum hat, wobei die entsprechenden Autoritäten im Wohnungswesen in Frage gestellt werden. Inzwischen stellt sich die Stadt durch den Druck der Handelskammer bei Wohnungsfragen als Teamspieler auf und hat Stadtzentrum für alle so einbezogen, dass es eine aktive Rolle bei den Umbauplänen des Stadtzentrums spielt.

## ZUGANGSSTELLE RECHT, Paris, Frankreich

Die Zugangsstelle Recht (*Point d'accès au droit, PAD*)<sup>195</sup> unterstützt Bürger mit Informationen, Beratung über deren Rechte und Verantwortlichkeiten und leistet Rechtsbeistand. Sie bietet kostenlose telefonische Beratung durch Rechtsexperten und Informationen zu Bereichen wie Wohnen oder

Diskriminierung. Hilfe suchende Bürger werden an entsprechende Stellen und Ansprechpartner verwiesen, wie in der Gegend ansässige Rechtsanwälte, Rechtsberater, Schiedspersonen oder Ombudspersonen.

### GEMEINDEZENTRUM ACCEUIL GOUTTE D'OR, Paris, Frankreich

Das Gemeindezentrum *Accueil Goutte d'Or*<sup>96</sup> ist ein auf lokaler Ebene angesiedelter Verein, der Initiativen fördert und unterstützt, die sich effektiv mit den zahlreichen rechtlichen und gemeinschaftlichen Problemen des Pariser Stadtteils Goutte d'Or (im 18. Arrondissement) befassen. Es unterstützt Anwohner in Integrationsfragen und bei der gesellschaftlichen Entwicklung des Stadtteils.



## Gesundheit

Gesundheitsprobleme können sich negativ auf Lern- und Arbeitsleistung auswirken und damit letztlich auf Arbeitsmarktchancen und Einkommen. Gesundheit beeinflusst auch die gesellschaftliche Teilhabe sowie die Teilnahme an Freizeitaktivitäten, für Gesundheit und Fitness wichtig sind. Am offensichtlichsten, und vielleicht besonders wichtig ist, dass eine gute gesundheitliche Konstitution für Wohlbefinden, Glück und Optimismus sorgt.

Beim Umgang mit Gesundheitsbedürfnissen ethnischer Minderheiten und Glaubensgemeinschaften gibt es signifikante Herausforderungen. Beispielsweise bestehen gewisse Sorgen über die Häufigkeit von Erkrankungen, etwa in südasiatischen Communities im Vereinigten Königreich in Bezug auf koronare Herzerkrankungen, Schlaganfälle, Diabetes, Rauchen, Säuglingssterblichkeit (unter Kindern pakistanischer Eltern doppelt so hoch wie der landesweite Durchschnitt), Selbstverletzung und Selbstmord (junge Frauen aus Südasien begehen doppelt so häufig Selbstmord wie junge Frauen kaukasischer Herkunft).<sup>197</sup> Laut Zensus 2001 und offizieller landesweiter Statistiken haben Muslime im Vereinigten Königreich einen schlechteren Gesundheitszustand als Sikhs, Hindus oder andere Glaubensgemeinschaften.<sup>198</sup> Studien belegen auch, dass Muslime häufiger als andere Glaubensgemeinschaften in Europa unter Diabetes, Übergewicht und Depressionen leiden. Dieses Kapitel beschreibt bewährte Initiativen und Projekte, die sich den speziellen Gesundheitsbedürfnissen ethnischer und konfessioneller Minderheiten auf lokaler Ebene widmen.

## Datenerhebung und Statistiken

Obwohl es wichtig ist, Ethnizität und Glaube bei der Planung und beim Angebot gesundheitlicher Leistungen zu berücksichtigen, bleibt die Herausforderung, dass in Europa sehr wenige statistische Informationen zu diesen Kategorien vorliegen, insbesondere auf lokaler Ebene. In Frankreich werden beispielsweise ethnische oder konfessionelle Unterschiede beim Gesundheitsangebot nicht berücksichtigt. Laut nationaler Datenschutzbehörde (*Commission nationale de l'informatique et des libertés*, CNIL) sind statistische Angaben zu ethnischer und religiöser Herkunft empfindliche Daten und können unterschiedliche Bevölkerungsgruppen stigmatisieren. Der Mangel an Daten wirkt sich direkt nachteilig auf die lokale Gesundheitsversorgung aus, auch auf Nichtregierungsorganisationen, die unterstützend tätig sind. Der Mangel an Studien zu ethnischer und konfessioneller Diskriminierung im Gesundheitswesen in Europa ist ebenfalls bedenklich.<sup>199</sup>

Zudem ist es wichtig zu beachten, dass die Untersuchung des Gesundheitszustands in Bezug auf ethnische Zugehörigkeit und Konfession nicht unabhängig von anderen Faktoren wie Alter, Geschlecht, sozioökonomischen Status, geografischem Standort und Lebensbedingungen geschehen kann, welche sich ebenfalls durch ein komplexes Beziehungsgeflecht auf Gesundheit und Wohlbefinden auswirken. Die schlechten Wohnverhältnisse und prekären Lebensumstände vieler afrikanischer Migranten erschweren in Frankreich zum Beispiel die Versorgung bei komplexen Behandlungen wie für AIDS.<sup>200</sup> Diabetes ist ein spezielles Problem unter Rentnern aus dem Maghreb, die in der Regel keine ausreichende medizinische Versorgung erhalten.

## GESUNDHEITSBEFRAGUNG VON TÜRKEN UND MAROKKANERN, Rotterdam, Niederlande

In den Jahren 2003 und 2004 nahmen Türken und Marokkaner in Rotterdam an einer Gesundheitsbefragung teil.<sup>201</sup> Die Daten dieser Umfrage wurden sowohl in Befragungen per Post (in türkischer und niederländischer Sprache) als auch in persönlichen Interviews bei den Teilnehmern zu Hause erhoben.

## INSTITUT FÜR VOLKSGESUNDHEIT, UNIVERSITÄT KOPENHAGEN, Kopenhagen, Dänemark

Im Jahr 1997 wurde das interdisziplinäre und unabhängige Institut für Volksgesundheit an der Universität Kopenhagen gegründet. Damit wurden neue Ressourcen der Forschung zu Gesundheitsthemen ethnischer Minderheiten und Einwanderer zugeführt. Seit 2006 betreibt das Institut auch eine elektronische Datenbank, die sich ausschließlich auf Gesundheit und ethnische Minderheiten bezieht. Sie soll die Aktualisierung von medizinischer Forschung und Publikationen erleichtern.<sup>202</sup> Im Jahr 2010 eröffnete die Universität Kopenhagen ein neues Forschungszentrum für Migration, Ethnizität und Gesundheit (*Forskningcenter for Migration, Etnicitet og Sundhed*, MESU).<sup>203</sup>

## Einrichtungen im Gesundheitswesen

### KRANKENHAUS SLOTERVAART, Amsterdam, Niederlande

Das Krankenhaus Slotervaart ist die erste private und privatwirtschaftliche Klinik der Niederlande. Die Leiterin, Aysel Erbudak, ist türkischer

Abstammung. Das Krankenhaus verfügt über einen Gebetsraum mit Waschgelegenheiten für Muslime. Auf mögliche Sprachbarrieren oder kulturell bedingte Barrieren zwischen nicht-westlichen Patienten und ihren Familien, Ärzten, Krankenschwestern und Pflegeern, wird geachtet. So gibt es beispielsweise eine Sprechstunde einer marokkanischen Krankenschwester für Diabetespatienten marokkanischer Herkunft. Auch wird über verantwortungsbewusstes Verhalten während des Ramadan aufgeklärt, das für viele Muslime von Bedeutung ist.<sup>204</sup>

### **GESUNDHEITZENTRUM GOUTTE D'OR, Paris, Frankreich**

Das Gesundheitszentrum Goutte d'Or (*Pôle Santé*) wurde 1985 in einem Stadtteil mit geringer medizinischer Versorgung gegründet. Aufgrund seiner zentralen Lage im Bezirk Goutte d'Or nutzen es viele Einwanderer und Menschen mit ausländischen Wurzeln. Während einige selbst auf das Zentrum aufmerksam geworden sind, wurden viele Patienten von lokalen Nichtregierungsorganisationen dorthin verwiesen. Das Gesundheitszentrum arbeitet mit Organisationen, die sich um Einwanderer und Menschen ausländischer Abstammung kümmern, insbesondere um Jugendliche unter 18 Jahren, die ohne ihre Familien als Asylbewerber ins Land gekommen sind. Weiterhin organisiert das Zentrum Informationsveranstaltungen zu Gesundheitsthemen für Analphabetinnen die Französisch lernen (darunter einige aus muslimischen Ländern).

Das Zentrum passt Methoden und Sprache an, um zugänglich zu sein und effektive Informationen zu erteilen. In medizinischen Sprechstunden, Beratungsgesprächen oder Informationsveranstaltungen mit Migrantinnen, bei Treffen für Erwachsene mit sozialen Problemen und wenn über Diagnosen gesprochen wird, werden Dolmetscher bereitgestellt. Beim

Angebot dieses Dolmetschdienstes verlässt sich das Zentrum auf die ethnische und kulturelle Vielfalt seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

### **BILINGUALE KRANKENPFLEGER, STADTRAT KOPENHAGEN, Kopenhagen, Dänemark**

Die Kommune Kopenhagen hat bilinguale Krankenpfleger und Gesundheitsberater eingestellt. Auf der Internetseite des Kopenhagener Stadtrats werden Anwohner darüber informiert, dass sie (kostenlos) einen Besuch eines bilingualen Krankenpflegers anfordern können, der bei Themen wie Rauchen, Ernährung und Diät, Bewegung, Familienplanung, Diabetes und die Konsequenzen von Vitamin-D-Mangel berät.<sup>205</sup>

### **PFLEGEHAUS KREUZBERG, Berlin, Deutschland**

Eine wachsende Zahl von Migranten erster Generation, die als Gastarbeiter ins Land kamen, erreichten nun das Seniorenalter. Damit steigt die Nachfrage nach geeigneten Plätzen in Alten- und Pflegeheimen. In Kreuzberg ist die erste Altenresidenz entstanden, die sich auf die Bedürfnisse türkischer Rentner spezialisiert. Sie verfügt über kulturelle und religiöse Angebote wie Gebetsräume, zweisprachige Mitarbeiter und eine Küche, in der kleine Familienfeiern abgehalten werden können. Aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Position von älteren türkischen Menschen in Deutschland sind für sie die Kosten dieser Dienstleistung 15-20 Prozent geringer.<sup>206</sup>

### **BESTATTUNGSBRÄUCHE UND -VORSCHRIFTEN, Brandenburg und Hamburg, Deutschland**

Die Vorschriften des Bundeslandes Brandenburg sowie der Stadt Hamburg umfassen das traditionelle islamische Bestattungsritual. Dazu gehören die

rituelle Waschung der Verstorbenen sowie das Einwickeln in Leinentüchern und die Bestattung innerhalb von 24 Stunden (in Hamburg). Hamburg änderte 1995 seine Gesetze, um Bestattungen in Leinentüchern gemäß muslimischer Anforderungen zu ermöglichen.

Auf den Hauptfriedhöfen Ohlsdorf und Öjendorf,<sup>207</sup> wo 1978 acht Friedhöfe angelegt wurden, gibt es nach Mekka ausgerichtete muslimische Grabstätten, die somit Begräbnisse nach islamischen Gebräuchen ermöglichen, und Räumlichkeiten für die rituelle Waschung. In einigen Bundesländern Deutschlands ist die Bestattung ohne Sarg verboten. In Hamburg ist die Bestattung ohne Sarg, in Leinentüchern seit 1995 erlaubt, seit Kurzem auch in Berlin.<sup>208</sup> Das Recht auf ewige Ruhe, wie im Islam üblich, ist durch Wahlgräber gewährleistet. Dies sind Grabstätten, die von den Angehörigen ausgesucht werden. Je nach Friedhofsrecht und Vorschriften werden sie 20 bis 25 Jahre erhalten. Im Gegensatz zu den zugewiesenen Reihengräbern kann diese Frist auch verlängert werden. Auf den meisten muslimischen Friedhöfen können Angehörige zwischen Reihen- und Wahlgräbern entscheiden. Die in islamischen Ländern übliche Bestattung innerhalb von 24 Stunden kann aus verwaltungstechnischen Gründen und der vorgeschriebenen Mindestwartezeit von 48 Stunden zwischen Todeszeitpunkt und Bestattung nicht eingehalten werden. In Hamburg wird diese Regelung nicht allzu streng befolgt. Sprechen keine medizinischen Gründe dagegen, kann die Bestattung früher stattfinden.<sup>209</sup>

## Lokale Initiativen zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung

Gesundheitsversorgung muss in der Lage sein, die unterschiedlichen Bedürfnisse der lokalen Communities widerzuspiegeln und zu berücksichtigen. Angehörige ethnischer und konfessioneller Minderheiten

sind beispielsweise stärker von Gesundheitsrisiken wie Übergewicht, Diabetes, Bluthochdruck und koronaren Herzerkrankungen betroffen. Dagegen weisen bei Gesundheitsthemen wie Rauchen, Alkoholmissbrauch und Schwangerschaften Minderjähriger Bewohner sozial benachteiligte Gegenden mit geringem Anteil ethnischer Minderheiten und sozio-ökonomischem Profil den schlechtesten Gesundheitszustand auf.

Die Erkenntnisse weisen darauf hin, dass die Gesundheitsversorgung nicht homogen sein kann und auf die Bedürfnisse der einzelnen ethnischen Minderheiten eingehen muss. Nur mithilfe „kultureller Kompetenz“, einer Reihe von Verhaltensweisen, Einstellungen und Strategien – wenn sie kombiniert werden – ist Effektivität in einem System oder unter Fachleuten in einem multikulturellen Umfeld möglich. Kulturelle Kompetenz ist die Grundvoraussetzung, um Lücken im Gesundheitssystem zu schließen, da es den Anbietern ermöglicht, auf die gesundheitlichen Auffassungen, Gebräuche sowie kulturellen und sprachlichen Bedürfnisse verschiedener Patienten eingehen zu können. Daneben gilt es auch die individuellen Bedürfnisse von Patienten in den Vordergrund zu stellen, und es besteht die Gefahr, dass diese von Vorurteilen bezüglich der Bedürfnisse und Gesundheit einer bestimmten ethnischen oder konfessionellen Gruppe überdeckt werden. Wie folgende Aufstellung zeigt, haben viele lokale Behörden und Organisationen Maßnahmen entwickelt, die helfen, sicherzustellen, dass die individuellen Bedürfnisse unterschiedlicher Communities entsprechend befriedigt werden.

## RACE FOR HEALTH UND NHS LEICESTER, Leicester, Vereinigtes Königreich

In Rahmen der Umsetzung des Programms *Race for Health*,<sup>210</sup> das vom Gesundheitsministerium finanziert und vom staatlichen Gesundheitssystem *NHS* organisiert wird, hat NHS Leicester ein Mitarbeiter- und

externes Referenzgruppennetzwerk für *BME-Communities* geschaffen (Schwarze und ethnische Minderheiten). Dadurch können Organisationen der Communities auf Strategien und Verfahren eingehen und sicherstellen, dass sie effektiv sind.

## NATIONALES HPV-IMMUNISIERUNGSPROGRAMM, Leicester, Vereinigtes Königreich

Die Umsetzung des Programms zur Immunisierung gegen das humane Papillomvirus (HPV) ist ein gutes Beispiel dafür, wie durch dessen Ansatz bezüglich Management und Leistung von Gesundheitsversorgung Ressourcen besser eingeplant werden können.<sup>211</sup> Für die Wirksamkeit dieses landesweiten Impfprogramms waren klare Kommunikationsstrategien für alle gesellschaftlichen Gruppen notwendig. Die zeitliche Planung dieses Programms fiel mit dem islamischen Fastenmonat Ramadan zusammen. In dieser Zeit sind die Verantwortlichen in Moscheen, die entscheidenden Kommunikationsträger für dieses kulturell sensible Thema, nahezu vollständig in religiöse Pflichten eingebunden und deren täglichen Anforderungen in diesem Monat. Der ganzheitliche Ansatz seitens der Stadtverwaltung bezüglich Reichweite und Einbeziehung bedeutete, dass einige Kommunikationsmechanismen hinsichtlich der Sensibilisierung bereits im Frühling genutzt wurden. Dadurch waren die Moscheen bis zum Ramadan bereit, willens und in der Lage, wichtiges Gesundheitsinformationen zu verbreiten.

## PAP-TESTS, GRUNDVERSORGUNGSTRUST OST-LEICESTER, Leicester, Vereinigtes Königreich

Der Grundversorgungstrust Ost-Leicester (*Eastern Leicester Primary Care Trust*, PCT) nutzte Radiosendungen des religiösen Senders Ramadan-Radio, um das in seinem Einzugsbereich vergleichsweise geringe Bewusstsein für



die Bedeutung von Pap-Tests zu erhöhen, bei schwarzen Frauen und Frauen ethnischer Minderheiten, insbesondere somalischen Muslimen.<sup>212</sup> In einer lokalen Hausarztpraxis mit besonders großem somalischem Patientenkreis, von denen sich lediglich 60 Prozent der Frauen in den vergangenen fünf Jahren Pap-Tests unterzogen hatten, stellte man den Patientinnen gezielt Informationsmaterialien bereit. Eine somalisprechende Arzthelferin war sehr hilfreich, da einige der somalischen Frauen Schwierigkeiten mit der englischen Sprache hatten und es als unangenehm empfanden, das Thema mit ihren Partnern zu besprechen. Durch diese Initiativen konnte die Zahl der Frauen, die Pap-Tests durchführen lassen, erhöht werden.<sup>213</sup>

## PROJEKT DIL, GRUNDVERSORGUNGSTRUST OST-LEICESTER, Leicester, Vereinigtes Königreich

Projekt „Dil“ (Herz)<sup>214</sup> ist eine Initiative zur Gesundheitsförderung, die das Verständnis für koronare Herzerkrankungen in den südasiatischen Communities in Leicester erhöhen will. Es wird auf Aufklärung und Intervention durch Hausarztpraxen gesetzt. Auch durch Personen, die innerhalb der eigenen Community aufklären, soll die Zielgruppe ermutigt werden, die notwendigen Veränderungen in der Lebensweise vorzunehmen. Diese ehrenamtlich tätigen Multiplikatoren werden aus der Community angeworben und bringen das nötige Verständnis für Sichtweisen und Bedürfnisse der Gruppe mit. Durch die Nutzung von Personen desselben ethnischen und sprachlichen Hintergrunds, wurden Sprachbarrieren ausgeräumt, die häufig ein großes Hindernis bei der effektiven Kommunikation über Themen zur Gesundheitsförderung sind.

Nach Absolvierung eines anerkannten Ausbildungsprogramms arbeiten diese Multiplikatoren weiterhin für Grundversorgungstrust in Ost-Leicester. Drei von ihnen erhalten weitergehende Fortbildung zum Thema kardiale

Rehabilitation für die südasiatische Community und arbeiten in Krankenhäusern in Leicester. Das Projekt hatte so großen Erfolg, dass die übrigen Multiplikatoren nicht mehr ehrenamtlich tätig sind, sondern vom Trust angestellt wurden. Sie werden von einem Gesundheitshelfer betreut, der denselben ethnischen Hintergrund hat.

## GESUNDHEITSPREDIGER, FORUM DER GLAUBENSGEMEINSCHAFTEN WALTHAM FOREST, London, Vereinigtes Königreich

Der Rat der Muslime in Großbritannien (*Muslim Council of Britain*, MCB)<sup>215</sup> setzt sich für einen genau zugeschnittenen Ansatz bei der Gesundheitsversorgung in London ein, der auf Community-Ebene funktioniert und kulturelle Empfindlichkeiten berücksichtigt. Er schlug vor, in Moscheen „Zentren für gesundes Leben“ einzurichten, um die Lebendigkeit des lokalen religiösen Lebens Richtung Wohlbefinden von Muslimen zu nutzen. Aus einer ähnlichen Haltung bildete das Waltham Forest Forum der Glaubensgemeinschaften eine Partnerschaft mit *Local Strategies Partnership*, einer Kooperation lokaler Behörden mit öffentlichen, privaten und ehrenamtlichen Trägern im Gesundheitsbereich. Gemeinsam wurde das Projekt Gesundheitsprediger umgesetzt. Die Grundidee war, religiöse Vertreter der muslimischen, christlichen und Sikh-Communities aus dem Stadtteil anzusprechen und fortzubilden, damit diese in ihren Positionen in ihren jeweiligen Gemeinden für Gesundheitsthemen sensibilisieren.

## GESELLSCHAFTLICHE AKTION FÜR GESUNDHEIT, London, Vereinigtes Königreich

Die 1984 gegründete Gesellschaftliche Aktion für Gesundheit (*Social Action for Health*, SAfH) ist ein Wohltätigkeitsverein, der mit marginalisierten

lokalen Communities arbeitet und sich für Gerechtigkeit, Gleichstellung, bessere Gesundheitsvorsorge und Wohlergehen einsetzt.<sup>216</sup> Das Programm wird vor allem in Ost-London durchgeführt, auch im Bezirk Waltham Forest, und wird hauptsächlich mit *NHS*-Mitteln finanziert. Das Projekt beschäftigt vier Vollzeit- und 30 Teilzeitkräfte sowie über 100 Saisonkräfte.

In den Bezirken werden lokale „Gesundheitschampions der Community“ ausgewählt und fortgebildet, die anschließend in der eigenen Muttersprache innerhalb der jeweiligen Communities arbeiten, darunter Bengalisch, Somalisch, Türkisch/Kurdisch, Kongolesisch, Gujarati, Urdu, Arabisch und Englisch. Durch Nutzung von Menschen aus den lokalen Communities können die Kenntnisse über die Stadtteile und Räume der Multiplikatoren genutzt werden, beispielsweise über Gemeindezentren, Märkte und religiöse Orte. Bei der Ansprache und Arbeit war SaFH sehr effektiv. Durch die Einbeziehung lokaler Communities und der Kenntnisse vieler lokaler Communities ist es der Initiative gelungen, Zielgruppen für Gesundheitsberatungen und -unterstützung zu erreichen, die am stärksten marginalisiert sind sowie die Gruppen, die vom Gesundheitstrust als anfälligste Gruppe für bestimmte Erkrankungen ermittelt wurden. Zur Zeit unterstützt SaFH beispielsweise den NHS in Waltham Forest dabei, diejenigen Gruppen zu erreichen, die in besonderem Maße von Lungen-, Brust- und Darmkrebs gefährdet sind sowie Gruppen, die nicht ausreichend von den Diensten Gebrauch machen, um notwendige Vorsorgeuntersuchungen zur Erkennung dieser Krebsarten zu erhalten.

Daneben bildet SaFH Bewohner der Bezirke zu Gesundheitsberatern aus. Durch Projekte und Studien möchte man auch Politik und Praxis beeinflussen. Beispielsweise entwickelten sie ein zweijähriges Pilotprojekt, das sich an Kirchen in Ostlondon mit hauptsächlich schwarzen Gemeindegliedern richtete und dort zum Thema psychische Gesundheit und verwandten Anlaufstellen informierte. Der Bericht „Hear I Am“ basierte auf der einjährigen Studie einer Männer-Psychiatrie in Ostlondon, in der ein

hoher Anteil der Patienten afro-karibischer Herkunft war. Im Londoner Bezirk Hackney wurde im April 2004 ein Projekt ins Leben gerufen, Ungleichbehandlungen zu beseitigen, denen Flüchtlingsgruppen im Gesundheitswesen ausgesetzt sind (*Refugee Schools' Outreach Development Project*, ROP). Seitdem hat das Projekt auf lokaler Ebene mit türkischen, kurdischen, türkisch-zypriotischen, somalischen, somali-bravanesischen, kongolesischen, polnischen und Roma-Communities zusammengearbeitet. Im Januar 2009 wurde außerdem ein Projekt begonnen, das sich an Obdachlose aus Polen und anderen osteuropäischen Staaten im Bezirk Hackney richtet, die Schwierigkeiten beim Zugang zu lokalen Alkohol- und Drogenberatungsstellen (*DAAT*) haben. Im Juni 2011 stellte SAfH den Bericht über ein lokales Projekt zur Krebsfrüherkennung vor, das wichtige Erkenntnisse über späte Krebsdiagnosen in Ostlondoner Communities lieferte.

## ANTI-RAUCH-KAMPAGNEN, London, Vereinigtes Königreich

Rauchen ist im Vereinigten Königreich ein großes Gesundheitsproblem, das überproportional Muslime betrifft. Im Bezirk Waltham Forest wird der Anteil der Raucher auf 30 Prozent geschätzt, höher als der Anteil im nationalen Durchschnitt von 27 Prozent. 2004 führte der Stadtrat eine große Medienkampagne gegen das Rauchen durch. Er schaltete Anzeigen in Lokalzeitungen und arbeitete mit örtlichen Gemeindegruppen und Unternehmen zusammen. Auf lokalen Radiosendern liefen Informationssendungen in mehreren afrikanischen Sprachen. Das Ministerium für kommunale Angelegenheiten und örtliche Selbstverwaltung (*Department for Communities and Local Government*) unterstrich die Notwendigkeit einer aktiven Einbindung anfälliger Gruppen betonte die Wert der Zusammenarbeit mit lokalen Strukturen wie Moscheen und Imamen bei Kampagnen gegen das Rauschen. Einige Londoner Stadtbezirke, unter

anderem Newham, führten die Kampagne in enger Absprache mit Imamen vor Ort durch.

## ALLE AMSTERDAMER GESUND, SIGNALE FÜR EINE VITALE STADT, Amsterdam, Niederlande

Die Gesundheitspolitik der Stadt Amsterdamer konzentriert sich gemäß Programm „Alle Amsterdamer gesund, Signale für eine vitale Stadt“ (*Kadernota volksgezondheidsbeleid Amsterdam 2008–2011, Alle Amsterdammers gezond, Signalen voor een vitale stad*) auf Gruppen, die besonders anfällig sind.<sup>217</sup> Besorgnis beim Thema Rauchen hat insbesondere zu einer Ansprache von Amsterdamer Bürgern türkischer Herkunft geführt. Übergewichtige und adipöse Frauen türkischer, marokkanischer und surinamischer Abstammung sind eine weitere Zielgruppe, ebenso türkisch-, marokkanisch- und surinamischstämmige Personen beim Thema Diabetes. In ähnlicher Weise richten sich Strategien und Präventionsmaßnahmen des städtischen Gesundheitsamtes (*Gemeentelijke Gezondheidsdienst, GGD*) zum Thema psychosoziale Probleme an Menschen mit türkischem und marokkanischem Hintergrund, insbesondere Jugendliche. Hier wird mit religiösen und Migrantorganisationen zusammengearbeitet.

Der Amsterdamer Gesundheitsmonitor (*Amsterdamse Gezondheidsmonitor*) betrachtet Gesundheitsfragen aus einer etwas breiteren Perspektive und fordert mehr auf maßgeschneiderte Ansätze im Gesundheitsbereich. Der Monitor beobachtet Unterschiede, beispielsweise im Bereich psychische Gesundheitsvorsorge (Personen türkischer und marokkanischer Abstammung nehmen seltener Psychopharmaka) oder in Bezug auf Erkrankungen älterer Menschen (türkisch- und marokkanischstämmige Personen berichten öfter von Problemen aufgrund ihrer Diagnose). Dies wird als Zeichen dafür gewertet, dass es im niederländischen Gesundheitssystem

möglicherweise Ungleichheiten bestehen, sodass es für Patienten nicht-niederländischer Abstammung weniger effektiv ist.

### INFORMATIONSFILM, Amsterdam, Niederlande

Die städtische Gesundheitsbehörde hat zum Thema Diabetes einen Informationsfilm für unterschiedliche ethnische Minderheiten produziert, der Sprach- und Kulturbarrieren überwinden soll. Die Dialoge im Film wurden in den jeweiligen Muttersprachen gesprochen, wobei der jeweilige kulturelle Hintergrund der Zielgruppen stark berücksichtigt wurde.

### STIFTUNG INTERKULTURELLER PFLEGEGERATER IN DEN NIEDERLANDEN, Niederlande

Die 2002 gegründete Stiftung Interkultureller Pflegeberater in den Niederlanden (*Stichting Interculturele Zorgconsulenten Nederland, SIZIN*)<sup>218</sup> unterstützt Patienten, insbesondere Migranten, die wegen sprachlicher oder kultureller Barrieren Gefahr laufen, aus dem regulären niederländischen Gesundheitswesen herauszufallen. Sie bietet kostenfreie Beratungen und Informationen an und wird von der Niederländischen Diabetesgesellschaft, der Herzstiftung und dem Niederländischen Asthmafonds gefördert. Die Stiftung organisiert niederschwellige Treffen für Patienten an vertrauten Orten und in der Erstsprache. SIZIN-Berater fungieren auch als Schnittstelle zwischen Hausärzten und Patienten und organisiert Informationsveranstaltungen für Hausärzte und Gesundheitspersonal, die Menschen ethnischer Minderheiten behandeln.

## INTERKULTURELLE PSYCHIATRIE, I-PSY, Niederlande

I-Psy<sup>219</sup> ist ein Zentrum für interkulturelle psychiatrische und psychologische Gesundheitsfürsorge, das spezielle und leicht zugängliche Dienste anbietet, die auf Auswirkungen von Immigration und damit verbundenen Veränderungen des kulturellen und gesellschaftlichen Lebensumfelds zugeschnitten sind. I-Psy betreibt Zentren in Städten mit hohem Migrantenanteil und ist in Almere, Amsterdam, Duivendrecht, Den Haag, Alkmaar, Rotterdam, Utrecht, Tilburg und Zaandam vertreten.

Die Psychiater, Psychologen, Therapeuten und Sozialarbeiter berücksichtigen den kulturellen und religiösen Hintergrund der Patienten und die Behandlungen orientieren sich an den speziellen Bedürfnissen der Migrantengemeinschaften in den einzelnen Städten. Die Mitarbeiter kommen aus verschiedenen Ländern, können also bei der Beratung eigene Erfahrungen einbringen und mit den Patienten in verschiedenen Sprachen kommunizieren, unter anderem auf Türkisch, Arabisch, Berberisch, Englisch und Französisch. Die Behandlungen sollen den kulturellen Hintergrund und den Glauben der Patienten respektieren, beispielsweise den religiös begründeten Wunsch, nicht von Personen des anderen Geschlechts behandelt zu werden. Aus demselben Grund finden Gruppensitzungen in der Regel nach Geschlechtern getrennt statt. Besondere Berücksichtigung finden psychologische Bedürfnisse von marokkanischen und türkischen Menschen, die in die Niederlande gezogen sind, um eine Person marokkanischer oder türkischer Abstammung zu heiraten, die bereits in den Niederlanden lebt oder dort aufgewachsen ist. Hier geht es um die folgenden Schwierigkeiten, die sich bei der Kindererziehung in einer bikulturellen Konstellation ergeben.<sup>220</sup>

## GESUNDHEITSMEDIATOREN, MiMi-PROJEKT, Hamburg, Deutschland

In den Hamburger Stadtteilen Schnelsen und Wandsbek werden Gesundheitsmediatoren ausgebildet und eingesetzt. Dies geschieht im Rahmen von Projekten wie Mit Migranten für Migranten (MiMi), das vom Ethno-Medizinischen Zentrum entwickelt wurde, einem gemeinnützigen Verein, der in den meisten größeren Städten und vielen Regionen Deutschlands vertreten ist. Das Zentrum unterstützt Migranten dabei, sich im deutschen Gesundheitssystem zurechtzufinden, hilft ihnen, sprachliche und kulturelle Hindernisse zu überwinden.<sup>221</sup> MiMi wurde 2003 gegründet und wird von der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz sowie dem BKK-Landesverband Nord finanziert. Der Verein möchte Migranten beim Zugang zum deutschen Gesundheitssystem helfen und bei ihnen das Verständnis für Gesundheitsfragen fördern. Zu diesem Zweck werden Migranten als mehrsprachige interkulturelle Mediatoren angeworben, ausgebildet und unterstützt. Dies reflektiert den Ansatz der Gesundheitsförderung, dass Migranten selbst ihre Bedürfnisse am besten kennen. Aus ihrer eigenen Erfahrung haben sie häufig positive Bewältigungsstrategien und Ressourcen entwickelt, die üblicherweise bei ihrer Arbeit eingesetzt werden können.

Diese ausgebildeten Mediatoren erstellen Übersetzungen von Unterlagen über das deutsche Gesundheitssystem und auch zu speziellen Themen wie Gesundheitsvorsorge für Frauen und Kinder, psychische Gesundheit und Ernährung. Sie bieten auch Gruppendiskussionen zu Gesundheitsfragen in verschiedenen Sprachen und Einzelfallunterstützung in bestimmten Situationen an. Außerdem möchten sie einen Raum bieten, in dem das gegenseitige Verständnis von Menschen mit Migrationshintergrund und Gesundheitspersonal gefördert wird.



MiMi bietet zudem auch Gruppensitzungen für Communities an, Gesundheitsratgeber und Monitoring- bzw. Evaluationsprozesse und möchte das Wissen über die Bedürfnisse von Immigranten durch die Entwicklung von Partnerschaften, Netzwerken und Öffentlichkeitsarbeit vertiefen.

Mitarbeiter der Hamburger Stadtverwaltung werten das Projekt als Erfolg, insbesondere aufgrund des Schwerpunkts auf älteren Menschen mit Migrationshintergrund. Dieser Schwerpunkt wird in das neue Konzept „Seniorenfreundliches Hamburg“ einfließen, das Teil des Leitbildes „Wachsen mit Weitsicht“ ist. Darin soll das Thema Fürsorge für ältere Migranten (kulturell-entsprechende Pflege von älteren Migranten in Altersheimen) in einen allgemeinen Ansatz im Hinblick auf die Verbesserung der Betreuung von älteren Menschen aufgenommen werden.<sup>222</sup>

Ursprünglich begann es Pilotprojekt in vier Städten Niedersachsens und Nordrhein-Westfalens. Mittlerweile wurde die MiMi-Initiative auf 38 Städte in Niedersachsen, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Brandenburg, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Bayern, Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein ausgeweitet.<sup>223</sup>

## GESUNDHEIT IN DEINER SPRACHE, STADTRAT KOPENHAGEN, Kopenhagen, Dänemark

Das Projekt Gesundheit in Deiner Sprache (*Sundhed på dit sprog*)<sup>224</sup> arbeitet mit einer Gruppe von Gesundheitsberatern ethnischer Minderheiten. Sie organisieren Treffen und informieren über Gesundheitsfragen wie Rauchen, Sport, Zahngesundheit und HIV/Aids. Die Treffen können kostenlos gebucht werden, von Einzelpersonen ebenso wie von Vereinen, Firmen oder öffentlichen Einrichtungen. Sie werden an öffentlichen Orten wie Sprachschulen, Gemeindezentren oder Migrantenorganisationen

abgehalten. Auf der Website des Projekts werden Information auf Arabisch, Urdu, Farsi und Somalisch angeboten. 2009 erreichte die Initiative etwa 8.000 Personen. Im Stadtteil Nørrebro allein waren für Herbst 2010 13 solcher Treffen geplant.

## ALTENPFLEGE, STADTRAT KOPENHAGEN, Kopenhagen, Dänemark

Einige Treffen des Projekts Gesundheit in Deiner Sprache richten sich speziell an ältere Menschen ethnischer Minderheiten. Sie werden entweder über Tagesaktivitäten in Altersheimen oder über Angebote in Gegenden mit sozialem Wohnungsbau erreicht. 2009 nahmen etwa 150 ältere Menschen an diesen Aktivitäten teil.<sup>225</sup>

Ergebnisse des städtischen Integrationsprojekts „Angebote für Senioren“ (*Tilbud til ældre*) zeigten, dass diese Zielgruppe nur begrenzte Kenntnisse über die zur Verfügung stehenden öffentlichen Leistungen hat.<sup>226</sup> Deshalb werden die Angebote nun in Broschüren erläutert und auf der Homepage der Stadt Kopenhagen auf Urdu, Türkisch, Somalisch, Farsi und Englisch vorgestellt.

## ZENTRUM FÜR MIGRANTINNEN, Kopenhagen, Dänemark

Das Zentrum für Migrantinnen (*Indvanderer Kvindecetret, IKC*) in Nørrebro stellt wichtige Angebote für Frauen mit Migrationshintergrund zur Verfügung. Das Zentrum wurde vor 27 Jahren gegründet und wird teils durch die Stadt, teils durch private Spenden finanziert. Genutzt werden die Angebote vor allem von Migrantinnen der ersten Generation mit geringer Alphabetisierung und unzureichenden Fertigkeiten, um sich ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Die Mehrzahl stammt aus der Türkei, Pakistan und Somalia. Einige besitzen zwar den Flüchtlingsstatus, haben

aber seit Einführung des Starthilfe-Gesetzes von 2002 keinen Anspruch mehr auf staatliche Unterstützung.<sup>227</sup>

Regelmäßige Besucherinnen des Zentrums gehen dort ihren Hobbys und anderen Aktivitäten nach und treffen sich, um sich mit anderen Frauen auszutauschen. Das Zentrum bietet für durchschnittlich 250 Frauen jährlich Beratungen zu unterschiedlichen gesellschaftlichen Themen an, darunter familiäre Gewalt, psychologische Probleme, Armut, Finanzfragen, Schwierigkeiten mit Sozialbehörden und Beratung bei der Kindererziehung.

### SCHÜLERPROJEKT JUNG UND GESUND, STADTRAT KOPENHAGEN, Kopenhagen, Dänemark

Das Schülerprojekt jung und gesund (*Ung og Sund i uddannelse*) ist eine breit angelegte Initiative der Gesundheitsfürsorge für den Zeitraum 2008–2011. Das Projekt richtet sich an benachteiligte Jugendliche in drei Berufsschulen und drei sogenannten Produktionsschulen. Letztere bieten eine alternative Ausbildung mit Schwerpunkt auf praktischen und berufsvorbereitenden Fähigkeiten, die die Schüler auf allgemeine Bildungsprogramme vorbereiten sollen.<sup>228</sup> Mit einem umfassenden Ansatz betrachtet das Projekt das Alltagsleben in den Schulen und entwickelt Strategien, um ein gesundes und unterstützendes Lernumfeld zu schaffen, das mehr Schüler mit Migrationshintergrund ermutigen soll, einen Schulabschluss zu machen und eine gesunde Lebensweise zu entwickeln.

Das Programm umfasst folgende Komponenten:

- Initiativen zur Förderung von sportlichen Aktivitäten
- strukturelle Änderungen, darunter die Entwicklung eines Ansatzes zur Gesundheitsförderung an Schulen
- Lehrerfortbildungen hinsichtlich der Integration von Gesundheitsthemen im Lehrplan

Informationen und Updates zu den Projektaktivitäten werden als Newsletter verschickt.

## EINHEIT VON REFLEXION UND AKTION AFRIKANISCHER COMMUNITIES, Frankreich

In französischen Gesundheitssektor unternehmen städtische Dienste keine Maßnahmen, die sich an bestimmte Bevölkerungsgruppen richten. Sie versuchen jedoch, ihre Maßnahmen den speziellen Bedürfnissen anzupassen. Beispielsweise sind in Stadtteilen mit einem hohen Anteil afrikanischer Communities, etwa in Goutte d'Or, dermatologische Beratungs- und Informationsdienste zum Thema Sichelzellenanämie besonders gut entwickelt, das diese Krankheit überproportional unter Menschen afrikanischer Herkunft verbreitet ist.

Behörden und Gesundheitsdienste arbeiten auch mit Nichtregierungsorganisationen zusammen, die zum Thema Gesundheit speziell Angebote für ethnische und religiöse Minderheitengruppen bereitstellen, beispielsweise die Einheit von Reflexion und Aktion afrikanischer Communities (*Unité de Réflexion et Action des Communautés Africaines*, URACA).<sup>229</sup> URACA bietet Gesundheitsangebote für die afrikanischen Communities, angepasst an deren kulturellen und ethnischen Hintergrund oder ihre sozialen Probleme. URACA entwickelt Programme zu den Themen HIV/Aids, Bleivergiftung und Sichelzellenanämie, und bietet ethnopsychiatrische Beratung an.

URACA betont die Notwendigkeit, die unterschiedlichen kulturellen Traditionen, Glaubensrichtungen und Gebräuche der Patienten anzuerkennen und zu berücksichtigen. Durch diese Berücksichtigung dieser Aspekte soll der Zugang afrikanischer Communities zum Gesundheitswesen verbessert werden. Die URACA genießt bei Anlaufstellen der *Arrondissements* im Gesundheitsbereich und bei den Instanzen lokaler

Behörden einen guten Ruf aufgrund der nützlichen und effizienten Arbeit auf lokaler Ebene. Zudem bietet es einen wertvollen und viel gefragten Schwerpunkt auf Gesundheitsangeboten für afrikanische Communities.

Um künftigen Fachleuten effektiv bei afrikanischen Patienten zu helfen, bietet URACA Schulungen für Ärzte mit afrikanischen Patienten an sowie für Studierende an medizinischen Fakultäten und Krankenpflegeschulen an. Daneben kümmert sich die Organisation um afrikanische Patienten, die stationär behandelt werden, beim Dialog zwischen Ärzten und Patienten.

## GESUNDHEITSVERSORGUNG IN UNTERKÜNFEN FÜR ARBEITSMIGRANTEN, Frankreich

In Paris gibt es mittlerweile ein Programm, das jährlich kostenfreie Untersuchungen auf Tuberkulose in 40 Unterkünften für Arbeitsmigranten anbietet. Das Ärzteteam führt die Untersuchungen mit mobilen Röntgengeräten durch. Im 18. Distrikt finden diese Untersuchungen in zwei Unterkünften statt, in Marc Séguin und Caillé-Chapelle, aber nur in letzterer werden sie finanziell gefördert. Die Kosten der Behandlung übernimmt die NRO *Migrations Santé*, die die Bewohner der Unterkünfte zudem zweimal im Monat über ihre Rechte im Bereich Gesundheit und Soziales informiert.

## Polizei und Sicherheit

Schutz und Sicherheit sind für die Integration und gesellschaftliche Inklusion von Menschen unterschiedlicher Glaubensgemeinschaften wichtige Aspekte. In Europa wird der Aspekt Glaube allerdings weit mehr mit Blick auf Terrorismusbekämpfungsmaßnahmen beachtet als in der sonstigen Kriminalpolitik. Seit den Anschlägen vom 11. September 2001 gibt es anhaltende Sicherheitsbedenken hinsichtlich möglicher Terroranschläge von Menschen mit muslimischem Hintergrund. Folglich sind einige Muslime verstärkt ins Visier der Polizei gerückt und die Polizei erhielt weitergehende Befugnisse zur Überwachung, Durchsuchung und für Personenkontrollen. Da sich Terrorismusbekämpfungsmaßnahmen dazu tendieren, implizit auf Muslime konzentriert zu sein, ist es unvermeidlich, dass deren individuellen Rechte mehr betroffen sind, als die anderer der Communities. Außerdem kann eine solche negative Aufmerksamkeit von der Polizei einerseits Gefühle der Entfremdung und Marginalisierung auslösen, die von einigen als Faktor für Terrorismus betrachtet werden. Andererseits kann dies eine anti-islamische Stimmung schaffen, die zu Hassverbrechen und Diskriminierung führen können.

Selbst die positiveren Initiativen des Staates, lokaler Behörden und der Polizei können als einziger Teil einer umfassenderen Strategie zur Prävention von Radikalisierung und Terrorismus gesehen werden. Diese umfassendere Strategie vermittelt Muslimen, dass sie pauschal als mögliche Terroristen wahrgenommen werden, und ein Interesse an ihrem Wohlergehen nur insofern besteht, dass Sorge bezüglich der Sicherheit

anderer besteht.<sup>230</sup> Dieses Kapitel behandelt die positiveren und effektiven Initiativen, die sich direkt um Schutz und Sicherheit von marginalisierten Communities bemühen oder die zumindest die negativen Auswirkungen der Terrorismusbekämpfungsstrategien anzugehen versuchen.

## Datenerhebung und Statistiken

In Europa gibt es besonders auf städtischer und lokaler Ebene weder ausreichend Daten, die den Zusammenhang zwischen Glaubensgemeinschaften und ihren Erfahrungen mit Kriminalität bzw. ihrem Gefühl von Sicherheit zeigen noch solche, die über die Haltungen gegenüber Polizei und Strafjustiz einzelner Gruppen Auskunft geben. Es existieren auch keine verlässlichen europaweiten Zahlen über den Anteil einzelner Glaubensgemeinschaften an Rekrutierung und Ausbildung für den Bereich Polizei oder Strafjustiz.<sup>231</sup> Die meisten verfügbaren Daten differenzieren nicht zwischen sozialen Gruppen und ähnlich wie bei der Datenerhebung in anderen Bereichen, wird die Kategorie Glaube in der Regel der Zuweisung zu einer ethnischen Gruppe untergeordnet.

### ERHEBUNG ZU MINDERHEITEN UND DISKRIMINIERUNG DER EUROPÄISCHEN UNION, AGENTUR DER EUROPÄISCHEN UNION FÜR GRUNDRECHTE, Europa

Die EU-Studie zu Minderheiten und Diskriminierung (EU-MIDIS)<sup>232</sup> war ein 2008 durchgeführtes Forschungsprojekt der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA). Sie beschäftigt sich mit dem Mangel an verlässlichen und vergleichbaren Daten über Minderheiten in der EU und ist die erste EU-weite Erhebung von Erfahrungen von Zuwanderern und ethnischen Minderheiten mit Diskriminierung und Viktimisierung. Die Studie untersucht Diskriminierungserfahrungen, Viktimisierung durch

rassistisch motivierte Straftaten, Kenntnis der eigenen Rechte und Meldung von Beschwerden. Die Daten sollen politischen Entscheidungsträgern und anderen bei der Entwicklung von evidenzbasierten und gezielten Strategien helfen, die gegen diskriminierendes und rassistisches Handeln vorgehen und Unterstützungsstrukturen für Opfer von Diskriminierung bzw. rassistisch motivierter Straftaten verbessern.

Die Studie umfasst persönliche Befragungen von 23.500 Personen aus ausgewählten Gruppen von Einwanderern und ethnischen Minderheiten aus allen 27 EU-Mitgliedstaaten, wobei immer derselbe standardisierte Fragebogen verwendet wurde. Zu Vergleichszwecken wurden zudem fünftausend Personen der ethnischen Mehrheitsbevölkerung befragt. Die Ergebnisse dieser umfangreichen Studie wurden in Form einer Berichtsserie „Daten kurz gefasst“ (*Data in focus*) zu spezifischen Minderheiten und Schwerpunktthemen veröffentlicht. Für dieses Kapitel sind besonders zwei Berichte der Reihe relevant: der EU-MIDIS-Bericht Nr. 4 *Daten kurz gefasst 4: Polizeikontrollen und Minderheiten* (Oktober 2010) sowie der EU-MIDIS-Bericht Nr. 2 *Daten kurz gefasst: Muslime* (Mai 2009).

## EU-MIDIS-BERICHT NR. 4 DATEN KURZ GEFASST: POLIZEIKONTROLLEN UND MINDERHEITEN

Die Ergebnisse des Berichts zeigten Folgendes:

- In Belgien, Deutschland, Griechenland, Spanien, Frankreich und Ungarn wurden Angehörige von Minderheiten in den gleichen Stadtteilen häufiger von der Polizei angehalten als die Bevölkerungsmehrheit. In der Slowakischen Republik, Bulgarien, Italien und Rumänien war das nicht der Fall. Einige Minderheitengruppen sind besonders im Visier der Polizei, beispielsweise Roma-Befragte in Griechenland, die in einem



Zeitraum von 12 Monaten im Durchschnitt fast sechs Mal angehalten wurden.

- Während Angehörige der Bevölkerungsmehrheit die Polizei meist als respektvoll im Umgang wahrnahmen, erklärten Befragte der Minderheiten, dass sie das polizeiliche Verhalten als respektlos empfanden. Beispielsweise lag in Belgien der Anteil derjenigen, die sich bei ihrer letzten Polizeikontrolle respektvoll behandelt fühlten, bei Angehörigen der Mehrheitsbevölkerung bei 85%, bei Menschen mit nordafrikanischem Hintergrund bei 42% und bei Personen türkischer Herkunft bei 55%.
- Hatten Angehörige von Minderheiten den Eindruck, sie wurden aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer ethnischen oder migrantischen Gruppe angehalten, hatten sie weniger Vertrauen in die Polizei, als Minderheiten, die die Kontrollen unabhängig von ihrem Minderheitenhintergrund empfanden. In der Gruppe der Minderheiten gab etwa jedes zweite Opfer eines Angriffs, einer Bedrohung oder einer schwerwiegenden Belästigung an, den Vorfall nicht bei der Polizei angezeigt zu haben, da sie nicht davon überzeugt wären, dass die Polizei aktiv werden würde.<sup>233</sup>

## EU-MIDIS-BERICHT NR. 2 DATEN KURZ GEFASST: MUSLIME

Die EU-MIDIS-Ergebnisse legen nahe, dass durchschnittlich 79% der muslimischen Befragten, insbesondere der Jugendlichen, Diskriminierungserfahrungen nicht anzeigen. Am geringsten lag der Anteil bei Staatenlosen und Menschen, die am kürzesten im Land lebten; 59% der befragten Muslime glaubten, dass „nichts unternommen oder sich ändern würde“ und 38% waren gaben an, sie hätten keine Anzeige erstattet, da es „Teil ihres ganz normalen Alltagslebens“ sei.

Die Studie zeigt auch, dass zum Zeitpunkt der Befragung ein Drittel der muslimischen Befragten in den vorangegangenen zwölf Monaten (der

Studie) Opfer von Diskriminierung war und 11% Opfer einer rassistisch motivierten Straftat waren. Am stärksten wurde im Arbeitsumfeld diskriminiert. Von den muslimischen Befragten, die in den vergangenen zwölf Monaten diskriminiert wurden, war die Mehrheit der Auffassung, dass dies hauptsächlich aufgrund ihres ethnischen Hintergrunds geschah. Nur zehn Prozent erklärten, dass sie ihrer Meinung nach allein wegen ihres Glaubens diskriminiert wurden. Das Tragen traditioneller oder religiöser Kleidung (wie ein Kopftuch) schienen die Wahrscheinlichkeit einer Diskriminierung nicht zu erhöhen.<sup>234</sup>

## NATIONALE VEREINIGUNG MUSLIMISCHER POLIZISTEN, DEMOS STUDIE, Vereinigtes Königreich

Die Nationale Vereinigung muslimischer Polizisten (*National Association of Muslim Police*, NAMP)<sup>235</sup> hat gemeinsam mit Demos die erste Studie über die geographische Verteilung muslimischer Polizisten im Vereinigten Königreich erstellt. In der Studie *Diversity in Modern Policing* (Vielfalt in der modernen Polizeiarbeit)<sup>236</sup> stellten 22 Polizeibezirke Daten zur Verfügung, die in einem bedeutenden Bericht im November 2008 veröffentlicht wurden. Er wurde vom britischen Innenministerium und dem britischen Verband der Polizeipräsidenten unterstützt.

Zwischen April und Juli 2008 wurden alle Polizeibezirke im Vereinigten Königreich angeschrieben, die Hälfte antwortete. Ausgehend von diesen Rückmeldungen wurde geschätzt, dass etwa 5% der Polizeikräfte schwarzer oder ethnischer Minderheiten (*BME*) waren. Der Anteil der Muslime lag bei unter einem Prozent. Die Zahlen legen nahe, dass die Polizei einiges an bestem Humankapital nicht vollständig nutzt, insbesondere im Bereich Terrorismusbekämpfung, aber auch in anderen Formen der lokalen Polizeiarbeit und bei der Einbeziehung von Communities.<sup>237</sup>

## DOKUMENTATIONS- UND BERATUNGSZENTRUM ÜBER RASSEN- DISKRIMINIERUNG,

### Dänemark

Die Archive des Dokumentations- und Beratungszentrums über Rassendiskriminierung (*Dokumentations- og rådgivningscenteret om racediskrimination, DACoRD*)<sup>238</sup> geben Aufschluss über eine Reihe von einzelnen gerichtlichen oder polizeilichen Verhandlungen und Fällen in Bezug auf Rassendiskriminierung. Insbesondere durch einige von DACoRD hervorgehobene Fallstudien bieten Einblicke in die Arbeitsweise der Strafverfolgung von Gerichten und Polizei bei Fällen, in denen Angehörige ethnischer Minderheiten Opfer von Straftaten und Rassendiskriminierung geworden sind.<sup>239</sup> Diese zeigen, dass die Polizei Beschwerden über ethnische und Rassendiskriminierung von Angehörigen ethnischer Minderheiten nicht immer ernst nimmt. Dazu später mehr. Einige herausragende Beispiele zu diesem Thema werden regelmäßig in einem landesweiten Bericht von DACoRD an die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte gemeldet. Diese jährlichen Berichte sind eine Informationsquelle dafür, wie das Strafsystem indirekt diskriminierende Folgen für Muslime und Mitglieder anderer ethnischer Minderheiten haben kann.

## ROTTERDAMER ANTIDISKRIMINIERUNGSAKTIONSRAT, Niederlande

Der Rotterdamer Antidiskriminierungsaktionsrat (*Rotterdamse Anti Discriminatie Actie Raad, RADAR*)<sup>240</sup> wurde 1983 als eine der ersten lokalen Antidiskriminierungsinitiativen der Niederlande gegründet und ist in den Regionen Rotterdam-Rijnmond (Rotterdam), Zuid-Holland-Zuid (Dordrecht) und Midden- und West-Brabant (Breda) tätig. Der Rat betreibt Forschung, analysiert und berichtet, um Gleichstellung zu fördern und Diskriminierung zu bekämpfen.<sup>241</sup> Die Forschung zu strukturellen Formen

der Diskriminierung umfasst auch das Polizei- und Justizwesen sowie die Bereiche Ausbildung, Beschäftigung und Wohnen. RADAR berät und unterstützt Bürger, die Vorfälle von Diskriminierung zur Anzeige bringen wollen. Außerdem werden Einzelfälle ausgewertet, um kritische Punkte zu erkennen und entsprechende Empfehlungen abgeben zu können.

## ANNE-FRANK-STIFTUNG, Niederlande

Die Anne-Frank-Stiftung<sup>242</sup> verfolgt seit 1997 Rassismus und Extremismus in den Niederlanden.<sup>243</sup> Die Forschungsergebnisse der Stiftung zeigen, dass Islamfeindlichkeit in den Niederlanden in den letzten Jahren zugenommen hat. Sowohl negative Auffassungen gegenüber Muslimen und dem Islam als auch der Grad der Gewalt gegen Muslime sind angestiegen.<sup>244</sup> Einheimische niederländische Jugendliche radikalisieren zunehmend und fühlen sich von rechtsextremen Gruppen angezogen.<sup>245</sup>

## AMNESTY INTERNATIONAL, Deutschland

Die Misshandlung von Ausländern durch die Polizei war Thema eines speziellen Länderberichts von Amnesty International über Deutschland.<sup>246</sup> Die Organisation dokumentierte im Zeitraum Januar 1992 bis März 1995 70 Fälle von Misshandlungen durch Polizeibeamte, wobei die Hälfte die Berliner Polizei betraf. Laut Amnesty International handelte es sich dabei nicht um Einzelfälle, sondern ließen ein erkennbares Muster der Misshandlung von Ausländern und Angehörigen ethnischer Minderheiten durch die Polizei erkennen.

# Bekämpfung der negativen Folgen der Anti-Terrorismus-Politik

## DAS RECHT, NICHT DISKRIMINIERT ZU WERDEN, Rotterdam, Niederlande

Nach den terroristischen Anschlägen in Europa, der Ermordung des Filmemachers Theo van Gogh durch einen radikalen niederländischen Muslim und den geplanten Anschlägen auf logistische Ziele in den Niederlanden präsentierte die Stadt Rotterdam mit Unterstützung des Instituts für Sicherheits- und Krisenmanagement (*Instituut voor Veiligheids- en Crisismanagement*) im Februar 2005 ein Aktionsprogramm gegen Radikalisierung mit dem Titel *Meedoen of achterblijven* (Mitmachen oder zurückbleiben).<sup>247</sup>

Nach der Veröffentlichung des Programms gab es heftige Kritik aus der marokkanischen Community, die in dem Programm als besonders anfällig für Radikalisierung beschrieben wurde.<sup>248</sup> Marokkanische Organisationen besorgte der Unterton des Berichts ebenso wie die Tatsache, dass muslimische Organisationen nicht in die Erstellung einbezogen worden waren, da sie befürchteten, dass auf diese Weise gerade die Diskriminierung gefördert würde, die ihrerseits dann zu Ausgrenzung und Radikalisierung führt. Als Reaktion darauf finanzierte das Programm *Meedoen of achterblijven* ein Projekt mit dem Titel *Recht om niet gediscrimineerd te worden* (Das Recht, nicht diskriminiert zu werden), das sich speziell an marokkanische Communities richtete.<sup>249</sup>

Die Plattform Ausländer Rijnmond (*Platform Buitenlanders Rijnmond*, PBR),<sup>250</sup> der Rotterdamer Antidiskriminierungsaktionsrat (RADAR), die Kooperierenden Marokkanischen Organisationen in Rotterdam (*Samenwerkende Marokkaanse Organisaties Rotterdam*, SMOR) und die Stiftung

Plattform Islamische Organisationen Rijnmond (SPIOR) arbeiteten ebenfalls zusammen, um Treffen mit marokkanischen Organisationen in die Wege zu leiten, Informationen zum Thema Diskriminierung und Antidiskriminierungsgesetzgebung zu verbreiten und die rechtliche bzw. von den Betroffenen empfundene Diskriminierung gegenüber Menschen aus Marokko in Rotterdam zu überwachen.<sup>251</sup>

## FALLBEISPIEL LEICESTER, Vereinigtes Königreich

In Leicester wurde als Reaktion auf Terrorismusbekämpfungsmaßnahmen das positive Verhältnis zwischen Polizei und Vertretern der muslimischen Communities und Organisationen weiter vertieft. Dieses stabile Verhältnis hat sichergestellt, dass potenziell sensible und heikle Situationen umsichtig und durch die Zusammenarbeit von Polizei und muslimischer Gemeinschaft bewältigt werden konnten. Nach den Londoner Bombenanschlägen vom 7. Juli 2005 führten beispielsweise die Hausdurchsuchungen und Verhaftungen im Rahmen der Terrorismusbekämpfung in Leicester zu vermehrter Angst und Misstrauen gegenüber der Polizei. Als Reaktion darauf fanden es eine Reihe von öffentlichen Treffen mit der Polizei statt, bei denen die muslimischen Communities über ihre Rechte und Pflichten informiert wurden. Der Aufbau von Vertrauen auf lokaler Ebene half sicherzustellen, dass die Polizei und Community effektiv zusammenarbeiteten, um Radikalisierung und Terrorismus vorzubeugen.

## TERRORISMUSBEKÄMPFUNGSTRATEGIE WALTHAM FOREST, Vereinigtes Königreich

Terrorismusbekämpfung ist seit August 2006 ein Schwerpunkt der Polizeiarbeit in Waltham Forest, nachdem von der Polizei aufgedeckt worden war, dass zwei im Bezirk Walthamstow ansässige Personen

Flugzeuganschläge geplant hatten.<sup>252</sup> Für die Bezirksbehörden in Waltham Forest bedeutet Terrorismusbekämpfung jedoch mehr als Verordnungen und Gesetze und eine hart durchgreifende Polizei. Es geht vielmehr darum, über facettenreiche Strategien soziale und ökonomische Verbindungen zu gewalttätigem Extremismus anzugehen und einen multidimensionalen Ansatz zu entwickeln, der verschiedene Stellen der lokalen Verwaltung einbezieht.

Zur Zeit der Verhaftungen 2006 war der Kontakt mit und das Verständnis der Vielfältigkeit der lokalen muslimischen Communities vonseiten des Stadtrates Waltham Forest begrenzt. Seitdem wurden eine Reihe von Maßnahmen zur Vertrauensbildung und Unterstützung von lokalen Communities entwickelt und wurde versucht, Kohäsion in der Community herzustellen und der Entfremdung durch einige Strategien und Initiativen vorzubeugen. Beispielsweise gab es Unterstützung für Veranstaltungen während einer Informationswoche zum Thema Islam, eine Woche der interreligiösen Begegnung, das Programm Junge Muslimische Führer (siehe auch das Kapitel Partizipation und bürgerschaftliches Engagement)<sup>253</sup> und die Ernennung von sogenannten Glaubensbotschaftern.<sup>254</sup> Ein Verbindungsbeamter für Glaubensangelegenheiten bei der Polizei hält direkten Kontakt zu allen religiösen Gemeinschaften, auch den muslimischen,<sup>255</sup> und alle Polizeikräfte im Außendienst erhalten eine Schulung zum Thema Glaubensfragen.<sup>256</sup> Die neu eingerichtete Junge Unabhängige Beratungsgruppe Waltham Forest (*Waltham Forest Young Independent Advisory Group*, YIAG)<sup>257</sup> wurde für einen engen Austausch zwischen Behörden, Polizei und lokalen Jugendlichen (näher beschrieben im Abschnitt zu Jugendkriminalität) gegründet.

## Communities aufsuchende Sozialarbeit

Bei Teilnehmerinnen und Teilnehmern der von Open Society Foundations gebildeten Fokusgruppen bestand ein Bedarf nach mehr Kontakt zu den Communities vonseiten der Polizei, wobei bekannte Polizeikräfte durch den Aufbau von Beziehungen mit lokalen Bewohnern Vertrauen aufbauen. Dieses Kennenlernen der lokalen Polizeikräfte wurde besonders für Kinder und Jugendliche als besonders wichtig eingestuft. Wie zuvor betont, helfen solche Maßnahmen die negativen Auswirkungen von Terrorismusbekämpfungsmaßnahmen abzufangen. Allerdings bleibt ein Problem bestehen, dass eine jedwede positive Communityarbeit durch Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung untergraben werden könnte, die sogar von den selben Polizeibeamten durchgeführt werden könnten.

### STADTTEILREGISSEURE, Amsterdam, Niederlande

Benannte Stadtteilregisseure arbeiten mit der Polizei zusammen, um Stadtteilpolitik umzusetzen. Ihre Sicherheitsaufgabe ist mit einem sozialen Auftrag verbunden in Bezug auf die Lebensumstände in ihrem Stadtteil und mit der Aufrechterhaltung und Durchsetzung von Frieden. Dafür müssen sie in regelmäßigen Kontakt mit dem Stadtteil stehen, einschließlich Anwohnern, Unternehmen und Organisationen, und über Vorgänge in ihrer Community gut informiert sein. Die Investition in den Aufbau vertrauensvoller Beziehungen ist dabei unerlässlich.

Stadtteilregisseure bemühen sich um den Aufbau guter Beziehungen zu Schlüsselfiguren in den lokalen Communities. Dies können einflussreiche öffentliche Personen sein, aber beispielsweise auch Eltern, die sich dem Stadtteil verbunden und sich verantwortlich dafür fühlen, was im Umfeld geschieht. Diese wichtigen Akteure sind eine nützliche Brücke zwischen Communities und Polizei, indem sie einerseits die Polizei über Vorgänge in



ihrem Stadtteil informieren, andererseits anderen im Stadtteil den Zweck von Polizeimaßnahmen erklären können.<sup>258</sup> In Slotervaart sind zwei von neun Stadtteilregisseuren Angehörige nicht-westlicher ethnischer Minderheiten.<sup>259</sup>

### **POLIZEIKORPSBOTSCHAFTER, Rotterdam, Niederlande**

In Rotterdam sind Polizeikorpsbotschafter, lokale Polizeibeamte, für den Aufbau und die Pflege von Netzwerken zwischen der Polizei und verschiedenen kulturellen Gruppen in der Community verantwortlich. Bei Veranstaltungen zum Thema Sicherheit und Polizei können diese Botschafter eingeladen werden und geben Auskunft bzw. beantworten Fragen von Anwohnern und widmen sich deren Anliegen.

### **POLIZEIBEAMTER FÜR GLAUBENSANGELEGENHEITEN, Waltham Forest, London, Vereinigtes Königreich**

Der bereits erwähnte Polizeibeamte der Polizei, der für Glaubensangelegenheiten zuständig ist,<sup>260</sup> wird im Bezirk Waltham Forest eingesetzt, um direkt mit den verschiedenen Glaubensgemeinschaften zusammenzuarbeiten und den Dialog mit lokalen Gruppen zu ermöglichen, um Konflikten in der Community entgegenzuwirken. Infolgedessen wird die Polizeiarbeit im Bezirk als weit mehr nuanciert und engagiert betrachtet.

### **UNABHÄNGIGE BERATUNGSGRUPPEN, Vereinigtes Königreich**

Unabhängige Beratungsgruppen (*Independent Advisory Groups, IAG*)<sup>261</sup> bieten lokalen Polizeikräften eine Struktur, die ihnen bei ihrer Arbeit mit deren Glaubensgemeinschaften hilft. Sie helfen durch regelmäßigen Austausch Vertrauen aufzubauen und sind sehr nützliche Kontakte in die

einzelnen Communities. Viele dieser Ehrenamtlichen sind mittlerweile wichtige Ansprechpartner im Netzwerk für die Polizei und können zu Themen der Community befragt werden.

Einige Vorteile und Ergebnisse dieser Gruppen:

- verbesserte Vernetzung mit den Communities
- Verbesserungen der Polizei bei Veranstaltungen und Initiativen in der Community
- verbesserte Meldung von Vorfällen und Hassverbrechen
- die unabhängigen Gruppen liefern Beiträge zur Bewertung der Auswirkungen auf die Communities nach größeren Vorfällen und verringern Spannungen in Communities<sup>262</sup>

## BÜRGERNAHE BEAMTE, Hamburg, Deutschland

Bürgernahe Beamte (BÜNABE) sind sichtbar arbeitende lokale Polizeikräfte, die in Stadtteilen mit einem hohen Anteil an Migrant\*innen und Menschen muslimischen Glaubens eingesetzt werden, etwa in Wilhelmsburg, Steilshoop und Billstedt.

## BEZIRKSEINHEITEN, Marseille, Frankreich

In sozial benachteiligten Vierteln werden von der Polizei sogenannte Bezirkseinheiten (*Unités territoriales de quartiers*, UTEQ) eingesetzt. Sie arbeiten auf tagtäglich Basis zur Stärkung der Beziehungen zwischen Polizei und Stadtteil<sup>263</sup> als Teil einer übergreifenden Strategie zur Vereinigung von Polizei Anwohnern gegenüber Straftätern.<sup>264</sup>

Marseille ist seit 2008 eine Versuchsstadt, in der das französische Innenministerium das Modell dieser UTEQ-Einheiten testet. In Marseille gibt es zwei UTEQ-Einheiten mit jeweils 20 Polizeikräften in La Cayolle (9. Arrondissement) und Félix-Pyat/Saint-Mauront (3. Arrondissement).

## SICHERHEITSBEAUFTRAGTE UND LOKALE MEDIATOREN, Marseille, Frankreich

Sicherheitsbeauftragte (*Adjoints de sécurité*, AS) und lokale Mediatoren (*Agents locaux de médiation*, ALMS) unterstützen die nationale Polizei in sozial stark benachteiligten Stadtteilen mit hoher Migrantendichte. Es handelt sich um ehrenamtlich tätige Staatsbedienstete der nationalen Polizei, mit denen jeweils Verträge geschlossen werden, damit sie Strafverfolgungsbehörden und anderen Behörden beim Umgang mit benachteiligten Gruppen zur Seite stehen. Personen mit Maghreb- oder afrikanischem Hintergrund werden ausgewählt, um das Vertrauen der Anwohner zu erlangen. Sie können die Polizei durch ihre Sprachkenntnisse und ihre im Allgemeinen vielfältigeren gesellschaftlichen Kreisen unterstützen. Sie helfen auch bei der Entwicklung von Strategien, indem sie sich beispielsweise um Opfer, Kläger und gefährdete Einzelpersonen kümmern.<sup>265</sup>

## Hassverbrechen

Diskriminierung und Hassverbrechen bieten in Europa ernsthaft Anlass zur Sorge. Exzessive Gewalt und Diskriminierung durch die Polizei, insbesondere gegenüber jungen Männern ethnischer oder religiöser Minderheiten, sind zudem ein großes Problem in bestimmten Städten, und werden als zentrale Gründe für Abneigung, Isolation, gesellschaftliche Exklusion und Marginalisierung gesehen. Deren Auswirkungen auf die

Beziehungen zu Communities werden noch dadurch verschlimmert, dass die Polizei als Organ wahrgenommen wird, das im Sinne des Staates und der Bevölkerungsmehrheit agiert. So werden besonders unter Jugendlichen ablehnende Haltungen gegenüber Polizei (und Staat) erzeugt, die als Hauptgrund für Aufruhr gesehen werden, der einen vollständigen Zusammenbruch der Beziehungen zu Communities widerspiegeln.

Trotz der Bedeutung der Bekämpfung von Diskriminierung, Hassverbrechen und Polizeigewalt besteht, wie zuvor erwähnt, ein Mangel an systematisch erfassten oder dokumentierten Daten solcher Vorfälle. Viele Opfer glauben nicht daran, dass ihre Beschwerden ernsthaft von der örtlichen Polizei behandelt werden oder dass eine solche Beschwerde zu Taten oder Verurteilungen führen wird. Angehörige von konfessionellen und ethnischen Minderheiten sind zudem schlecht informiert, welche Möglichkeiten ihnen zur Meldung der Beschwerde offen stehen oder wo sie Unterstützung und Beratung erhalten können. Es gibt jedoch die nachfolgend skizzierten Initiativen, die darauf abzielen, dass ethnischen Minderheiten zur Anzeige von Diskriminierung ermutigt werden.

## POLIZEILICHER NACHRICHTENDIENST, Kopenhagen, Dänemark

In Dänemark erfordern polizeiliche Vorschriften, dass alle Polizeiwachen Hassverbrechen dem dänischen Nachrichtendienst (*Politiets Efterretningstjeneste*, PET)<sup>266</sup> melden. In seinem Jahresbericht 2006 stellt der PET fest, dass es einen Anstieg rassistisch motivierter Gewalt gegeben habe, der sich jedoch nicht in der Verbrechensstatistik widerspiegeln, da die Opfer es nicht für sinnvoll hielten, solche Vorfälle bei ihrer Polizei anzuzeigen.<sup>267</sup> Dieser Trend wird zudem von einigen von DACoRD erfassten Fallstudien bestätigt, die zudem nahelegen, dass die Polizei Beschwerden von Angehörigen

ethnischer Minderheiten über rassistische oder ethnische Diskriminierung nicht immer ernst nimmt.<sup>268</sup>

Der PET kündigte daraufhin die Absicht an, eine Kampagne zu lancieren, um ethnische Minderheiten zu ermutigen, solche Vorfälle anzuzeigen. In den vergangenen Jahren hat der Nachrichtendienst in mehreren Städten diverse Treffen mit muslimischen Vorbetern und Imamen sowie Vertretern anderer Minderheiten veranstaltet.

Es gibt Anzeichen dafür, dass diese Strategie bezüglich der Erhöhung der angezeigten Fälle von Hassverbrechen erfolgreich war. Für den Zeitraum 2007 bis 2008 verzeichnete PET einen fünffachen Anstieg der angezeigten Straftaten in Bezug auf Hassverbrechen (von 35 auf 175 Fälle).<sup>269</sup>

## ONLINE-ANZEIGE, Kopenhagen, Dänemark

Der Stadtrat Kopenhagen lancierte 2008 eine Website, auf der Opfer Vorfälle von Diskriminierung und Hassverbrechen aufgrund von Alter, Geschlecht, ethnischer Zugehörigkeit/Hautfarbe, Behinderung, Staatsangehörigkeit/sozialer Zugehörigkeit, Konfession/Glaube, politischen Ansichten und sexueller Orientierung melden können. Die Seite ist außer auf Dänisch in sieben weiteren Sprachen verfügbar.<sup>270</sup> Bis März 2009 wurden auf der Website 209 Beschwerden erfasst.<sup>271</sup> Um das Bewusstsein für die Seite zu steigern und mehr zur Anzeige zu ermutigen, verteilte der Stadtrat folglich Informationsblätter in der Stadt.

Es sollte jedoch erwähnt werden, dass diese Website nur den Zweck hat, eine Auswertung der Häufigkeit von Hassverbrechen zu bieten und nicht verwendet werden kann, um strafrechtliche Untersuchungen anzustoßen, was die Anzeige bei der Polizei erfordert.

Der Erfolg der Seite veranlasste das Justizministerium sämtliche Polizeiwachen öffentlich anzuweisen, alle Hassverbrechen, die sich gegen die ethnische, religiöse oder sexuelle Identität einer Person richten, zu erfassen und zu untersuchen und sich diesbezüglich am schwedischen Ansatz der Erfassung von Hassverbrechen und rassistisch motivierter Gewalt zu orientieren.<sup>272</sup> Im Juni 2009 lancierte die Polizei daraufhin eine Kampagne auf der eigenen Website, auf der Opfer aller Arten von Hassverbrechen zur Meldung solcher Vorfälle aufgefordert werden.<sup>273</sup>

### KAMPAGNE STOPP DEN HASS, Kopenhagen, Dänemark

Ein weiterer Vorstoß im Kampf gegen Hassverbrechen ist die Telefonhotline der Kampagne Stopp den Hass, die 2011 von der Kopenhagener Polizei, dem Stadtrat, der Stadt Frederiksberg und dem Dänischen Menschenrechtszentrum eingerichtet wurde, um Menschen zur Meldung von Hassverbrechen in Kopenhagen zu ermutigen. Die Hotline regt Opfer und Zeugen von Hassverbrechen an, sie zu melden, wobei der Nachdruck auf der Verhinderung und Bekämpfung solcher Handlungen liegt und helfen soll, die Zahl der angezeigten Fälle zu erhöhen.<sup>274</sup>

### ONLINE-ANZEIGE, POLIZEI WALTHAM FOREST, London, Vereinigtes Königreich

Für die Beziehungen zwischen Muslimen und dem britischen Justizsystem ist von zentraler Bedeutung ist die weitverbreitete Häufigkeit religiös motivierter Gewalt und die Fähigkeit der Polizei, diese zu ahnden. Seit Inkrafttreten des Gesetzes über rassistischen und religiösen Hass<sup>275</sup> 2006 geht der Stadtrat Waltham Forest explizit religiösen Hass als Hassverbrechen wie Rassismus und Homophobie an.<sup>276</sup> Es besteht eine Website zur Meldung von Vorfällen in Bezug auf Hassverbrechen, damit

Hassverbrechen anonym gemeldet und streng vertraulich behandelt werden können.<sup>277</sup> Speziell ausgebildete Mitarbeiter stehen für die Beratung von Opfern zur Verfügung.

## KOLLEKTIV GEGEN ISLAMOPHOBIE IN FRANKREICH, Paris, Frankreich

Das 2003 gegründete Kollektiv gegen Islamophobie in Frankreich (*Collectif Contre l'Islamophobie en France*, CCIF) war eine Reaktion auf Berichte und Erfahrungen in Bezug auf einen Anstieg von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit gegen Muslime in Frankreich. Seit der Gründung hat sich ein Netzwerk von Wissenschaftlern, Anwälten und Akteuren der Zivilgesellschaft entwickelt. Neben der Pariser Zentrale gibt es Gruppen in anderen französischen Großstädten wie Troyes, Lyon und Marseille.

Die Initiative hat eine Beobachtungsstelle für Islamophobie geschaffen, unterhält diese und registriert Hassverbrechen, Fälle von Diskriminierung und öffentliche Hassreden, die sich speziell gegen die muslimische Community richten. Daneben erstellt das CCIF quantitative und qualitative Analysen zum Phänomen Islamophobie, um die zugrunde liegende Dynamik und die Ideologie besser zu verstehen und dahingehend bekämpfen zu können. Die vom CCIF gesammelten Daten und geführten Statistiken über Hassverbrechen und Diskriminierung gegenüber Muslimen wurden von vielen anderen Organisationen und Institutionen auf nationaler und internationaler Ebene genutzt.

Die Initiative hat ein Netzwerk von Rechtssachverständigen und Anwälten aufgebaut, die Rechtshilfe und -beratung für Opfer von Islamophobie anbieten. In sämtlichen Fällen, die vom CCIF vor Gericht gebracht wurden, erhielten die Opfer Recht. Das CCIF plant, einen speziellen Fonds zur Prozesskostenhilfe für mittellose Opfer einzurichten und künftig ein

spezielles Team zu bilden, das Opfern psychologische Hilfe in angespannter Lage anbietet.

Das CCIF möchte zudem die Öffentlichkeit, politische Entscheidungsträger und Nichtregierungsorganisationen für das Thema Islamophobie und Rassismus gegenüber Muslimen sensibilisieren.

## Jugendkriminalität

Muslimische wie nicht-muslimische Teilnehmer der Studien der Open Society Foundations äußerten große Sorge über Gruppen herumhängender Jugendlicher und damit verbundene Belästigung, Vandalismus und Drogenkriminalität. Ausschreitungen, Gewalt und Konfrontationen mit der Polizei sowie Straftaten wie Raub und Carjacking wurden zudem üblicherweise mit marginalisierten und benachteiligten Jugendlichen in Verbindung gebracht.

Es ist keineswegs nur Aufgabe von Polizei, lokalen Behörden und Staat der Jugendkriminalität vorzubeugen – wie auch für viele andere Formen von Kriminalität. Wie nachfolgend dargestellt, spielen Bürgerinnen und Bürger eine entscheidende Rolle dabei, dass die Communities eine sichere und gewaltfreie Atmosphäre schaffen und aufrecht erhalten. Die Forschungsergebnisse der Open Society Foundations aber jedoch auch belegt, dass sich muslimische Jugendliche infolge von polizeilichen Terrorismusbekämpfungsmaßnahmen, etwa Personenkontrollen und Durchsuchungen, die spezifisch auf sie abzielen scheinen, marginalisierter und von der Gesellschaft ausgegrenzt fühlen.

Generell sind Jugendliche, die ethnischen oder konfessionellen Minderheiten angehören, überproportional häufig im Fokus bei ethnic profiling im Rahmen von Fahndungen nach Sprengstoff, Drogen und Waffen. Die



daraus resultierende empfundene Erniedrigung, Ressentiments, Diskriminierung und Entfremdung können zu abweichendem Verhalten von Jugendlichen und zu Spannungen in den Communities beitragen und sind als Hauptursache zahlreicher gewaltsamer Konfrontationen und Unruhen bekannt. Es besteht ein Problemkreis bzw. eine -spirale der Eskalation, wobei polizeiliches ethnic profiling zu verschiedenartigen Formen von Vergeltung der Jugendlichen führen, die wiederum zu einem Anstieg der Fälle in der Kriminalstatistik dieser Gruppe führen. Dies hat daraufhin zur Folge, dass mehr auf diesen Personenkreis fokussierte Polizeimaßnahmen durchgeführt werden.<sup>278</sup> Außerdem können sich Mediendarstellungen von Jugendlichen aus konfessionellen oder ethnischen Minderheiten als kulturelle Kriminelle negativ auf die Einstellung der Polizei auswirken,<sup>279</sup> was sich wiederum in mehr Diskriminierung und Brutalität vonseiten der Polizei niederschlagen kann.

Folglich besteht bei der Polizei ein Bedarf, ihren Ansatz zu überdenken und sich stärker auf strukturelle Probleme in der Gesellschaft und die Grundursachen von Straftaten zu konzentrieren. In der Zwischenzeit muss die Polizei positive Initiativen entwickeln, die speziell die Vorbeugung und Bekämpfung der negativen Auswirkungen von Strategien der Polizei- und Sicherheitsarbeit in Bezug auf Jugendliche aus Minderheiten angehen. Einige sind nachfolgend dargestellt.

## STADTTEILVÄTER, Amsterdam, Niederlande

Die Stadtteilväter (*buurtvaders*) helfen dabei, auf bestimmten Straßen in Amsterdam die Sicherheit und Ordnung zu verbessern. Sie wurden nach gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den Bewohnern des Stadtteils Overtoomse Veld und der Polizei im Frühjahr 1998 gegründet. Eine Gruppe marokkanischer Väter des Stadtteils, Mitglieder eines Kultur-

vereins mit breit gefächertem Angebot, einschließlich Niederländisch-Sprachkursen, Sport, Bewegungsveranstaltungen, Aktivitäten für ältere marokkanische Bewohner und Veranstaltungen für Jugendliche, (Al Mawadda Stiftung, *Stichting Sociaal Cultureel Centrum Al Mawadda*) beschloss, nachts auf den Straßen zu patrouillieren und ein Auge auf das Verhalten der lokalen Jugendlichen zu haben. Das Projekt erwies sich als positiv in Bezug auf die Auswirkungen auf die Lebensbedingungen und Sicherheit im Stadtteil. Die soziale Kontrolle hat sich verbessert und die Anzahl der angezeigten Vorfälle ist stark zurückgegangen.<sup>280</sup>

Ihr Erfolg wird in ihrem Engagement gesehen, der Vertrautheit mit den Jugendlichen des Stadtteils und der Fähigkeit, gegenseitiges Vertrauen aufzubauen. Trotz anfänglicher Skepsis von Seiten der Polizei und der lokalen Verwaltung hat sich mittlerweile eine gute Partnerschaft zwischen den drei Akteuren entwickelt. Das Projekt ist nun offiziell anerkannt und hat angesehene Auszeichnungen für die beste Bürgerinitiative auf nationaler und europäischer Ebene erhalten,<sup>281</sup> unter anderem 2000 den Hein-Roethof-Preis für innovative Projekte zur Verbrechensverhütung.<sup>282</sup> Dies führte zu weiterem professionellen Engagement und der Schaffung eines methodologischen Ansatzes, damit die Initiative auch anderswo eingesetzt werden kann.

Elan und Wirksamkeit der Stadtteilväter scheinen in den letzten Jahren allerdings nachgelassen zu haben. Offenbar gibt es mittlerweile Rivalitäten und Konflikte unter unterschiedlichen Gruppen der Stadtteilväter.

## STRABENCOACHES, Slotervaart, Niederlande

Im Stadtteil Slotervaart sind neben lokalen Polizeikräften auch Straßencoaches im Einsatz, um Konflikte beizulegen und für Ordnung zu sorgen. Diese Straßencoaches patrouillieren in bestimmten Gegenden auf

Fahrrädern und melden Probleme an Besuchsteams weiter, die anschließend Hausbesuche bei denjenigen durchführen, die als Unruhestifter erfahren werden. Ein signifikanter Anteil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Besuchsteams sind marokkanischer Herkunft. Mithilfe dieses Systems der erhöhten Überwachung ist es offensichtlich gelungen, die von Jugendlichen verursachte Unruhe in Slotervaart zu verringern.<sup>283</sup> Infolgedessen haben zwei andere Stadtteile diesen Ansatz übernommen. Die Straßencoaches und Besuchsteams sind nicht Teil der Polizei, sondern gehören zur Stiftung zur Bekämpfung von antisozialem Verhalten in Amsterdam (*Stichting Aanpak Overlast Amsterdam*, SAOA), die von der Stadtverwaltung finanziert wird.<sup>284</sup>

### STRAßENMITARBEITER, Kopenhagen, Dänemark

Im Kopenhagener Stadtteil Nørrebro sind einige Straßenmitarbeiter (*medarbejdere på gadeplan*) aus der Zivilgesellschaft oder Minderheitenorganisationen im Einsatz und helfen, dort Straftaten vorzubeugen.

### STÄDTISCHE KLUBHÄUSER, Kopenhagen, Dänemark

Der Stadtrat Kopenhagen stellt gemeinsam mit der Kopenhagener Polizei und der Initiative SSP-Samarbejde<sup>285</sup> jungen Männern städtische Klubhäuser für Treffen zur Verfügung, wo sie sich, anstatt auf den Straßen, treffen können.

### JUNGE UNABHÄNGIGE BERATUNGSGRUPPE WALTHAM FOREST, Waltham Forest, London, Vereinigtes Königreich

In der Jungen Unabhängigen Beratungsgruppe Waltham Forest (*Waltham Forest Young Advisory Group*, YIAG)<sup>286</sup> arbeiten 15- bis 21-jährige aus dem

Bezirk gemeinsam mit der Polizei und der Bezirksverwaltung proaktiv an Sicherheitsthemen ihrer Communities. Sie fungieren als *Sounding Board* für die Strategien und Ansätze auf lokaler und nationaler Ebene. Ein entscheidender Teil der Arbeit bislang bestand darin, neuen Polizeirekruten in der Ausbildung zu zeigen, wie man aus Sicht der Jugendlichen Personenkontrollen und Durchsuchungen korrekt durchführen sollte. Dieser Ausbildungsmodus ist für die Londoner Polizei eine Premiere und stellt einen großen Fortschritt hin zur verbesserten Kohäsion der Communities dar.

## Rolle der Moscheen

Wie nachfolgend dargestellt, spielen Moscheen als Organisationen der Communities eine wichtige Rolle bei der Entwicklung guter Beziehungen in der Community.

### Amsterdam, Niederlande

Am August Allebéplein in Amsterdam sind Polizeiwache und Moschee direkte Nachbarn. Die Polizei nutzt die Moschee zur Verbreitung von Informationen über ihre Aktivitäten, besonders in Krisenzeiten. Etwa als 2007 ein junger Muslim versuchte, einen Polizeibeamten mit einem Messer anzugreifen, und erschossen wurde. Für Polizei und Stadtteilverwaltung war Priorität, dass im Stadtteil über die wahren und umfassenden Umstände informiert wurde. Deshalb knüpfte die Polizei über ihre Netzwerke persönliche Kontakte und ein organisierte eine Informationsveranstaltung in der Moschee, bei dem die Imame eine aktive Rolle dabei spielte, den Frieden zu bewahren und Spannungen vorzubeugen.

## TRANSFER INTERKULTURELLER KOMPETENZ, Berlin-Neukölln, Deutschland

In Deutschland bestehen Kontakte zwischen Polizei und Moscheevereinen im Rahmen von Kooperationsvereinbarungen. 2003 lancierte die Neuköllner Polizei im das Projekt Transfer interkultureller Kompetenz (TiK) gemeinsam mit lokalen Moscheevereinen. Ziel war es, Polizei und Moscheen verschiedener Bezirke miteinander in Kontakt zu bringen und für die Polizei Leitlinien zum Umgang mit Vertretern der Moscheen und Muslimen zu entwickeln. Diese Leitlinien bieten ein Grundwissen zum islamischen Glauben und muslimischen, kulturell sensiblen Themen. Es wurde erwartet, dass dies helfen würde, Konflikten vorzubeugen, die aufgrund von mangelndem gegenseitigem Verständnis entstehen.

## IMAMAUSSCHUSS, Hamburg, Deutschland

Die Hamburger Polizei wird von einem Ausschuss von Imamen beraten und arbeitet im Bereich Verbrechensbekämpfung und islamischer Extremismus mit einem Netzwerk muslimischer Organisationen zusammen. 2009 fand ein erstes informelles Treffen statt, in dem Präventionsansätze diskutiert wurden, u. a. zu den Themen familiäre Gewalt, Scheidung, Kontakt mit Behörden, Kooperation mit Schulen und deutsche Geschichte. Vertreten waren das Bündnis Islamischer Gemeinden (BIG), die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e.V. (DİTİB), das türkische Generalkonsulat, das Hamburger Landeskriminalamt (LKA), die Stadt Hamburg, Arbeitsstelle Vielfalt (ASV, Leitzentrum Integration und Zivilgesellschaft (LIZ). Diese Zusammenarbeit ist Teil des intelligenten Ansatzes „Verstehen – Verbünden – Vorbeugen“, das die Hamburger Polizei initiiert hat.<sup>287</sup> Das Projekt geht auf das interreligiöse Forum zurück. Im Rahmen dieses Forums hatte es zwischen 2004 und 2008 regelmäßige

Treffen der Schura, dem Rat Islamischer Gemeinden in Hamburg, und der Stadt gegeben.

## Repräsentation von Minderheiten in der Polizei

Obwohl nur unzureichende Daten zur Anwerbung der Polizei statistisch erfasst sind, ist allgemein anerkannt, dass ethnische und konfessionelle Minderheiten bei der Polizei in europäischen Ländern unterrepräsentiert sind. Diese Unterrepräsentierung ist für Fragen entscheidend wie Verbrechensvorbeugung, Sicherheit und Kohäsion in den Communities. Lokale Polizeikräfte, die die Vielfalt der Community widerspiegeln, fungieren als wichtige Brückenbauer.<sup>288</sup> Sie können ihre Kollegen über die gesellschaftlichen und kulturellen Aspekte der aufklären, die für das Verständnis und den Kontakt mit der Community vor Ort wichtig sind, können helfen, Vertrauen zwischen Polizei und Community aufzubauen. Daneben sind sie positive Vorbilder für die Jugendlichen in diesen Stadtteilen.

### PROJEKT ANWERBUNG VON ALLOCHTHONEN UND FRAUEN, Antwerpen, Belgien

1995 lancierte die Antwerpener Polizei das Projekt Anwerbung von Allochthonen und Frauen (*Project Aanwerving van Allochtonen en Vrouwen*), um diese Gruppen auf Auswahlverfahren und Ausbildung vorzubereiten, Kontakt mit allochthonen Communities aufzubauen und zu pflegen sowie Polizeikräfte zu den Themen Rassismus und Diskriminierung zu sensibilisieren, und sie im Hinblick auf die Erstellung von Anzeigen über rassistische Vorfälle zu unterstützen.<sup>289</sup>

## REKRUTIERUNGSVERANSTALTUNGEN, Leicestershire, Vereinigtes Königreich

In der Grafschaft Leicestershire werden Veranstaltungen zur Rekrutierung von durchgeführt. Diese sind Teil der positiven Maßnahmen zur Sensibilisierung für die verfügbaren Möglichkeiten in der Polizei, wobei hohe Qualitätsstandards durch umfassende Ausbildung aufrechterhalten werden. Initiativen zur Kommunikation mit der Community bieten Möglichkeiten einer positiven Beratung und Information von Angehörigen von Minderheiten für eine Tätigkeit bei der Polizei. Solche Veranstaltungen fanden in Gemeindezentren und Moscheen statt, aber auch am Rande von Sportveranstaltungen, die von der Polizei oder den Communities organisiert werden.<sup>290</sup> Polizeikräfte sollen auch den Kontakt zu lokalen Medien der Communities suchen, etwa durch Mitarbeit in der multikulturellen Beratungsgruppe von Leicester oder über regelmäßige Beiträge bei lokalen Radiosendern der Community. Ein Bericht der Polizei hebt darüber hinaus jährlich stattfindende interkulturelle Abende, Workshops zum Thema Gender und die Woche zur Work-Life-Balance hervor sowie die Unterstützung des Programms Persönliche Führungsqualitäten (*Personal Leadership Programme*, PLP), das vom Verband Schwarzer Polizeibeamter (*Black Police Association*, BPA) finanziert wird.<sup>291</sup>

Die Polizei organisiert einige Rekrutierungsveranstaltungen wie das hinduistische Diwali-Fest, den karibischen Karneval und den Gay Pride und LeicestHER Day, zu denen Angehörige von Minderheiten kommen. Spezifische Marketingmaßnahmen für die Anwerbung von Personen afrikanischer, karibischer und anderer Herkunft (*BME*) sind etwa Posteraktionen in Gegenden mit hoher Konzentration von Minderheiten, auf denen Menschen aus diesem Personenkreis abgebildet sind.

Diese Anwerbungsinitiativen haben dazu geführt, dass mehr Menschen als *police community support officers (PCSOs)* arbeiten. Diese ergänzen und

unterstützen die regulären Polizeikräfte bei ihrer Arbeit, indem sie sichtbar und ansprechbar uniformiert präsent sind, um die Lebensqualität in der Community zu verbessern und der Öffentlichkeit größere Bestärkung bieten. Die PCSOs haben Netzwerke mit anderen Partnern und Organisationen der Community gebildet, um asoziales Verhalten, Angst vor Verbrechen, Umweltverschmutzung und andere Faktoren, die die Lebensqualität der Menschen beeinträchtigt, anzugehen.<sup>292</sup>

Die Polizei in Leicestershire setzt PCSOs langfristig in bestimmten Wohngebieten ein. Diese Initiative ermöglicht den Aufbau eines Vertrauensverhältnisses zwischen Polizei und Anwohnern und hilft, die Fluktuation der Polizeikräfte in den Regionen niedrig zu halten. Sobald Anwohner Polizisten mit dem Vornamen ansprechen und gemeinsam und über mehrere Jahre hinweg für mehr Sicherheit in den jeweiligen Vierteln arbeitet, besteht ein Gefühl des Vertrauens und der Verlässlichkeit zwischen ihnen.

## VERBAND SCHWARZER POLIZEIKRÄFTE LEICESTERSHIRE

Der Verband schwarzer Polizeikräfte Leicestershire (*Leicestershire Black Police Association, LBPA*)<sup>293</sup> wurde 1994 offiziell anerkannt und arbeitet mit Gleichstellungsbeauftragten, Betriebsärzten, der Polizeivertretung und der Dienstleistungsgewerkschaft für den öffentlichen Dienst, Unision, zusammen. Sie hat folgende Ziele:

- Angebot eines unterstützenden Netzwerkes für Mitglieder
- Unterstützung der Anwerbung, Bindung und Karriereentwicklung
- Unterstützung bei Revision und Entwicklung von Strategien
- Vertretung der Mitgliederansichten und Anliegen der Community
- Unterstützung der Polizei zur Sicherheit in den Communities



Es gibt zudem spezielle Arbeitsgruppen, die über Projekte und Themen in Bezug auf diese Ziele informieren.<sup>294</sup>

## NATIONALE VEREINIGUNG MUSLIMISCHER POLIZEIKRÄFTE, Vereinigtes Königreich

Die Nationale Vereinigung muslimischer Polizeikräfte (*National Association of Muslim Police, NAMP*)<sup>295</sup> wurde 2007 gegründet, um die Interessen von Muslimen landesweit zu vertreten, die bei der Polizei tätig sind. Die Vereinigung hat folgende Ziele:

- Angebot eines unterstützenden und beratenden Netzwerkes
- Aufbau von Vertrauen, Zuversicht und Verbesserung der Kohäsion der Community
- Verbesserung von Anwerbung, Bindung und Aufstiegschancen von Muslimen bei der Polizei
- Sensibilisierung für das Thema Islam und Umgang mit Themen wie Islamophobie<sup>296</sup>

Daneben bietet NAMP gemeinsam mit lokalen Behörden ein Mentoring-Projekt speziell für muslimische Jugendliche zwischen 14 und 16 Jahren an, bei dem Themen wie Aufbau von Selbstvertrauen, bürgerschaftliches Engagement, politische Bildung und Führungsqualitäten behandelt und gefördert werden.<sup>297</sup> NAMP hat zudem eine Fokusgruppe für Frauen, die die Interessen der Frauen bei der Polizei mithilfe von Konferenzen zur Diskussion von entscheidenden Themen organisiert.<sup>298</sup>

## DIVERSITÄTSANSATZ, Rotterdam, Niederlande

Bei der Polizei Rotterdam hat ein Diversitätsansatz hohe Priorität. Die dortige Polizei gewann 2008 einen entsprechenden Preis, der vom

niederländischen Ministerium für Inneres und Königreichsbeziehungen vergeben wird. Er war Auszeichnung für die Bekämpfung von Vorurteilen in den eigenen Reihen und verstärkte Anstrengungen bei der Anwerbung von Mitarbeitern mit unterschiedlichem Hintergrund. 2008 lag der Anteil der Polizeikräfte mit Migrationshintergrund bei 10,4%, angestrebt ist in den nächsten Jahren ein Anteil von 14,5%.<sup>299</sup> Dieser Diversitätsansatz kommt auch in den Polizeibotschaftern zum Ausdruck, deren Aufgabe der Aufbau und die Pflege von Netzwerken mit verschiedenen kulturellen Gruppen besteht (s. o.).

## REKRUTIERUNGSINITIATIVEN DER POLIZEI, Kopenhagen, Dänemark

Die Kopenhagener Polizeischule wirbt seit einigen Jahren für die Steigerung des Anteils ethnischen Minderheiten für ihre Ausbildungslehrgänge. Seit Ende der 1990er Jahre wurden Anzeigen in Der Presse geschaltet und die Website der Polizeischule spricht diesen Personenkreis immer noch speziell an, sich zu bewerben.<sup>300</sup>

Trotz dieser Bemühungen liegt die Quote ethnischer Minderheiten nicht-westlicher Herkunft, die im Polizeidienst tätig sind, offensichtlich weit unter dem Anteil dieser Minderheiten an der Gesamtbevölkerung. Es gibt dazu allerdings keine offiziellen Statistiken, welche Minderheiten tatsächlich die Polizeischule besuchen oder in der Polizei sind, da das dänische Datenschutzrecht die Erfassung von Bürgern nach Kategorien wie ethnische oder religiöse Identität verbietet.<sup>301</sup>

# Initiativen polizeilicher Weiterbildung

## NICHTREGIERUNGSORGANISATIONEN UND POLIZEI GEGEN VORURTEILE, Europäische Kommission

Die europaweite Initiative Nichtregierungsorganisationen und Polizei gegen Vorurteile (*NGOs and Police Against Prejudice*, NAPAP) wurde 1997 von der Europäischen Kommission ins Leben gerufen und sollte das Verständnis der Polizei für Multikulturalismus fördern und positive Beziehungen zu allen ethnischen Gruppen aufbauen. Das Programm förderte die Einbeziehung von Nichtregierungsorganisationen und Community-Gruppen, um polizeiliche Weiterbildungsmaßnahmen zu multikulturellen Themen anzuregen. Das Projekt ging von der Prämisse aus, dass die Verbesserung des Verhältnisses zwischen der Polizei und Minderheitengruppen nicht allein von der Polizei bewerkstelligt werden kann. Dies erfordert eine offene, ehrliche und gleichberechtigte Partnerschaft von beiden Seiten sowie die aktive Beteiligung lokaler städtischer Einrichtungen.<sup>302</sup>

Das von der EU finanzierte NAPAP-Projekt stellte Nichtregierungsorganisationen direkt Mittel zur Verfügung, mit denen diese entsprechende lokale, regionale und nationale Programme durchführten und auch grenzübergreifende Workshops zum Erfahrungsaustausch und gegenseitigen Lernen organisierten. Es wurden elf lokale NAPAP-Projekte gegründet in Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Italien, den Niederlanden, Österreich, Spanien und dem Vereinigten Königreich, einschließlich der Städte Antwerpen, Berlin und Kopenhagen.

In den britischen Städten Reading und Greenwich führten das Programm zu öffentlichen Verpflichtungen zahlreicher Organisationen in Form der Reading-Erklärung (*Reading Declaration*) und des Greenwich-Akkords (*Greenwich Accord*). Diese orientierten sich an der Rotterdam-Charta (s. u.),

dessen Förderung vom Rotterdamer Anti-Diskriminierungsrat (*RADAR*) unterstützt wurde.<sup>303</sup>

## ROTTERDAM-CHARTA, Europa

Zur Verbesserung und Entwicklung von Polizeidiensten für ein multi-ethnisches Europa organisierte der Rotterdamer Anti-Diskriminierungsrat (*RADAR*) gemeinsam mit der Polizei Rotterdam-Rijmond und der Stadt Rotterdam die Konferenz „Polizeiarbeit in der multi-ethnischen Gesellschaft: Prinzipien, Praxis, Partnerschaft“, die vom 30. Mai bis 1. Juni 1996 stattfand. Teilnehmer waren Polizeikräfte, Vertreter von Nichtregierungsorganisationen und Vertreter lokaler, nationaler und europäischer Behörden aus 17 unterschiedlichen Ländern, die alle die Rotterdam-Charta diskutierten und formulierten.

Die Rotterdam-Charta betont die Notwendigkeit einer Partnerschaft von Polizei, Nichtregierungsorganisationen und lokalen Behörden. Sie leistet den europäischen Polizei-Einheiten Hilfestellung für einen positiven und proaktiven Umgang mit ethnischer Vielfalt. Sie umfasst Prinzipien, auf denen diese Reaktion basieren sollte, und erfasst Maßnahmen die zu deren Umsetzung erforderlich sind. Die Rotterdam-Charta umfasst fünf miteinander verbundene Bereiche:

- Anwerbung und Bindung
- Ausbildung von Polizeikräften
- Umsetzung von Nichtdiskriminierungsgesetzgebung
- Brückenschlag zwischen ethnischen Minderheiten und der Polizei
- Migrantenteilung in der Kriminalität gegenüber und der Polizeibeteiligung bei der Kriminalisierung von Migranten<sup>304</sup>

Aufgrund der Bedeutung der in der Charta behandelten Themen, äußerten viele Konferenzteilnehmer 1996 den Wunsch, dass deren Prinzipien in Europa verbreitet würden. Zu diesem Zweck wurde die Stiftung Polizeiarbeit für eine multi-ethnischen Gesellschaft (*Foundation Policing for a Multi-Ethnic Society*) gegründet, die europaweit tätig ist.<sup>305</sup>

## AUSBILDUNGSMODUL AUSLÄNDER IN BERLIN, Berlin, Deutschland

Im Jahr 1994 wurde das Modul „Ausländer in Berlin“ in die Ausbildung der Berliner Polizei aufgenommen, das Informationen über Einwanderung vermittelte und Kontaktmöglichkeiten zwischen Nichtregierungsorganisationen und der Polizei schuf. 1997 nahm Berlin auch an dem oben beschriebenen NAPAP-Projekt teil, das auf eine Verbesserung der Kompetenzen der interkulturellen Kommunikation und des internationalen Austausches ausgerichtet war. Es führte dazu, dass neue Module in der Polizeiausbildung in Berlin eingeführt wurden. Im Jahr 2000 beteiligte sich Berlin auch am NAPAP-Nachfolgeprojekt „Bürgersteig“ und bemühte sich um die stärkere Vernetzung von städtischen Behörden, Polizei und Organisationen ethnischer und religiöser Minderheiten. Eine speziell eingerichtete „Clearingstelle Ausländer und Polizei“ beschäftigt sich seitdem mit Mediation in Fällen von Beschwerden über Diskriminierung vonseiten der Polizei. Mittlerweile bringt sich diese Clearingstelle auch in die interkulturelle Ausbildung junger Polizeikräfte ein, indem sie praktische Beispiele aus ihrer täglichen Mediationsarbeit zwischen Opfern von polizeilicher Diskriminierung und den Polizisten selbst darstellt.

## INITIATIVEN BEI DER POLIZEIAUSBILDUNG, Kopenhagen, Dänemark

Die begrenzten Forschungsergebnisse in Dänemark lassen darauf schließen, dass nach wie vor Vorurteile von Polizeikräften gegenüber Angehörigen ethnischer Minderheiten bestehen.<sup>306</sup> Dies legt jedoch zudem nahe, dass sich die Ansichten von Polizeikräften gegenüber Muslimen von denen der dänischen Mehrheitsbevölkerung oder Vertretern anderer staatlicher Stellen nicht sehr unterscheiden.<sup>307</sup>

Die Kopenhagener Polizeischule, die Polizeikräfte in Dänemark ausbildet, bietet Kurse zur Polizeiarbeit in der multikulturellen Gesellschaft an und deckt in ihrem Lehrplan auch Themen wie interkulturelle Kommunikation und kulturelle Vielfalt ab. Zwischen 1997 und 1999 gab es das Ausbildungsmodul „Polizei in der multikulturellen Gesellschaft“ als Teil des NAPAP-Projekts, das DACoRD und die Kopenhagener Polizei gemeinsam organisierten.

In der Anfangsphase des NAPAP-Projekts wurden in Dänemark Befragungen von Vertretern der Polizei und Minderheitenverbänden durchgeführt, um ihr Verhältnis zueinander und das vorhandene Konfliktpotenzial und Missverständnis zwischen ihnen zu ermitteln. Diese Befragungen wurden in einem Ausbildungsmodul für alle Polizeikräfte der Kopenhagener Polizei verwendet. Der Kurs vermittelte Kenntnisse zu internationalen Menschenrechtsabkommen, zu interkultureller Kommunikation, den kulturellen und religiösen Hintergründen ethnischer Minderheitengruppen und zu Alltagserfahrungen von Jugendlichen dieser Minderheiten, einschließlich der Diskriminierung durch staatliche Institutionen und im Alltag.<sup>308</sup> Jede Ausbildungssitzung dauerte drei Tage bis zu und umfasste bis zu 15 Polizeibeamte. Insgesamt nahmen im Jahr 1998 158 Polizistinnen und Polizisten mit einer durchschnittlichen Arbeitserfahrung von acht bis neun Jahren an den Kursen teil.

Eine der wichtigsten Botschaften des dänischen NAPAP-Kurses war, dass alle Vorurteile gegenüber anderen Menschen, Gruppen oder Nationen haben und dass es schwierig ist, diese zu überwinden. Solche Vorurteile sind jedoch zunehmend für Polizeikräfte problematisch, die für professionelle Polizeiarbeit einer multi-ethnischen Gesellschaft verantwortlich sind, da sie von der Öffentlichkeit nicht nur als Einzelpersonen im Dienst, sondern als Vertreter des Staates wahrgenommen werden.

Die Antworten der Polizeikräfte in den Kursen legen nahe, dass die Vorurteile einiger Teilnehmer gegenüber Muslimen hauptsächlich auf ihren negativen Erfahrungen im Kontakt mit einzelnen, muslimischen Kriminellen basierten und auf gesellschaftlich gängigen, von den Medien beeinflussten Stereotypen über Muslime.<sup>309</sup>

Zwei der wesentlichen Schlussfolgerungen der Auswertung des dänischen NAPAP-Projektes 2000 waren zum einen ein dringender Bedarf, die dargestellten Themen in die Ausbildung von Polizeikräften im mittleren Dienst und neuen Rekruten aufzunehmen sowie insgesamt ein stärkerer Schwerpunkt im Lehrplan der Polizeischule zum Thema multi-ethnischer Art Dänemarks.<sup>310</sup> Letztere Empfehlung wurden entsprechend von der Schule umgesetzt, die nun ein ständiges Modul über interkulturelle Kommunikation und kulturelle Vielfalt in den Lehrplan aufgenommen hat.

Allerdings beleuchtete eine weitere Studie im Jahr 2003 den methodologischen Ansatz des dänischen NAPAP-Projekts kritisch und bezweifelte insbesondere, dass die didaktische Methode der Sensibilisierung für ethnische Vorurteile unter Polizeikräften im Dienst durch Kurse selbst gesellschaftlich verankerte Stereotypen beseitigen kann. Die Studie kommt vielmehr zu dem Schluss, dass eine solche Verhaltensänderung gegenüber ethnischen Minderheiten Zeit braucht und dafür Reformen auf institutioneller Ebene erforderlich sind.<sup>311</sup>

Seit Auslaufen des dänischen NAPAP-Projekts gab es zur Bekämpfung von Vorurteilen keine spezifischen Ausbildungskurse mehr.

Der Kopenhagener Polizeipräsident verschickt darüber hinaus regelmäßig interne Anweisungen an die unterstellten Polizeireviere, in denen Hinweise für den Umgang mit ethnischen Minderheiten im Rahmen bestehender professioneller Standards der Polizei gegeben werden.<sup>312</sup> Es ist jedoch unklar, inwieweit diese Leitlinien in der Praxis von Polizeikräften eingehalten werden.<sup>313</sup>

### DIVERSITÄTSEINHEIT DER ANTWERPENER POLIZEI, Antwerpen, Belgien

Durch die Zusammenarbeit mit der Polizei Rotterdam-Rijnmond hat die Diversitätseinheit der Antwerpener Polizei ein Handbuch zum Thema Diskriminierung für die Polizei erstellt und einen Ausbildungskurs zum Umgang mit Diversität entwickelt. Die Antwerpener Polizei hat zudem einen „Schuladoptionsplan“ entwickelt, um Kinder über Belästigung und Rassismus aufzuklären. Über dieses Programm erreicht die Diversitätseinheit jährlich etwa 2.000 Schüler.<sup>314</sup>

### SCHULUNG ZUR SENSIBILISIERUNG IN GLAUBENSFRAGEN, Waltham Forest, Vereinigtes Königreich

Spezielle Schulungen zur Sensibilisierung von Polizeikräften im Außendienst waren im ehemaligen Präventionsprogramm der Bezirksverwaltung Waltham Forest vorgesehen, um gewalttätigen Extremismus im Bezirk zu bekämpfen.<sup>315</sup>



## ARBEIT MIT GLAUBENSGEMEINSCHAFTEN: EIN HANDBUCH FÜR LOKALE POLIZEIARBEIT UND PARTNER, NATIONALE AGENTUR ZUR VERBESSERUNG DER POLIZEIARBEIT, **Vereinigtes Königreich**

Das Team Bürgernähe und Stadtteilpolizei der Nationalen Agentur zur Verbesserung der Polizeiarbeit (*National Policing Improvement Agency, NPIA*) hat das Handbuch Arbeit mit Glaubensgemeinschaften: Ein Handbuch für lokale Polizeiarbeit und Partner (*Working with Faith Communities: a Guide for Neighbourhood Policing Teams and Partners*) herausgegeben. Es soll die Polizei im Stadtteil darüber beraten, wie enger mit lokalen Glaubensgemeinschaften auf lokaler Ebene zusammengearbeitet werden kann. Es hilft ihnen, spezifische Bedürfnisse und Prioritäten von Glaubensgemeinschaften spezifisch im Rahmen einer breiteren Strategie der Polizei im Stadtteil zu erkennen und zu berücksichtigen.<sup>316</sup>

## POLIZEI ROTTERDAM-RIJMOND BIETET DIR VIELFALT, **Rotterdam, Niederlande**

Bei der Polizei Rotterdam wird für alle 6.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, von Sekretariat bis hochrangigen Beamten, ein obligatorischer Kurs zu Vielfalt angeboten. Dieser Kurs mit dem Titel Polizei Rotterdam-Rijnmond bietet Dir Vielfalt (*Police Rotterdam-Rijnmond Offers U Diversity, PRROUD*) soll Stereotypen und Vorurteile in Bezug auf Ethnizität, Religion, Geschlecht und andere Kriterien von Vielfalt bekämpfen und abbauen, damit die Polizeikräfte ihren Communities besser dienen und auf sie eingehen können.

## POLIZEIAUSBILDUNG, Frankreich

Die nationale Polizei in Frankreich hat spezielle Kurse für ihre Anwärter entwickelt, in denen Grundkenntnisse über verschiedene Religionen, Einwanderungsgeschichte und Soziologie der *banlieues* (Vororte) vermittelt werden. Die Testphase erfolgte an der Polizeischule Marseille und die Schulung bezieht Soziologen, Sozialarbeiter, Pädagogen und erfahrene Polizeikräfte ein.

## HANDBUCH ZU ANTIDISKRIMINIERUNGSGESETZEN UND BEWÄHRTEN VERFAHREN, NATIONALE POLIZEI FRANKREICH UND HALDE, Frankreich

Im Dezember 2006 gab die französische nationale Polizei gemeinsam mit HALDE<sup>317</sup> ein Handbuch über Antidiskriminierungsgesetze und bewährten Verfahren heraus. Der Leitfaden enthält neben Informationen zu Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Homophobie<sup>318</sup> auch eine Beschreibung der einzuhaltenden Abläufe nach dem Eingang von Beschwerden über diskriminierendes Verhalten. Im Dezember 2007 unterzeichnete HALDE mit der Zentrale der nationalen Gendarmerie (*Gendarmerie nationale*)<sup>319</sup> einen Vertrag über eine dreijährige Partnerschaft, um Strategien zur Bekämpfung von Diskriminierung zu erarbeiten.

## Partizipation und bürgerschaftliches Engagement

Partizipation und bürgerschaftliches Engagement sind eng mit Identität und Zugehörigkeitsgefühl verknüpft. Das Zugehörigkeitsgefühl misst sich zum einen an den Rechten, die einer Person zuerkannt werden, zum anderen auch am Willen und den Möglichkeiten des Einzelnen, sich aktiv am Leben in der Gemeinschaft zu beteiligen und diese zu prägen. Inwieweit sich Einzelne als Teil der Gemeinschaft empfinden, hängt davon ab, inwieweit sie sich mit dieser und ihren Institutionen identifizieren können, die ihre Interessen vertreten. Das Vertrauen in Institutionen sowie der Eindruck, Entscheidungen derselben beeinflussen zu können, sind Gradmesser für die Identifikation des Einzelnen mit diesen Institutionen. Wie die Studien der Open Society Foundations zeigen, gibt es bei Menschen mit Migrationshintergrund ein gewisses Maß an Skepsis, Ernüchterung und ein Vertrauensmangel gegenüber politischen Institutionen auf lokaler wie auf nationaler Ebene, einschließlich Parlamenten, politischen Parteien und kommunalen Behörden. Werden Angehörige von ethnischen Minderheiten aufgenommen, einschließlich ihre Wahl in öffentliche Ämter, wird dies oft mit Skepsis als symbolische Geste zum Stimmenfang gewertet, ebenso wie Beratung mit Minderheitenorganisationen.

All diese Faktoren beeinflussen zudem darüber, ob sich Bürgerinnen und Bürgern beteiligen. Wer sich nicht mit den politischen und zivilgesellschaftlichen Institutionen identifiziert, kann dies zu politischer und zivilgesellschaftlicher Apathie führen, was zu weiterer Entfremdung

vom Rest der Gemeinschaft und deren Zukunft führen kann. Politikverdrossenheit wird als einer der Gründe für gewalttätigen Extremismus gesehen: „eine Überzeugung, dass die Teilhabe am politischen Prozess, entweder durch gewählte Vertreter oder in Form von öffentlichen Petitionen, unwirksam ist.“<sup>320</sup> Es ist jedoch wichtig anzuerkennen, dass Widerspruch ein notwendiger Aspekt sinnvoller Partizipation ist, so dass Behörden zwischen extremen Meinungen und gewalttätigem Extremismus unterscheiden muss.

Die Forschungsergebnisse der Open Society Foundations geben einen Einblick in den Grad der politischen und bürgerschaftlichen Partizipation von marginalisierten Gruppen, einschließlich dahingehen, inwieweit sie sich an nationalen und kommunalen Wahlen beteiligen sowie in politischen Parteien, Stadt- und Gemeinderäten und Nichtregierungsorganisationen. Die Teilnehmer der Studien wurden auch befragt, ob sie Petitionen unterschrieben, an Demonstrationen oder an lokalen oder öffentlichen Treffen zu kommunalen Diensten beteiligt hatten. Bürgerschaftliche Partizipation schließt Engagement bei der Kindererziehung ein (etwa durch Organisation von Spielgruppen oder Übernahme von Ämtern in der Schule), sowie Sport- und Freizeitaktivitäten und Initiativen für saubere und sichere Wohngegenden. In diesem Kapitel werden Initiativen vorgestellt, die umgesetzt wurden, um derartige Partizipation unter marginalisierten Gruppen auf lokaler Ebene in Europa zu verbessern und anzuregen.

# Förderung der Teilhabe an der Zivilgesellschaft

## AMSTERDAM, NIEDERLANDE

In Amsterdam vergibt die Stadtverwaltung Mittel für Initiativen zur Verbesserung der Partizipation und Integration. Seit 2008 sind Mittel auch über mehrere Jahre hinweg erhältlich, was die wachsende Anerkennung der Bedeutung von Investitionen in die Zivilgesellschaft widerspiegelt. Für die Stadt Amsterdam ist es entscheidend, in nachhaltige und starke Organisationen und Netzwerke zu investieren, das sie ein hohes Maß an Vertrauen und Sozialkapital schaffen und Menschen durch ihre Arbeit helfen, sich zu integrieren und in der Stadt zu Hause zu fühlen.<sup>321</sup> Im Rahmen dieser finanziellen Förderungen werden auch ethnische und religiöse Organisationen unterstützt und zur Zusammenarbeit mit weiteren Partnern angeregt. Die Stadtverwaltung hat auch Forschungsprojekte zum Thema Zivilgesellschaft des Amsterdamer Instituts für Migration und Ethnische Studien (*Institute of Migration and Ethnic Studies*, IMES) unterstützt.<sup>322</sup>

## PROGRAMM JUNGE MUSLIMISCHE FÜHRER UND PROGRAMM JUNGE FÜHRER IN WALTHAM FOREST, Waltham Forest, London, Vereinigtes Königreich

Das Programm Junge Muslimische Führer (*Young Muslim Leaders Programme*) wurde vom Bezirksrat Waltham Forest als Teil der Initiative Aufbau von Kohäsion in der Community (*Building Cohesion in the Community*)<sup>323</sup> entwickelt und finanziert. Es richtete sich an junge Muslime im Bezirk, die als besonders anfällig für Radikalisierung eingeschätzt wurden. Ziel des Programms war die Wissensvermittlung über den Islam für Jugendliche half ihnen in Bezug auf bürgerschaftliches Engagement

und Konfliktbeilegung.<sup>324</sup> Es war somit ein Ansatz, der die Themen positive Bürgerbeteiligung mit den Werten und dem Ethos des Islam verband.<sup>325</sup>

Viele der Jugendlichen im Programm gingen nicht zur Schule und befanden sich nicht in einer Ausbildung oder Beschäftigung, so dass das Ziel des Programms darin bestand, ihnen über die Vermittlung neuer Fähigkeiten neue Möglichkeiten zu eröffnen. Das Projekt arbeitete mit jungen Menschen im Alter von 16 bis 24 Jahren, bildete sie zu Themen wie Führungsqualitäten, Präsentation und Kommunikation weiter und gab ihnen Gelegenheiten, diese neu erworbenen Kenntnisse in ihrer Community anzuwenden.

Aufgrund des Erfolgs des Projekts wurde es vom ehemaligen Premierminister gelobt, als ausgezeichnetes Beispiel eines soliden Zusammenspiels verschiedener Akteure<sup>326</sup> von Behörden angesehen und als Vorbild für die nationale Ebene hervorgehoben.<sup>327</sup> Folglich wurde es in anderen Städten des Vereinigten Königreichs nachgeahmt.

Auf Anregung der Jungen Muslimischen Führer selbst wurde das Projekt 2010 auf unterprivilegierte und marginalisierte Jugendliche aller Glaubensrichtungen ausgedehnt und heißt mittlerweile Programm Junge Führer in Waltham Forest (*Young Waltham Forest Leaders Programme*). Diese Entwicklung reflektiert einen Wandel des Strategiekontexts seit Gründung des Programms. Als ein Schwerpunkt der Arbeit wird betrachtet, Jugendliche von Gangs und Kriminalität fern zu halten, ein Thema, das Jugendliche mit unterschiedlichster ethnischer oder religiöser Zugehörigkeit bzw. persönlichem Hintergrund betrifft.

## PROGRAMM UNSER GEMEINSAMES EUROPA UND GLOBALES JUGENDAUSTAUSCHPROGRAMM, BRITISH COUNCIL, GLOBAL XCHANGE, Vereinigtes Königreich

Gemeinsam mit *Global Xchange*<sup>328</sup> und *Voluntary Services Overseas (VSO)*<sup>329</sup> hat das Projekt Unser gemeinsames Europa (*Our Shared Europe*)<sup>330</sup> des British Council ein internationales und multilaterales ein Jugendaustauschprogramm entwickelt, das junge Muslime mit anderen Jugendlichen aus dem Vereinigten Königreich, Europa und anderen Ländern zusammenbringt.<sup>331</sup> Ziel ist ein zugängliches und inklusives Programm, das internationales Potenzial Jugendlicher sowie gegenseitiges Verständnis zwischen Muslimen und anderen Communities weltweit fördert. Zwischen 2009 und 2010 lief das Programm über zwölf Wochen in Zagazig (Ägypten) und dem Londoner Bezirk Southwark (Vereinigtes Königreich).

Um den ermittelten, niedrigeren Anteil muslimischer Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Programmen zum Jugendaustausch anzugehen, hat das Projekt Unser gemeinsames Europa zusammen mit der Calouste-Gulbenkian-Stiftung<sup>332</sup> eine Studie durchgeführt, um mögliche Hindernisse bei deren Inklusion zu ermitteln und Möglichkeiten zur Anregung ihrer Beteiligung zu finden.<sup>333</sup> Künftige Austauschprogramme werden auf diese Ergebnisse und Empfehlungen zurückgreifen.

## UNIVERSITÉ DU CITOYEN, Marseille, Frankreich

Die Université du Citoyen<sup>334</sup> wurde 2004 in Marseille gegründet und basiert auf einer Partizipationsmethode gleichen Namens, die Jo Ros 1992 entwickelt hat, um das Bürgerengagement und die Beteiligung auf lokaler Ebene zu fördern, insbesondere die mittelloser und benachteiligter Menschen.

Der Verein hat zum Ziel, Brückenbauer zwischen Institutionen, öffentlichen Dienstleistern und Anwohnern zu sein und Bedingungen für verstärktes bürgerschaftliches Engagement zu schaffen.

Hauptziel der Organisation ist es, Anwohnern beizubringen, sich in Entscheidungsprozesse einzubinden. Hierzu finden Gruppentreffen statt, in denen Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf freiwilliger Basis Fähigkeiten wie schriftliche und mündliche Kommunikation verbessern können. Daneben erhalten sie Informationen über politische Strukturen, Institutionen und spezifische Fachgebiete.

Die Organisation organisiert und vermittelt auch Beratungstreffen zwischen Anwohnern, Entscheidungsträgern und städtischen Vertretern zu Anliegen von Anwohnern auf lokaler Ebene gelöst, etwa Stadtplanung, Gesundheit, Sozialhilfe Jugendliche oder Beschäftigung.

Der Verein organisiert und moderiert Diskussionstage, an denen es Gelegenheit zum Gedankenaustausch gibt und Vorschläge zu gesellschaftlichen Themen gemacht werden können.

## KIF KIF, Antwerpen, Belgien

Kif Kif<sup>35</sup> ist eine interkulturelle Bewegung, die sich für Gleichbehandlung und gegen Rassismus engagiert. Kif Kif setzt sich für eine demokratische, interkulturelle Gesellschaft mit sozialem Zusammenhalt ein und möchte Plattform für eine Vielzahl von Stimmen sein, um die aktive Partizipation aller Bürgerinnen und Bürger der Gesellschaft zu verbessern sowie negative und stereotype Vorurteile abzubauen und kritische Reflexion anzuregen.

Kif Kif betreibt eine Website über Medien und Medienbildung, gibt Bücher heraus, organisiert regelmäßig Workshops über Journalismus und Medienbeobachtung, beteiligt sich an der öffentlichen Mediendebatte in



Flandern und veranstaltet Workshops zu verschiedenen Themen für Schulen und Nichtregierungsorganisationen. Daneben beschäftigt sich Kif Kif mit dem Thema Arbeit als Mittel zur Emanzipation und organisiert Jobmessen und Workshops. Die Organisation informiert und berät zu interkulturellen Aspekten des Arbeitsmarkts und führt Kampagnen durch, um Interkulturalität auf dem Arbeitsmarkt zu fördern, mit besonderem Augenmerk für Jugendliche mit Migrationshintergrund. Zudem ist sie auch im kulturellen Bereich tätig, organisiert verschiedene Wettbewerbe, veröffentlicht Bücher und veranstaltet Workshops zu Stadtkultur und Kolloquien.

## Förderung politischer Partizipation

### DIE STADT GEHÖRT ALLEN, GRÜNE PARTEI, Antwerpen, Belgien

Nach der Einführung des Kopftuchverbots in Antwerpen lancierte die grüne Mitte-Links-Partei *Groen!*<sup>36</sup> eine Kampagne und ließ Poster aufhängen, auf denen eine Frau mit Kopftuch neben dem Slogan „Die Stadt gehört allen“ („‘t Stad is van iedereen“) abgebildet war. Keine andere größere Partei in Flandern hat Wählerinnen und Wähler ethnischer Minderheiten ähnlich direkt angesprochen.

### STAATSBÜRGERSCHAFTSRAT DER PARISER BÜRGER AUS NICHT-EU-STAATEN, Paris, Frankreich

Die Beschränkung, nach der nur Staatsangehörige aus EU-Staaten an Kommunalwahlen teilnehmen dürfen, stellt in Gegenden mit hohem Anteil von Nicht-EU-Bürgern eine besondere Herausforderung dar, etwa im 18.

Arrondissement von Paris. Der Pariser Bürgermeister Bertrand Delanoë sieht politische Partizipation jedoch als notwendige Voraussetzung für die Integration. 2001 gründete die Stadtverwaltung daher den Staatsbürgerschaftsrat der Pariser Bürger aus Nicht-EU-Staaten (*Conseil de la citoyenneté des Parisiens non communotaires*, CCPNC), um den Stimmen und Ansichten dieser in Paris wohnenden und arbeitenden Menschen eine Plattform zu geben, die sonst nicht wahlberechtigt sind. Der CCPNC hat beratende Funktion und besteht aus 45 Frauen und 45 Männern mit 36 unterschiedlichen Staatsangehörigkeiten; Vorsitzender ist der Bürgermeister von Paris. Der Ausschuss spiegelt die Vielfalt der in Paris lebenden Menschen aus Nicht-EU-Ländern wider, in Hinsicht auf ihre Staatsangehörigkeit ebenso wie sozialen und beruflichen Hintergrund und die geografische Lage in Paris. Die Mitglieder werden nicht gewählt, sondern aus dem Kreis derjenigen ernannt, die sich für einen Sitz in dem Gremium bewerben.<sup>337</sup> Es gibt acht Kommissionen innerhalb des CCPNC, mit jeweils spezifischen Themen, etwa Zugang zu Grundrechten, internationale Sozialleistungen, Kooperation, wirtschaftliche Entwicklung und Ausbildung, Information und Kommunikation, Jugend, Kultur und Bildung, Lebensqualität und Gleichstellung der Geschlechter.<sup>338</sup>

## CHEF MEINES EIGENEN KOPFES, Antwerpen, Belgien

Chef meines eigenen Kopfes (*Baas Over Eigen Hoofd*, BOEH)<sup>339</sup> wurde als Reaktion auf das Kopftuchverbot in öffentlichen städtischen Funktionen durch den Dialog mit städtischen Vertretern und durch die Organisation einiger Veranstaltungen, die Stereotype über muslimische Frauen bekämpfen. Das Projekt nutzt auch soziale Netzwerke im Internet, um auf das Thema aufmerksam zu machen.<sup>340</sup>

## STADTRAT KOPENHAGEN UND NGO FÆLLESINITIATIVET, Kopenhagen, Dänemark

Der Stadtrat Kopenhagen unterstützt den Kompetenzaufbau von Nichtregierungsorganisationen und anderen Initiativen für die Arbeit mit Migrant\*innen-Communities. Solche Aktivitäten fördern indirekt die politische Partizipation, da über Rechte und lokale Dienste informiert wird. Im Jahr 2010 unterstützte der Stadtrat zum Beispiel die Gründung eines Netzwerks Kopenhagener Nichtregierungsorganisationen, *NGO Fællesinitiativet* (Gemeinsame Initiative), das sich für den Abbau von Diskriminierung und Rassismus einsetzt und diverse Nichtregierungsorganisationen umfasst, die sich speziell für die Bekämpfung von Diskriminierung gegenüber Muslim\*innen einsetzen. Es wurde eine Hotline vom Bürgerberatungsbüro, der Behörde für Arbeit und Integration des Stadtrats und einigen Nichtregierungsorganisationen eingerichtet, etwa DACoRD, ENAR Dänemark, LGBT Dänemark und dem Frauenrat.<sup>341</sup>

## Beispiele zivilgesellschaftlicher Organisationen und Kampagnen

### KAMPAGNE STADT DER ZUFLUCHT, Leicester, Vereinigtes Königreich

Partizipation und bürgerschaftliches Engagement sind Schlüsselfaktoren in Debatten über die Situation von Neuankömmlingen in der Stadt. Dies ist insbesondere wichtig, da Leicester eine hohe Zahl an Asylbewerber\*innen mit unterschiedlichstem Hintergrund aufnimmt. Als Reaktion darauf setzen sich Quäker und andere religiöse und humanistische Gruppen dafür ein, dass Leicester als „Stadt der Zuflucht“ anerkannt werden soll.<sup>342</sup> Die Kirche

und christliche Gemeinden stehen beim Engagement für die Belange und Probleme der Asylbewerber in der Stadt im Allgemeinen heraus.

## MINDERHEITENFORUM, Belgien

Der Dachverband Minderheitenforum (*Minderhedenforum*)<sup>43</sup> umfasst 17 Minderheitenverbände, wie den Verband Marokkanischer Organisationen, die Türkische Union Belgiens und die Union Türkischer Organisationen. Zu den Mitglieder im Forum zählen auch Vertreter von italienischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Verbänden, und umfasst Mitglieder aus Flandern und Brüssel. Das Forum setzt sich für die Rechte und Gleichbehandlung von Minderheiten ein und möchte politische Entscheidungen zu folgenden Themen beeinflussen: Diversität, Diskriminierung, Mediendarstellung, Bildung, Beschäftigung, sozialer Wohnungsbau und den Umgang mit älteren Menschen.

## VERBAND MUSLIMISCHER ORGANISATIONEN, Leicestershire, Vereinigtes Königreich

Der Verband muslimischer Organisationen (*Federation of Muslim Organisations*, FMO) vermittelt bei der Zusammenarbeit von muslimischen Organisationen, Communities, Institutionen und Projekten in der Grafschaft Leicestershire. Er bietet zudem ein Forum für gemeinsamen Gedankenaustausch und Interessen der Mitglieder in Bezug auf Bildung, Kultur, Soziales, Wirtschaft, Religion und Gesundheit und informiert die nationale Regierung, kommunale Behörden und andere Institutionen über die Bedürfnisse muslimischer Communities in diesen Bereichen.

Der FMO ist zudem bemüht, die effektive Vertretung der Muslime in all diesen Bereichen sicherzustellen und bietet ihnen umfassende Möglichkeiten der Beratung sowie Unterstützung für die benachteiligten

Mitglieder. Er spielt eine zentrale Rolle bei konfessionsübergreifenden Diskussionen und steht dazu mit dem Stadtrat und anderen Instanzen zu lokalen Themen im Kontakt. Seine breitgefächerten Projekte befassen sich u. a. mit Drogenmissbrauch, der Bekämpfung negativer Eindrücke vonseiten der Medien über Muslime in Leicestershire und der Sicherung und Förderung der Standards für Madrassen (Koranschulen). Der Verband bietet einen Intensivkurs in Islamkunde an und betreibt einen Radiosender, Radio Ramadhan, der jedes Jahr während des Fastenmonats Ramadan Sendungen ausstrahlt. Die jährlich vergebenen Preise Youth & Community des FMO<sup>344</sup> würdigen, fördern und ermutigen Leistungen junger Muslime in den Bereichen Community, Kreativität, Bildung, Menschlichkeit, Literatur und Sport.

## CLUB DIVERSITÄT, Marseille, Frankreich

Der Club Diversität (*Club Diversité*)<sup>345</sup> fördert und ermutigt eine größere Repräsentation von Vielfalt in allen Bereichen der französischen Gesellschaft sowie die Förderung der Achtung der republikanischen Tradition des Landes. Er möchte Minderheitengruppen und republikanische Institutionen und private Unternehmen durch die Entwicklung und Förderung innovativer Ideen für deren stärkere Inklusion miteinander verbinden. Der Club umfasst Bürger mit unterschiedlichem gesellschaftlichen und beruflichen Hintergrund und hebt einzelne Erfolge als Vorbilder für andere hervor.<sup>346</sup>

Der Club verfolgt zwei Oberziele:

- Beschäftigung und Unternehmertum: Ermutigung von Unternehmen zur Umsetzung einer Diversitätscharta und Förderung junger Absolventen bei der Arbeit

- Förderung einer Charta für politische Diversität und Kampagnen für eine verstärkte Einbindung von Menschen mit unterschiedlichem Hintergrund<sup>347</sup>

## RAUM DER FRANCO-ALGERIER UND ALGERIER AUS DER REGION PACA-MITTELMEER, Marseille, Frankreich

Die Initiative Raum der Franco-Algerier und Algerier aus der Region PACA-Mittelmeer (*Espace des Franco-algériens et Algériens de PACA-Méditerranée*)<sup>348</sup> ist eine Gruppe, die durch die Werte und republikanischen Prinzipien Respekt, Toleranz, Dialog und Offenheit vereint wird. Innerhalb der französischen Gesellschaft und im Kontakt mit Algerien will sie einen gemeinsamen Raum schaffen, um die Zukunft der Franco-Algerier und Algerier sicherzustellen. Die Initiative setzt sich folgende Ziele:

- vollständige Partizipation von Franco-Algeriern und Algeriern Frankreichs als Bürger in Frankreichs sozialem, wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und intellektuellen Leben, mit den gleichen Rechten und Pflichten wie alle in der französischen Gesellschaft
- aktiver Beitrag zur Wiederherstellung eines Verhältnisses der Solidarität und Kooperation zwischen Frankreich und Algerien im Rahmen der Förderung eines Mittelmeerraumes, der Frieden, Achtung anderer Kulturen und dem Wohlstand der Völker schätzt
- Unterstützung und Förderung jeglicher Initiativen zur Förderung der Repräsentation und des Images von Franco-Algeriern und Algeriern Frankreichs
- Verteidigung und Wahrung der moralischen, materiellen und rechtlichen Interessen der Franco-Algerier und Algerier Frankreichs

- Solidaritätsbekundung mit anderen Minderheitengruppen in ihrem Kampf gegen Diskriminierung und bei der Erreichung von Gleichberechtigung<sup>349</sup>

Die Mitglieder fördern die reichen und vielfältigen Kompetenzen der franko-algerischen Community, daher weicht ihr Ausgangspunkt vom herkömmlichen Verständnis der Assimilation in Frankreich ab.

## Initiativen der Zusammenarbeit zwischen Communities und lokalen Behörden

### BERATUNGSSTELLE FÜR INTEGRATION, FRIEDRICHSHAIN-KREUZBERG, Berlin, Deutschland

Die Beratungsstelle für Integration Friedrichshain-Kreuzberg ist ein Forum, das sich monatlich trifft, um wichtige Angelegenheiten zu besprechen, die Bezirk und Behörden betreffen. Es nehmen auch Vertreter zweier muslimischer Organisationen teil, die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (DİTİB)<sup>350</sup> und der Verein Inssan für kulturelle Interaktion. Diese Plattform hat zu erfolgreicher Zusammenarbeit und Dialog zwischen unterschiedlichen muslimischen Initiativen und höheren Vertretern der Bezirksverwaltung geführt, im Rahmen eines europäischen Projekts gegen Zwangsehen, das von der niederländischen Organisation SPIOR initiiert wurde.

### ISLAMFORUM, Berlin, Deutschland

Das Islamforum<sup>351</sup> wurde 2005 von der Muslimischen Akademie in Deutschland gegründet, um für Vertreter muslimischer Organisationen

regelmäßige Treffen und Kontakte mit ranghohen Vertretern des Berliner Senats sowie der Zivilgesellschaft zu organisieren. Das Forum umfasst zwölf Vertreter islamischer Organisationen, sechs der Zivilgesellschaft und Vertreter der jüdischen Gemeinde sowie der evangelischen und katholischen Kirchen Berlins. Vertreter der Bezirke und der Senatsverwaltung (darunter der Innensenator) nehmen ebenfalls teil. Die Treffen finden in der Regel vierteljährlich im Berliner Rathaus statt und behandeln Themen wie Sicherheit, Zusammenarbeit, Partizipation und Community-Beziehungen.

Das Islamforum fördert durch seine Initiative „Freitagsgebete für Frieden und Versöhnung“ positive Community-Beziehungen. Es bietet auch Ausbildungsprogramme für lokale Imame an, um ihnen zu helfen, die Strukturen des deutschen öffentlichen Lebens zu verstehen. Daneben gibt es Schulungen für Angehörige der muslimischen Communities und Organisationen über Inhalte, Auswirkungen und Umsetzung von Antidiskriminierungsgesetzgebung<sup>352</sup> sowie ein Merkblatt für öffentliche Stellen in Berlin, in denen Hinweise zur effektiven Zusammenarbeit mit muslimischen Organisationen gegeben werden.

Die muslimischen Teilnehmer des Forums haben den Eindruck, dass das Islamforum den Kontakt zu städtischen Stellen vertieft hat und geholfen hat, Verständnis in Bezug auf die Bedürfnisse von Muslimen zu entwickeln und Handlungen dahingehend anzuregen. Beispielsweise half es trotz Widerstand einiger Lokalpolitiker und Medien Unterstützung für einen Moscheebau im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf zu gewinnen.

## ISLAMKONFERENZ, Berlin, Deutschland

Im Jahr 2006 gründete das Bundesinnenministerium die „Deutsche Islam Konferenz“,<sup>353</sup> um durch regelmäßigen und langfristigen Dialog mit



muslimischen Vertretern den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Das Ziel, miteinander Zukunft zu gestalten, soll durch gemeinsame Aktivitäten zur Bekämpfung von Terrorismus, Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit und Bildungsnachteile erreicht werden.<sup>354</sup>

Die Islamkonferenz wird als wichtigstes Forum für den Staat und in Deutschland lebende Muslime gesehen. In Diskussionen und Arbeitsgruppen wurden Empfehlungen zu folgenden Bereichen abgegeben:

- sozialer Zusammenhalt und Integration von in Deutschland lebenden Muslimen
- Konsens über Werte im Alltag
- Einführung von islamischen Religionsunterricht an deutschen staatlichen Schulen
- Bau und Verwaltung von Moscheen
- praktische religiöse Themen im Schulalltag
- Ausbildung von Imamen
- Einrichtung von universitären islamisch-theologischen Institutionen in Deutschland
- Medienberichterstattung
- gemeinsame Aktionen gegen Extremismus<sup>355</sup>

## KOORDINATIONS RAT DER MUSLIME IN DEUTSCHLAND, Deutschland

Zur Schaffung eines einzigen institutionellen muslimischen Ansprechpartners für die deutsche Regierung vereint der Koordinationsrat der Muslime in Deutschland (KRM) die vier größten muslimischen Dachverbände des Landes: die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (DİTİB), den *Islamrat* für die Bundesrepublik Deutschland (IR),

den Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD) und den Verband der Islamischen Kulturzentren.<sup>356</sup> Es sollte jedoch erwähnt werden, dass es einige Skepsis darüber bestand, wie ein einziges Gremium die Vielfalt der muslimischen Communities und Organisationen zu vertreten.<sup>357</sup>

## MARSEILLE ESPÉRANCE, Marseille, Frankreich

Das Forum *Marseille Espérance* (Marseille Hoffnung)<sup>358</sup> bringt Vertreter aller größeren Religionen Marseilles zusammen, darunter Buddhisten, Juden, Katholiken, Muslime und Protestanten. Ziel ist es, den sozialen Zusammenhalt durch regelmäßigen Dialog zu stärken, was gegenseitiges Verständnis und Respekt fördert und der allen Konfessionen ermöglicht, gemeinsame Lösungen als Reaktion auf etwaige Konflikte oder Spannungen zu entwickeln.

## Rolle der Moscheen

Moscheen haben bei der Förderung des bürgerschaftlichen und politischen Engagements von Muslimen eine wichtige Rolle inne. Moscheen werden häufig bei Wahlen genutzt und dort werden Informationen zu Wahlen verteilt.

## Antwerpen, Belgien

Die Stadt Antwerpen sieht Moscheen als wichtige Akteure in der Lokalpolitik, auch wenn Muslime keine spezifische Zielgruppe der Politik sind. Die Einbindung von Moscheen und die vermehrten Aktivitäten der Moscheen wurden von der Stadt begrüßt, da sie helfen, Netzwerke zu Kultur und Bildung zu erweitern, die eine große Bandbreite von

Bürgerinnen und Bürgern einschließen. Im Stadtteil Borgerhout spielen Moscheen beispielsweise eine entscheidene Rolle bei der Erhöhung der Partizipation von Anwohnern. Die Moscheen gründen zudem Jugend- und Frauengruppen und bieten Sprachkurse an, die Personen anziehen, die nicht primär nicht an der religiösen Funktion von Moscheen interessiert sind.

## PROJEKT WILLKOMMEN IN DER MOSCHEE, Antwerpen, Belgien

Das Antwerpener Projekt Willkommen in der Moschee bildet junge, niederländischsprachige, ehrenamtliche Männer wie Frauen aus, die bereit sind, durch Moscheen zu führen und ihr Wissen über den Islam und ihre persönlichen Erfahrungen mit der breiten Bevölkerung Antwerpens zu teilen. Es ist ein Führungsprojekt, bei dem Mitglieder der Gemeinden gefördert werden, um beim Prozess der Emanzipation und Integration ihrer Communities eine Führungsrolle einzunehmen. Langfristig ist angestrebt, offene Moscheen zu fördern mit einer Kultur, wo Frieden und Dialog aufblühen, und gegenseitiges Verständnis und soziale Kohäsion in Antwerpen zwischen Menschen unterschiedlicher Überzeugungen, insbesondere zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen, zu schaffen.

Das Projekt gliedert sich in drei Teile: Ausbildung der ehrenamtlichen Moscheeführer, Zusammenarbeit mit den Moscheen der Stadt und Organisation von Führungen durch die Moscheen für Antwerpener aller Couleur. Das Projekt hat Organisationen kontaktiert, die mit Senioren, Frauen, behinderten und benachteiligten Menschen arbeiten, ebenso Stadtteilorganisationen und Schulen.

Im Jahr 2011 hatte das Projekt 27 Moscheeführer und 20 Kooperationen mit Moscheen. Im ersten Halbjahr 2011 wurden 2.390 Moscheebesucher gezählt. Die Moscheeführer und Moscheen besitzen unterschiedliche

ethnische und kulturelle Hintergründe, darunter bosnische, türkische, marokkanische, pakistanische, sierra-leonische, senegalesische und belgisch-flämische.

Das 2009 begonnene Projekt soll über fünf Jahre laufen und wird zur Zeit von der Stadt Antwerpen organisiert und finanziert. Schlussendlich wird im Rahmen des Programms angestrebt, dass es von den jeweiligen Communities selbst weitergeführt wird.

## Amsterdam, Niederlande

In Amsterdam befindet sich die wichtigste marokkanische Moschee, El Oumma, am August Allebeplein und die bedeutendste türkische Moschee, Aya Sofia, im Stadtteil De Baarsjes in Slotervaart. Beide Moscheen bieten gesellschaftliche Aktivitäten für Männer, Frauen und Jugendliche an.

Die Poldermoschee (*Poldermoskee*)<sup>59</sup> wurde 2008 als ein Ort eröffnet, der für junge Muslime ein sicherer Ort ist, um sich zu aktiven niederländischen Bürgern entwickeln zu können, sie Selbstachtung aufbauen können, ihre Kompetenzen für kritische Reflexion und ihr Wissen über den Islam und ihre Umwelt verbessern können. Leider musste die Poldermoschee aus finanziellen Gründen an ihrem bisherigen Standort schließen, obwohl sie gut angenommen und finanziell gefördert wurde. Es wird jedoch betont, dass der Gedanke weiterhin lebt und man hofft, einen neuen Ort zu finden.<sup>60</sup>

## BÜNDNIS DER ISLAMISCHEN GEMEINDEN IN NORDDEUTSCHLAND, Deutschland

17 Moscheen aus Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein haben sich als Bündnis der Islamischen Gemeinden in Norddeutschland (BIG)<sup>61</sup> zusammengeschlossen. Einige dieser Moscheen leisten seit den 1970er

Jahren wichtige gesellschaftliche und religiöse Arbeit. Die Dachorganisation möchte islamische Gemeinden unterstützen und ist in den Bereichen Religionsunterricht und Beratung tätig. Sie ist in gesellschaftliche Themen eingebunden und versucht, auf diese mit modernen Konzepten zu reagieren. Besucher der Moscheen des BIG haben sehr unterschiedliche Hintergründe und kommen aus der ganzen Welt. Das Bündnis besitzt eine langjährige Tradition des interreligiösen Dialogs mit Nicht-Muslimen und der islamübergreifenden Kooperation in der Schura, dem Rat der Islamischen Gemeinschaften in Hamburg.

## Rolle der Medien

Die Forschungsergebnisse der Open Society Foundations bestätigen die Erkenntnisse vorangegangener Studien hinsichtlich der negativen Darstellung von Muslimen in den europäischen Medien.<sup>362</sup> Sensationsmache, Stereotypisierung, Stigmatisierung, unangemessene Begrifflichkeiten, einseitige Berichterstattung, Konzentration auf bestimmte Themen (und mangelnde Aufmerksamkeit für andere) haben ein Medienbild von Muslimen geschaffen, das der Spaltung von Communities dient.

Daneben legen die Ergebnisse zudem nahe, dass ein Mangel an Medien für Minderheitengruppen besteht sowie ein Mangel an Medien von diesen. Es wird jedoch als entscheidend erachtet, dass Minderheiten in gleicher Weise in Massenmedien vertreten sind und dazu beitragen können, damit eine positivere Wahrnehmung von Minderheiten sichergestellt und ein gemeinsames Zugehörigkeitsgefühl entwickelt werden können.

Trotz dieser Bedenken ermittelten die Studien zahlreiche Beispiele, bei denen Negativbilder von Minderheitengruppen bekämpft und in Frage gestellt wurden sowie viele lokale Initiativen zur Verbesserung ihrer Darstellung, Inklusion, und Partizipation in den Medien.

## Verbesserung der Medienberichterstattung und der Community-Kohäsion

Die Studien der Open Society Foundations fanden Beispiele von Medieninitiativen, die sich für eine ausgewogene Medienberichterstattung und die Verbesserung der Community-Kohäsion in Städten einsetzen.

### MULTIKULTURELLE BERATUNGSGRUPPE LEICESTER, Leicester, Vereinigtes Königreich

Die Multikulturelle Beratungsgruppe Leicester (*Leicester Multicultural Advisory Group*, LMAG)<sup>363</sup> ist für die lokalen Medien ein nützlicher Resonanzkörper und hilft ihnen, ein gegenseitiges Verständnis der unterschiedlichen Communities in Leicester zu entwickeln. Die 2001 gegründete LMAG ist ein unabhängiger Zusammenschluss von entscheidenden Organisationen und Einzelpersonen, die an die Bedeutung von harmonischen Beziehungen zwischen den unterschiedlichen Communities in Leicester und der Grafschaft Leicestershire glauben.<sup>364</sup> Die Mitglieder sind Vertreter von Lokalmedien, Polizei, Gesundheitsbehörden, lokalen Schulen, Stadtverwaltung sowie Führungspersonlichkeiten und Vertreter verschiedener ethnischer und religiöser Communities.

### MINDERHEITENFORUM, Belgien

Die Dachorganisation Minderheitenforum (*Minderhedenforum*) verbreitet in Belgien über die eigene Website Informationen über die Beziehungen von Minderheitengruppen und Medien, Studienergebnisse und andere relevante Daten, um eine ausgewogene Medienberichterstattung zu fördern.<sup>365</sup>

## LEITLINIEN UND RESSOURCEN, Europa

1. Das Institut für Vielfalt in den Medien (*Media Diversity Institute, MDI*)<sup>366</sup> ist eine Organisation für Medien weltweit und verschiedene Communities, die sich international für „verantwortungsvolle“ Berichterstattung zum Thema Diversität anregen und fördern möchte. Sie hat zum Ziel, ein besseres Verständnis unterschiedlicher Gruppen und Kulturen durch Anregung fairer, genauer und sensibler Medienberichterstattung zu fördern. Das Institut möchte zudem gesellschaftlichen Spannungen, Auseinandersetzungen und gewaltsamen Konflikte vorbeugen, die absichtlich oder unbeabsichtigt vonseiten der Medien durch die Verbreitung von Vorurteilen, Intoleranz oder Hass werden können.
2. In den Niederlanden wird im Leitfaden des Journalismusrates (*Leidraad van de Raad voor de Journalistiek*) erwähnt, dass Ethnizität, Staatsangehörigkeit, Religion oder sexuelle Orientierung nur angegeben werden sollten, wenn dies im Kontext der Nachricht erforderlich ist.<sup>367</sup> Dieser Leitfaden trägt zu einer ausgewogeneren Berichterstattung bei, und beispielsweise zu zurückhaltenden Auswirkungen des Vorfalles an einer Slootervaarter Schule im Oktober 2007, bei dem ein Junge türkischer Abstammung aus dem Stadtteil Osdorp einen Jugendlichen marokkanischen Abstammung aus dem Bezirk Slotervaart erstochen hatte.<sup>368</sup>
3. Der British Council und die britische Gemeinschaft muslimischer Sozialwissenschaftler (*Association of Muslim Social Scientists*) veröffentlichte 2006 den Medienleitfaden britische Muslime (*British Muslims: Media Guide*), in dem die Geschichte der Muslime in Großbritannien und ihre Präsenz in den unterschiedlichsten Berufsgruppen dargestellt werden. Er enthält auch eine Aufstellung



einflussreicher Personen mit muslimischem Hintergrund.<sup>369</sup> Obwohl er ursprünglich als Referenzquelle für Journalisten gedacht war, wurde der Leitfaden eine nützliche Quelle für alle, die sich mit dem Thema Muslime schriftlich, mündlich oder interaktiv beschäftigen, in Großbritannien und darüber hinaus.<sup>370</sup>

## Medien für Minderheiten

Die Studien der Open Society Foundations zeigen, dass viele Minderheiten auf Medien ihrer Herkunftsländer zurückgreifen müssen, weil sie sich von den negativen Darstellungen der hiesigen Medien entfremdet fühlen. Dieser Eindruck wird verstärkt, wenn sie mit dem Versuch scheitern, zu diesen Medien etwas beizutragen. Die daraus resultierende Mediensegregation führt nur zu weiterer Spaltung der Community und Marginalisierung von Minderheiten. Das Zurückgreifen auf externe Medien spiegelt zudem Sprachbarrieren sowie Unterschiede bei den Interessen älterer und junger Generationen der Minderheiten wider, wobei relevante Medien für letztere in einigen Städten besonders knapp sind. Laut Studienergebnissen der OSF verbessert sich allerdings die Situation in vielen Städten. Nachfolgend werden Beispiele von von Medien für Minderheiten dargestellt sowie Medienbeispiele von diesen.

### FERNSEHEN

In den Großstädten Amsterdam, Rotterdam, Utrecht und Den Haag kooperiert das Multikulturelle Fernsehen der Niederlande (*Multiculturele Televisie Nederland*, MTNL) mit regionalen und lokalen Sendern, um Sendungen für ein multikulturelles städtisches Zielpublikum zu produzieren und die Inklusion und eine positive Einstellung in Bezug auf Diversität zu fördern.<sup>371</sup>

## RADIO

Der Radiosender Südwestrundfunk (SWR) in Südwestdeutschland strahlt jeden ersten Freitag im Monat eine Sendung zum Thema Islam aus und stellt auf einer Website Informationen über Islam und Muslime in Deutschland zur Verfügung.<sup>372</sup>

## WEBSITES

4. Der öffentlich-rechtliche Fernsehsender ZDF hat Die internet-basierende Sendung „Forum am Freitag“ entwickelt. Dort werden unterschiedliche muslimische Wissenschaftler und Experten zu Themen von öffentlichem Interesse interviewt.<sup>373</sup>
5. Es bestehen mehrere Websites für die muslimische Community in Hamburg und andere deutsche Städte, auf denen muslimische Dienstleister und Firmen aufgeführt sind, u. a. Ärzte, Anwälte und Friseure, Moscheen in Deutschland und Gebetszeiten für zahlreiche Städte. Daneben gibt es Informationen zu Halal-Restaurants, Friedhöfen mit Angeboten für Muslime, Reiseveranstaltern und Kontaktbörsen. Eine andere Website stellt Vorlagen zur Verfügung, etwa für Einladungen der lokale Polizei in die Moschee oder für die Befreiung von Kindern vom Schwimmunterricht (letzteres mit der Empfehlung, muslimischen Kindern das Schwimmen beizubringen und sie so oft wie möglich an Schulausflügen und Sportstunden teilnehmen zu lassen).

## Medien von Minderheiten: Verbesserung der Inklusion und Partizipation

Eine ausgewogenere Berichterstattung über Communities erfordert ihre verstärkte Inklusion und Partizipation. Infolge kontinuierlicher negativ gefärbter und unausgewogener Berichterstattung sowie aufgrund des Mangels an Medien, die ihre Interessen vertreten, haben einige Bürger und Organisationen der Minderheiten begonnen, eigene Medienformen zu produzieren. Wie zudem nachfolgend dargestellt, möchten auch örtliche Behörden und Initiativen der Community Möglichkeiten zur Inklusion und Partizipation von Minderheiten in ihre Lokalmedien fördern.

### AUGE DER BÜRGER, Leicester, Vereinigtes Königreich

Die Website der Community-Nachrichtenagentur Auge der Bürger (*Citizens' Eye*)<sup>74</sup> wurde 2007 ins Leben gerufen, um Menschen in Leicester und Leicestershire die Möglichkeit zu bieten, Bürgerjournalisten zu werden und mit dieser Plattform zur aktuellen Nachrichtensammlung Aktuelles für die gesamte Community zur Verfügung zu stellen. Die Seite ist kostenfrei und wird von einer Gruppe Ehrenamtlicher betrieben.

Durch den Einsatz von Bürgerjournalisten und die allen offenstehende Möglichkeit, zu kommentieren, soll sichergestellt werden, dass entwickelte Geschichten und Nachrichten alle Communities unvoreingenommen und wahrheitsgetreu darstellen. Damit soll die Unkenntnis beseitigt werden, die die Community-Kohäsion zerstören kann.

Die Agentur möchte auch benachteiligten Communities eine Stimme geben und unterstützen. Mitglieder der Community, die *Citizens' Eye* nutzen, sind u. a. Jugendliche, Senioren, Menschen mit Behinderungen, ehemalige Straftäter, Flüchtlinge und Neuankömmlinge der Stadt, die sich von der

Mehrheit der Bevölkerung aufgrund von gängigen Fehlannahmen ausgeschlossen fühlen können.

*Citizens' Eye* fördert Veranstaltungen und teilt bewährte Verfahren mit anderen. Daneben werden Kurse in Medienkompetenz für alle angeboten, in denen z. B. das Verfassen von Pressemitteilungen und Newslettern unterrichtet wird.

## iMUSLIM, BEZIRKSRAT WALTHAM FOREST, Waltham Forest, London, Vereinigtes Königreich

iMuslim war das erste, vom Bezirksrat Waltham Forest ins Leben gerufene Projekt, das nach Erhalt des Vorbildstatus eine Auszeichnung für Verdienste bei der Förderung der Community-Kohäsion für den Zeitraum 2009-2010 erhielt. iMuslim ist eine Filmserie, die von einer Gruppe lokaler muslimischer Filmemacher produziert wurde, die sich mit der Darstellung von Muslimen in den Medien auseinandersetzen.<sup>375</sup> Diese Initiative geht auf eine Veranstaltung während der *Islam Awareness Week* im November 2008 zurück, bei der sich junge Muslime zur Darstellung ihrer Religion in den Medien äußern konnten.<sup>376</sup>

Die jungen Filmschaffenden halfen dabei, eine Filmgesellschaft auszuwählen und erhielten Schulungen in den Bereichen Drehbuch, Film, Schnitt und Animation. Sie arbeiteten mit der spezialisierten Filmfirma *Fair Knowledge* zusammen und führten Interviews sowie Gruppendiskussionen mit einem Lokaljournalisten, einem Londoner Redakteur und bekannten Personen der landesweiten Nachrichtensendungen durch.<sup>377</sup> Das Projekt erzielte u. a. folgende Ergebnisse:

- Anregung einer Diskussion zwischen jungen Muslimen, Journalisten und Drehbuchautoren

- Fortbildung junger Menschen in Bereichen wie Drehbuch, Film, Schnitt und Animation und produzierten einen Film, der ihre Stimmen widerspiegelt
- Vorführung der Filme während des *London International Documentary Film Festival* in der *Royal Society of Arts*

## SOMALI-AFRO-EUROPÄISCHES MEDIENPROJEKT, Leicester, Vereinigtes Königreich

Das somali-afro-europäische Medienprojekt (*Somali Afro European Media Project*, SAEMP) ist ein Online-Fernsehsender der Community, der vom somalischen Bildungs- und Gemeindezentrum Leicester ins Leben gerufen wurde und vom Stadtrat Leicester finanziert wird. Der Sender wird von der lokalen somalischen Community betrieben. Zu den Zielen gehören neben der effektiven Integration von Somaliern in den Alltag von Leicester und des Vereinigten Königreiches die Unterstützung des Aufbaus positiver Beziehungen zu anderen Communities in Leicester. Durch den Einsatz für eine Bessere Integration und Community-Kohäsion wird auch der Zugang zu Bildung, Arbeit, Handel und anderen unterstützenden Mechanismen und Netzwerken verbessert.<sup>378</sup>

## WEST SIDE, AT5, Amsterdam, Niederlande

Die Stadtverwaltung Amsterdam unterstützt Diversität durch Förderung einer multikulturellen Reality-Soap-Reihe namens *West Side* beim lokalen Fernsehsender AT5<sup>379</sup>. Durch Einbeziehung von vier Familien mit marokkanischem, türkischem, surinamischem und niederländischem Hintergrund soll unter den Amsterdamer\*innen eine Debatte über Fragen rund um Multikulturalismus angeregt werden und soll somit helfen, die Spannungen zwischen ethnischen Gruppen in der Stadt zu überwinden.

## RADIO

1. **Radio Gazelle**<sup>380</sup> wurde erstmals Anfang der 1980er Jahre von jungen Menschen aus Marseille mit Wurzeln im Maghreb gegründet und wird oft als beispielhaft für den Erfolg von Community-Medien erwähnt. Dieser Lokalsender hat eine Lücke in der Medienlandschaft von Marseille geschlossen, in der Bürger mit Migrationshintergrund häufig Gegenstand und nicht Macher von Medien sind. Radio Gazelle fördert mit seinen Programmen ethnische Vielfalt in Lokalmedien und stellt unterschiedliche mediterrane Kulturen vor. Obwohl dieser ursprünglich als Sender begann, der sich den Themen Rassismus und Diskriminierung widmete, wurden dessen sozialpolitischen Diskussionen allmählich durch Musiksendungen ersetzt (etwa Raï und beliebte Musikrichtungen aus dem Maghreb wie Chaabi, Chaoui oder Mezoued) sowie durch religiöse Programme (etwa Gebetsrufe und Koranlesungen mit Kommentar und Erläuterung), um eine größere Hörerschaft zu erreichen.
2. Der mehrsprachige Sender **Radio Multikulti** gehörte zwischen 1994 und 2008 zum Rundfunk Berlin Brandenburg (RBB) und wurde als Reaktion auf die rassistisch motivierten Morde in Mölln und anderen deutschen Städten gegründet. Es wurden Sendungen in 21 Sprachen ausgestrahlt, was die Vielfalt der in Berlin gesprochenen Sprachen widerspiegelte. Die Länge der Programme war von der Größe der jeweiligen Community abhängig. Entsprechend gab es täglich eine einstündige türkische Sendung, während das vietnamesische Programm einmal pro Woche 45 Minuten Sendezeit hatte. Der Sender spielte auch eine wichtige Rolle bei der Ausbildung und Förderung von Radiojournalisten aus Minderheiten.

Als Grund für die Einstellung wurde ein Mangel an Zuhörern angegeben, wobei die Daten der Hörerzahl lediglich deutsche Staatsangehörige erfassten. Da die Mehrheit der Hörerschaft aus Menschen anderer Staatsangehörigkeit bestand, wurde offensichtlich die Größe der Hörerschaft stark unterschätzt. Obwohl die tatsächliche Größe der Hörerschaft ungeklärt blieb, zeigten Proteste gegen die Schließung des Senders in türkischsprachigen Medien in Deutschland die Bedeutung von Radio Multikulti für die türkische Community.<sup>381</sup> Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung Maria Böhmer hatte sich gegen eine Einstellung des Senders ausgesprochen („Das wäre aus integrationspolitischer Sicht das falsche Signal.“).<sup>382</sup>

3. **Streetlife FM**<sup>383</sup> ist ein Community-Radiosender in Waltham Forest, der 2004 vom damals im Bezirksrat vertretenen Stanton La Foucade gegründet wurde. Der Sender vereint unterschiedliche Anwohner mithilfe der gemeinsamen Leidenschaft für Musik. Er bietet eine angenehme Erfahrung, bei der sie als Team zusammenarbeiten. Er feiert die Vielfalt von Waltham Forest mit Personen unterschiedlichem Alter, Geschlecht, Glauben und Ethnizität sowie Menschen mit Behinderungen. Streetlife FM bietet eine verbindende und stärkende Plattform für Meinungen und Stimmen der Anwohner und stärkt so die Beziehungen der Communities zueinander, fördert die gegenseitige Verständigung und das Zusammengehörigkeitsgefühl.

Von Anfang an wurden Jugendliche aktiv in die Programmgestaltung und das Management des Senders einbezogen, mit Verantwortung zur Entwicklung des Projekts über die Jahre hinweg. Darüber hinaus bot es ihnen eine Plattform der Meinungsäußerung. Dadurch konnten lokale Jugendliche folglich nützliche Fähigkeiten erlernen und ihre Motivation, ihr Selbstvertrauen und

Verantwortungs- und Selbstwertgefühl gestärkt werden. Auf der Website heißt es dazu: „Wir möchten für eine Generation Jugendlicher und die Community insgesamt eine Inspiration sein, indem wir kulturelle Erfahrungen ebenso anbieten wie zugängliche Möglichkeiten des Lernens.“<sup>384</sup>

4. Im Programm von Streetlife FM gibt es eine einstündige Sendung für die Community, in der Vertreter lokaler Behörden interviewt werden, Sondersendungen zu Fachthemen sowie Sendezeit für Mitglieder der Community, um die Musik aus ihren Herkunftsländern vorzustellen. Das lokale Interesse und die Anerkennung bezüglich des Wertes für die Community zeigt sich in der Zahl der kommunalen Behörden, die den Sender finanziell fördern; darunter die Bezirksverwaltung, die Wohnungsbaugesellschaft *London & Quarant Housing Association*, das *Waltham Forest College* und die Organisation *Age Concern Waltham Forest*.

Streetlife FM produziert seine Sendungen zur Zeit im *Waltham Forest College* und bietet Kurse in Radioproduktion, Moderation und Musikgeschäft an. Es gibt ein Kernteam mit zehn ehrenamtlichen Mitarbeitern; es gibt aber eine Datenbank mit mehr als 300 ehrenamtlichen Anwohnern, die entweder bestimmte Sendungen moderiert haben oder in den Bereichen Produktion, Technik oder Verwaltung halfen. Der Sender ist dabei, eine gemeinnützige Community-Gesellschaft zu werden und wird demnächst in *Streetlife Radio* umbenannt. Der Sender ist jedoch entschlossen, das fortzusetzen, was er am Besten kann: die Menschen in Waltham Forest vertreten und der Community dienen.

Der britische Verband Muslimischer Organisationen (*Federation of Muslim Organisations, FMO*) strahlt in der Region Leicestershire im Fastenmonat Ramadan ein sehr beliebtes Radioprogramm aus.



**Radio Ramadhan** gibt Gelehrten, Imamen, Vertretern der Community und zahlreichen Organisationen und Personen die Gelegenheit, ihre Meinungen öffentlich zu vertreten, Bildungsprogramme zu bewerben und Debatten zu Fachthemen im Fastenmonat zu führen.

## WEBSITES

5. In den Niederlanden haben jugendliche Marokkaner ihre eigene Website, **maroc.nl**, die sehr beliebt ist.<sup>385</sup> Sie bietet ein Forum für Chats, Blogs, Kontakte, Spiele, Fotos und Videos sowie Nachrichtenseiten (Nationales, Internationales, Sport, Kultur, Medien, Religion) und Themen rund um den Islam.
6. **Med'in Marseille**<sup>386</sup> ist eine von der *ACSE* unterstützte Website, die 2007 von Ahmed Nadjar, einem Franzosen tunesischer Abstammung, gegründet wurde. Die Seite hat dabei geholfen, negative Eindrücke in Bezug auf Menschen mit Migrationshintergrund in Marseille abzubauen und hat sie in den Mittelpunkt des Themas bürgerschaftliches Engagement gesetzt. Negative Stereotypen wurden abgebaut, indem auf der Website Erfolgsgeschichten von Bürgern aus dem Maghreb, mit afrikanischer oder komorischer Abstammung dargestellt wurden und bekannte schwarze, arabische oder muslimische Persönlichkeiten der Politik, Kunst und Kultur vorgestellt wurden.

Mit mehreren tausend Besuchern täglich ist Med'in Marseille mittlerweile eine Institution in der Medienlandschaft Marseilles geworden, dahingehend, dass sie regelmäßiger Bezugspunkt für Lokalpolitiker, Organisationen der Zivilgesellschaft, soziale Einrichtungen und andere Medien ist.

Die Website hat auch das Interesse an lokalen Medien unter Jugendlichen aus dem Maghreb und Afrikas gefördert. Während junge Hörer von herkömmlichen Community-Radio abwandern, hat Med'in Marseille mit der Wahl von Themen ihr Interesse geweckt, die sich auf die ärmeren Stadtteile beziehen, die von lokalen Medien oft ignoriert werden. Der Erfolg könnte Bürger marginalisierter Gruppen ermutigen, sich stärker in den Lokalmedien einzubringen.

## Anmerkungen

- 1 Siehe [www.soros.org/initiatives/home](http://www.soros.org/initiatives/home) (Zugriff März 2011).
- 2 Siehe z. B. At Home in Europe Project, *Muslims in Amsterdam*, Open Society Foundations, Budapest/London, 2010, S. 46, unter [www.soros.org/initiatives/home/articles\\_publications/publications/Muslime-amsterdam-20101123/a-Muslime-amsterdam-report-en-20101123.pdf](http://www.soros.org/initiatives/home/articles_publications/publications/Muslime-amsterdam-20101123/a-Muslime-amsterdam-report-en-20101123.pdf) (Zugriff März 2011); Sociaal en Cultureel Planbureau (SCP), *Uit elkaars buurt. De invloed van etnische concentratie op integratie en beeldvorming* (Der Einfluss ethnischer Konzentration auf Integration und Wahrnehmung), Den Haag, SCP, 2005.
- 3 Siehe z. B. At Home in Europe Project, *Muslims in Waltham Forest*, Open Society Foundations, Budapest/London, Kapitel 4, Absatz 4.1.
- 4 Siehe z. B. At Home in Europe Project, *Muslims in Rotterdam*, Open Society Foundations, Budapest/London, 2010, S. 49, unter [www.soros.org/initiatives/home/articles\\_publications/publications/Muslime-rotterdam-20101119/a-Muslime-rotterdam-report-en-20101119.pdf](http://www.soros.org/initiatives/home/articles_publications/publications/Muslime-rotterdam-20101119/a-Muslime-rotterdam-report-en-20101119.pdf) (Zugriff März 2011).
- 5 Siehe [www.opzoomermee.nl](http://www.opzoomermee.nl) (Zugriff März 2011).
- 6 Siehe [www.rotterdam.nl/pdc:opzoomeren](http://www.rotterdam.nl/pdc:opzoomeren) (Zugriff März 2011).
- 7 Siehe [www.dagvandedialoog.nl/Wat-is-de-Dag-v-d-Dialog](http://www.dagvandedialoog.nl/Wat-is-de-Dag-v-d-Dialog) (Zugriff März 2011).
- 8 Siehe [www.art1.nl](http://www.art1.nl) (Zugriff März 2011).
- 9 Siehe [www.copenhagen.dk/dk/det\\_sker/kommende\\_saerudstillinger/befolkninger\\_af\\_koebenhavn](http://www.copenhagen.dk/dk/det_sker/kommende_saerudstillinger/befolkninger_af_koebenhavn). Siehe auch Niels Thorsen, „Da ghettoen kom til

København“ (Als das Ghetto nach Kopenhagen kam), *Politiken*, 30. Oktober 2010, unter <http://politiken.dk/kultur/ECE1097471/da-ghettoen-kom-til-koebenhavn> (Zugriff März 2011).

- 10 Siehe [www.ufm13.org/aid-edito.htm](http://www.ufm13.org/aid-edito.htm) (Zugriff März 2011).
- 11 Siehe [www.lacse.fr](http://www.lacse.fr) (Zugriff März 2011).
- 12 Siehe [www.roravolere.nl](http://www.roravolere.nl) (Zugriff März 2011).
- 13 Siehe [www.islamendialoog.nl/\\_/index.php?p=home](http://www.islamendialoog.nl/_/index.php?p=home) (Zugriff März 2011).
- 14 Siehe [www.islamendialoog.nl/\\_/index.php?p=mission-statement](http://www.islamendialoog.nl/_/index.php?p=mission-statement) (Zugriff März 2011).
- 15 Siehe [www.voem-vzw.be](http://www.voem-vzw.be) (Zugriff Januar 2011). Siehe auch European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions, „*Intercultural policies and intergroup relations. Case study: Antwerp, Belgium, cities for local integration policy*“ (CLIP) (Interkulturelle Politik und gruppenübergreifende Beziehungen. Fallstudie: Antwerpen, Belgien, Städte für lokale Integrationspolitik), Dublin, 2010, unter [www.eurofound.europa.eu/pubdocs/2010/3811/en/1/EF103811EN.pdf](http://www.eurofound.europa.eu/pubdocs/2010/3811/en/1/EF103811EN.pdf) (Zugriff März 2011).
- 16 Siehe [www.thisisleicestershire.co.uk/news/Bishop-s-solidarity-plea-ahead-prot est-EDL/article-2698655-detail/article.html](http://www.thisisleicestershire.co.uk/news/Bishop-s-solidarity-plea-ahead-prot est-EDL/article-2698655-detail/article.html) (Zugriff März 2011).
- 17 Siehe [www.leicestercounciloffaiths.org.uk/about\\_us.html](http://www.leicestercounciloffaiths.org.uk/about_us.html) (Zugriff März 2011).
- 18 Siehe [www.leicestercounciloffaiths.org.uk](http://www.leicestercounciloffaiths.org.uk) (Zugriff März 2011).
- 19 Siehe [www.islamic-foundation.org.uk/User/AboutUs.aspx](http://www.islamic-foundation.org.uk/User/AboutUs.aspx) (Zugriff März 2011).
- 20 Siehe [www.youngfoundation.org](http://www.youngfoundation.org)
- 21 Siehe [www.gulbenkian.org.uk](http://www.gulbenkian.org.uk)
- 22 Siehe [www.britishcouncil.org](http://www.britishcouncil.org)
- 23 Siehe [www.soros.org/about/locations/london](http://www.soros.org/about/locations/london)
- 24 Siehe [www.pearsfoundation.org.uk](http://www.pearsfoundation.org.uk)
- 25 Siehe [www.unltd.org.uk](http://www.unltd.org.uk)
- 26 Siehe [www.psta.org.uk](http://www.psta.org.uk)

- 27 Siehe [www.paintingandpatronage.com](http://www.paintingandpatronage.com)
- 28 Siehe [www.oursharedeurope.org](http://www.oursharedeurope.org)
- 29 Siehe [www.thebookoftravels.org](http://www.thebookoftravels.org)
- 30 Siehe [www.caringforyourheart.org](http://www.caringforyourheart.org), [www.maslaha.org/about/whats-happening/projects/diabetes-westminster](http://www.maslaha.org/about/whats-happening/projects/diabetes-westminster), [www.maslaha.org/about/whats-happening/projects/your-healthy-pregnancy](http://www.maslaha.org/about/whats-happening/projects/your-healthy-pregnancy), [www.diabetesintowerhamlets.org](http://www.diabetesintowerhamlets.org)
- 31 Siehe [www.diabetes.org.uk](http://www.diabetes.org.uk)
- 32 Siehe [www.icanbeshe.org](http://www.icanbeshe.org)
- 33 Siehe Website des Weltkulturzentrums, *Eid på Slotspladsen*, unter <http://kubik.kk.dk/verdenskulturcentret/arrangementer/eid-pa-slotspladsen-2010> (Zugriff Januar 2011).
- 34 Siehe [www.spior.nl](http://www.spior.nl) (Zugriff März 2011).
- 35 Siehe [www.radicalmiddleway.co.uk](http://www.radicalmiddleway.co.uk) (Zugriff Januar 2011).
- 36 Siehe [www.radicalmiddleway.co.uk/about](http://www.radicalmiddleway.co.uk/about) (Zugriff März 2011).
- 37 Siehe [www.noorulislam.co.uk](http://www.noorulislam.co.uk)
- 38 Siehe [www.noorulislam.co.uk/wp/who-are-we](http://www.noorulislam.co.uk/wp/who-are-we)
- 39 Siehe [www.ams-uk.org/awards/past-winners/2010](http://www.ams-uk.org/awards/past-winners/2010)
- 40 Siehe [www.mjd-net.de](http://www.mjd-net.de) (Zugriff März 2011).
- 41 M. de Gruiter und N. Boonstra, *Allochtone vrouwen doen mee! Eerste generatie vrouwen in Rotterdam en hun perspectief op activering* (Allochthone Frauen machen mit! Frauen der ersten Generation in Rotterdam und ihre Sicht zu Beteiligung), SPR/Verweij Jonker Instituut, Utrecht, 2007.
- 42 Siehe [www.kiemnet.nl/dossiers/socialecohesie/Arbeidsparticipatie/PaVEM-Pagina\\_1016.html](http://www.kiemnet.nl/dossiers/socialecohesie/Arbeidsparticipatie/PaVEM-Pagina_1016.html) (Zugriff Januar 2011).
- 43 Siehe [www.duizendeneenkracht.nl](http://www.duizendeneenkracht.nl) (Zugriff März 2011).
- 44 Siehe [www.stichtinglov.nl](http://www.stichtinglov.nl) (Zugriff März 2011).
- 45 Siehe [www.lovroterdam.nl](http://www.lovroterdam.nl) (Zugriff Januar 2011).
- 46 Siehe [www.stichtingnisaformisa.nl](http://www.stichtingnisaformisa.nl) (Zugriff März 2011).

- 47 Siehe [www.mpwt.nl/Default.aspx?id=11028&mid=10366&midpath=,10363,,10366](http://www.mpwt.nl/Default.aspx?id=11028&mid=10366&midpath=,10363,,10366), (Zugriff März 2011).
- 48 Siehe [www.kubik.kk.dk/verdenskulturcentret/arrangementer/copy9\\_of\\_sprogcafe-for-kvinder](http://www.kubik.kk.dk/verdenskulturcentret/arrangementer/copy9_of_sprogcafe-for-kvinder) (Zugriff Januar 2011).
- 49 Siehe [www.flygtning.dk](http://www.flygtning.dk) (Zugriff März 2011).
- 50 Siehe [www.shahrazad.dk](http://www.shahrazad.dk) (Zugriff März 2011).
- 51 Siehe [www.freiwilligendienste-aller-generationen.de/hamburg-kulturschluesse-l-detailinformationen.html](http://www.freiwilligendienste-aller-generationen.de/hamburg-kulturschluesse-l-detailinformationen.html) (Zugriff März 2011); [www.leben-mit-behinderung-hamburg.de/Kultur-erleben-Hamburger-Kulturschluess.176.o.html](http://www.leben-mit-behinderung-hamburg.de/Kultur-erleben-Hamburger-Kulturschluess.176.o.html) (Zugriff März 2011).
- 52 Siehe [www.leben-mit-behinderung-hamburg.de/home.1.o.html](http://www.leben-mit-behinderung-hamburg.de/home.1.o.html) (Zugriff März 2011).
- 53 Siehe <http://crossover-ev.de> (Zugriff März 2011).
- 54 Siehe [www.hamburger-sportbund.de/service/bildungsprogramm.php5?programm=000001058&detail=1](http://www.hamburger-sportbund.de/service/bildungsprogramm.php5?programm=000001058&detail=1) (Zugriff Januar 2011).
- 55 Siehe [www.hamburg.de/abinswasser](http://www.hamburg.de/abinswasser) (Zugriff März 2011).
- 56 Siehe <http://shemoves.hamburg.de> (Zugriff März 2011).
- 57 Werner Schiffauer, „Staat-Schule Ethnizität“, in Frank Gesemann, Hrsg., *Migration und Integration in Berlin*, Opladen, Leske and Budrich, 2001, S. 233–250.
- 58 Siehe <http://schools.leicester.gov.uk/home/ebulletin/archivedbulletins/autumnterm2008/?entryid38=42691&p=7> (Zugriff März 2011).
- 59 Siehe [http://schools.leicester.gov.uk/EasySiteWeb/EasySite/StyleData/StyleSchoolsExtranet/schoolsextranet\\_hp.asp](http://schools.leicester.gov.uk/EasySiteWeb/EasySite/StyleData/StyleSchoolsExtranet/schoolsextranet_hp.asp) (Zugriff März 2011).
- 60 Siehe z. B. N. Hirtt, I. Nicaise und D. De Zutter, *De school van de ongelijkheid* (Die Schule der Ungleichheit), EPO, Berchem, 2007.
- 61 Siehe [www.leicester.gov.uk/your-council--services/education--lifelong-learning/about-us/lea-services/special-needs-teaching/3-early-years-support-team](http://www.leicester.gov.uk/your-council--services/education--lifelong-learning/about-us/lea-services/special-needs-teaching/3-early-years-support-team) (Zugriff März 2011).

- 62 Siehe [www.leicester.gov.uk/your-council-services/education-lifelong-learning/about-us/lea-services/special-needs-teaching/3-early-years-support-team](http://www.leicester.gov.uk/your-council-services/education-lifelong-learning/about-us/lea-services/special-needs-teaching/3-early-years-support-team) (Zugriff März 2011).
- 63 Siehe [www.lsep.co.uk/projects/aqooneducationservices.html](http://www.lsep.co.uk/projects/aqooneducationservices.html) (Zugriff März 2011).
- 64 Siehe [www.aqoon.org](http://www.aqoon.org) (Zugriff März 2011).
- 65 In England und Wales gibt es über 100 SACRES. Jedes SACRE besteht aus vier repräsentativen Gruppen (drei in Wales): Christen oder andere Konfessionen, die Church of England (außer in Wales), Lehrervereinigungen und gewählte Stadträte.
- 66 Jonathan Yazer und Nejra Kalkan Ahmed, *“A Rough Way Forward: The Struggles of Allochtone Students in Amsterdam Schools”*, 2009, S. 5–6, unter [www.docstoc.com/docs/17746297/%E2%80%9CA-Rough-Way-Forward-The-Struggles-of-Allochtenen-Students-in](http://www.docstoc.com/docs/17746297/%E2%80%9CA-Rough-Way-Forward-The-Struggles-of-Allochtenen-Students-in) (Zugriff März 2011) (nachfolgend Yazer/Ahmed, *“A Rough Way Forward”*).
- 67 Yazer/Ahmed, *“A Rough Way Forward”*, S. 7.
- 68 Siehe [www.hetcentrum.net](http://www.hetcentrum.net) (Zugriff Januar 2011).
- 69 Siehe z. B. [www.nbhs.de/Elterncafes.90.0.html](http://www.nbhs.de/Elterncafes.90.0.html) (Zugriff März 2011).
- 70 Siehe [www.nt2antwerpen.be/school\\_en\\_ouders](http://www.nt2antwerpen.be/school_en_ouders) (Zugriff März 2011).
- 71 Siehe [www.nt2antwerpen.be/school\\_en\\_ouders](http://www.nt2antwerpen.be/school_en_ouders) (Zugriff März 2011).
- 72 Siehe [www.stichtingwittetulp.nl](http://www.stichtingwittetulp.nl) (Zugriff März 2011); <http://steinhardt.nyu.edu/immigration/featured/wittetulpe> (Englisch) (Zugriff März 2011).
- 73 Zur Bedeutung dieses Ansatzes siehe auch M. Crul, *“Succes maakt succesvol. Leerlingbegeleiding in het voortgezet onderwijs door Turkse en Marokkaanse studenten* (Erfolg macht erfolgreich. Marokkanische und türkische Schülermentoren in weiterführenden Schulen), Spinhuis, Amsterdam, 2001.
- 74 Stadtrat Kopenhagen, *Integrationspolitik*, Sekretariat für Arbeit und Integration (SEI), Stadtrat Kopenhagen, Kopenhagen, 2007 (nachfolgend Stadtrat Kopenhagen, *Integrationspolitik*).
- 75 C. Hüttemeyer und D. Saietz, „Folkeskoler tager religiøse hensyn“ (Staatliche Schulen berücksichtigen religiöse Vielfalt), *Politiken*, 14. Februar 2010, unter

- <http://politiken.dk/indland/ECE901770/folkeskolen-tager-religiose-hensyn> (Zugriff Januar 2011).
- 76 Der jährliche Fragebogen zum Wohlergehen der Schüler des Stadtrats Kopenhagen wird an 12.000 Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufen 4–9 verschickt.
- 77 London Borough of Waltham Forest, *Waltham Forest Community Cohesion Strategy 2005–2008* (Waltham Forests Strategie für die Community-Kohäsion), 2005, S. 5, unter [www1.walthamforest.gov.uk/moderngov/Published/Co0000287/M00001202/A100004285/\\$12CommunityCohesionStrategyAppendixRevisedDraft12v2.DOCA.ps.pdf](http://www1.walthamforest.gov.uk/moderngov/Published/Co0000287/M00001202/A100004285/$12CommunityCohesionStrategyAppendixRevisedDraft12v2.DOCA.ps.pdf) (Zugriff März 2011).
- 78 Siehe [www.walthamforest.gov.uk/index/social/community-cohesion/cohesion-with-young-people/swapping-cultures.htm](http://www.walthamforest.gov.uk/index/social/community-cohesion/cohesion-with-young-people/swapping-cultures.htm) (Zugriff März 2011).
- 79 Siehe [www.spior.nl/index.php?option=com\\_content&view=article&id=158:isla-mitisch-vormingsonderwijs-&catid=57:educatie&Itemid=50](http://www.spior.nl/index.php?option=com_content&view=article&id=158:isla-mitisch-vormingsonderwijs-&catid=57:educatie&Itemid=50) (Zugriff Januar 2011).
- 80 Siehe N. Clycq, *Van keukentafel tot "God". Belgische, Italiaanse en Marokkaanse ouders over identiteit en opvoeding* (Vom Küchentisch zu „Gott“. Belgische, italienische und marokkanische Eltern über Identität und Erziehung), Garant, Antwerpen, 2009.
- 81 J. Leman, Hrsg., *Moedertaalonderwijs bij allochtonen. Geïntegreerd onderwijs in de eigen taal en cultuur* (Muttersprachlicher Unterricht bei Allochthonen. Integrierter Unterricht in eigener Sprache und Kultur), ACCO, Leuven, 1999.
- 82 Siehe [www.foyer.be/?lang=nl&pageb=article&id\\_article=795](http://www.foyer.be/?lang=nl&pageb=article&id_article=795) (Zugriff März 2011).
- 83 Siehe [www.foyer.be/?lang=en&pageb=article&id\\_article=797](http://www.foyer.be/?lang=en&pageb=article&id_article=797) Englisch (Zugriff 2011).
- 84 Ingrid Gogolin, Ursula Neumann und Hans-Joachim Roth, Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund, Bund-Länder-Kommision für Bildungsplanung und Forschungsförderung, Bonn, Juli 2003, unter [www.bmbf.de/pub/studie\\_foerderung\\_migration.pdf](http://www.bmbf.de/pub/studie_foerderung_migration.pdf) (Zugriff März 2011).
- 85 Siehe [www.blk-foermig.uni-hamburg.de/web/de/all/lpr/berlin/index.html](http://www.blk-foermig.uni-hamburg.de/web/de/all/lpr/berlin/index.html) (Zugriff März 2011).
- 86 Siehe [www.foermig-berlin.de](http://www.foermig-berlin.de) (Zugriff März 2011).



- 87 Siehe [www.raa.de](http://www.raa.de) (Zugriff März 2011).
- 88 L. Timm, *Danmark har ondt I modersmålset – en kortlægning af kommunernes modersmålsundervisning I skoleåret 2007/2008*, Dokumentations og Rådgivningscenter om Racediskrimination, 200. (Dänemark hat dem muttersprachlichen Unterricht geschadet – Untersuchung des kommunalen muttersprachlichen Unterrichts im Schuljahr 2007–2008), Dokumentations- und Beratungszentrum zu Rassendiskriminierung (DACoRD), Kopenhagen, 2008 (nachfolgend Timm, *Dänemark*).
- 89 Timm, *Dänemark*.
- 90 Siehe [www.schoolslinkingnetwork.org.uk](http://www.schoolslinkingnetwork.org.uk) (Zugriff März 2011).
- 91 Siehe [www.pearsfoundation.org.uk](http://www.pearsfoundation.org.uk) (Zugriff März 2011).
- 92 Siehe [www.jinc.nl/Default.aspx?id=16931&mid=45718&midpath=,45718](http://www.jinc.nl/Default.aspx?id=16931&mid=45718&midpath=,45718) (Zugriff März 2011).
- 93 Das Miljonprogrammet war ein soziales Wohnungsbauprojekt in Schweden zwischen 1965 und 1974. Die Vorortwohnblöcke werden nun mit Gegenden mit hoher Einwandererdichte in Verbindung gebracht und mit zahlreichen gesellschaftlichen Problemen wie hohe Arbeitslosigkeit, Kriminalität sowie rassistische und gesellschaftliche Segregation. Die Bezirke Rinkeby, Tensta, und Husby in Stockholm sind beispielhaft für das Miljonprogrammet.
- 94 Schwedische Studien- und Weiterbildungsfinanzierung.
- 95 Stadtrat Kopenhagen, *Integrationspolitik*.
- 96 Stadtrat Kopenhagen, *Integrationspolitik*, S. 19–21.
- 97 Stadtrat Kopenhagen, *Integrationspolitik*, S. 20. „In der Stadt Kopenhagen sind insgesamt 25% aller Schüler an Privatschulen angemeldet. Im Vergleich dazu liegt der Durchschnitt im Rest des Landes 2007 bei lediglich 13%.“ S. 24.
- 98 Siehe At Home in Europe Project, *Muslims in Copenhagen*, Open Society Foundations, Budapest/London, Kapitel 6, Absatz 6.2.
- 99 Sanne Dan Jensen, „*Københavnnermodellen for Integration*“ (Das Kopenhagener Integrationsmodell), Kopenhagen, 2006, unter <http://www.tosprogede.kk.dk> (Zugriff März 2011); Jill Mehbye und Olaf Rieper, „*Kvalitetsløft til folkeskolen – et skoleudviklingsprojekt i Københavns kommune*“ (Verbesserte Qualität in staatlichen Schulen – ein

- Schulentwicklungsprogramm der Kommune Kopenhagen), 2006, unter [http://www.akf.dk/udgivelser/2006/kvalitetsloeft\\_folkeskolen](http://www.akf.dk/udgivelser/2006/kvalitetsloeft_folkeskolen) (Zugriff März 2011).
- 100 Stadtrat Kopenhagen, „*Kvalitetsrapport 2010 for Københavns Kommunes folkeskoler*“ (Qualitätsbericht 2010 für Schulen in der Kommune Kopenhagen), Kopenhagen, 2010, S. 6–7, unter [www.bufnet.kk.dk/Skole/EvalueringOgProever/Kvalitetsrapport/~/\\_/media/bufnet/Kvalitetsrapport%202010/Kommunerapport\\_Til%20udvalgsbeslutning%203.ashx](http://www.bufnet.kk.dk/Skole/EvalueringOgProever/Kvalitetsrapport/~/_/media/bufnet/Kvalitetsrapport%202010/Kommunerapport_Til%20udvalgsbeslutning%203.ashx) (Zugriff Januar 2011).
- 101 J. Koefod, Peter Allerup, Jane Larsen und André Torre, *Med Spredning som muligt svar: Følgeforskning af Københavnermodellen for integration* (Verteilung als mögliche Antwort: Folgestudie über das Kopenhagener Integrationsmodell), DPU, Universität Aarhus, 2010 (nachfolgend Koefod et al., *Med Spredning som muligt svar*).
- 102 Interviews mit Öman German, verantwortlicher Lehrer (*Funktionslærer*) für Türkischunterricht in Kopenhagen, Valby, 28. Februar 2010; Anita Kedia, Projektleitung von Kopenhagens Bildungsberatung und Koordination für Jugendliche, Kopenhagen, 22. Februar 2010; und Assad Ahmed, Berater für muttersprachlichen Unterricht in der Kommune Kopenhagen, Ballerup, 2. April 2010. Siehe auch „*Flere Vælger folkeskole på Nørrebro*“ (Weitere Schüler entscheiden sich für staatliche Schulen in Nørrebro), *Berlingske Tidende*, 9. Juli 2009, unter [www.b.dk/koebenhavn/flere-vaelger-folkeskole-paa-noerrebro](http://www.b.dk/koebenhavn/flere-vaelger-folkeskole-paa-noerrebro) (Zugriff März 2011).
- 103 Detaillierte Behandlung und Bewertung des Kopenhagener Modells siehe At Home in Europe Project, *Muslims in Copenhagen*, Open Society Foundations, Budapest/London, Kapitel 6, Absatz 6.1.
- 104 Koefod et al., *Med Spredning som muligt svar*.
- 105 2005 lagen die Durchschnittsnoten (auf einer Skala von 0 bis 13) bei Schulabschlusszeugnissen staatlicher Schulen in Kopenhagen bei 8,0 bei einheimischen dänischen Schülerinnen und Schülern, im Vergleich zu 7,1 bei zweisprachigen Schülern nicht-westlicher Abstammung. Stadtrat Kopenhagen, *Integrationspolitik*, S. 20–21.
- 106 Stadtrat Kopenhagen, *Integrationspolitik*, S. 21.
- 107 Stadtrat Kopenhagen, *Integrationspolitik*.

- 108 Stadtrat Kopenhagen, *Integrationspolitik*, S. 20. Es wird erwähnt, dass etwa 95% der Schulabgänger Studienprogramme oder Qualifizierungskurse für den Arbeitsmarkt beginnen. Allerdings brechen 20% jedes Jahr ab. Die Abbrecherquote ist bemerkenswerterweise unter Auszubildenden am höchsten, wo bis zu 50% abbrechen.
- 109 Siehe <http://schools.leicester.gov.uk/home/lis/wholeschoolissues/multicultural-education/multicultural-education/advisory-teacher/islam-education> (Zugriff März 2011).
- 110 Siehe [www.leicester.gov.uk/EasySiteWeb/getresource.axd?AssetID=10069&type=full&servicetype=Attachment](http://www.leicester.gov.uk/EasySiteWeb/getresource.axd?AssetID=10069&type=full&servicetype=Attachment) or <http://schools.leicester.gov.uk/EasySiteWeb/getresource.axd?AssetID=9679&type=full&servicetype=Attachment> (Zugriff März 2011).
- 111 Clive Billingham, *Faith and Education: Responding to School-based Issues – Islam. Guidance for Schools and Colleges* (Glaube und Bildung: Antworten auf Themen im Schulalltag – Islam. Leitfaden für Schulen und Colleges), Islam and Education Network, Leicester, 2007.
- 112 Siehe *Curriculum Reflecting Experiences of African Caribbean and Muslim Pupils (CREAM)*, Leicester, SDSA, 2004, unter [www.learning-exchange.org.uk/files/Cream\\_Report.pdf](http://www.learning-exchange.org.uk/files/Cream_Report.pdf) (Zugriff März 2011); Department for Education and Skills (DfES), UK, *Curriculum Review: Diversity and Citizenship*, 2007 (Auswertung des Curriculums Vielfalt und Nationalität), unter [http://education.gov.uk/publications/standard/Download?DownloadPublicationReference=DFES-00045-2007&DownloadItemReference=Diversity%20and%20Citizenship%20Curriculum%20Review%20PDF\(DfES%20Online%20Store\)&DocumentType=PDF&Url=%2Fpublications%2FeOrderingDownload%2FDfES\\_Diversity\\_and\\_Citizenship.pdf](http://education.gov.uk/publications/standard/Download?DownloadPublicationReference=DFES-00045-2007&DownloadItemReference=Diversity%20and%20Citizenship%20Curriculum%20Review%20PDF(DfES%20Online%20Store)&DocumentType=PDF&Url=%2Fpublications%2FeOrderingDownload%2FDfES_Diversity_and_Citizenship.pdf) (Zugriff März 2011) (nachfolgend DfES, *Curriculum Review: Diversity and Citizenship*).
- 113 DfES, *Curriculum Review: Diversity and Citizenship*, S. 40.
- 114 Siehe [www.berlin.de/imperia/md/content/sen-bildung/politische\\_bildung/islam\\_und\\_schule.pdf?start&ts=1285848856&file=islam\\_und\\_schule.pdf](http://www.berlin.de/imperia/md/content/sen-bildung/politische_bildung/islam_und_schule.pdf?start&ts=1285848856&file=islam_und_schule.pdf) (Zugriff März 2011).
- 115 Siehe [www.walthamforest.gov.uk/envpl-religion-or-faith-in-focus.pdf](http://www.walthamforest.gov.uk/envpl-religion-or-faith-in-focus.pdf) (Zugriff März 2011).

- 116 London Borough of Waltham Forest, *“Economic Profile Update”* (Aktuelles zum Wirtschaftsprofil), 2005, S. 8, unter [www.walthamforest.gov.uk/envpl-econ-profile-update05.pdf](http://www.walthamforest.gov.uk/envpl-econ-profile-update05.pdf) (Zugriff Januar 2011).
- 117 Open Society Institute, *“Muslims in the UK: Policies for Engaged Citizens”* (Muslime im Vereinigten Königreich: Politik für engagierte Bürger), Open Society Institute, Budapest, 2004, S. 196, unter [www.soros.org/initiatives/home/articles\\_publications/publications/Muslime\\_20041122](http://www.soros.org/initiatives/home/articles_publications/publications/Muslime_20041122) (Zugriff März 2011).
- 118 Sue Yeandle, *Gender and Employment in Local Labour Markets Research Programme (Director’s Final Report)* (Forschungsprogramm Geschlecht und Beschäftigung auf dem lokalen Arbeitsmarkt – Abschlussbericht der Forschungsleitung), Centre for Social Inclusion, Sheffield Hallam University, Sheffield, 2006 (nachfolgend Yeandle, *Gender and Employment in Local Labour Markets*).
- 119 Yeandle, *Gender and Employment in Local Labour Markets*, S. 4.
- 120 Siehe [www.adnb.de](http://www.adnb.de) (Zugriff März 2011).
- 121 Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin des Türkischen Bundes in Berlin-Brandenburg, Hrsg., *Antidiskriminierungsreport Berlin 2006–2008*, Berlin, Dezember 2008, S. 10 (nachfolgend ADNB des TBB, *Antidiskriminierungsreport Berlin 2006–2008*).
- 122 ADNB des TBB, *Antidiskriminierungsreport Berlin 2006–2008*, S. 8–12.
- 123 ADNB des TBB, *Antidiskriminierungsreport Berlin 2006–2008*, S. 10.
- 124 Siehe [www.aub-berlin.de](http://www.aub-berlin.de) (Zugriff März 2011).
- 125 Siehe [www.aub-berlin.de/fuer-jugendliche/kumulus](http://www.aub-berlin.de/fuer-jugendliche/kumulus) (Zugriff März 2011).
- 126 Siehe [www.ep-nobi.de](http://www.ep-nobi.de) (Zugriff März 2011); [http://ep-nobi.de/upload/pdf/Transnational/NOBI\\_Handbook\\_5Nov07.pdf](http://ep-nobi.de/upload/pdf/Transnational/NOBI_Handbook_5Nov07.pdf) (Englisch) (Zugriff März 2011) und [www.ep-nobi.de/front\\_content.php?idcat=53](http://www.ep-nobi.de/front_content.php?idcat=53) (Englisch) (Zugriff März 2011). Siehe auch *“Entrepreneurial Diversity in a Unified Europe: Ethnic Minority Entrepreneurship/Migrant Entrepreneurship”* (auch auf Deutsch erhältlich: Unternehmerische Vielfalt in einem geeinten Europa: Unternehmerische Initiative von ethnischen Minderheiten und Migranten), Europäische Kommission, Brüssel, 5 März 2008, S. 64–67, unter [http://ec.europa.eu/enterprise/policies/sme/files/support\\_measures/migrant/eme\\_study\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/enterprise/policies/sme/files/support_measures/migrant/eme_study_en.pdf) bzw.

- [http://ec.europa.eu/enterprise/policies/sme/files/support\\_measures/migrant/eme\\_study\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/enterprise/policies/sme/files/support_measures/migrant/eme_study_de.pdf) (Zugriff März 2011) (nachfolgend *“Entrepreneurial Diversity in a Unified Europe”*).
- 127 Siehe [http://ep-nobi.de/front\\_content.php?idcat=7](http://ep-nobi.de/front_content.php?idcat=7) (Zugriff März 2011); [http://ep-nobi.de/upload/pdf/Netzwerk\\_IQ/Flyer\\_NetzwerkIQ.pdf](http://ep-nobi.de/upload/pdf/Netzwerk_IQ/Flyer_NetzwerkIQ.pdf) (Zugriff März 2011); [www.content-zwh.de/intqua](http://www.content-zwh.de/intqua) (Zugriff März 2011).
- 128 Siehe [www.inbez.de](http://www.inbez.de) (Zugriff März 2011).
- 129 Siehe [www.integra-net.org](http://www.integra-net.org) (Zugriff März 2011).
- 130 Siehe [www.kumulus-plus.de](http://www.kumulus-plus.de) (Zugriff März 2011).
- 131 Siehe [www.migranet.org](http://www.migranet.org) (Zugriff März 2011).
- 132 Siehe [www.proqua.de](http://www.proqua.de) (Zugriff März 2011).
- 133 Siehe [http://ec.europa.eu/employment\\_social/equal/index\\_en.cfm](http://ec.europa.eu/employment_social/equal/index_en.cfm) (Zugriff März 2011).
- 134 Siehe [http://ep-nobi.de/front\\_content.php?client=1&lang=1&parent=16&subid=16&idcat=22&idart=36](http://ep-nobi.de/front_content.php?client=1&lang=1&parent=16&subid=16&idcat=22&idart=36) (Zugriff März 2011); [http://ep-nobi.de/upload/pdf/Transnational/NOBI\\_Handbook\\_5Novo7.pdf](http://ep-nobi.de/upload/pdf/Transnational/NOBI_Handbook_5Novo7.pdf) (Englisch) (Zugriff März 2011); [www.ep-nobi.de/front\\_content.php?idcat=53](http://www.ep-nobi.de/front_content.php?idcat=53) (Englisch) (Zugriff März 2011). Siehe auch *“Entrepreneurial Diversity in a Unified Europe”* S. 64–67.
- 135 Siehe [www.awo-bremen.de](http://www.awo-bremen.de) (Zugriff März 2011).
- 136 Siehe [http://ec.europa.eu/employment\\_social/equal/data/document/etgi-suc6-ntn-de-immigrants\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/employment_social/equal/data/document/etgi-suc6-ntn-de-immigrants_en.pdf) (Zugriff März 2011).
- 137 Siehe *“Entrepreneurial Diversity in a Unified Europe”*, S. 64–67.
- 138 Siehe [www.deutsche-kultur-international.de/en/org/organisations/federal-office-for-migration-and-refugees-bamf.html](http://www.deutsche-kultur-international.de/en/org/organisations/federal-office-for-migration-and-refugees-bamf.html) (Englisch) (Zugriff März 2011).
- 139 Siehe <http://integrationskurse-hamburg.de> (Zugriff März 2011).
- 140 Siehe [www.basisundwege.de](http://www.basisundwege.de) (Zugriff März 2011).
- 141 Siehe [www.lrec.org.uk/RASAP.htm](http://www.lrec.org.uk/RASAP.htm) (Zugriff März 2011).
- 142 Stadtrat Kopenhagen, *Integrationspolitik*.

- 143 Stadtrat Kopenhagen, *Center for Afklaring og beskæftigelse* (Zentrum für Beratung und Beschäftigung). Teile des Gutachtens wurden den Open Society Foundations am 25. Oktober 2010 per E-Mail zur Verfügung gestellt.
- 144 Dansk Byggeri (Dänischer Bauverband), *Reviewrapport for projektet 'Fra 2. indvandrertil 1. generations håndværker* (Bericht über das Projekt „Vom Migranten zweiter Generation zum Handwerker erster Generation“), Zeitraum 1. Oktober 2009 bis 30. März 2010, Praktikspladsnetværket, Kopenhagen, Dezember 2010.
- 145 Siehe <http://projektbank.kk.dk/projektreview/Sider/Integrationsmedarbejdereibibliotekerne.aspx> (Zugriff März 2011).
- 146 Stadtrat Kopenhagen, *Integrationspolitik*, S. 16.
- 147 Siehe [www.kk.dk/Borger/Integration/Integrationsindsatser/AktiveIndsatser.aspx](http://www.kk.dk/Borger/Integration/Integrationsindsatser/AktiveIndsatser.aspx) (Zugriff Februar 2011).
- 148 Stadt Kopenhagen, *2010 Status Integrationspolitikken* (Status der Integrationspolitik 2010), Kopenhagen: Stadt Kopenhagen (Københavns Kommune), 2010, S. 10.
- 149 Siehe [www.pvdarotterdam.nl/nieuws/nieuws\\_item/t/nieuwe\\_subsidiebanen\\_voor\\_45\\_plussers\\_in\\_bijstand](http://www.pvdarotterdam.nl/nieuws/nieuws_item/t/nieuwe_subsidiebanen_voor_45_plussers_in_bijstand) (Zugriff Januar 2011).
- 150 Siehe [www.reisburoopzuid.nl/projecten.php?id=100](http://www.reisburoopzuid.nl/projecten.php?id=100) (Zugriff Januar 2011).
- 151 Siehe [www.reisburoopzuid.nl/projecten.php?id=100](http://www.reisburoopzuid.nl/projecten.php?id=100) (Zugriff Januar 2011).
- 152 Siehe [www.hamburg.de/bist-du-dabei](http://www.hamburg.de/bist-du-dabei) (Zugriff März 2011); Siehe auch [www.eukn.org/E\\_library/Social\\_Inclusion\\_Integration/Social\\_Inclusion/%E2%80%9CWe\\_are\\_Hamburg\\_Won%E2%80%99t\\_you\\_join\\_us\\_%E2%80%9D](http://www.eukn.org/E_library/Social_Inclusion_Integration/Social_Inclusion/%E2%80%9CWe_are_Hamburg_Won%E2%80%99t_you_join_us_%E2%80%9D) (Englisch) (Zugriff März 2011).
- 153 Drucksache 19/5601; Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg – 19. Wahlperiode. Siehe [http://www.andre-trepoll.de/wp-content/files/Drs\\_19\\_5601.pdf](http://www.andre-trepoll.de/wp-content/files/Drs_19_5601.pdf) (Zugriff August 2011).
- 154 Siehe [www.bqm-hamburg.de](http://www.bqm-hamburg.de) (Zugriff März 2011).
- 155 Siehe [www.kwb.de/bqm.html](http://www.kwb.de/bqm.html) (Zugriff März 2011).
- 156 Siehe [www.hwk-hamburg.de](http://www.hwk-hamburg.de) (Zugriff März 2011).

- 157 Handwerkskammer Hamburg, „*Integration von MigrantInnen im Hamburger Handwerk*“, unveröffentlichte Mitschrift, 2009 (nachfolgend Handwerkskammer Hamburg, „*Integration von MigrantInnen*“).
- 158 Siehe [www.imsentrepreneure.com](http://www.imsentrepreneure.com) (Zugriff März 2011).
- 159 Siehe [www.imsentrepreneure.com/EN/PDF/IMS-UK-fevo5.pdf](http://www.imsentrepreneure.com/EN/PDF/IMS-UK-fevo5.pdf) (Englisch) (Zugriff März 2011).
- 160 Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V., Projekt access – Agentur zur Förderung der Bildungs- und Berufszugänge für Flüchtlinge und Migrant/innen in Schleswig-Holstein, „*Leitfaden zur Anerkennung ausländischer Schul- und Berufsabschlüsse in Schleswig-Holstein*“, 2008, unter [http://ep-nobi.de/upload/pdf/Publikationen\\_2008/Leitfaden\\_\\_Anerkennung\\_Abschluesse\\_2\\_Auflage\\_0809.pdf](http://ep-nobi.de/upload/pdf/Publikationen_2008/Leitfaden__Anerkennung_Abschluesse_2_Auflage_0809.pdf) (Zugriff Januar 2011).
- 161 Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Berlin, „*Kompetenzen wahrnehmen, anerkennen und fördern. Vorschläge des BMAS für ein Gesetz zur Anerkennung ausländischer Qualifikationen*“, 28. Mai 2009, unter [http://www.bmas.de/coremedia/generator/33838/property=pdf/2009\\_\\_06\\_\\_18\\_\\_eckpunktepapier\\_\\_auslaendische\\_\\_arbeitskraefte.pdf](http://www.bmas.de/coremedia/generator/33838/property=pdf/2009__06__18__eckpunktepapier__auslaendische__arbeitskraefte.pdf) (Zugriff Januar 2011).
- 162 Siehe [www.proasyl.de](http://www.proasyl.de) (Zugriff März 2011).
- 163 Siehe [www.uog-ev.de](http://www.uog-ev.de) (Zugriff März 2011).
- 164 Siehe [www.atu-ev.de](http://www.atu-ev.de) (Zugriff März 2011).
- 165 Handwerkskammer Hamburg, „*Integration von MigrantInnen*“.
- 166 Siehe [www.ifs.a.se/en/Olika-sprak/Engelska/Home/](http://www.ifs.a.se/en/Olika-sprak/Engelska/Home/)
- 167 Siehe [www.almi.se/ifs-radgivning](http://www.almi.se/ifs-radgivning)
- 168 Siehe [www.hh-plus.de](http://www.hh-plus.de) (Zugriff März 2011).
- 169 Siehe [www.asm-hh.de](http://www.asm-hh.de) (Zugriff März 2011).
- 170 Siehe [www.stiftung-fuer-migranten.de](http://www.stiftung-fuer-migranten.de) (Zugriff März 2011).
- 171 Siehe [www.berlin.de/ba-friedrichshain-kreuzberg/wirtschaftsfoerderung/aktuell/abgeschlosseneprojekte.html](http://www.berlin.de/ba-friedrichshain-kreuzberg/wirtschaftsfoerderung/aktuell/abgeschlosseneprojekte.html) (Zugriff März 2011).
- 172 Stadtrat Kopenhagen, „*Fælles evaluering af Bydelismødre*“ (Auswertung des Projekts Stadtteilmütter), Stadtrat Kopenhagen, Kopenhagen, 2010.

- 173 Siehe [www.nyidanmark.dk/NR/rdonlyres/931A4EF8-A8EE-4E2A-B073-A028A3C8DFD9/0/evaluering\\_af\\_bydelsmoedreprojekter.pdf](http://www.nyidanmark.dk/NR/rdonlyres/931A4EF8-A8EE-4E2A-B073-A028A3C8DFD9/0/evaluering_af_bydelsmoedreprojekter.pdf) (Zugriff Januar 2011).
- 174 Siehe [www.berlingske.dk](http://www.berlingske.dk), insbesondere „*Ghettoprojekter droppes I København*“ (Ghettoprojekte werden in Kopenhagen geschlossen), 14. Oktober 2010, unter [www.berlingske.dk/koebenhavn/ghettoprojekter-droppes-i-koebenhavn](http://www.berlingske.dk/koebenhavn/ghettoprojekter-droppes-i-koebenhavn) (Zugriff Januar 2011).
- 175 Siehe [www.vlamnieuwwest.nl](http://www.vlamnieuwwest.nl) (Zugriff März 2011).
- 176 Siehe [www.stichtingnisaformisa.nl](http://www.stichtingnisaformisa.nl) (Zugriff März 2011).
- 177 „Stadtteil“ bezieht sich auf die Straßen in unmittelbarer Nähe des Wohnhauses, die „Gegend“ erstreckt sich auf ca. 15-20 Gehminuten von zu Hause entfernt.
- 178 Siehe [www.sm.dk/data/Dokumentertilnyheder/2010/29\\_udvalgte\\_omraader.pdf](http://www.sm.dk/data/Dokumentertilnyheder/2010/29_udvalgte_omraader.pdf) (Zugriff März 2011).
- 179 Siehe [www.sm.dk/Nyheder/Sider/Vis\\_per\\_cent20Nyhed.aspx?NewsItem=516](http://www.sm.dk/Nyheder/Sider/Vis_per_cent20Nyhed.aspx?NewsItem=516) (Zugriff März 2011).
- 180 Siehe z. B. Omar Shah, „Parallel Samfund“ (Parallelgesellschaft), *Politiken*, 29. Juni 2005.
- 181 Siehe C. Lehmann, „*Hård retorik gør mere skade end gavn in Information*“ (Scharfe Rhetorik schadet bei der Information mehr als das sie nutzt), *Information.dk*, 12. Oktober 2010, unter [www.information.dk/print/247552](http://www.information.dk/print/247552) (Zugriff März 2011); Marie Saehl, „Man har glemt at der er noget der hedder social arv“ (Sie haben vergessen, dass es so was wie soziales Erbe gibt), *Politiken*, 17. Oktober 2010, S. 4.
- 182 Projektdatenbank für Integration, unter [www.kk.dk/Borger/Integration/Projektbank.aspx](http://www.kk.dk/Borger/Integration/Projektbank.aspx) (Zugriff März 2011).
- 183 Siehe [www.halde.fr](http://www.halde.fr) (Zugriff März 2011).
- 184 Siehe [www.halde.fr/-Brochures,228-.html?page=rubrique\\_en](http://www.halde.fr/-Brochures,228-.html?page=rubrique_en) (Englisch) (Zugriff März 2011).
- 185 Leicester City Council, Housing Marketing and Information Unit (GP), *Black and Minority Ethnic Housing Strategy 2004* (Wohnraumstrategie 2004 für Schwarze und ethnische Minderheiten), Oktober 2004, unter [www.leicester.go](http://www.leicester.go)



- v.uk/your-council-services/housing/about-us/policy-strategy-and-performance/equality-policies (Zugriff Januar 2011) (nachfolgend Leicester City Council, *Black and Minority Ethnic Housing Strategy*).
- 186 Leicester City Council, *Black and Minority Ethnic Housing Strategy*, S. 11.
- 187 Leicester City Council, *Black and Minority Ethnic Housing Strategy*.
- 188 Siehe [www.foundationhousing.org](http://www.foundationhousing.org) (Zugriff März 2011).
- 189 Siehe T. Brown, R. Lishman, M. Oxley und J. Richardson, *Black and Minority Ethnic Communities and Housing in the East Midlands: A strategy for the Region* (Schwarze und andere ethnische Minderheiten-Communities in den East Midlands: Eine Strategie für die Region), Februar 2008, S. 13, unter [www.emregionalstrategy.co.uk/write//Black-Minority-Ethnic-Communities-Housing-in-EM-Feb2008.pdf](http://www.emregionalstrategy.co.uk/write//Black-Minority-Ethnic-Communities-Housing-in-EM-Feb2008.pdf) (Zugriff März 2011).
- 190 Siehe [www.muetter-ohne-grenzen.eu/html/uberuns.htm](http://www.muetter-ohne-grenzen.eu/html/uberuns.htm) (Zugriff März 2011).
- 191 Siehe [www.muetter-ohne-grenzen.eu/html/Presse.htm](http://www.muetter-ohne-grenzen.eu/html/Presse.htm) (Zugriff März 2011).
- 192 Siehe [www.stadtteilmuetter.de](http://www.stadtteilmuetter.de) (Zugriff März 2011).
- 193 Siehe [www.mhmmhamburg.de/data/home/index.php](http://www.mhmmhamburg.de/data/home/index.php) (Zugriff März 2011).
- 194 Siehe [www.centrevillepourtous.asso.fr](http://www.centrevillepourtous.asso.fr) (Zugriff März 2011).
- 195 Siehe [www.cdad-paris.justice.fr/lieu\\_accueil/pad.html](http://www.cdad-paris.justice.fr/lieu_accueil/pad.html) und Broschüre unter [www.paris.fr/portail/viewmultimediacocument?multimediacocument-id=48194](http://www.paris.fr/portail/viewmultimediacocument?multimediacocument-id=48194) (Zugriff März 2011).
- 196 Siehe [www.accueilgouttedor.fr](http://www.accueilgouttedor.fr) (Zugriff März 2011).
- 197 Siehe [www.raceforhealth.org/resources/case\\_studies/leicester\\_city](http://www.raceforhealth.org/resources/case_studies/leicester_city) (Zugriff Januar 2011).
- 198 [www.statistics.gov.uk/cci/nugget.asp?id=959](http://www.statistics.gov.uk/cci/nugget.asp?id=959) (Zugriff März 2011).
- 199 Eine quantitative Befragung in Dänemark im Jahr 1999 (basierend auf standardisierten Fragebögen) verschiedener ethnisch-nationaler Einwanderergruppen zeigt, dass einige Befragte aus vorwiegend muslimischen Ländern angaben, entweder mit feindlichen oder herabsetzenden Einstellungen im Gesundheitssystem konfrontiert worden zu sein. (ca. 12–16% der Befragten aus Bosnien, der Türkei, dem Libanon und Palästina) oder sie sich bei Begegnungen mit Sozialämtern ihrer Kommunen rassistisch

diskriminiert fühlten (insgesamt 14 der Bosnier, 19% der Türken, 24% der Libanesen und Palästinenser und 38% der Somalier). Dies waren die höchsten Werte an gemeldeter angeblicher Diskriminierung unter diesen muslimischen Gruppen, die von der Befragung erfasst wurden. Siehe B. Møller und L. Togeby. *Oplevet Diskrimination* (Die erfahrene Diskriminierung), Ausschuss für ethnische Gleichstellung, Kopenhagen, 1999.

- 200 Institut de veille sanitaire, „Parcours sociomédical des personnes originaires d’Afrique sub-saharienne atteintes par le VIH prises en charge dans les hôpitaux d’Ile-de-France“ (Der sozio-medizinische Weg von Menschen mit HIV aus dem subsaharischen Afrika, behandelt in Krankenhäusern in Île de France), *Bulletin Épidémiologique Hebdomadaire* 5, 27. Januar, 2002, S. 55.
- 201 L.P. van Buren und E. Joosten-van Zwanenburg, *Gezondheidsenquête Turken en Marokkanen* (Gesundheitsbefragung Türken und Marokkaner), Gemeente Rotterdam, Rotterdam, Dezember 2006, unter [www.ggd.kennisnet.nl/kennisnet/paginaSjablonen/raadplegen.asp?display=2&atoom=41944&atoomsrt=17&actie=2](http://www.ggd.kennisnet.nl/kennisnet/paginaSjablonen/raadplegen.asp?display=2&atoom=41944&atoomsrt=17&actie=2) (Zugriff März 2011).
- 202 Institute of Public Health der Universität Kopenhagen, elektronische Datenbank, „Health and the Ethnic Minorities“ (Gesundheit und ethnische Minderheiten), unter [www.pubhealth.ku.dk/ifsv\\_en](http://www.pubhealth.ku.dk/ifsv_en) (Zugriff Februar 2011).
- 203 Siehe <http://mesu.ku.dk> (Zugriff Februar 2011).
- 204 Siehe [www.slotervaartziekenhuis.nl/diabetes/DiabetesenRamadan/tabid/1472/language/nl-NL/Default.aspx](http://www.slotervaartziekenhuis.nl/diabetes/DiabetesenRamadan/tabid/1472/language/nl-NL/Default.aspx) (Zugriff Januar 2011).
- 205 Siehe [www.kk.dk/Borger/Sundhed/Sund percent20livsstil/SundhedPaaDitSprag.aspx](http://www.kk.dk/Borger/Sundhed/Sund_percent20livsstil/SundhedPaaDitSprag.aspx) (Zugriff Januar 2011).
- 206 Thomas Loy, „Erstes Pflegeheim für türkische Senioren“, *Der Tagesspiegel*, 14 Januar 2006, unter [www.tagesspiegel.de/berlin/art270,2056808](http://www.tagesspiegel.de/berlin/art270,2056808) (Zugriff Januar 2011).
- 207 Siehe [www.friedhof-hamburg.de](http://www.friedhof-hamburg.de) (Zugriff März 2011).
- 208 Siehe [www.friedhof-hamburg.de/oejendorf/grabstaetten/grabstaetten-verschiedener-nationen-und-religionen.html](http://www.friedhof-hamburg.de/oejendorf/grabstaetten/grabstaetten-verschiedener-nationen-und-religionen.html) (Zugriff Januar 2011).
- 209 Siehe [www.deutsche-islam-konferenz.de/cdn\\_117/nn\\_1875308/SubSites/DIK/EN/Magazin/AlltagMuslime/Bestattungen/islamische-bestattungen-node.html?\\_\\_nnn=true](http://www.deutsche-islam-konferenz.de/cdn_117/nn_1875308/SubSites/DIK/EN/Magazin/AlltagMuslime/Bestattungen/islamische-bestattungen-node.html?__nnn=true) (Englisch) (Zugriff März 2011).

- 210 Siehe [www.raceforhealth.org](http://www.raceforhealth.org) (Zugriff März 2011).
- 211 Ein landesweites Impfprogramm für Mädchen zwischen 12 und 13 Jahren soll das Risiko bezüglich Gebärmutterhalskrebs reduzieren.
- 212 Siehe [www.raceforhealth.org/resources/case\\_studies/leicester\\_city/ramadan\\_radio\\_reaches\\_its\\_audience](http://www.raceforhealth.org/resources/case_studies/leicester_city/ramadan_radio_reaches_its_audience) (Zugriff Januar 2011).
- 213 Siehe [www.raceforhealth.org/resources/case\\_studies/leicester\\_city/ramadan\\_radio\\_reaches\\_its\\_audience](http://www.raceforhealth.org/resources/case_studies/leicester_city/ramadan_radio_reaches_its_audience) (Zugriff Januar 2011).
- 214 Siehe [www.raceforhealth.org/resources/case\\_studies/leicester\\_city/project\\_dil](http://www.raceforhealth.org/resources/case_studies/leicester_city/project_dil) (Zugriff März 2011).
- 215 Siehe [www.mcb.org.uk](http://www.mcb.org.uk) (Zugriff März 2011).
- 216 Siehe [www.safh.org.uk](http://www.safh.org.uk) (Zugriff August 2011).
- 217 Gemeente Amsterdam, *Amsterdamse Gezondheidsmonitor 2004* (Amsterdamer Gesundheitsmonitor 2004), Stadtrat Amsterdam, 2004, abrufbar unter [www.gezond.amsterdam.nl/GetDocument.aspx?DocumentID=2423&name=Gezond-zijn-en-gezond-leven-in-Amsterdam](http://www.gezond.amsterdam.nl/GetDocument.aspx?DocumentID=2423&name=Gezond-zijn-en-gezond-leven-in-Amsterdam) (Zugriff Januar 2011).
- 218 Siehe [www.sizin.nl](http://www.sizin.nl) (Zugriff März 2011).
- 219 Siehe [www.i-psy.nl](http://www.i-psy.nl) (Zugriff Februar 2011).
- 220 Siehe [www.slotervaartziekenhuis.nl/diabetes/DiabetesenRamadan/tabid/1472/language/nl-NL/Default.aspx](http://www.slotervaartziekenhuis.nl/diabetes/DiabetesenRamadan/tabid/1472/language/nl-NL/Default.aspx) (Zugriff August 2009).
- 221 Siehe [www.mimi-hamburg.de](http://www.mimi-hamburg.de), [www.hamburg.de/migrantinnen-migranten/123190/mimi.html](http://www.hamburg.de/migrantinnen-migranten/123190/mimi.html) und [www.ethno-medizinisches-zentrum.de/index.php?option=com\\_content&view=article&id=35](http://www.ethno-medizinisches-zentrum.de/index.php?option=com_content&view=article&id=35) (Zugriff Januar 2011).
- 222 Siehe [www.hamburg.de/contentblob/2115436/data/download-objekt-leitbild.pdf](http://www.hamburg.de/contentblob/2115436/data/download-objekt-leitbild.pdf) (Zugriff Januar 2011).
- 223 Siehe [www.ethno-medizinisches-zentrum.de/index.php?option=com\\_content&view=article&id=35](http://www.ethno-medizinisches-zentrum.de/index.php?option=com_content&view=article&id=35) (Zugriff August 2011).
- 224 Siehe [www.spds.kk.dk](http://www.spds.kk.dk) (Zugriff März 2011).
- 225 Siehe [www.kk.dk/Borger/Integration/Integrationsindsatser/AktiveIndsatser.aspx](http://www.kk.dk/Borger/Integration/Integrationsindsatser/AktiveIndsatser.aspx) (Zugriff Februar 2011).

- 226 Siehe [www.kk.dk/Borger/SundhedOgAeldre/~media/776DE3A9EA71442D98D80AC81F800ABD.ashx](http://www.kk.dk/Borger/SundhedOgAeldre/~media/776DE3A9EA71442D98D80AC81F800ABD.ashx) (Zugriff Februar 2011).
- 227 Dieses Gesetz wurde seitdem mehrfach überarbeitet. Als Teil der Aktiven Sozialpolitik (*Aktive socialpolitik*) des Arbeitsministerium findet sich die derzeitige Fassung in Kapitel 4 des Gesetzessammlung Nr. 1460 vom 12. Dezember 2007, abrufbar unter [www.retsinformation.dk/Forms/R0710.aspx?id=127214&exp=1](http://www.retsinformation.dk/Forms/R0710.aspx?id=127214&exp=1) (Zugriff Februar 2011).
- 228 Siehe [www.folkesundhed.kk.dk/TilFagfolk/Ungdomsuddannelser/UngOgSun dIUddannelse.aspx](http://www.folkesundhed.kk.dk/TilFagfolk/Ungdomsuddannelser/UngOgSun dIUddannelse.aspx) (Zugriff Februar 2011).
- 229 Siehe [www.uraca.org](http://www.uraca.org) (Zugriff März 2011).
- 230 Beispeilweise äußersten Teilnehmer der Studie in Waltham Forest Besorgnis darüber, dass der Fokus auf muslimische Communities im Kontext von Terrorismusbekämpfung und nationaler Sicherheit, unter dem Mantel der Community-Kohäsion, nur weitere Probleme schafft und das Gefühl der Opferrolle bei der Mehrheit der gesetzestreuen Mitglieder der muslimischen Communities verstärkt: At Home in Europe Project, *Muslims in Waltham Forest*, Open Society Foundations, Budapest/London, erscheint in Kürze, Kapitel 10, Abschnitt 10.6. Zu Themen und Bedenken bezüglich der „Präventionsagenda“ siehe auch House of Commons, *Preventing Violent Extremism*, Sixth Report of Session 2009–10, in Auftrag des House of Commons, 16. März 2010, abrufbar unter [www.publications.parliament.uk/pa/cm200910/cmselect/cmcomloc/65/65.pdf](http://www.publications.parliament.uk/pa/cm200910/cmselect/cmcomloc/65/65.pdf) (Zugriff März 2011); British Council, „Young Muslims and Youth Exchange Opportunities“, *Our Shared Europe*, June 2010, S. 4, abrufbar unter [www.oursharereurope.org/documents/uk\\_youth\\_research\\_2010\\_full\\_report.pdf](http://www.oursharereurope.org/documents/uk_youth_research_2010_full_report.pdf) (Zugriff März 2011).
- 231 Eine Studie der Universität Hamburg, die die Auswahlverfahren der Polizei in Deutschland und England verglich, kam zu dem Schluss, dass die Daten aus England wesentlich differenzierter waren und den dortigen Fortschritt bei der Anwerbung von Polizeikräften aus ethnischen Minderheiten widerspiegeln; und dass Deutschland hingegen sehr wenige ähnliche Forschung und Daten zu dem Thema bot. Siehe Oksan Karakus, „*Recruitment of Ethnic Minority Police Officers: Ethnic Minority Recruitment from a Multi-Cultural Perspective in England and Germany*“, unveröffentlichtes Manuskript, Fakultät für

Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Fachbereich Wirtschaft und Politik, Institut für Kriminologische Sozialforschung, Universität Hamburg, 2008, S. 62.

- 232 Siehe [http://fra.europa.eu/fraWebsite/research/projects/proj\\_eumidis\\_en.htm](http://fra.europa.eu/fraWebsite/research/projects/proj_eumidis_en.htm); [http://fra.europa.eu/fraWebsite/eu-midis/index\\_en.htm](http://fra.europa.eu/fraWebsite/eu-midis/index_en.htm) (Zugriff März 2011).
- 233 Siehe [http://fra.europa.eu/fraWebsite/research/publications/publications\\_per\\_year/2010/pub\\_dif4\\_en.htm](http://fra.europa.eu/fraWebsite/research/publications/publications_per_year/2010/pub_dif4_en.htm) (Zugriff März 2011).
- 234 Siehe [http://fra.europa.eu/fraWebsite/research/publications/publications\\_per\\_year/2009/pub\\_dif2\\_en.htm](http://fra.europa.eu/fraWebsite/research/publications/publications_per_year/2009/pub_dif2_en.htm) (Zugriff März 2011).
- 235 Siehe [www.namp-uk.com](http://www.namp-uk.com) (Zugriff März 2011).
- 236 Siehe [www.demos.co.uk/files/File/diversity\\_in\\_modern\\_policing.pdf](http://www.demos.co.uk/files/File/diversity_in_modern_policing.pdf) (Zugriff März 2011).
- 237 Siehe [www.demos.co.uk/blog/muslimsinthepoliceforce](http://www.demos.co.uk/blog/muslimsinthepoliceforce) (Zugriff März 2011).
- 238 Siehe [www.drcenter.dk](http://www.drcenter.dk) (Zugriff März 2011).
- 239 Siehe Nationale Fokusberichte von DACoRD an die FRA, abrufbar unter [www.drcenter.dk](http://www.drcenter.dk) (Zugriff August 2011).
- 240 Siehe [www.radar.nl](http://www.radar.nl) (Zugriff März 2011).
- 241 Siehe [www.radar.nl/read/publicaties](http://www.radar.nl/read/publicaties) (Zugriff März 2011).
- 242 Siehe [www.annefrank.org](http://www.annefrank.org) (Zugriff Januar 2011).
- 243 Siehe [www.annefrank.org/en/Worldwide/Racism--Extremism-Monitor](http://www.annefrank.org/en/Worldwide/Racism--Extremism-Monitor); [www.monitorracisme.nl/content.asp?pid=1&lid=1](http://www.monitorracisme.nl/content.asp?pid=1&lid=1) (Zugriff Januar 2011).
- 244 W. Wagenaar und J. Donselaar, „Racistisch en extreemrechts geweld in 2007“ (Rassistische und rechtsextremistische Gewalt 2007), in J. Donselaar und P. Rodriguez (Hrsg.), *Monitor Racisme en Extremisme* (Monitor Rassismus und Extremismus), Anne Frank Stichting/Amsterdam University Press, Amsterdam, 2008, S. 17–39 (nachfolgend Wagenaar und Donselaar, „Racistisch en extreemrechts geweld“).
- 245 Wagenaar und Donselaar, „Racistisch en extreemrechts geweld“, S. 43–63.
- 246 Siehe Amnesty International, *Länderbericht Deutschland: Ausländer als Opfer: Polizeiliche Misshandlungen in der Bundesrepublik Deutschland*, Amnesty

- International: Internationales Sekretariat, London, 1995, abrufbar unter [www.amnesty.de/umleitung/1995/eur23/006](http://www.amnesty.de/umleitung/1995/eur23/006) (Zugriff Mai 2011).
- 247 Gemeente Rotterdam, „*Meedoen of achterblijven. Actieprogramma tegen radicalisering en voor kansen voor Rotterdamers*“ (Stadtrat Rotterdam, Mitmachen oder zurückbleiben, Aktionsprogramm gegen Radikalisierung und für Chancen für Rotterdamer), Rotterdam, 4. Februar 2005.
- 248 Siehe [www.spior.nl/index.php?option=com\\_content&view=article&id=141:anpak-discriminatie&catid=55:signalering&Itemid=37](http://www.spior.nl/index.php?option=com_content&view=article&id=141:anpak-discriminatie&catid=55:signalering&Itemid=37) (Zugriff Januar 2011).
- 249 Siehe [www.spior.nl/index.php?option=com\\_content&view=article&id=141:anpak-discriminatie&catid=55:signalering&Itemid=37](http://www.spior.nl/index.php?option=com_content&view=article&id=141:anpak-discriminatie&catid=55:signalering&Itemid=37) (Zugriff Januar 2011).
- 250 Siehe [www.pbr.nu/nl](http://www.pbr.nu/nl) (Zugriff März 2011).
- 251 R. Schriemer und S. Kasmi, „*Gevalen en Gevoelens van Discriminatie onder Rotterdamse Marokkanen*“ (Vorfälle und Wahrnehmung von Diskriminierung unter Rotterdamer Marokkanern), RADAR/SMOR, Rotterdam, 2007, abrufbar unter [www.radar.nl/read/7/publicaties](http://www.radar.nl/read/7/publicaties) (Zugriff Januar 2011).
- 252 Don van Natta Jr, Elaine Sciolino und Stephen Grey, „Details Emerge In British Terror Case“, *New York Times*, 28. August 2006, abrufbar unter [www.nytimes.com/2006/08/28/world/europe/28plot.html?\\_r=1&scp=1&sq=Details%20Emerge%20In%20British%20Terror%20Case&st=cse](http://www.nytimes.com/2006/08/28/world/europe/28plot.html?_r=1&scp=1&sq=Details%20Emerge%20In%20British%20Terror%20Case&st=cse) (Zugriff März 2011).
- 253 Siehe [www.walthamforest.gov.uk/index/social/community-cohesion/cohesion-community.htm](http://www.walthamforest.gov.uk/index/social/community-cohesion/cohesion-community.htm) (Zugriff März 2011).
- 254 Siehe [www.walthamforest.gov.uk/index/social/equality-strand-faith/faith-communities.htm](http://www.walthamforest.gov.uk/index/social/equality-strand-faith/faith-communities.htm) (Zugriff März 2011).
- 255 London Borough of Waltham Forest, „*Community Cohesion Strategy Action Plan Year Two 2009/10*“, S. 15, abrufbar unter [www.walthamforest.gov.uk/cohesion-action-planning.pdf](http://www.walthamforest.gov.uk/cohesion-action-planning.pdf) (Zugriff Januar 2011) (nachfolgend Waltham Forest, *Community Cohesion Strategy Action Plan Year Two*).
- 256 London Borough of Waltham Forest, *Entwurf: Working Together, Living Together, Being Together – Waltham Forest Community Cohesion Strategy 2008–2011*, 2008, S. 8, abrufbar unter [www1.walthamforest.gov.uk/ModernGov/Published/C00000287/M00001812/A100009757/\\$9AppendixJuly08Com](http://www1.walthamforest.gov.uk/ModernGov/Published/C00000287/M00001812/A100009757/$9AppendixJuly08Com)

- munityCohesionStrategyv2.docA.ps.pdf (Zugriff Januar 2011) (nachfolgend Waltham Forest, *Waltham Forest Community Cohesion Strategy 2008–2011*).
- 257 Siehe *Waltham Forest Young Independent Advisory Group*, abrufbar unter [www.shapeyourcity.org.uk/fileadmin/\\_temp\\_/Case\\_Study\\_-\\_Waltham\\_Forest\\_Young\\_Independent\\_Advisory\\_Group.pdf](http://www.shapeyourcity.org.uk/fileadmin/_temp_/Case_Study_-_Waltham_Forest_Young_Independent_Advisory_Group.pdf) (Zugriff März 2011).
- 258 E. Bervoets, *Tussen respect en doorpakken. Een onderzoek naar de politieke aanpak van Marokkaanse jongeren in Gouda, Utrecht en Amsterdam* (Zwischen Respekt und Durchgreifen. Studie des Polizeiansatzes gegenüber marokkanischen Jugendlichen in Gouda, Utrecht und Amsterdam), Dissertation an der Universität Twente, Enschede, 2006, in der betont wird, wie wichtig das Sozialkapital anderer Organisationen und Sachverständiger für die Polizei ist.
- 259 Siehe [www.politie-amsterdam-amstelland.nl/get.cfm?id=500](http://www.politie-amsterdam-amstelland.nl/get.cfm?id=500) (Zugriff Januar 2011).
- 260 Waltham Forest, *Community Cohesion Strategy Action Plan Year Two*, S. 15, abrufbar unter [www.walthamforest.gov.uk/cohesion-action-planning.pdf](http://www.walthamforest.gov.uk/cohesion-action-planning.pdf) (Zugriff März 2011).
- 261 Siehe <http://www.apa.police.uk/your-police-authority/get-involved/independent-advisory-groups> (Zugriff September 2011).
- 262 Siehe National Policing Improvement Agency (NPIA), „*Working with Faith Communities: A Guide for Neighbourhood Policing Teams and Partners*“ (UK), S. 29, abrufbar unter [www.npiadocuments.co.uk/faithguidance.pdf](http://www.npiadocuments.co.uk/faithguidance.pdf) (Zugriff März 2011) (nachfolgend NPIA, „*Working with Faith Communities*“).
- 263 Isabelle Mandraud, „Marseille, police des cités“ (Marseille, Polizeiarbeit im sozialen Wohnungsbau), *Le Monde*, 25. Juni 2009.
- 264 Romain Luongo, „MAM expérimente sa police de quartier à Félix-Pyat. Le ministre de l'Intérieur a lancé son plan anti-délinquance dans la cité de Saint-Mauront“ (MAM Experiment im Bezirk Felix-Pyat. Der Innenminister stellt seine Strategie zur Kriminalitätsbekämpfung im Stadtteil St Mauront vor), *La Provence*, 9. Juni 2008; vgl. Sophie Manelli, „Marseille: la police de proximité sera bientôt de retour“ (Marseille: Stadtteipolizei kommt bald wieder), *La Provence*, 4. Juni 2008.

- 265 *Préfecture* von Bouches-du-Rhône, abrufbar unter [www.bouches-du-rhone.pref.gouv.fr/index.php](http://www.bouches-du-rhone.pref.gouv.fr/index.php) (Zugriff März 2011).
- 266 PET, *Årsberetninger, Politiets Efterretningstjenste* (Jahresbericht des dänischen Nachrichtendienstes), Kopenhagen, 2006. In Dänemark ist die nationale Polizei für die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung zuständig, während Terrorismusbekämpfung unter die Verantwortung von PET fallen.
- 267 PET, *Årsberetninger, Politiets Efterretningstjenste*.
- 268 Siehe die *Nationales Fokusberichte* von DACoRD an die FRA, abrufbar unter [www.drcenter.dk](http://www.drcenter.dk) (Zugriff Februar 2011).
- 269 Siehe *Kriminelle forhold i 2008 med mulig racistisk eller religiøs baggrund* (Kriminelle Vorfälle mit möglichem rassistischen oder religiösen Hintergrund im Jahr 2008), abrufbar unter [www.pet.dk/Nyheder/raci2008.aspx](http://www.pet.dk/Nyheder/raci2008.aspx) (Zugriff Februar 2011).
- 270 Siehe [www.registrerdiskrimination.kk.dk](http://www.registrerdiskrimination.kk.dk) (Zugriff März 2011).
- 271 Artikel in *Politiken*, 28. März 2009.
- 272 Artikel in *Politiken*, 28. März 2009.
- 273 Siehe Website der dänischen Polizei unter [www.politi.dk](http://www.politi.dk) (Zugriff Februar 2011).
- 274 Siehe [www.stophadforbrydelser.dk](http://www.stophadforbrydelser.dk) (Zugriff August 2011).
- 275 Siehe [www.legislation.gov.uk/ukpga/2006/1/introduction](http://www.legislation.gov.uk/ukpga/2006/1/introduction) (Zugriff Januar 2011).
- 276 London Borough of Waltham Forest, *Hate crime: common questions*, abrufbar unter [www.walthamforest.gov.uk/index/safety/hate-crime/common-questions.htm](http://www.walthamforest.gov.uk/index/safety/hate-crime/common-questions.htm) (Zugriff Januar 2011).
- 277 Siehe [www.walthamforest.gov.uk/index/safety/hate-crime/report-hate-crime.htm](http://www.walthamforest.gov.uk/index/safety/hate-crime/report-hate-crime.htm) (Zugriff Januar 2011).
- 278 Siehe z. B. A. Ansel-Henry und S.B. Jespersen, *Konflikt på gadeplan – når etnisk minoritetsungdom og politiet mødes* (Konflikt auf der Straße – Begegnungen zwischen der Polizei und Jugendlichen ethnischer Minderheiten), Center for Ungdomsforskning, Roskilde University Centre (RUC), Roskilde, 2003, abrufbar unter



[www.cefudk/media/56432/konfliktpaagadeplan.pdf](http://www.cefudk/media/56432/konfliktpaagadeplan.pdf) (Zugriff Februar 2011)  
(nachfolgend Ansel-Henry und Jespersen, *Konflikt på gadeplan*).

- 279 Zu diesem Thema siehe M. Hussain und J.-M. Monnier, „Politiet – Statens discrimination“ (Polizei – staatliche Diskriminierung), in C. Fenger-Grøn, K. Qureshi und T. Seidenfaden, *Når du strammer garnet, kvæler du jo barnet* (Wenn du fester zuziehst, erwürgst du das Kind), Aarhus University Publishers, Aarhus, 2003 (nachfolgend Hussain and Monnier, „Politiet – Statens discrimination“).
- 280 Siehe *Moroccan ‘neighbourhood fathers’ win 2000 Hein Roethof Prize*, abrufbar unter <http://english.justitie.nl/currenttopics/pressreleases/archives2000/-Moroccan-neighbourhood-fathers-win--Hein-Roethof-Prize.aspx?cp=35&cs=1578>, auf englisch (Zugriff März 2011), (nachfolgend *“Moroccan ‘neighbourhood fathers’ win 2000 Hein Roethof Prize”*)
- 281 “Europa beloont buurtvaders met preventieprijs” (Europa belohnt Stadtteilväter mit Präventionspreis), *De Volkskrant*, „Van onze verslaggever“, 19. Dezember 2000, abrufbar unter [www.volkskrant.nl/archief\\_gratis/article870908.ece/Europa\\_beloont\\_buurtvaders\\_met\\_preventieprijs](http://www.volkskrant.nl/archief_gratis/article870908.ece/Europa_beloont_buurtvaders_met_preventieprijs) (Zugriff Januar 2011).
- 282 *“Moroccan ‘neighbourhood fathers’ win 2000 Hein Roethof Prize”*.
- 283 Siehe [www.eenveiligamsterdam.nl/thema's/thema's/jeugd/straatcoaches](http://www.eenveiligamsterdam.nl/thema's/thema's/jeugd/straatcoaches) (Zugriff Januar 2011).
- 284 Siehe [www.eenveiligamsterdam.nl/thema's/thema's/jeugd/straatcoaches](http://www.eenveiligamsterdam.nl/thema's/thema's/jeugd/straatcoaches) (Zugriff Januar 2011).
- 285 Die *SSP-Samarbejde* (SSP Kooperation) ist ein formeller Zusammenschluss auf kommunaler Ebene zwischen Polizei, Schulen und Sozialbehörden, um Kriminalität und Abweichungen unter Schülern zu überwachen und zu verhindern. Siehe [www.politi.dk/da/ompolitiet/sspsamarbejde](http://www.politi.dk/da/ompolitiet/sspsamarbejde) (Zugriff März 2011).
- 286 Siehe *Waltham Forest Young Independent Advisory Group*, abrufbar unter [www.shapeyourcity.org.uk/fileadmin/\\_temp\\_/Case\\_Study\\_-\\_Waltham\\_Forest\\_Young\\_Independent\\_Advisory\\_Group.pdf](http://www.shapeyourcity.org.uk/fileadmin/_temp_/Case_Study_-_Waltham_Forest_Young_Independent_Advisory_Group.pdf) (Zugriff August 2011).
- 287 Irmgard Schrand, „Vom Problem der Anderen. Islamischer Extremismus. Eine Einschätzung über die Notwendigkeit des Hamburger Präventionskonzeptes“, *Hamburger Polizei Journal* 6 (2009), S. 10–11.

- 288 „De politie, mooi alternatief voor de AH kassa“ (Die Polizei – Schöne Alternative zur Arbeit an der Supermarktkasse), *Contrast* 15 (April 2008), S. 26–29.
- 289 Hassan Bousetta und Tariq Modood (Hrsg.), *Anti-Discrimination Good Practice Guide, Eurocities Anti-Discrimination Exchange (EADE)*, University of Bristol, DG Employment & Social Affairs of the European Commission, 2001, S. 37, abrufbar unter [www.dorsetrec.org.uk/Static/Docs/ELibrary.pdf](http://www.dorsetrec.org.uk/Static/Docs/ELibrary.pdf) (Zugriff März 2011) (nachfolgend Bousetta und Modood, *Anti-Discrimination Good Practice Guide*).
- 290 Ruth Gledhill, „Fervour but Never Foul Play“, *The Times*, 30. April 2009, abrufbar unter [www.timesonline.co.uk/tol/comment/faith/article6194635.ece](http://www.timesonline.co.uk/tol/comment/faith/article6194635.ece) (Zugriff Januar 2011).
- 291 Leicestershire Constabulary, „*Employment Statistics*“, abrufbar unter [www.leics.police.uk/files/library/documents/employment\\_statistics\\_0305.pdf](http://www.leics.police.uk/files/library/documents/employment_statistics_0305.pdf) (Zugriff Januar 2011). Siehe auch [www.leics.police.uk/advice/2\\_information\\_zone/37\\_leicestershire\\_black\\_police\\_association](http://www.leics.police.uk/advice/2_information_zone/37_leicestershire_black_police_association) (Zugriff Januar 2011).
- 292 Siehe [www.policecommunitysupportofficer.com/welcome.html](http://www.policecommunitysupportofficer.com/welcome.html) (Zugriff März 2011).
- 293 Siehe [www.leics.police.uk/advice/2\\_information\\_zone/37\\_black\\_police\\_association](http://www.leics.police.uk/advice/2_information_zone/37_black_police_association) (Zugriff März 2011).
- 294 Siehe [www.leics.police.uk/advice/2\\_information\\_zone/37\\_black\\_police\\_association](http://www.leics.police.uk/advice/2_information_zone/37_black_police_association) (Zugriff März 2011).
- 295 Siehe [www.namp-uk.com](http://www.namp-uk.com) (Zugriff Januar 2011).
- 296 Siehe NAMP, „*About Us*“, abrufbar unter [www.nampuk.com/index.php?option=com\\_content&view=article&id=2&Itemid=2](http://www.nampuk.com/index.php?option=com_content&view=article&id=2&Itemid=2) (Zugriff März 2011).
- 297 Siehe NAMP, „*Initiatives and Research*“, abrufbar unter [www.namp-uk.com/index.php?option=com\\_content&view=article&id=6&Itemid=6](http://www.namp-uk.com/index.php?option=com_content&view=article&id=6&Itemid=6) (Zugriff März 2011).
- 298 Siehe NAMP, „*Initiatives and Research*“, abrufbar unter [www.namp-uk.com/index.php?option=com\\_content&view=article&id=6&Itemid=6](http://www.namp-uk.com/index.php?option=com_content&view=article&id=6&Itemid=6) (Zugriff März 2011).

- 299 Von der Personalstelle der Polizei Rotterdam-Rijmond zur Verfügung gestellte Daten während eines Gesprächs mit einem Strategieberater bei der Polizei Rotterdam, 26. Juni 2009.
- 300 Weiterführende Informationen siehe [www.politiskolen.dk](http://www.politiskolen.dk) (Zugriff Februar 2011).
- 301 Gesetz Nr. 429 vom 13. Mai 2000 zu personenbezogenen Daten (Persondataloven). Von der Kopenhagener Polizeischule zusammengetragene und zur Verfügung gestellte Schätzungen zur Entwicklung seit 2001 werden jedoch in der folgenden Studie vorgestellt werden: At Home in Europe Project, *Muslims in Copenhagen*, Open Society Foundations, Budapest/London, Kapitel 10, Abschnitt 10.1, Tabellen 37 und 38.
- 302 Siehe Robin Oakley, „Promoting Community Involvement in Police Training“, *Runnymede Bulletin* 322 (June 2000), pS. 6–7, abrufbar unter [www.runnymedetrust.org/uploads/bulletin/pdfs/322BulletinJune00.pdf](http://www.runnymedetrust.org/uploads/bulletin/pdfs/322BulletinJune00.pdf) (Zugriff März 2011); Siehe auch R. Oakley, „The ‘NAPAP’ Project: NGOs and Police Against Prejudice“, *European Lookout: Newsletter of the UK Secretariat of the EUMC*, London, September 2000.
- 303 Siehe [www.radar.nl](http://www.radar.nl) (Zugriff August 2011).
- 304 Siehe Rotterdam-Charta auf Englisch, [www.rotterdamcharter.nl](http://www.rotterdamcharter.nl) (Zugriff März 2011).
- 305 Siehe „*Work and Structure of the Foundation*“, [www.rotterdamcharter.nl/read/work\\_and\\_structure](http://www.rotterdamcharter.nl/read/work_and_structure) (Zugriff März 2011).
- 306 Siehe L. Holmberg, *Inden for lovens rammer – politiets arbejdsmetoder og konkrete skøn* (Im gesetzlichen Rahmen – Arbeitsmethoden der Polizei und konkrete Urteile), Gyldendal Publishers, Copenhagen (basierend auf einer Dissertation an der Universität Kopenhagen), 1999; Ansel-Henry und Jespersen, *Konflikt på gadeplan*; Hussain und Monnier, „Politiet – Statens discrimination“.
- 307 Siehe Hussain und Monnier, „Politiet – Statens discrimination“.
- 308 John Wrench und Lulu Hjarnø, *Evaluation Report – Copenhagen Police Training Project*, Danish Centre for Migration and Ethnic Studies (DAMES), University of Southern Denmark (SDU), Esbjerg, 2000 (nachfolgend Wrench und Hjarnø, *Evaluation Report – Copenhagen Police Training Project*).

- 309 Aufzeichnungen zur NAPAP-Polizeiausbildung 1998 im Weltkulturzentrum Nørrebro. Siehe auch Hussain und Monnier, „Politiet – Statens discrimination“.
- 310 Wrench und Hjarnø, *Evaluation Report – Copenhagen Police Training Project*.
- 311 N. Lassen und L. Tranekjær, „*Holdningsaendringer – at konfrontere og tilpasse holdnings-praksis*.“ (Einstellungswandel – Konfrontative und adaptive Ansätze zum Einstellungswandel), Masterarbeit, Roskilde University Centre (RUC), Roskilde, 2003.
- 312 Regelmäßig verschickte, interne Anweisungen auf Dänisch des Kopenhagener Polizeipräsidenten, „Ausrichtung des Polizeipräsidenten für die Kopenhagener Polizei in Bezug auf ethnische Minderheiten“.
- 313 Während des NAPAP-Ausbildungsprojekts für die Kopenhagener Polizei stellte sich heraus, dass nur wenige Polizeikräfte über die regelmäßig in dänischer Sprache verschickten Anweisungen informiert waren. Quelle: Aufzeichnungen der Leiter des Kurses.
- 314 Bousetta und Modood, *Anti-Discrimination Good Practice Guide*, S. 37.
- 315 Waltham Forest, *Waltham Forest Community Cohesion Strategy 2008–2011*, S. 8.
- 316 Siehe NPIA, „*Working with Faith Communities*“.
- 317 Seit Mai 2011 ist HALDE gemeinsam mit ähnlichen zum Thema Gleichstellung tätigen Organisationen Teil der neuen Institution *Défenseur des droits* (Verteidiger von Rechten).
- 318 Der Begriff Diskriminierung wird in diesem Leitfaden als Diskriminierung aufgrund der tatsächlichen oder angenommenen Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einer ethnischen Gruppe, Nation, Rasse oder Religion definiert.
- 319 Die nationale Gendarmerie ist eine Militäreinheit, die für die Aufrechterhaltung von Sicherheit und öffentlicher Ordnung zuständig ist.
- 320 Institute for Public Policy Research, *Shared Destinies: Security in a Globalised World*, IPPR, London, 2008, S. 79 [eigene Übersetzung des Zitats].
- 321 Gemeente Amsterdam, „*Op weg naar verbinding. Jaarplan 2008, Unit Diversiteit en Integratie*“ (Auf dem Weg zur Verbindung. Jahresplan 2008, Abteilung

- Diversität und Integration), Dienst Maatschappelijke Ontwikkeling (DMO), Gemeente Amsterdam (Stadtrat Amsterdam), S. 13.
- 322 Siehe [www.imes.uva.nl/imes/home.cfm](http://www.imes.uva.nl/imes/home.cfm) (Zugriff Januar 2011).
- 323 Siehe [www.walthamforest.gov.uk/index/social/community-cohesion/cohesion-community.htm](http://www.walthamforest.gov.uk/index/social/community-cohesion/cohesion-community.htm) (Zugriff August 2011).
- 324 Siehe *ibid.*
- 325 Cosgrove, S. (2009) „Waltham Forest: Young Muslim leaders praised by PM“ [online]. Serie der Zeitung The Guardian zu East London und West Essex, Samstag, 1. Dezember 2007. Abrufbar unter: [www.guardian-series.co.uk/news/wfnews/1873660.WAL](http://www.guardian-series.co.uk/news/wfnews/1873660.WAL) (Zugriff Januar 2011).
- 326 Cosgrove, S. (2009) „Waltham Forest: Young Muslim leaders praised by PM“ [online]. Serie der Zeitung The Guardian zu East London und West Essex, Samstag, 1. Dezember 2007. Abrufbar unter [www.guardian-series.co.uk/news/wfnews/1873660.WAL](http://www.guardian-series.co.uk/news/wfnews/1873660.WAL) (Zugriff Januar 2011).
- 327 Siehe [www1.walthamforest.gov.uk/ModernGov/Published/C00000552/M00002532/A100014634/\\$6PreventScrutinyReport.docA.ps.pdf](http://www1.walthamforest.gov.uk/ModernGov/Published/C00000552/M00002532/A100014634/$6PreventScrutinyReport.docA.ps.pdf) und Cosgrove, S. (2009) „Waltham Forest: Young Muslim leaders praised by PM“ [online]. Serie der Zeitung The Guardian zu East London und West Essex, Samstag 1. Dezember 2007. Abrufbar unter: [www.guardian-series.co.uk/news/wfnews/1873660.WAL](http://www.guardian-series.co.uk/news/wfnews/1873660.WAL) (Zugriff Januar 2011).
- 328 Weitere Informationen zu Global Xchange siehe [www.globalxchange.org.uk](http://www.globalxchange.org.uk) (Zugriff März 2011).
- 329 Siehe [www.vso.org.uk](http://www.vso.org.uk) (Zugriff März 2011).
- 330 Siehe [www.ourshareeurope.org](http://www.ourshareeurope.org) (Zugriff März 2011).
- 331 Siehe „Youth and Leadership“, [www.ourshareeurope.org/project-overview/project/youth-and-leadership](http://www.ourshareeurope.org/project-overview/project/youth-and-leadership) (Zugriff März 2011).
- 332 Siehe [www.gulbenkian.org.uk](http://www.gulbenkian.org.uk) (Zugriff März 2011).
- 333 Der veröffentlichte Bericht und die Zusammenfassung sind abrufbar unter [www.ourshareeurope.org/resources/reports](http://www.ourshareeurope.org/resources/reports) (Zugriff März 2011).
- 334 Siehe [www.universiteducitoyen.org](http://www.universiteducitoyen.org) (Zugriff August 2011).
- 335 Siehe [www.kifkif.be](http://www.kifkif.be) (Zugriff Oktober 2011).

- 336 Siehe [www.groen.be](http://www.groen.be) (Zugriff März 2011).
- 337 Die Auswahl der Mitglieder lässt politische und ideologische Faktoren wie Parteimitgliedschaften außen vor.
- 338 Zum Thema Partizipation von Ausländern am öffentlichen Leben auf kommunaler Ebene siehe Europarat, *The participation of foreign residents in public life at local level: Consultative bodies*, Stuttgart, Dezember 2001, *Studies and texts* No. 78, 2003.
- 339 Siehe [www.baasovereigenhoofd.be](http://www.baasovereigenhoofd.be) (Zugriff Januar 2011); [www.oursharedeurope.org/documents/Petra\\_Stienen\\_Volkskrant\\_060310.pdf](http://www.oursharedeurope.org/documents/Petra_Stienen_Volkskrant_060310.pdf) (Zugriff August 2011).
- 340 Siehe [www.facebook.com/board.php?uid=22529864113](http://www.facebook.com/board.php?uid=22529864113) und [www.youtube.com/user/Baasovereigenhoofd](http://www.youtube.com/user/Baasovereigenhoofd) (Zugriff Januar 2011).
- 341 Siehe [www.diskrimination.kk.dk](http://www.diskrimination.kk.dk) (Zugriff August 2011).
- 342 Siehe [www.cityofsanctuary.com](http://www.cityofsanctuary.com) (Zugriff Januar 2011).
- 343 Siehe [www.minderhedenforum.be/leden.htm](http://www.minderhedenforum.be/leden.htm) (Zugriff Januar 2011).
- 344 Siehe FMO Leicestershire, „Youth Community Awards 2010“, abrufbar unter [www.fmo.org.uk/Projects/YouthCommunityAwards2010/tabid/160/language/en-GB/Default.aspx](http://www.fmo.org.uk/Projects/YouthCommunityAwards2010/tabid/160/language/en-GB/Default.aspx) (Zugriff März 2011).
- 345 Siehe [www.club-diversite.org](http://www.club-diversite.org) (Zugriff März 2011).
- 346 Siehe „Objectifs“, abrufbar unter [www.club-diversite.org/objectifs.html](http://www.club-diversite.org/objectifs.html) (Zugriff März 2011).
- 347 Aus der Eröffnungsrede im Club Diversité, *Bilan de l'année 2008*, (Jahresbilanz 2008).
- 348 Siehe [www.espace-franco-algerien.org](http://www.espace-franco-algerien.org) (Zugriff Oktober 2009).
- 349 Aussage des Gründungsmitglieds Akim Allik vom 31. März 2009.
- 350 Siehe [www.ditib.de](http://www.ditib.de) (Zugriff März 2011).
- 351 Siehe [www.berlin.de/lb/intmig/islamforum](http://www.berlin.de/lb/intmig/islamforum) (Zugriff März 2011).
- 352 Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz AGG.
- 353 Siehe [www.deutsche-islam-konferenz.de/cln\\_117/SubSites/DIK/DE/Startseite/home-node.html?\\_\\_nnn=true](http://www.deutsche-islam-konferenz.de/cln_117/SubSites/DIK/DE/Startseite/home-node.html?__nnn=true) (Zugriff März 2011).

- 354 Aussage des damaligen Bundesinnenministers und Gründers der Deutschen Islam Konferenz (DIK), Wolfgang Schäuble, im November 2006, kurz nach Beginn der Konferenz; siehe [http://www.deutsche-islam-konferenz.de/cln\\_110/nn\\_1318820/SubSites/DIK/DE/AufgabenZiele/Hintergrund/hintergrund-node.html?\\_\\_nnn=true](http://www.deutsche-islam-konferenz.de/cln_110/nn_1318820/SubSites/DIK/DE/AufgabenZiele/Hintergrund/hintergrund-node.html?__nnn=true) (Zugriff März 2011).
- 355 Siehe [http://www.deutsche-islam-konferenz.de/cln\\_110/nn\\_1318820/SubSites/DIK/DE/AufgabenZiele/Hintergrund/hintergrund-node.html?\\_\\_nnn=true](http://www.deutsche-islam-konferenz.de/cln_110/nn_1318820/SubSites/DIK/DE/AufgabenZiele/Hintergrund/hintergrund-node.html?__nnn=true) (Zugriff März 2011).
- 356 Siehe Ursula Spuler-Stegemann, „The Inhibitions of Islamic Organisations in Germany Continue to Fall“, 4. Mai 2007, abrufbar unter [www.qantara.de/webcom/show\\_article.php/\\_c-478/\\_nr-606/i.html](http://www.qantara.de/webcom/show_article.php/_c-478/_nr-606/i.html) (Zugriff Januar 2011).
- 357 Siehe At Home in Europe Project, *Muslims in Berlin*, Open Society Institut, Budapest/London, 2010, S. 132–133, abrufbar unter [http://www.soros.org/initiatives/home/articles\\_publications/publications/berlin-muslims-report-20100427/a-muslims-berlin-corrected-en-20100527.pdf](http://www.soros.org/initiatives/home/articles_publications/publications/berlin-muslims-report-20100427/a-muslims-berlin-corrected-en-20100527.pdf) (Zugriff März 2011). Siehe auch Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, *Muslimisches Leben in Deutschland*, in Auftrag gegeben von der Deutschen Islam Konferenz, Forschungsbericht 6, 2009, S. 179, abrufbar unter [www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/EN/Migration/Publikationen/Forschung/Forschungsberichte/fb6-muslimisches-leben.templateId=raw,property=publicationFile.pdf/fb6-muslimisches-leben.pdf](http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/EN/Migration/Publikationen/Forschung/Forschungsberichte/fb6-muslimisches-leben.templateId=raw,property=publicationFile.pdf/fb6-muslimisches-leben.pdf) (Zugriff Januar 2011).
- 358 Siehe „Marseille Espérance“, abrufbar unter [www.marseille.fr/sitevdm/jsp/site/Portal.jsp?page\\_id=689](http://www.marseille.fr/sitevdm/jsp/site/Portal.jsp?page_id=689) (Zugriff März 2011).
- 359 Siehe [www.poldermoskee.nl](http://www.poldermoskee.nl) (Zugriff Januar 2011).
- 360 Siehe [www.poldermoskee.nl](http://www.poldermoskee.nl) (Zugriff Januar 2011).
- 361 Siehe [www.centrum-moschee.de](http://www.centrum-moschee.de) (Zugriff März 2011).
- 362 Beispiele sind etwa C. Boe und S. Hervik, „Integration through insult?“, Elisabeth Eide, Risto Kunelius und Angela Phillips (Hrsg.), *Transnational media events. The Mohammed cartoons and the imagined clash of civilizations*, Nordicom, Gothenburg, University of Gothenburg, 2008; H.G. Boomgaarden und Claes H. de Vreese, „Dramatic Real-World Events and Public Opinion Dynamics: Media coverage and its impact on public reactions

- to an assassination”, *International Journal of Public Opinion Research* 1–13 (2007); L. D’Haenens und S. Brink, “Islam in de Nederlandse media. Focus op het Algemeen Dagblad” (Islam in den niederländischen Medien. Fokus auf das Algemeen Dagblad), *Tijdschrift voor Communicatiewetenschap* 34(4) (2006), S. 351–367; D. Frost, “Islamophobia: examining causal links between the media and ‘race hate’ from ‘below’”. *International Journal of Sociology and Social Policy* 28(11/12) (2008), S. 564–578; M. Hussain, “Mapping minorities and their media. The national context – Denmark”, EMTEL II Research Paper, *Diasporic Minorities and their Media in the EU*, London School of Economics and Political Science, London, 2002; Kerry Moore, Paul Mason and Justin Lewis, *Images of Islam in the UK: The Representation of British Muslims in the National Print News Media 2000–2008*, Cardiff School of Journalism, Media and Cultural Studies, Cardiff, 2008.
- 363 Siehe [www.media4diversity.eu/en/content/leicester-multicultural-advisory-group](http://www.media4diversity.eu/en/content/leicester-multicultural-advisory-group); [www.cogentcomputing.org/researchnet/content/1/c4/57/07/Leicester%20Multicultural%20Advisory%20Group\\_apS.pdf](http://www.cogentcomputing.org/researchnet/content/1/c4/57/07/Leicester%20Multicultural%20Advisory%20Group_apS.pdf) und “Report to the Leicester Partnership and Leicestershire Together, Proposal for a Joint Community Cohesion Charter”, abrufbar unter [www.lcr.nhs.uk/Library/Report to the Leicester Partnership and Leicestershire Together.doc](http://www.lcr.nhs.uk/Library/Report%20to%20the%20Leicester%20Partnership%20and%20Leicestershire%20Together.doc) (Zugriff März 2011).
- 364 Siehe Report to the Leicester Partnership and Leicestershire Together, Proposal for a Joint Community Cohesion Charter.
- 365 Siehe [www.minderhedenforum.be](http://www.minderhedenforum.be) (Zugriff März 2011).
- 366 [www.media-diversity.org](http://www.media-diversity.org) (Zugriff März 2011).
- 367 A. van den Broek und S. Keuzenkamp (Hrsg.), *Het dagelijks leven van allochtone stedelingen* (Alltag allochthoner Stadtbewohner), SCP, Den Haag, 2008, S. 146 (nachfolgend Van den Broek und Keuzenkamp, *Het dagelijks leven*).
- 368 Van den Broek und Keuzenkamp, *Het dagelijks leven*.
- 369 Abrufbar unter [www.britishcouncil.org/scotland-eneews-june-2006-british-muslims-book-mailing.pdf](http://www.britishcouncil.org/scotland-eneews-june-2006-british-muslims-book-mailing.pdf) (Zugriff März 2011).
- 370 Siehe [www.amssuk.com/publications.html](http://www.amssuk.com/publications.html) (Zugriff März 2011).
- 371 Siehe [www.mtnl.nl](http://www.mtnl.nl) (Zugriff März 2011)
- 372 Siehe [www.swr.de/islam/-/id=7039298/1mcj09q/index.html](http://www.swr.de/islam/-/id=7039298/1mcj09q/index.html) (Zugriff März 2011).



- 373 Siehe [www.forumamfreitag.zdf.de](http://www.forumamfreitag.zdf.de) (Zugriff März 2011).
- 374 Siehe [www.citizenseye.org](http://www.citizenseye.org) (Zugriff März 2011).
- 375 Siehe [www.walthamforest.gov.uk/index/social/community-cohesion/cohesion-with-young-people/imuslim.htm](http://www.walthamforest.gov.uk/index/social/community-cohesion/cohesion-with-young-people/imuslim.htm) (Zugriff März 2011).
- 376 Siehe [www.walthamforest.gov.uk/index/council/leader/leader-news/leader-visits-nov2010.htm](http://www.walthamforest.gov.uk/index/council/leader/leader-news/leader-visits-nov2010.htm) (Zugriff März 2011).
- 377 Siehe [www.walthamforest.gov.uk/index/social/community-cohesion/cohesion-with-young-people/imuslim.htm](http://www.walthamforest.gov.uk/index/social/community-cohesion/cohesion-with-young-people/imuslim.htm) (Zugriff März 2011).
- 378 Siehe [www.saemp.org.uk/home.htm](http://www.saemp.org.uk/home.htm) (Zugriff März 2011).
- 379 Siehe [www.at5.nl/tv/west-side](http://www.at5.nl/tv/west-side) (Zugriff May 2011). Analyse siehe Joke Hermes und Robert Adolfsson, *Verhalen maken een stad. Deelrapportage kwalitatieve evaluatie West Side* (Geschichten machen eine Stadt: Zwischenbericht qualitative Auswertung von West Side), in Auftrag vom Stadtrat, University of Amsterdam, 2007 Gemeente Amsterdam, mit UvA Centrum voor Conflictstudies, 2007.
- 380 „Une radio multiculturelle à Marseille: Radio Gazelle“, in Pascal Berque, Evelyne Foy und Bruce Girard (Hrsg.), *La passion radio. Vingt-trois expériences de radio participative et communautaire à travers le monde* (Leidenschaft Radio. Dreiundzwanzig Experimente mit partizipativem und lokalem Radio weltweit), Syros/Alternatives, Paris, 1993, S. 215–219.
- 381 Die in Deutschland erscheinende türkischen Zeitungen *Hürriyet* und *Milliyet* druckten Protestbriefe Berliner Bürger und Politiker mit türkischem Hintergrund.
- 382 Suzan Gülfirat, „Aufregung um Radio Multikulti“, *Der Tagesspiegel*, 19. Mai 2008, abrufbar unter [www.tagesspiegel.de/berlin/;art270,2533542](http://www.tagesspiegel.de/berlin/;art270,2533542) (Zugriff März 2011).
- 383 Siehe [www.streetlifefm.com](http://www.streetlifefm.com).
- 384 Siehe [www.streetlifefm.com/about](http://www.streetlifefm.com/about).
- 385 Siehe [www.maroc.nl](http://www.maroc.nl) (Zugriff März 2011). Siehe auch Van den Broek und Keuzenkamp, *Het dagelijks leven*, S. 137–144.
- 386 Siehe [www.med-in-marseille.info](http://www.med-in-marseille.info) (Zugriff März 2011).

## Stichwortverzeichnis

### Belgien

#### Antwerpen

- Kif Kif, 151
- Chef meines eigenen Kopfes (*Baas Over Eigen Hoofd*, BOEH), 153
- Eltern und Schule (*School en Ouders*, KAAP), 39

#### Landesweit

- Foyer, 43
- Minderheitenforum (*Minderhedenforum*), 155, 166
- Verein für die Entwicklung und Emanzipation von Muslimen (*Vereniging voor Ontwikkeling en Emancipatie van Moslims*, VOEM), 16

### Dänemark

#### Copenhagen

- Dänische Flüchtlingshilfe (*Dansk Flygtningehjælp*), 29
- Dänisches Menschenrechtzentrum, 125
- Institut für Volksgesundheit, 90
- Kopenhagener Stadtmuseum (*Københavns Bymuseum*), 14
- Polizeischule Kopenhagen, 137, 141, 142, 143

- Shahrazad, 29
- Sprachcafé (*Sprog Cafe*), 28
- Stadtrat Kopenhagen, 28, 40, 44, 47, 63, 64, 65, 66, 76, 81, 92, 104, 105, 124, 130, 154
- Technische Berufsschule Kopenhagen (*Københavns Tekniske Skole*), 65
- Universität Kopenhagen, 90
- Weltkulturzentrum (*Verdenskulturcentret*), 21
- Zentrum für Migrantinnen (*Indvandrers Kvindecentret*, IKC), 105

#### Landesweit

- Dokumentations- und Beratungszentrum über Rassendiskriminierung (*Dokumentations- og rådgivningscenteret om racediskrimination*, DACoRD), 114, 123, 141, 154
- Polizeilicher Nachrichtendienst (*Politiets Efterretningstjeneste*, PET), 123, 124

### Frankreich

#### Marseille

- Behörde für gesellschaftliche Kohäsion und Chancengleichheit (*Agence pour la cohésion sociale et pour l'égalité des chances*, ACSE), 14, 176
- Stadtzentrum für alle (*Un centre-ville pour tous*), 86
- Union muslimischer Familien im Département Bouches-du-Rhône (*l'Union des Familles Musulmanes des Bouches-du-Rhône*), 14
- Université du Citoyen*, 150

## Paris

Gemeindezentrum *Accueil Goutte d'Or*, 87  
Gesundheitszentrum *Goutte d'Or*, 91  
Staatsbürgerschaftsrat der Pariser Bürger aus Nicht-EU-Staaten (*Conseil de la citoyenneté des Parisiens non communautaires*, CCPNC), 152, 153

## Landesweit

Club Diversität (*Club Diversité*), 156  
Kollektiv gegen Islamophobie in Frankreich (*Collectif Contre l'Islamphobie en France*, CCIF), 126, 127  
Einheit von Reflexion und Aktion afrikanischer Communities (*Unité de réflexion et d'action des communautés africaines*, URACA), 107, 108

## Deutschland

### Berlin

Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin des *Türkischen Bundes* in Berlin Brandenburg (ADNB des TBB), 57  
KUMULUS, 58, 59, 60  
Clearingstelle Ausländer und Polizei, 140  
FÖRMIG, 43, 44  
Berliner Senat, 52, 57, 58, 59, 159  
Stadtteilmütter, 85

### Hamburg

Ab ins Wasser – aber sicher!, 31  
Arbeitsgemeinschaft türkischer Unternehmer und Existenzgründer (ATU), 73, 75

Arbeitsgemeinschaft türkischer Unternehmer und Existenzgründer, 75  
Basis und Woge e.V., 62  
Hamburg GmbH Plus, 75  
Hamburger Handwerkskammer, 71  
Hamburger Senat, 68, 69  
Hamburger Sportbund, 30  
Kompetenzzentrum für Migranten in Hamburg, 75  
Koordinierungsstelle Weiterbildung und Beschäftigung (KWB), 70  
Leben mit Behinderung Hamburg, 29  
Mieter helfen Mietern, 85  
Unternehmer ohne Grenzen (UoG), 73, 74

## Landesweit

Arbeiterwohlfahrt (AWO), 61  
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), 61, 62  
Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), 60, 72  
Bündnis Islamischer Gemeinden Norddeutschlands (BIG), 132, 163, 164  
Crossover e.V., 30  
Ethno-Medizinisches Zentrum, 103  
Flüchtlingsrat, 72  
Muslimische Akademie in Deutschland, 59, 158  
Muslimische Jugend in Deutschland (MJD) 25  
Netzwerk IQ, 60  
Norddeutsches Netzwerk zur beruflichen Integration von Migrantinnen und Migranten, (NOBI), 59, 60  
Regionale Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und

Jugendlichen aus  
Zuwandererfamilien (RAA), 44  
Türkisch-Islamische Union der  
Anstalt für Religion e.V. (DİTİB),  
auf türkisch Diyanet İşleri  
Türkislam Birliği, 132, 158, 160

## Niederlande

### Amsterdam

El Noer Stiftung, 28  
Flamme (*Vlam*), 77  
Frauen für Frauen (*Nisa voor Nisa*),  
28, 77  
Krankenhaus Slotervaart, 91, 92  
Stiftung Weiße Tulpe (*Stichting de  
Witte Tulp*), 39  
Stiftung zur Bekämpfung von  
antisozialem Verhalten in  
Amsterdam (*Stichting Aanpak  
Overlast Amsterdam, SAOA*), 130  
Wochenendakademie (*Weekend  
Academie*), 37

### Rotterdam

Das Zentrum (*Het Centrum*), 38  
Jugend-, Bildungs- und  
Gesellschaftsdienst (*Jeugd,  
Onderwijs and Samenleving,  
JOS*), 27  
Organisation Humanistische  
Bildung (*Humanistisch  
Vormingsonderwijs, HVO*), 42  
Stiftung Plattform Islamischer  
Organisationen in Rijnmond  
(*Stichting Platform Islamitische  
Organisaties Rijnmond, SPIOR*),  
15, 22, 26, 42, 117, 158  
Lern- und Treffprojekt für Frauen  
(*Leer- en Ontmoetingsproject  
voor Vrouwen, LOV*), 27  
Rotterdammer Rat für  
Weltanschauung und Religion

(*Rotterdamse Raad voor  
Levensbeschouwing en Religie,  
RORAVOLERE*), 15

Stadtrat Rotterdam, 67  
Stiftung für interkonnefionelle  
Beratung in  
Schulangelegenheiten  
(*Interkerkerlijk Overleg in  
Schoolzaken, IKOS*), 42  
Stiftung für Islam und Dialog, 15,  
16

### Landesweit

1001 Stärke (*1001 Kracht*), 25  
Anne-Frank-Stiftung, 115  
I-Psy, 102  
JINC, 46  
Rotterdammer  
Antidiskriminierungsaktionsrat  
(*Rotterdamse Anti Discriminatie  
Actie Raad, RADAR*), 114, 115,  
116, 139  
Stiftung Interkultureller  
Pflegerberater in den  
Niederlanden (*Stichting  
Interculturele Zorgconsulenten  
Nederland, SIZIN*), 101

## Schweden

### Landesweit

IFS Beratungszentrum  
(*Insamlingsstiftelsen IFS  
rådgivningscentrum*), 73, 74  
Internationaler  
Unternehmerverband in  
Schweden (*Internationella  
Företagarföreningen i Sverige*),  
73  
Young Urban Movement Projekt  
(YUMP), 46

## Vereinigtes Königreich

### Leicester

- Aqoon Community Bildungs- und Fortbildungsservice (*Aqoon Community Education and Training Services*, ACETS), 35
- Aqoon Förderangebot für die Schule und zu Hause (*Aqoon School Home Support Services*), 35
- Europäischer Flüchtlingsfonds, 63
- Forum Religiöser Führer (*Faith Leaders Forum*), 17
- Grundversorgungstrust Ost-Leicester (*Eastern Leicester Primary Care Trust*, PCT), 95
- Netzwerk Islam und Bildung (*Islam and Education Network*), 51
- Rat der Religionen in Leicester (*Leicester Council of Faiths*), 18
- Stadtrat Leicester (*Leicester City Council*), 33, 34, 51, 83, 172
- Stelle zur Unterstützung der Schulentwicklung (*School Development Support Agency*, SDSA), 51
- Stiftung Wohnungsbau (*Foundation Housing Association*, FHA), 84
- Unterstützerteams in der Vorschule (*Early Years Support Team*), 34
- Verband muslimischer Organisationen (*Federation of Muslim Organisations*, FMO), 155, 156, 175
- Verband schwarzer Polizeibeamter Leicestershire (*Leicestershire Black Police Association*, LBPA), 135

### London

- Forum der Glaubensgemeinschaften (*Faith Communities Forum*), 23
- Gesellschaftliche Aktion für Gesundheit (*Social Action for Health*, SAfH), 97, 98, 99
- Junge Unabhängige Beratungsgruppe Waltham Forest (*Waltham Forest Young Independent Advisory Group*, YIAG), 118, 130
- Minorities of Europe, 41
- Noor Ul Islam Trust, 23, 24
- Stadtrat/Bezirksrat Waltham Forest (*Waltham Forest Council*), 23, 41, 99, 118, 125, 130, 148, 171, 174
- Waltham Forest Forum der Glaubensgemeinschaften (*Waltham Forest Faith Communities Forum*), 97

### Landesweit

- Demos, 113
- Maslaha, 19, 20, 21
- Nationale Vereinigung muslimischer Polizisten (*National Association for Muslim Police*, NAMP), 113, 136
- Nationalen Agentur zur Verbesserung der Polizeiarbeit (*National Policing Improvement Agency*, NPIA), 144
- Pears Stiftung (*Pears Foundation*), 20, 46
- Radikaler Mittelweg (*Radical Middle Way*), 23

Rat der Muslime in Großbritannien,  
(*Muslim Council of Britain, MCB*),  
97

Ständiges Beratungsgremium für  
Religionsunterricht (*Standing  
Advisory Council for Religious  
Education, SACRE*), 35, 36, 37

Young Stiftung (*Young Foundation*),  
19

## Europaweit

Agentur der Europäischen Union  
für Grundrechte (FRA), 110

Amnesty International, 115

British Council, 19, 20, 150, 167

Calouste-Gulbenkian-Stiftung, 19,  
150

Europäischer Sozialfonds (ESF), 58,  
60, 70

Unser gemeinsames Europa (*Our  
Shared Europe*), 20, 150





BERLIN



COPENHAGEN



HAMBURG



LEICESTER



MARSEILLE



PARIS



ROTTERDAM

# Zusammenleben in Europa

 OPEN SOCIETY  
FOUNDATIONS